Donnerstag, 23. Oktober 1986 - D * * *

DIE WELT

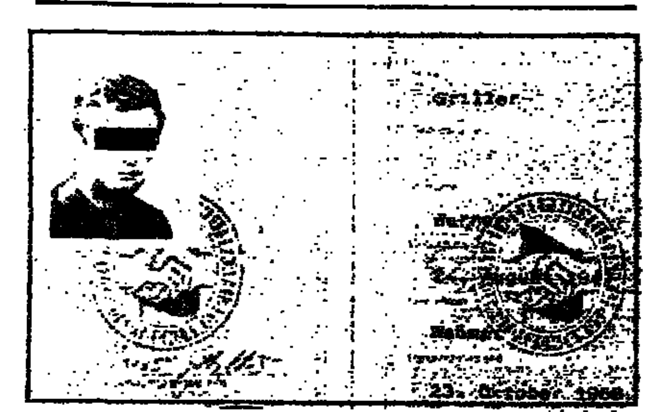
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 · Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 247 - 43.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 800,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

exklusiv in der WELT



Die Arbeit des BND in Ost-Berlin

Zum ersten Mal in der Geschichte der Spionage im geteilten Deutschland wird am Fall Werner Stiller die technische Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes mit seinem Agenten im Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit geschildert. Wie stellte der BND Funk-Kontakt in das „DDR"-Spionagezentrum her? Diese WELT-Serie ist ein Vorabdruck aus dem Stiller-Buch „Im Zentrum der Spionage", das Ende Oktober im v. Hase & Koehler Verlag erscheint. Seite 6

Heute in der WELT

Rotes Kreuz – Hoffnungen und Perspektiven

In Genf beginnt heute die XXV. Internationale Rotkreuz-Konferenz. Delegationen der 143 nationalen Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond, Vertreter der 163 Vertragsstaaten der Genfer Abkommen, der Liga der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften sowie des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) nehmen daran teil. Über Erfolge, Hoffnungen und Perspektiven des IKRK sprach die WELT mit Präsident Alexandre Hay. Seite 7

POLITIK

Kurden: Bei dem Versuch, dem Hamburger Innensenator Pawelczyk eine Resolution zum Asylrecht zu übergeben, sind gestern elf Kurden festgenommen worden. Sie hatten sich hartnäkkig geweigert, die Innenbehörde nach Aufforderung der Polizei wieder zu verlassen.

China: SED-Chef Erich Honecker hat gestern in Peking die chinesische Außenpolitik gewürdigt. Nach einem zweiten Gespräch mit dem Parteivorsitzenden Hu Yaobang sagte er, beide Staaten seien für friedliche Koexistenz.

Charta 77: Die Bürgerrechtsorganisation hat die Abschaffung des Schießbefehls an den Grenzen der CSSR zur Bundesrepublik und zu Österreich gefordert. Die Gesetzgebung Prags sollte so geändert werden, daß Polizisten nur bei Gefahr für ihr eigenes Leben schießen dürfen.

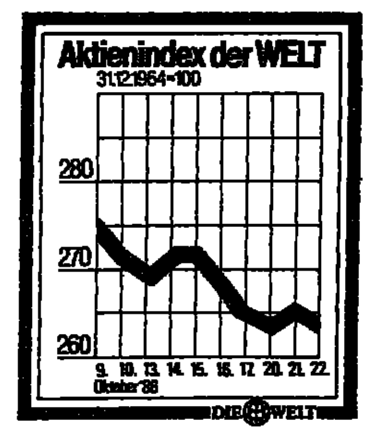
Rumänien: Drei rumänische Regimekritiker haben sich der „Erklärung aus Osteuropa" zur Niederschlagung des Volksaufstands in Ungarn vor 30 Jahren angeschlossen. Sie sind Mitglieder der 1947 verbotenen Bauernpartei.

WIRTSCHAFT

Anstieg: Die Benzinpreise sind gestern wieder um insgesamt drei Pfennige gestiegen.

Autos: Immer mehr Autofahrer entscheiden sich für einen Diesel. Im September waren 27,3 Prozent der neu zugelassenen 225 581 Pkw mit Dieselmotoren ausgerüstet, 2,7 Prozent mehr als 1985.

Börse: Im Verlauf des Börsenhandels überwogen an den deutschen Aktienmärkten am Mittwoch Abgaben. Vorreiter der Abwärtsbewegung waren Großbanken. Am Rentenmarkt schlossen öffentliche Anleihen uneinheitlich. WELT-Aktienindex: 264,71 (266,15). BHF-Rentenindex: 106,279 (106,249). BHF-Performance-Index 106,895 (106,835). Dollarmittelkurs: 1,9817 (1,9935). Goldpreis je Feinunze: 425,00 (426,50) Dollar.



KULTUR

Künstlerleben: Düsseldorf zeigt das Werk des 85jährigen Malers Bruno Goller. Er ist einer der Stillen im Lande. Seine Bilder offenbaren, daß er in der Welt seiner Erinnerungen lebt. (S. 23)

Anpassung: Franz Xaver Kroetz hat in München Kafkas „Bericht für eine Akademie" inszeniert. Peter Radtke spielt einen Affen-Menschen, für den es nur einen Ausweg gibt: Anpassung. (S. 22)

SPORT

Tennis: Wimbledon-Sieger Boris Becker erreichte beim Grand-Prix-Turnier in Tokio durch einen *6:4, 6:3-Erfolg* über den *Amerika*ner Matt Anger leicht die zweite Runde. (S. 11)

Ringen: Ein vierter Platz durch Reiner Trick (Winzeln) war die beste Plazierung der Freistil-Ringer *aus der Bundesrepublik bei der* WM in Budapest, wo die Russen dominieren. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Mode: Die Dame von heute zeigt wieder Knie, auch am Abend. Die Modelinie heißt: frech und naiv. Gestern stellte Yves Saint-Laurent bei den Prêt-à-Porter-Schauen in Paris seine Frühjahrs- und Sommerkollektionen für 1987 (Foto) vor. (S. 24)



Startschuß: Die längste in diesem Jahr in Europa fertiggestellte Autobahnstrecke mit einem grenzüberschreitenden Teilstück zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden ist gestern freigegeben worden. (S. 24)

Leserbriefe und Personalien — Seite 8
Umwelt – Forschung – Technik — Seite 10
Fernsehen — Seite 22
Wetter: Unbeständig, kühl — Seite 24

Konflikt bei der IG Metall: Tarifexperte Janßen gibt auf

Konsequenz aus schlechtem Wahlergebnis / Steinkühler neuer Vorsitzender

GÜNTHER BADING, **Hamburg**

Überraschend hat der Tarifpolitiker der IG Metall, Hans Janßen, auf dem Hamburger Gewerkschaftstag auf die Weiterführung seines Amtes verzichtet. Janßen, seit 1977 im IG Metall-Vorstand und dort seither für die Tarifarbeit zuständig, erhielt ein deutlich schlechteres Wahlergebnis als beim Metall-Kongreß in München 1983 und nahm darauf hin die Wahl nicht an, weil er sich „politisch geschwächt" fühlte. Auf Janßen waren nur 376 von 529 abgegebenen Stimmen entfallen, 116 weniger als vor drei Jahren.

Mit einem allgemein als „respektabel" gewerteten Ergebnis war zuvor der bisherige zweite Vorsitzende Franz Steinkühler zum neuen Gewerkschaftschef gewählt worden. 437 von 528 abgegebenen Stimmen lauteten „Ja", 64 mal wurde mit Nein gestimmt, 22 Delegierte enthielten sich und fünf Stimmzettel waren ungültig. Auch der einzige Kandidat für den 2. Vorsitz, Karl-Heinz Janzen, wurde gewählt, erhielt aber ein knappes Ergebnis von 373 Stimmen.

Für die Wahlentscheidung mitbestimmend war zweifellos die Abschiedsrede des nach dreijähriger Amtszeit aus Altersgründen ausscheidenden IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mayr.

Er erteilte in dieser auffallend gemäßigten Rede jedem Gedanken an die Einführung von Betriebsbesetzungen als reguläres Kampfmittel im Tarifkonflikt eine Absage. Dies wurde vom Gewerkschaftstag als Kritik an Hans Janßen verstanden, der noch

SEITE 4:
Aus dem Tritt

am Montag in seinem Rechenschaftsbericht viel Verständnis für diese von der innerhalb des DGB-Spektrums weit links stehenden IG Druck und Papier in die Diskussion gebrachten Gedanken gezeigt hatte. Mayr machte in seiner Abschiedsrede auf die rechtlichen Konsequenzen einer Betriebsbesetzung aufmerksam: „Niemand kann in diesem Land davon ausgehen, daß Gerichte und Polizei Betriebsbesetzungen als legal einstufen werden." Jeder daran beteiligte Arbeitnehmer gehe also – anders als bei der Beteiligung am legalen Streik – auch ein „persönliches Risiko" ein.

Der scheidende Vorsitzende erinnerte die Delegierten auch daran, daß die Beschlüsse der IG Druck nicht mit der Situation der IG Metall vergleichbar seien. Im Druckgewerbe gehe es angesichts der modernen Techniken und der damit ermöglichten „Streikbruch-Arbeiten" darum, „die Chance zu erhalten, mit einem gewerkschaftlichen Arbeitskampf die Produktion auch tatsächlich lahmlegen zu können".

Dies sei ein „völlig anderer Ansatz" als die „Herausforderung" durch den geänderten Paragraphen 116 für die IG Metall. In dieser Gewerkschaft ist – auch von Janßen – die Betriebsbesetzung als Abwehr gegen Aussperrungsmaßnahmen diskutiert worden. Mayr: „Das unterscheidet sich, um es klipp und klar zu sagen, eindeutig von dem Diskussionsgegenstand der IG Druck und Papier". Mayr: „Laßt uns nicht in die Gefahr geraten, mit starken Worten auf der falschen Stelle über die Aufgabe Nummer eins, Konsolidierung der IG Metall und ihrer Kampfkraft, hinwegzureden."

DER KOMMENTAR

Mayrs Vermächtnis

GÜNTHER BADING

Hans Mayr war bei seiner Abschiedsrede als Gewerkschaftsvorsitzender wieder ganz der alte. Vergessen waren die emotionsbeladenen Reden der vergangenen Wochen und Monate, auch jener erregt vorgetragene Angriff auf die Bundesregierung vom Montag. Mayr rief den Gewerkschaftstag zur Vernunft, zur Mäßigung im Handeln. Die IG Metall dürfe sich nicht auf das gewagte Spiel der kleinen IG Druck und Papier einlassen, im Tarifkonflikt illegale Betriebsbesetzungen zum Arbeitskampfmittel zu erklären.

„Leidenschaftslos" müsse man diskutieren, mahnte Mayr. Die Delegierten des Gewerkschaftstages verstanden diese Botschaft wohl. Und sie handelten danach. War die Absage an die Betriebsbesetzung eine schallende Ohrfeige für den Tarifpolitiker Hans Janßen, der sich im Rahmen seiner Konfliktstrategie für diese „Kampfform" ausgesprochen hatte, so war Mayrs Appell zur Nüchternheit zugeschnitten auf Steinkühler. Und mit dem Wahlzettel gaben die Gewerkschaftstagsmitglieder an, in welche Richtung sie in Zukunft geführt werden wollen – ob in die emotionsgeladene Totalkonfrontation zu Arbeitgebern und zur Regierungsmehrheit in Bonn oder in eine realistische Politik, die sich pragmatisch der Bewältigung der Zukunftsaufgaben zuwendet.

Die Delegierten entschieden sich für die Zukunftsbewältigung. Sie gaben Steinkühler mit 82,7 Prozent Ja-Stimmen eine gute Arbeitsgrundlage. Seine Gegner kamen wohl aus dem Lager Hans Janßens, der seit Jahren seinen Privatkrieg gegen Steinkühler führt.

Janßen selbst allerdings mußte eine schwere Niederlage einstecken. Nur 376 Stimmen. Sein schlechtestes Ergebnis in vier Vorstandswahlen. Er zog die Konsequenz, nahm die Wahl nicht an. Und er schuf damit Franz Steinkühler einen unerwartet großen, weil von internen Querelen nicht mehr beeinträchtigten Handlungsspielraum. Der sollte ihm so nutzen, wie es Mayr vorgegeben hat: leidenschaftslos, zur Bewältigung der Zukunft.

Opec hebt Fördermenge leicht an

Bis Jahresende soll die Obergrenze bei 15 Millionen Barrel liegen / Sonderregelung für Irak

DW. **Genf**

Die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) will ihre seit September geltende Beschränkung der Ölförderung mit geringfügigen Änderungen bis zum Jahresende beibehalten. Der nigerianische Opec-Präsident Rilwanu Lukman sagte nach der Einigung der Ölminister gestern früh in Genf, Ziel der Organisation bleibe eine Anhebung der Ölpreise auf 17 bis 19 Dollar je Barrel (159 Liter) bis zum Jahresende.

An den europäischen Ölmärkten wurde die Opec-Einigung relativ gelassen aufgenommen. Nach Angaben von Händlern zogen die Preise für Öl aus dem Nordseefeld Brent um bis zu 25 Cents auf rund 15,25 Dollar je Faß an. Der Handel hätte sich bereits zuvor auf eine Verlängerung des Anfang August beschlossenen Abkommens zur Förderbegrenzung eingestellt und diese in den Notierungen vorweggenommen, kommentierten *Händler in London die Beschlüsse.*

Zu Beginn des 17. Verhandlungstages hatten sich die Opec-Vertreter in der Nacht zum Mittwoch endgültig auf eine Förderobergrenze für zwölf der 13 Mitglieder geeinigt. Sie beträgt rund 15 Millionen Barrel pro Tag (bpd) für den November und Dezember nach 14,8 Millionen bpd in den beiden Vormonaten. Irak bleibt nach Opec-Angaben mit seiner Förderkapazität von rund zwei Millionen bpd wie bisher von den Beschränkungen

SEITE 13:
Grünes Licht?

ausgenommen. Am 11. Dezember wollen die Ölminister der 13 Staaten erneut zusammenkommen. Dann würden dauerhaft Förderquoten für die einzelnen Mitglieder festgelegt, hieß es in Genf.

Die neue Vereinbarung sieht nach Angaben der Opec nur „kleinere Anpassungen" des seit Anfang September geltenden Interimabkommens vor. So wurde die Erhöhung der Gesamtfördermenge um 200 000 bpd auf fast alle Mitglieder verteilt. Lediglich die Fördermengen Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sowie des von der Förderbegrenzung ausgenommenen Irak bleiben unverändert.

In dem Abschluß-Kommuniqué heißt es, die in Genf vereinbarte Regelung stelle „in keiner Weise" eine dauerhafte Verteilung der Förderquoten dar. Bis zur Konferenz im Dezember solle ein aus drei Ministern bestehender Ausschuß die Beratungen über permanente Quoten fortsetzen. Vor allem Saudi-Arabien drängt nach Informationen aus Konferenzkreisen weiterhin auf eine prozentuale Aufteilung der Fördermengen unter den einzelnen Mitgliedern.

Der Opec-Präsident appellierte nach der Konferenz erneut an die Ölförderstaaten außerhalb des Kartells, zur Stabilisierung der Ölmärkte mit der Opec zusammenzuarbeiten. Der norwegische Ölminister Arne Oeien kündigte unterdessen an, er wolle *sich noch in dieser Woche in London* mit Lukman treffen. Norwegen gehört nicht der Opec an.

Ausschuß besteht auf der Aussage des Zeugen Lappas

Vorsitzender Hüsch spricht von Verzögerungstaktik

DIETHART GOOS, **Bonn**

Der Neue Heimat-Untersuchungsausschuß des Bundestages will nicht auf seinen wichtigsten Zeugen Alfons Lappas verzichten. Mit sieben Stimmen bestätigte er seinen Beschluß, die Aussage des DGB-Spitzenmanagers durch Beugehaft zu erzwingen. Die vier SPD-Abgeordneten stimmten dagegen.

Gestern war völlig offen, ob Lappas bei seiner Aussagevereigerung bleibt, oder ob er erneut vor dem Untersuchungsausschuß erscheint. Der Ausschußvorsitzende Heinz Günther Hüsch erhielt vom Kölner Verwaltungsgericht eine Abschrift der Klage, die Lappas dort gegen den Ausschuß angestrengt hatte. Sie war für das Bonner Landgericht Anlaß, als Beschwerdeinstanz die Beugehaft für Lappas nach zweitägiger Dauer unter Auflagen auszusetzen.

Wie aus der Klageschrift hervorgeht, will der 57jährige Chef der DGB-Finanzholding BGAG die Rücknahme des vom Untersuchungsausschuß verhängten Ordnungsgeldes von 1000 Mark und der Aussageerzwingungshaft erreichen. Diese Zwangsmaßnahmen seien anfechtbare Verwaltungsakte, heißt es in der Klagebegründung.

Der Sprecher des Gerichts verwies ausdrücklich darauf, daß es sich um kein Eil-, sondern um ein normales Verwaltungsverfahren handele. Daher könne er derzeit auch keinen Termin für eine Entscheidung nennen.

Der Ausschußvorsitzende Hüsch bezeichnete gegenüber der WELT die Klage als „Dürftigkeit in Potenz". Sie sei offensichtlich Teil der Verzögerungstakik mit dem Ziel, die Aussage von Lappas zu verhindern. „Wenn uns der Zeuge nicht vor Abschluß unserer Tätigkeit etwa Mitte Dezember zur Verfügung steht, dann wakkelt die Heide." Hüsch bekräftigte seine Einschätzung aus der Unterredung mit Lappas am Montag, der Zeuge sei bereit gewesen, heute vor dem Ausschuß in Teilbereichen auszusagen.

Zu Beginn einer Aktuellen Stunde nahm Bundestagspräsident Jenninger am Nachmittag den Untersuchungsausschuß gegen die Angriffe der Gewerkschaften in Schutz.

Seiten 2 und 12: Weitere Beiträge

Warnung vor einem „Aus" für Hanau

Energieexperte Michaelis verweist auf große Bedeutung der Nuklearbetriebe für die Entsorgung

HANS KRUMP, **Bonn**

In der Auseinandersetzung um die Hanauer Nuklearbetriebe attackieren die Kernenergiegegner ein Unternehmen, das „eine zentrale Funktion in der Ver- und Entsorgung" der deutschen Atomenergiewirtschaft hat. Wie der Energiewirtschaftler Professor Hans Michaelis von der Universität Köln in einem Gespräch mit der WELT darstellte, besitzen die Hanauer Firmen eine „Schlüsselstellung für die Brennelemente-Herstellung und für alles, was mit der Entsorgung zusammenhängt". Deshalb habe gerade der Widerstand gegen diesen Unternehmenskomplex für die Gegner der Kernenergie zentrale Bedeutung.

Die Hanauer Firmen liefern Brennelemente an insgesamt 15 der 19 Kernkraftwerke in der Bundesrepublik. Ein Drittel der gesamten westdeutschen Stromversorgung ist nach Angaben der Reaktor-Brennelement-Union (RBU) über die Herstellung der Brennelemente gesichert. Energieexperte Michaelis: „Da die Sicherstellung der Entsorgung Voraussetzung für die Genehmigung von Bau und Betrieb von Kernkraftwerken ist, könnte ein Ausklinken von Hanau dazu führen, daß ein Gericht die Genehmigungsvoraussetzungen nicht mehr für gegeben erachtet."

Die Angriffe aus Reihen der SPD, Grünen und von Teilen der hessischen Landesregierung auf die Firma Alkem richteten sich, so RBU-Sprecher Jend, auf die Entsorgung von Plutonium, aus dem in Hanau mit Uranoxyd ein Mischoxyd hergestellt werde. Damit werde die Versorgung der Leichtwasserreaktoren und Schnellen Brüter gesichert. Die Mischoxyde hätten die gleiche Qualität wie angereichertes Uran. Die Bundesrepublik Deutschland erspare sich also durch den Alkem-Betrieb, daß Uran für diese Zwecke extra eingekauft und angereichert werden müsse.

Nach Angaben Jends könne die deutsche Atomwirtschaft nach einer Schließung der Nuklearfirmen in Hanau mit Brennelementen von amerikanischen, französischen, japanischen oder schwedischen Firmen beliefert werden. Allerdings müßten deren Brennstab-Bündelungen den strengen deutschen Qualitätsanforderungen entsprechen, dies könne zeitlichen Verzug bedeuten. In der Plutoniumwirtschaft seien neben der Bundesrepublik Deutschland noch Frankreich, Belgien und Japan in der Lage, Mischoxyde herzustellen.

Für den energiepolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ludwig Gerstein paßt die Anklage der Staatsanwaltschaft gegen die Geschäftsführer der Alkem „ins Konzept von Teilen der hessischen Landesregierung, die die Arbeit des Unternehmens aus den verschiedensten Gründen erschweren wollen". Bei einer Stillegung der Hanauer Nuklearfirmen würden 500 Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren. Die Ausstiegsszenarien SPD-regierter Länder bildeten eine Gefahr für die Energiepolitik der Bundesregierung; auch wenn sie den Betrieb von Kernkraftwerken nicht verhindern können, „zu stören vermögen sie allemal".

„Politischer Haftbefehl"

DW. **Hamburg**

Im Zusammenhang mit der – inzwischen ausgesetzten – Beugehaft für den Vorstandsvorsitzenden der gewerkschaftlichen Vermögensholding BGAG, Alfons Lappas, will sich der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in einem Flugblatt an die Gewerkschaftsmitglieder wenden. Das in einer Auflage von 3,3 Millionen Stück gedruckte Papier soll heute verteilt werden. Darin heißt es: „Der Haftbefehl gegen Alfons Lappas ist ein politischer Haftbefehl." Man wolle die Vermögensverhältnisse des DGB ausforschen.

Die Hoffnungen des DIHT

Mk. **Bonn**

Von der neuen Liberalisierungsrunde im Welthandel erhofft sich der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages DIHT, Otto Wolff von Amerongen, einen Dämpfer für den Protektionismus. Die Lösung der Agrarprobleme sei ein Gebot wirtschaftspolitischer Vernunft, sagte Wolff im Vorfeld des heute in Berlin beginnenden Weltwirtschaftsforums. Dies veranstaltet der Deutsche Industrie- und Handelstag aus Anlaß des 125jährigen Jubiläums der Kammerorganisation.

Seiten I – IV: WELT-Report DIHT

NATO stützt den Kurs in Genf

rmc. **Gleneagles**

Mit einer uneingeschränkten Unterstützung der amerikanischen Abrüstungsziele bei den Genfer Verhandlungen durch die Verbündeten der NATO ist die zweitägige Konferenz der „Nuklearen Planungsgruppe" im Schottischen Gleneagles beendet worden. In ihrem Schlußkommuniqué beschrieben die Teilnehmer das von US-Präsident Reagen beim Island-Gipfel präsentierte Konzept als „Chance für eine historische Entwicklung".

Gleichzeitig beschlossen die NATO-Verteidigungsminister neue „Allgemeine Politische Richtlinien" für den Einsatz von Atomwaffen. Die streng geheimen Richtlinien ersetzen ein provisorisches Papier aus dem Jahre 1969 und bekräftigen die für eine politische Kontrolle erforderlichen Richtlinien und legen detailliert das Verfahren von Konsultationen und Entscheidungen zwischen den USA und ihren Verbündeten fest.

Straßenlärm und hoher Blutdruck

M. B. **München**

Die Bewohner von Städten klagen heute häufiger über die Belastung durch Lärm als über die Luftverschmutzung. Auf einem Kolloquium über „Umweltschutz in großen Städten", das der Verband Deutscher Ingenieure in München veranstaltete, wiesen Experten darauf hin, daß Lärmbelästigung zu gesundheitlichen Schäden, etwa zu erhöhtem Blutdruck führen kann.

60 Prozent der Bevölkerung fühlen sich vor allem durch Straßenlärm belästigt. Jeder zweite klagt über den Fluglärm und 30 Prozent geben an, von der Nachbarschaft gestört zu werden. Lärmschutzpläne, die Schutzfenster und Wälle zur Lärmeindämmung vorsehen, seien allein nicht in der Lage, die Folgen einer verfehlten Verkehrspolitik zu beseitigen. Nur Verkehrsberuhigung und rücksichtsvolleres Verhalten könnten den Lärm an der Quelle unterbinden.

Seite 10: Der Verkehr plagt

In Berlin nur 75 Asyl-Anträge

DW. **Berlin**

Der Zustrom von Asylbewerbern über den Ostberliner Flughafen Schönefeld in den Westteil der Stadt ist nach den Worten von Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) „praktisch zum Stillstand gekommen". Seit Inkrafttreten der neuen Transitregelung der „DDR" am 1. Oktober hätten in den vergangenen drei Wochen nur 75 Personen einen Asylantrag gestellt, erklärte Kewenig gestern vor Journalisten.

Im Vergleich zum „Spitzenmonat" Dezember 1985, in dem mehr als 6000 Asylbewerber über Schönefeld einreisten, habe sich die Situation „dramatisch zu Gunsten Berlins" verändert. Der in diesem Ausmaß nicht erwartete Rückgang bestätige die Erwartung, daß die „DDR" die von ihr einseitig getroffene Maßnahme auch konsequent praktiziere, sagte Kewenig. Es gebe auch keine Anzeichen, daß Ost-Berlin von seiner Regelung wieder abrücken wolle.

USA rechnen mit schneller Reaktion auf die Ausweisung

Shultz war für weniger drastische Maßnahmen gegen Moskau

FRITZ WIRTH, **Washington**

In Washington rechnet man damit, daß die Sowjets schon in Kürze ihre Drohung wahr machen, auf die Ausweisung ihrer 55 Diplomaten aus den USA mit Gegenmaßnahmen zu antworten. „Sie wissen jedoch jetzt, daß ihr Preis, den sie dafür zahlen müssen, höher und schmerzhafter ist", erklärte ein leitender Beamter der Reagan-Administration.

Zugleich glaubt man in der Administration jedoch nicht, daß diese Affäre die Bemühungen um eine Wiederaufnahme des Abrüstungsdialogs nach Reykjavik behelligen wird. Präsident Reagan erklärte gestern auf eine entsprechende Frage: „Es gibt guten Grund zum Optimismus."

Die Entscheidung zur Ausweisung der 55 sowjetischen Diplomaten fiel am Montagabend in einer Besprechung im Weißen Haus, an der außer dem Präsidenten Außenminister Shultz, Vizepräsident Bush, Justizminister Meese und CIA-Chef Casey teilnahmen. Wie bekannt wurde, plädierte Außenminister Shultz für weniger drastische Gegenmaßnahmen. Er vermochte sich jedoch nicht gegen Meese und Casey durchzusetzen. Beide kämpfen seit langem dafür, die Spionagetätigkeit der Sowjets in den USA durch drastische Maßnahmen zu reduzieren, da diese Aktivitäten zu einem allzu großen Problem für den amerikanischen Geheimdienst geworden sind.

Die Zahl von 55 ausgewiesenen sowjetischen Diplomaten addiert sich aus zwei getrennten Entscheidungen der Reagan-Administration. Fünf dieser Diplomaten wurden in Antwort auf die fünf amerikanischen Diplomaten ausgewiesen, die am vergangenen Sonntag aufgefordert worden waren, die Sowjetunion zu verlassen. 50 weitere Sowjets wurden ausgewiesen, um das sowjetische Botschafts- und Konsularpersonal in den USA auf den Stand des amerikanischen diplomatischen Personals in der Sowjetunion zu bringen, nämlich auf insgesamt 251. Bisher war den Sowjets ein Personalbestand für ihre Washington-Botschaft und das Generalkonsulat in San Francisco von insgesamt 320 zugestanden worden.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rappe zu Lappas

Von Diethart Goos

Wie unwohl mußte sich ein gestandener und selbstbewußter Gewerkschaftsführer vom Schlage eines Hermann Rappe fühlen, als ihm seine SPD-Fraktion gestern auferlegte, in der Aktuellen Stunde des Bundestages die große Verteidigungsrede für den skrupellosen DGB-Manager Alfons Lappas zu halten. Rappe ist alles andere als ein Anpasser. Doch zu dem für die SPD wie für die DGB-Gewerkschaften mehr als peinlichen Thema fiel dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Chemie, Papier, Keramik nichts anderes ein, als, ebenso wie sein Fraktionsvorsitzender Hans-Jochen Vogel, auf Koalition und Regierung einzudreschen.

Da wird die arrogante Machtanmaßung des wichtigsten Finanzmanagers im DGB-Imperium und seine Mißachtung der Zeugenpflicht zu einem Wahlkampf-Coup von CDU/CSU und FDP umgedeutet. Rappe war sich nicht zu schade, ausdrücklich diese skandalöse Haltung des Alfons Lappas vom Podium des Deutschen Bundestages aus zu verteidigen. Was viele drinnen und draußen bei diesem Auftritt dachten, faßte Otto Graf Lambsdorff mit den Worten „unaufrichtig und unehrenhaft" treffend zusammen.

Erfreulich war nur, daß Koalition und Opposition in einem Punkt Einigkeit zeigten. Von allen Seiten des Hauses wurde der unglaubliche Vergleich zwischen der NS-Zeit und der Verhaftung von Lappas zurückgewiesen, den der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft im DGB, Günter Schröder, gebraucht hatte.

Im übrigen aber wurde die Wahrheit von den Betroffenen dem Wahlkampf untergeordnet. Doch der SPD-Vorsitzende machte es sich zu einfach, diese notwendige Debatte über die Methoden der Neuen Heimat und die Methoden des DGB zu ihrer Verschleierung im Wege des „unguten Gefühls" in Wahlkampfabsichten der Union umzudichten. Brandt klagte über angeblich bösartige Angriffe auf die Gewerkschaften. So einfach lassen die Wähler sich nicht einwickeln. Er und seine Genossen wären gut beraten, wenn sie stattdessen dazu beitrügen, daß es keinen Grund zu gerechtfertigter Kritik an den Gewerkschaften gibt.

Den Einsatz erhöhen

Von Fritz Wirth

Es ist der Zeitpunkt gekommen, da man sich zum besseren Verständnis des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses mit den Regeln des Pokerspiels vertraut machen muß. Ob Daniloff-Affäre, Reykjavik-Gipfel oder der jüngste beiderseitige Diplomaten-Kehraus – es reduziert sich stets auf die Standardfrage: Wer hat mit der Wimper gezuckt?

Es ist nicht schwer, die Ursachen dieses Niedergangs diplomatischer Subtilität zu orten. Die Sowjets haben seit Jahrzehnten zu erkennen gegeben, daß sie nur jene Sprache verstehen, die sie selbst geprägt haben. Daß sie aufschreien, wenn sie sich in dieser Sprache und in ihren eigenen Präzedenzfällen wiedererkennen, ist allerdings erstaunlich. Wer Reziprozität zum Stilmittel der Diplomatie macht, muß selbst mit einem blauen Auge rechnen, wenn er Prügel verteilt.

Zwei Dinge machen die jüngste amerikanisch-sowjetische Diplomaten-Affäre zu einem besonderen Ereignis: der Zeitpunkt und das Ausmaß der amerikanischen Vergeltung. Was den Zeitpunkt angeht: Diese Affäre ist älter als Reykjavik und älter als der Fall Daniloff. Die USA hatten bereits in diesem Frühjahr angekündigt, daß sie entschlossen sind, die sowjetische UNO-Mission, die unbestreitbar zu einem Spionagezentrum geworden ist, auszudünnen. Moskau hat diese Bemühungen ignoriert. Anlaß zur Überraschung bestand für den Kreml nicht. Ebensowenig ist zu befürchten, daß diese Affäre den Abrüstungsdialog behelligt. Gorbatschow braucht dieses Abkommen dringender als seine New Yorker Spione.

Was die Zahl von 55 ausgewiesenen Diplomaten angeht: Die Erfahrung zeigt, daß in diesen Fällen Schocktherapien wirksamer sind als zeitraubende Eskalationen. Sir Alec Douglas-Home bewies es als britischer Außenminister vor fünfzehn Jahren, als er 105 Russen vor die Tür setzte. Die Sowjets gaben für die nächsten zehn Jahre an dieser Front Ruhe.

Es herrscht nun zwischen Moskau und Washington zumindest quantitativ ein Diplomaten-Patt. Von nun an also ist jeder sowjetische Tiefschlag auch ein Schlag ins eigene Kontor. Es bleibt weniger Spielraum für den Bluff. Um beim Poker zu bleiben: Sie haben von heute an schlechtere Karten.

Schande für Den Haag

Von Helmut Hetzel

Holland bietet zur Zeit ein trauriges Schauspiel. Da will die angesehene Erasmus-Stiftung der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" den diesjährigen „Erasmus-Preis" verleihen. Doch der Außenminister – nicht der Prager, sondern der Haager! – interveniert beim Vorstand der Stiftung: Es liege in der Tradition des Preises, den kulturellen Aspekt in den Vordergrund zu stellen und nicht eine Organisation, sondern eine Einzelperson zu ehren.

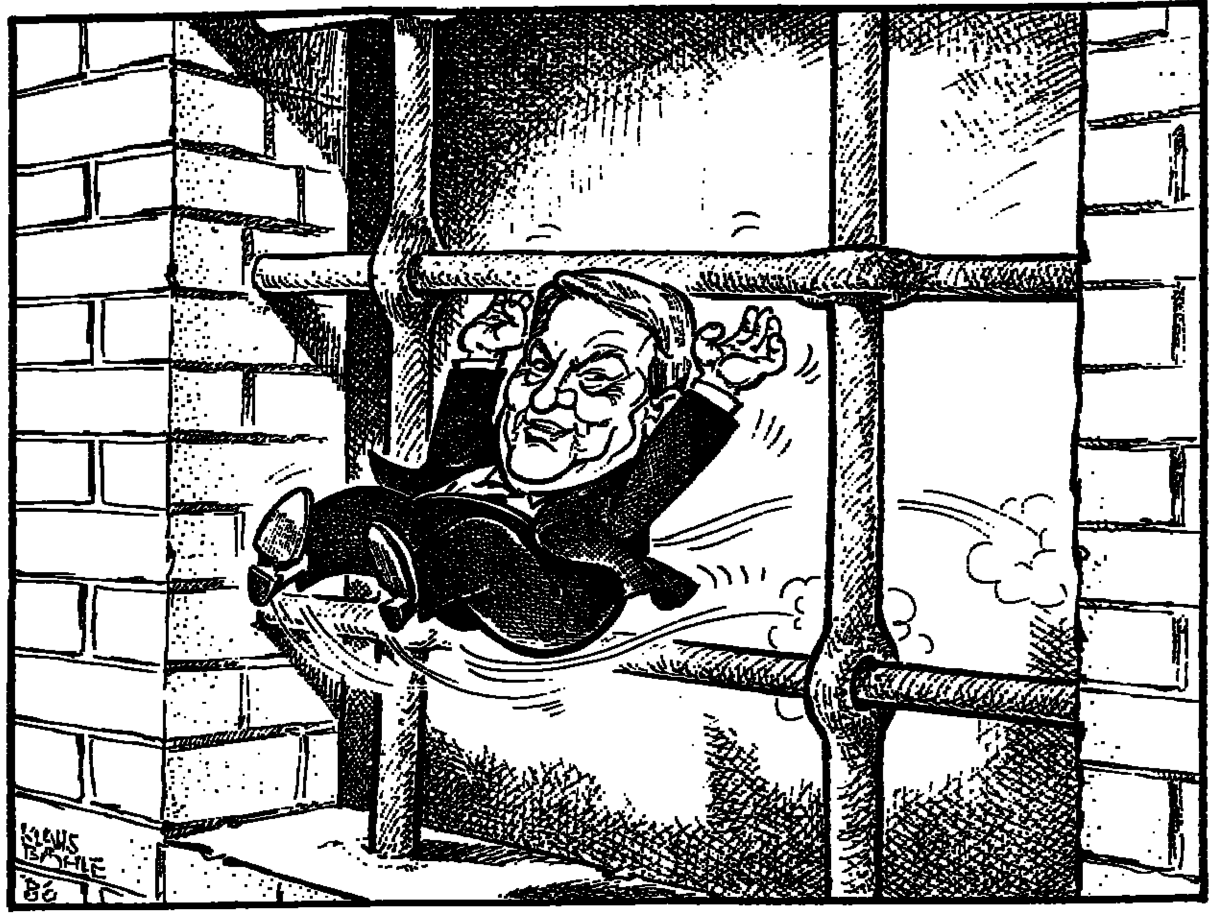
Die Stiftung gibt daraufhin klein bei. Sie beschließt, stellvertretend für die „Charta 77" einen ihrer prominentesten Vertreter auszuzeichnen, den Schriftsteller Vaclav Havel.

Woraufhin Havel in seiner Dankesrede (die der Erasmus-Stiftung vorab zuging, da Havel selbst bei der Preisverleihung nicht anwesend sein kann) indirekt die Einflußnahme der Regierung kritisiert: Der Preis gebühre allen Vertretern der „Charta 77", nicht ihm allein.

Jetzt wird Den Haag nervös und greift zur großen Zensurkeule. Unter dem Vorwand, Königin Beatrix sei bei der Preisverleihung anwesend und es könnte zu diplomatischen Spannungen mit Prag führen, wenn in ihrer Anwesenheit die „Charta 77" zu sehr in den Vordergrund gestellt werde, wird Havel verboten, seine Rede so verlesen zu lassen. Havel aber weigert sich, inhaltliche Korrekturen vorzunehmen.

Daß dieser Zensurskandal sich ausgerechnet in einem Land ereignet, das mit Recht stolz auf seine demokratischen Traditionen ist, macht die Sache schon peinlich genug. Daß diese Zensur aber ausgerechnet von einer Regierung ausgeübt wird, die innerhalb der EG am schärfsten gegen die Apartheit in Südafrika ficht und permanent härtere Sanktionen gegen Pretoria fordert, läßt das Faß der Heuchelei überlaufen.

Erasmus, lebte er noch, würde seinem „Lob der Torheit" vielleicht ein saftiges Kapitel hinzufügen zu Ehren des nach ihm benannten Preises. „In meinen Schriften habe ich die Freiheit des Geistes gepredigt", vermerkte er 1527. Aber er müsse erleben, „daß eine Generation heranwächst, die ich tief verabscheue." Man macht die Erfahrung alle Generationen wieder.


KLAUS BÖHLE

Das ungarische Wunder

Von Carl Gustaf Ströhm

Aus der geschichtlichen Perspektive ist der ungarische Volksaufstand, der heute vor dreißig Jahren mit einer Massendemonstration vor dem Denkmal des ungarischen Freiheitsdichters Petöfi in Budapest begann, ein Ereignis, das die kommunistische Welt ebenso erschüttert hat, wie es den Charakter der Ungarischen Volksrepublik und ihrer Beziehungen zur Sowjetunion, aber auch zum Westen veränderte.

Gewiß, machtpolitisch und militärisch ist der Aufstand der Ungarn damals auf furchtbare Weise gescheitert. Zwei der wesentlichsten Forderungen der Demonstranten vom 23. Oktober – nämlich der Abzug der sowjetischen Armee und freie Wahlen – wurden bis auf den heutigen Tag nicht erfüllt. Imre Nagy, der als legaler Ministerpräsident der legalen ungarischen Regierung den Austritt seines Landes aus dem Warschauer Pakt und die Neutralität nach österreichischem Vorbild gefordert hatte, wurde deswegen hingerichtet; übrigens unter flagrantem Bruch eines Versprechens, das die Sowjets damals Tito gegeben hatten.

Alle diese dunklen Erinnerungen wirken bis auf den heutigen Tag fort – im Bewußtsein oder im Unterbewußtsein.

Wie aber kommt es, daß das ungarische kommunistische System und seine Symbolfigur Janos Kadar heute im Westen ein Ansehen genießen, das keine andere kommunistische Regierung der Welt – nicht einmal Titos Nachfolger in Jugoslawien – für sich in Anspruch nehmen kann? Natürlich ist hier auch Illusionismus im Spiele: Budapest hat etwas von einer Traumkulisse; die Ungarn als Volk verkörpern, ob sie nun Kommunisten sind oder nicht, Eigenschaften, die Amerikaner und Westeuropäer und nicht zuletzt Deutsche zu bestechen vermögen. So könnte mancher glauben, es müsse auch im Inneren alles in Ordnung sein, wenn die Fassade freundlich und unkompliziert erscheint.

In Wirklichkeit sind die Ungarn auch ein tragisches Volk mit einem oft tragischen Schicksal. In den Gesichtern vieler Magyaren der älteren Generation hat sich die jüngste Geschichte tief eingegraben. Auch das zerfurchte Gesicht des ersten Mannes der Volksrepublik, Janos Kadar, legt Zeugnis davon ab. Aber zugleich verfügen die Ungarn über Eigenschaften, die sie bisher in die Lage versetzten, auch mit Katastrophen und Heimsuchungen fertig zu werden; vor allem über einen Sinn für praktische Lösungen. Das ist eines der Geheimnisse, warum Kadar und seinen Leuten gelungen ist, was weder Honecker noch Husak, weder Ceausescu noch erst recht Jaruzelski bisher fertigbrachten: einen Minimalkonsens zwischen Volk und kommunistischer Führung herzustellen.

Das bedeutet allerdings keineswegs, daß Ungarn heute im Sinne politischer Freiheiten ein „liberales" Land ist. Es ist ein Land, in dem einzig und allein die Kommunistische Partei das Sagen hat und in dem Opposition verfolgt wird. Allerdings haben die ungarischen Kommunisten eine „aufgeklärtere" Form totaler Machtausübung entwickelt. Auch das ist eine Konsequenz sowohl des ungarischen Nationalcharakters als auch der geschichtlichen Erfahrungen.

Kadars berühmt gewordene Formulierung, „wer nicht gegen uns ist, ist für uns", ist ein Produkt des Volksaufstandes von 1956. Der hatte den Kommunisten gezeigt, daß man sehr schnell in eine mißliche Lage geraten kann, wenn man die nationalen Gefühle und Interessen der eigenen Nation mißachtet. Auch das Verhalten der Sowjets


Als die Sowjetpanzer einrückten: Budapest 1956 FOTO: KEYSTONE

gegenüber den Ungarn – sie halten das Land mit mehr als 60 000 Mann besetzt, bleiben allerdings, im Gegensatz zu ihrem demonstrativen und provokanten militärischen Auftreten in der „DDR" und CSSR diskret im Hintergrund – resultiert aus der Tatsache, daß die Ungarn als einziges Volk Europas nach 1945 eine militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetmacht gewagt haben.

Sie haben aufgrund der ungleichen Kräfteverteilung diesen Konflikt zwar verloren, dennoch haben sie nicht nur für sich einen gewissen Freiraum im Ostblock erwirkt. Sie haben auch die tendenzielle Unabhängigkeit und Souveränität der ost- und mitteleuropäischen Staaten gegenüber der Sowjetunion verstärkt, trotz Breschnew-Doktrin und fortwirkender sowjetischer Hegemonie.

Allerdings muß man gerade im Falle Ungarn potentielle und aktuelle Entwicklungen und Situationen scharf unterscheiden. Janos Kadar ist kein Tito. Die von ihm geführte Partei ist nicht „nationalkommunistisch". Rückblickend kann man jedoch sagen, daß die ungarischen Kommunisten (zumindest einige von ihnen) bereits 1968 und vorher erkannt haben, was die Sowjets unter Gorbatschow erst 1986 – also fast zwei Jahrzehnte später – bemerkten: daß nämlich mit dem von Stalin übernommenen Wirtschaftssystem nichts zu erreichen ist.

Die Frage, die sich heute stellt, ist allerdings mit vergangenen Erfolgen und Verdiensten nicht mehr zu beantworten: Werden Ungarns Kommunisten über den eigenen Schatten springen und den Anschluß an die moderne technologische Revolution finden? Das ist bisher noch keinem kommunistischen System gelungen. Es setzt Offenheit und Öffnung voraus. Und damit schließt sich der Kreis.

Denn ohne offene Antwort auf die heikelsten Fragen der jüngsten ungarischen Geschichte – also auf jenen 23. Oktober 1956 und den darauffolgenden 4. November, den Tag des sowjetischen Panzerangriffs auf Budapest – kann es auch keine ökonomische und geistige Offenheit geben. Die Geschichte geht weiter; wehe dem Land, das stehen bleibt.

IM GESPRÄCH König Birendra

Autokrat im Himalaya

Von Volker Stahr

Seit Montag besucht der König von Nepal, Birendra Bir Bikram Shah Deva, die Bundesrepublik. In der Weltöffentlichkeit kaum bekannt, ist er in seinem Lande mächtiger als alle Monarchen Europas zusammen. In dem zentralasiatischen Königreich im Himalaya, aus dem die berühmten Gurkha-Krieger stammen, gilt er den meisten seiner sechzehn Millionen Untertanen als Halbgott. Mehr als zwei Drittel der Nepalesen sind Hindus. Für sie ist der König die Inkarnation des Gottes Wishnu.

Sein Vater Mahendra schaffte 1960 die parlamentarische Demokratie britischen Vorbildes ab und führte das „Panchayat-System" ein, eine Art Stände-Versammlung. Erwachsene, Jugendliche und Frauen, Bauern und Arbeiter sowie ehemalige Militärs bestimmen jeweils aus ihrer Mitte die „ehrenwertesten Vertreter ihres Standes" zu Abgeordneten. 28 der 140 Mandatsträger benennt der König selbst. Dieses neue „Parlament" hat nur beratende Funktion. Die Entscheidungen fällt der König.

Der heute vierzigjährige Birendra studierte in Eton, Harvard und Tokio und hat damals viele Länder besucht, auch die Sowjetunion, das China Maos und das Iran des Schah. Bereits mit fünfzehn Jahren ließ der Vater ihn 1961 an der Konferenz der Blockfreien in Belgrad teilnehmen. Nach seiner Volljährigkeit 1964 vertrat Birendra den Vater während dessen Auslandsreisen. Nach dem Tod des Vaters 1972 wurde er als Birendra I. König von Nepal.

Seither hat er einige Schritte in Richtung Demokratie eingeleitet, so die Festschreibung der Verantwortlichkeit des Premiers gegenüber dem Panchayat. Doch von Birendra stammen auch die Worte, daß Parlamentarismus eine „Legende des Kolonialismus" sei und daß allein das Panchayat-System Ruhe und Ordnung garantiere. Vielleicht will er in Bonn – neben der Bitte um Entwicklungshilfe und dem Werben für den Tourismus – auch Anschauungsunterricht in Sachen parlamentarische Demokratie nehmen.


Regiert mit einem Stände-Parlament: Bonn-Besucher König Birendra mit Gastgeber FOTO: AP

Sicher wird der Besuch zu seiner Meinungsbildung beitragen – genauso wie die Panchayat-Wahlen im Mai (die den Gegnern dieses Systems großen Auftrieb brachten) und die mehrfach im Jahr durchgeführten Reisen des Königs ins Landesinnere (von Kritikern als „touristische Stippvisiten" bezeichnet). Doch es ist wohlbekannt, wer den größten Einfluß auf den König ausübt: die Herrscherfamilie, Günstlinge und Berater im Palast. Für sie ist das einflußlose Panchayat-System Garant ihrer eigenen Privilegien. Hier sitzen die erbittertsten Gegner jeglicher Veränderung.

Deren Befürworter finden sich in der kleinen Schicht einiger zehntausend „Intellektueller" in der Hauptstadt Katmandu, die Demonstrationen und Streiks organisierten. Aus ihren Kreisen sollen auch jene Bombenleger stammen, die seit 1985 mehrfach das kleine Königreich erschütterten. Seither sah sich der König wieder zu einem etwas härteren Kurs veranlaßt – was den Gerüchten Auftrieb gab, die Bombenleger könnten gar im Umfeld des Palastes selbst zu suchen sein.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Sie kommentiert die Anschläge der Atomgegner:

Jetzt hat der Orkan bei Düren einen 30 Meter hohen angesägten Mast umgerissen, ein zweiter stürzte hinterher. Die Terroristen mit der Säge sind genauso schlimm wie die Terroristen mit der Pistole.

Mannheimer MORGEN

Er mokiert sich über den SPD-SED-Plan:

Keine einzige Kurzstreckenrakete oder atomare Rohrwaffe würde durch eine solche Lösung aus der Welt geschafft. Es wäre lediglich eine Verlagerung in eine Entfernung, die über Nacht zu überwinden wäre. Der Korridor wäre von Atomwaffen ebenso bedroht und konventionell sogar noch mehr als bisher, weil das konventionelle Übergewicht des Warschauer Paktes daraus eine Zone minderer Sicherheit machen würde.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Das Blatt setzt sich mit dem Schröder-Vergleich auseinander:

Die gestern in Bonn getroffene Entscheidung müßte insbesondere den Chef der Polizeigewerkschaft, Günter Schröder, beschämen ... Der Vergleich, den Schröder mit der Justiz des Dritten Reichs anstellte, ist unentschuldbar. Ist dieser Gewerkschaftschef geschichtlich so unbedarft, daß er nicht weiß, was Gerichte in Hitlers Unrechtsstaat Menschen angetan haben? ... Für seinen Hamburger Auftritt dagegen hat er sich bis zur Stunde nicht entschuldigt. Ist ein Mann, der sich so verhalten hat und verhält, als Chef einer Gewerkschaft tragbar? Mit Sicherheit nicht.

DIE RHEINPFALZ

Das Ludwigshafener Blatt kritisiert den DGB:

Spät, sehr spät hat Ernst Breit, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschwichtigende Worte gefunden. Seine Chance, unmittelbar die törichten Vergleiche mit 1933, die auf dem Gewerkschaftstag auch noch mit viel Beifall bedacht wurden, hat er gehabt und nicht wahrgenommen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seinen Anspruch, auch moralische Instanz zu sein, verwirkt.

Westfälische Nachrichten

Die in Münster erscheinende Zeitung meint, daß Lappas längst nicht „aus dem Schneider" sei, aber:

Derweil ist der Deutsche Gewerkschaftsbund weiter bemüht, Alfons Lappas zum Märtyrer zu machen und sich selbst als Opfer eines Komplotts darzustellen. Wie will der DGB eigentlich davon wieder herunter, wenn sich bestätigt, daß Lappas gar kein Unrecht geschehen ist? Und wenn sich im Verlauf der Untersuchungen, um die Lappas nicht herumzukommen scheint, sogar ergeben sollte, daß gerade er den DGB erst richtig hineingeritten hat?

Hochfliegende Pläne – aber wer soll das bezahlen?

Exemplarisches um Genscher, Strauß, das Hermes-Vorhaben und die Haushälter im Bundestag / Von Heinz Heck

Hans-Dietrich Genscher und Franz Josef Strauß sind sich wohl nirgendwo so nahe wie im fernen Weltraum. Auf Erden haben sie mitunter im Grundsatz wie im Detail ihre Schwierigkeiten miteinander. In der nach wie vor offenen Frage einer deutschen Beteiligung am französischen Raumgleiterprojekt „Hermes" aber waren es vor allem diese beiden Politiker, die den Widerstand der CDU gleichsam von den Flanken her aufzurollen suchten.

Wenn ein Projekt dieser finanziellen und technischen Tragweite unter außenpolitischem Druck vorangetrieben werden soll, wie es jetzt den Anschein hat, kann nichts Gutes herauskommen. Zusammenarbeit internationaler Partner kann immer nur so gut sein wie das zugrundeliegende Projekt selbst. Wenn etwa der Haushaltsausschuß volle Aufklärung verlangt, so ist das nichts anderes als seine Pflicht. Nur bei Verzicht darauf müßte man ihn rügen.

Die von den Haushältern der Koalition selbst angelegte kritische Sonde ist daher eher Ausdruck eines mit Gelassenheit vorgetragenen demokratischen Selbstverständnisses – dies umso mehr, als die Gefahr besteht, daß ihre Haltung von der Opposition im Vorwahlkampf ausgeschlachtet wird.

So gesehen, erscheint das Vorgehen von Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) wenig glücklich, um es vorsichtig zu sagen. In einem „Vermerk" der letzten Minute (21. Oktober) weist er auf die „schwierige Lage" hin, in die die qualifizierte Sperre der 87er Mittel in Höhe von 23 Millionen Mark für die deutsche Beteiligung an der Vorbereitungsphase den Bundeskanzler beim deutsch-französischen Gipfeltreffen Anfang kommender Woche in Frankfurt bringe. Dort werde nämlich, wie er den Haushältern bedeutet, eine Erklärung Kohls gegenüber Mitterrand zur Frage der deutschen Teilnahme „von der französischen Regierung erwartet".

Dabei behindert der Haushaltsausschuß mit seiner Sperre keineswegs das politische Handeln der Bundesregierung, weder beim deutsch-französischen Gipfel noch bei der für heute geplanten Tagung des Rats der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) über die Meldung der Teilnahme am Hermes-Vorbereitungsprogramm. Verhindert werden soll dagegen ein finanzielles Abenteuer. Diese Gefahr besteht immer bei unzureichender Prüfung, wie die Entwicklung manches Großvorhabens – man denke an den Schnellen Brüter oder den Tornado – gezeigt hat. Jedenfalls wurde den für den Forschungsetat zuständigen Haushältern, wie der FDP-Abgeordnete Wolfgang Weng moniert, beim sogenannten Berichterstattergespräch im Forschungsministerium noch am 3. Oktober erklärt, für Hermes seien keine Mittel im Etat 87 vorgesehen.

Bezweckt ist daher nichts als eine gründliche Prüfung. Fällt sie zufriedenstellend aus, so können die Mittel noch bis zum Abschluß der Haushaltsberatungen Mitte November entsperrt werden. Damit ist allerdings weder dem Grunde noch der Höhe nach etwas über die endgültige Beteiligung an Hermes gesagt.

Bei alledem muß man sich in Erinnerung rufen: Es gilt unverändert die Kabinettsentscheidung vom Januar 1985, mit der sich die Bundesregierung – innerhalb der ESA – zur Mitwirkung an den Großprogrammen „Columbus" und „Ariane 5" entschloß. Das Kabinett billigte zugleich Stoltenbergs Bedingung, daß bis Anfang der neunziger Jahre keine weiteren Großprojekte in der Weltraumforschung mehr in Angriff genommen werden können. Das bedeutete das Aus für das von Genscher favorisierte und von Paris erst in letzter Minute ins Spiel gebrachte Hermes-Projekt.

Wer also neue Projekte in Angriff nehmen will, muß entweder sagen, woher die Mittel kommen sollen; ob etwa andere Projekte (wie Columbus) wieder gestrichen werden. Auch Columbus befindet sich in einer zweijährigen Vorbereitungsphase. Dagegen kann man nicht deutlich genug vor einer Maximierungsstrategie warnen, die Genscher zu befolgen scheint: Nicht Prioritäten setzen, sondern alle Vorhaben beschließen, um es allen recht zu machen.

Gerade seine Partei will die für die nächste Legislaturperiode geplante Große Steuerreform ganz wesentlich durch Subventionsabbau finanzieren und geriert sich dabei verbal viel ehrgeiziger als ihre Koalitionspartner. Dabei bleibt auch die weitere Verringerung der Neuverschuldung bei immer noch über 20 Milliarden Nettokreditaufnahme und voraussichtlich nahezu zehn Milliarden Mark Bundesbankgewinn 1987 ein auf Dauer wichtiges Ziel.

Da muß auch Genscher seinen ganzen Ehrgeiz darauf verwenden, neue langfristige Verpflichtungen so weit wie möglich zu vermeiden. Sonst besteht die Gefahr, daß die vorrangigen Ziele der Haushaltskonsolidierung und Steuerentlastung in dem Maße in weitere Ferne rücken, wie sich seine Ambitionen von der Erde auf den Weltraum verlagern.

Kohl und Reagan im Wettstreit der Komplimente

Die Themen der offiziellen Gespräche waren eher spröde und ernst. Doch trotz Raketen, SDI und Abrüstungs-Problemen wurde es ein warmherziges Treffen. Washington und der Präsident zeigten sich Helmut Kohl von ihrer besonders liebenswürdigen Seite.

Von BERNT CONRAD

Die Herbstsonne strahlte, Traditionsfahnen flatterten, eine Militärkapelle intonierte „Alte Kameraden", und Ronald Reagan entfaltete den rustikalen Charme kalifornischer Gastfreundschaft. Für Helmut Kohl symbolisierte der farbenprächtige Auftakt im Garten des Weißen Hauses eine Rekordmarke deutsch-amerikanischer Beziehungen: Selten zuvor hatten ein Kanzler und ein Präsident derart unkompliziert miteinander harmoniert, und kaum je zuvor war man an der Spitze beider Länder so sehr von der Bedeutung einer engen Partnerschaft überzeugt gewesen.

Jerry Lewis, einmal ernst und seriös

Das spürten die Teilnehmer der internen Gespräche ebenso wie der Komiker Jerry Lewis, der mit ernster Miene und seriös-goldgeränderter Brille sichtlich beeindruckt den gegenseitigen Elogen Kohls und Reagans und wohl auch etwas neidisch dem daraus resultierenden Beifall beim Begrüßungszeremoniell lauschte.

„It's beautiful", flüsterte der Kanzler in ungewohnt englischem Small talk auf dem Ehrenpodest seinem Gastgeber zu. „Yes, it's beautiful", erwiderte Reagan – und meinte damit nicht nur den weiten Blick über bunte Uniformen und eine fast noch sommerlich grüne Parklandschaft zum schlank aufragenden Washington Monument.

Der historische Zufall wollte es, daß gerade dieser von soviel Sympathie getragene Amerika-Besuch in die zeitliche Nähe des Vor-, Neben- oder Minigipfels von Reykjavik geriet und damit fast naturgemäß die Wahrnehmung besonderer europäischer Interessen notwendig machte. Kohl hatte auf dem Wege kontinuierlicher Information durch die Amerikaner aus erster Hand erfahren, wie sich das Bild des Reagan/Gorbatschow-Treffens am Polarkreis von bitterer Enttäuschung über einen ergebnislosen Ausgang rasch auf beiden Seiten in taktisch wohldosierte Befriedigung über die wenigstens auf dem Papier erreichten Abrüstungsfortschritte verwandelte.

Auf diese Weise erhielten auch die von beiden Seiten in Reykjavik sozusagen aus dem Hut gezauberten umfassenden Abrüstungspläne neues Gewicht, die Freund und Feind verblüfft hatten und die am Ende nur an Gorbatschows vergeblichem Anschlag auf das Weltraumforschungsprogramm SDI vorläufig gescheitert waren. Der Amerikareisende, Kohl, wurde dadurch ganz ohne eigenes Zutun plötzlich zu einer Art europäischem Feuerwehrmann, der in Zukunft denkbare Flächenbrände vorsorglich eingrenzen und nach Möglichkeit ganz verhindern sollte. Dazu hatte ihn auch Margaret Thatcher ermächtigt – ein seltener Vertrauensbeweis der Spezialpartnerin Ronald Reagans.

Da sich andererseits schon im Vorfeld von Reykjavik Abrüstungsdifferenzen im Bonner Koalitionslager abgezeichnet hatten – wichtige Unionspolitiker wollten eine näherkommende Mittelstrecken-Vereinbarung zum Ärger der FDP durch das Junktim einer Kurzstrecken-Regelung verzögern – entschied der Kanzler, daß ihn gleich zwei Bundesminister unterschiedlicher Couleur nach Washington begleiten sollten: Außenminister Genscher (FDP) und Verteidigungsminister Wörner (CDU); daneben noch als Kohls außenpolitischer Vertrauensmann im Parlament, der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe.

Ein seltsame Konstellation. Denn jeder Eingeweihte in Bonn wußte, daß der Sicherheitspolitiker Wörner die von Reagan in Reykjavik vorgeschlagenen Null-Lösungen für Mittelstrecken- und strategische Offensiv-Raketen erheblich skeptischer beurteilte als der Abrüstungspolitiker Genscher. Tatsächlich aber hemmte die differenziert zusammengesetzte Delegation den störungsfreien Ablauf der Kanzlervisite keineswegs. Auf dem Hinflug schlief der Außenminister und überließ Kohl und Wörner die Diskussionen mit den mitfliegenden Journalisten. Im Weißen Haus aber trat dann der Regierungschef als maßgeblicher Wortführer auf und bat Genscher nur dann und wann um Untermauerung des Kanzlerstandpunkts.

Verständnis für die Argumente des Kanzlers

Der Erfolg war erstaunlich: Mitarbeiter des Außenministers zeigten sich von der Argumentation Kohls gegenüber Reagan sehr erbaut; Wörner hatte von seinem Parteichef ohnehin keine für ihn negativen Überraschungen erwartet, und der amerikanische Präsident wie auch sein Außenminister Shultz konnten kaum anders, als den von Kohl eloquent vertretenen europäischen Interessen Verständnis zu zollen.

Die Argumente des Kanzlers lauteten so: Sollten die Mittelstrecken-Raketen in West- und Osteuropa, wie in Reykjavik ins Auge gefaßt, ganz beseitigt werden, dann müßte natürlich die bedrohliche Überlegenheit Moskaus im konventionellen Bereich und bei den Kurzstrecken-Raketen noch an Gewicht gewinnen. Sollte dann auch noch eine Reduzierung der strategischen Waffen um mehr als 50 Prozent beschlossen werden (und in Island hatte Reagan dies zum Schluß angeregt), dann wäre die bisherige Abschreckungsstrategie der flexiblen Antwort nicht mehr zu halten. Damit würde ein Krieg in Europa wieder führbar und letzten Endes auch wahrscheinlich werden. So klar hat das Kohl im Weißen Haus formuliert.



Zwei loyale Freunde: US-Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl FOTO: AP

Daß der amerikanische Präsident als „Betroffener" darauf keineswegs allergisch reagierte, sondern sich durchaus aufgeschlossen gezeigt hat, war auf zwei Gründe zurückzuführen:

Erstens hat der Kanzler Reagans Abrüstungspläne keineswegs abgelehnt, sondern der auch bei uns populären Null-Lösung im Mittelstrekken-Bereich ebenso wie radikalen Reduzierungen bei den strategischen Waffen grundsätzlich zugestimmt. Kohl wollte nur, daß, wenn es denn so käme, von vornherein Vorkehrungen zur Wahrung der europäischen Interessen „eingebaut" würden.

Zweitens konnte der Präsident auch nicht eine Sekunde daran zweifeln, daß ihm in der Person des Pfälzers der loyalste Freund gegenübersaß, den er sich jenseits des Atlantiks nur wünschen kann.

So blieb die Harmonie ungetrübt und erreichte ihren Höhepunkt beim festlichen Dinner am Dienstag abend. Ronald und Nancy Reagan begrüßten Helmut und Hannelore Kohl vor dem Weißen Haus und führten sie zunächst in ihre Privatwohnung. Kurz darauf erschienen sie im Ostsaal zum Defilee. Präsident und Kanzler strahlten, als sie sich die Hände schüttelten. Beim Dinner setzten die Gastgeber alles ein, was amerikanische Prachtentfaltung und Gastfreundschaft zu bieten haben. Harfen- und Flötenklänge empfingen die 116 Teilnehmer am Eingang des Weißen Hauses. Drinnen rauschte dann der volle Sound des US-Marineorchesters auf, um später von schmeichelnden Tönen der Army-Geiger und den Rhythmen einer Marine-Tanzkapelle abgelöst zu werden.

Die Tischdekoration – weiße Narzissen, Fresien, Rosen, Tulpen und Gerbera auf grünen Tischdecken mit weißer Auflage und Damastservietten, kostbarem Porzellan und geschliffenen Gläsern – entzückten auch anspruchsvolle Gäste wie Konrad und Gabriele Henkel aus Düsseldorf, den Präsidenten der American Express Company, Louis Gerstner, den Generaldirektor der Chase Manhattan Bank, Willard C.Butcher, und die gesamte politische Prominenz, die zu Ehren des deutschen Kanzlers eingeladen worden war.

Kalbsfilet mit Trüffelsoße und Spinat-Turban

Bei Forellenmousse, Kalbsfilet in goldener Kruste mit Trüffelsoße und Spinat-Turban, Kopfsalat und Radicchio, Tilsiter Käse und Birnenmousse, begleitet von kalifornischem Weiß- und Rotwein und Champagner stieg die Stimmung.

Nancy Reagan, im langen schwarzen Rock mit gelber Seidenbluse strahlte noch mehr als sonst. Hannelore Kohl, im leuchtend blauen Abendkleid, plauderte angeregt mehrsprachig. Der Präsident rühmte Kohls „gewinnendes Wesen und politische Standfestigkeit", und der Kanzler revanchierte sich mit dem Versprechen: „Auf Ihre Freunde in Deutschland können Sie sich verlassen, wie wir uns auf Sie verlassen können."

Als dann beim anschließenden Unterhaltungsprogramm noch der New Yorker Entertainer Joel Gray mit dämonischem Lächeln, greller Stimme und ironischem Augenzwinkern Schlager aus seinem Erfolgsfilm „Cabaret" vortrug, erreichte der Applaus höchste Tonstärken. Zufrieden und in herzlichem Einvernehmen gingen Gastgeber und Gäste auseinander.

Das Rendezvous des Günter Grass mit der Apokalypse

Kalkutta ist die Hölle, sagen Kritiker. Kalkutta hat keine Slums, Kalkutta ist ein Slum. Wieviel Menschen leben und sterben hier? Zehn, fünfzehn Millionen vielleicht – wer weiß das schon. Kalkutta fasziniert aber auch, zum Beispiel Günter Grass und seine Frau Ute, die für ein Jahr in der Nähe dieses Slums Quartier bezogen haben.

Von PETER DIENEMANN

Ist er vor Deutschland geflüchtet? Will er ein Buch über Kalkutta schreiben? So fragt man sich in der Millionenstadt am Ganges, wenn von der einjährigen Visite des Schriftstellers Günter Grass die Rede ist. „Herr Grass", heißt es im deutschen Generalkonsulat und im Goethe-Institut, in Indien „Max Müller Bhavan" genannt, „will nicht gestört werden." Seine Adresse dürfe nicht bekanntgegeben werden. „Herr Grass möchte in sich gehen, sich zurückziehen."

Doch zunächst haben sich Günter Grass und seine Ehefrau Ute aus Kalkutta zurückgezogen: in ein kleines Haus mit Garten, rund 20 Kilometer von der City entfernt, Richtung Süden, in einem der weniger übervölkerten Vororte Kalkuttas. Hier lebt die obere Mittelschicht, freilich nicht wie die Maharadschas. Sicher ist es für Ute und Günter Grass kein Ausflug in den Luxus. Essen wie Inder, leben wie Inder – mit ein paar Erleichterungen vielleicht, die in der Regel nur für teures Geld oder mit guten Beziehungen zu Diplomaten zu haben sind –, das scheint es zu sein, was Günter Grass sucht.

Mit dem Zug kam er am 17. August von Bombay nach Kalkutta. Die Stadt, in ihrer Lebendigkeit und ihrem Sterben wohl einzigartig in der Welt, vor allem aber ihre Menschen will Grass kennenlernen. Also hält er Abstand zu Deutschen, die in Kalkutta leben. Ein Dinner beim Generalkonsul, ein paar Besuche beim Leiter des „Max Müller Bhavan" und in Zukunft vielleicht eine Skatrunde jede Woche mit Generalkonsul Soenksen und ein paar Freunden sind die Kontakte, die Günter Grass in Kalkutta mit Deutschen pflegt.

Das Kennenlernen der Stadt und ihrer Menschen, jener Bengalen, die Günter Grass als „ungewöhnliches Volk" bezeichnet, „ganz anders als die übrigen Inder", nimmt der Schriftsteller ernst. Mindestens jeden zweiten Tag drängt er sich mit Ehefrau Ute in einen der stets überfüllten Vorortzüge, fährt in die City, setzt sich dort in ein Taxi und „grast" die Stadtviertel ab, schiebt sich mit der Menge durch die Straßen, diskutiert in den Kaffee-Häusern mit Intellektuellen, Dichtern, Politikern und Geschäftsleuten.

Und was er bisher über die „besonderen Menschen" Kalkuttas herausgefunden hat, erzählte er einer indischen Journalistin: „Sie sind gutmütig, aber aufgebracht bei der kleinsten Provokation. Bengalen sind wirkliche Egoisten, ich glaube, sie sind stolz auf ihre reiche Kultur." Die einzige Beschwerde, die er bisher gegen bengalisches Verhalten vorzubringen hat, könnte ebenso für das übrige Indien gelten: „Warum versuchen die Menschen hier alle gleichzeitig in einen Zug ein- und auszusteigen?" grübelt er über seine chaotischen Zug-Erlebnisse: „Meine Frau muß ich vor mir in den Waggon drücken, um sicherzustellen, daß wir beide im gleichen Zug fahren."

Was bringt Günter Grass zum zweiten Mal nach Kalkutta, das er erstmals vor zehn Jahren besucht hatte? Die Flucht vor deutscher Engstirnigkeit, vielleicht auch der „Verriß seiner ‚Rättin' und die deutsche Politik", meinen Bekannte. „Dessen Menschen", meint Günter Grass selber. „Ich habe noch nie solch wimmelnde Millionen gesehen. Und mit solch einer gemischten Kultur. Arme, aber Intellektuelle, mit Sinn für Kunst." Die Stadt habe zwei Nobelpreisträger hervorgebracht, Mutter Theresa und Rabindranath Tagore.

Grass liest in Kalkutta bengalische Literatur des frühen 19. Jahrhunderts – in englischer Übersetzung. „Das", so meint er, „hilft mir, einen Roman über einen Durchschnitts-Bewohner von Kalkutta und die wimmelnden Massen zu schreiben." Und für dieses Buch will er Kalkutta sehen und erleben.

„Es ist nicht nötig, jahrelang in einem Slum zu wohnen, um eine derartige Situation zu beschreiben", antwortete ein ärgerlicher Grass einem kritischen deutschen Jugendlichen während einer Lesung in Bombay, als dieser wissen wollte, unter welchen Umständen Günter und Ute Grass in Kalkutta leben werden. „Wollen Sie, daß ich jetzt mein Badezimmer beschreibe? Es ist nicht nötig, den Beruf eines Friseurs zu erlernen, um etwas über Haarschnitte zu sagen. Ich werde nicht außerhalb der Slums sein, aber ich sehe keinen Grund, warum ich in einem leben sollte." Er werde hier unter den Umständen leben, „unter denen ich und meine Frau leben können, was wir für uns brauchen".

Seine Werke und die Politik lassen Grass auch in Indien nicht los. Zwei Lesungen hat er bisher gehalten. Bei einer fiel in der Diskussion von ihm der Satz: „Die Welt nähert sich der Apokalypse – und Apokalypse, nicht wie wir sie aus der Bibel kennen, nicht Gottestat, aber die von Menschen." Die enorme Entwicklung in der Welt, so sagte Grass, besonders in der Elektronik und Computer-Technik, habe das „Wachstum der Humanität in Richtung einer neuen Ordnung" behindert. „Schnecken bewegen sich schneller als Menschen – menschliche Lebewesen bewegen sich nicht mehr."

Und daß sich „Dinge" in Indien bewegen, glaubt Grass auch nicht. Er warnt hier vor einem neuen Faschismus in der Welt, „nicht in Deutschland, aber sehr wahrscheinlich in den Vereinigten Staaten. Und es wird Faschismus sein, nicht wie wir ihn aus Europa kennen, sondern so etwas wie Rassismus, in der Schwarz-Weiß-Welt, die Herr Reagan gerne sieht." Freilich, einen Abklatsch jener deutschen Gesellschaft „mit ihrem vulgären Materialismus und ihrer Leistungsbetontheit" wird Günter Grass sicherlich auch in seinem Jahr Kalkutta finden.

Wird Grass ein „neuer Grass" sein, wenn er nach Deutschland zurückkehrt? „Sicher nicht", meint ein prominenter indischer Journalist, der Grass näher kennt. „Sicher jedoch einer mit mehr Wissen und Verständnis für uns." „Aber richtig verstehen", fügt er mit bengalischem Selbstbewußtsein hinzu, „kann uns Bengalen oder die Stadt Kalkutta sowieso kein Ausländer – auch Günter Grass nicht."



Ein Jahr bei den Bengalen: Ute und Günter Grass FOTO: TEUTOPRESS

„Das ist ein glatter Bruch des Rechts“

DW. Karlsruhe

Die Arbeitgeber der Druckindustrie haben der IG Druck und Papier vorgeworfen, bei künftigen Arbeitskämpfen mit Betriebsbesetzungen ein „rechtsbrecherisches Kampfmittel“ einsetzen zu wollen. Der Vizepräsident des Bundesverbandes Druck, Manfred Beltz Rübelmann, reagierte mit dieser Kritik auf den Beschluß des IG-Druck-Kongresses, nach dem Ausgesperrte weiter in den Betrieben bleiben sollten. Für Beltz Rübelmann handelt es sich dabei um einen „glatten Rechtsbruch“. Vor mehr als 400 Unternehmern der Druckindustrie sagte Beltz Rübelmann, er finde es bedrohlich und bedenklich, daß die Gewerkschaft ihre Mitglieder „in die Straffälligkeit“ führe.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632

Janßens Absage brachte den Kongreß aus dem Tritt

GÜNTHER BADING, Hamburg

Für Franz Steinkühler wurde der Wahltag auf dem Gewerkschaftskongreß in Hamburg zum großen Triumph. Das lag nicht allein am eigenen Wahlergebnis. Der einzige Kandidat für die Nachfolge Hans Mayrs als erster Vorsitzender der IG Metall erhielt 437 von 528 abgegebenen Stimmen, bei 536 Stimmberechtigten. Kein überragendes Ergebnis, aber eine solide Arbeitsgrundlage – immerhin 82,7 Prozent. Zweiter Anlaß zur Freude war für den „Franz“, wie er unter den Gewerkschaftern immer nur genannt wird, die Wahl der acht Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes. Nach der erwartet knappen Wahl des zweiten Vorsitzenden Karl-Heinz Janzen (387 Ja-Stimmen) und des langjährigen Schatzmeisters Norbert Fischer, gingen die beiden von Steinkühler favorisierten Neulinge Siegfried Bleicher und Klaus Zwickel mit 407 und 373 Stimmen mit respektablen Ergebnissen für eine Erstwahl durch.

Nicht respektabel allerdings erschien dem langjährigen, für Tarifpolitik zuständigen Vorstandsmitglied Hans Janßen sein Wahlergebnis. Er hatte wohl den Applaus auf seine volkstribunenhafte Rede vom Montag, in der er alles angegriffen hatte, was ihm Reibungsflächen bot, für ein Anzeichen von Beliebtheit und Anerkennung gehalten. Weit gefehlt, denn von den 529 abgegebenen Delegiertenstimmen entfielen nur 376 auf ihn – volle 116 weniger als beim letzten Gewerkschaftstag im Oktober 1983 in München. Janßen gab auf; er fühlte sich „politisch so geschwächt“, daß er die Wahl nicht annehme, sagte er zur Überraschung wohl fast aller.

„Ungeliebter Exzentriker“

Die Lage wurde auf dem ansonsten für seine perfekte Kongreßstrategie bekannten Metall-Gewerkschaftstag unübersichtlich. Aber das Tagungpräsidium reagierte rasch; man schickte die Delegierten in die Mittagspause. Selten wurden die Essen so rasch heruntergeschlungen. Schon bald trafen sich die Delegierten in Zirkeln auf Bezirks- und Verwaltungsstellen-Ebene, um zu diskutieren. Erleichterung darüber, daß man den ungeliebten Exzentriker Janßen los war, bei den einen – tiefe Enttäuschung bei seinen Parteigängern. Die Gespräche drehten sich um einen Punkt: Sollte man dem nun zu erwartenden neuen Vorschlag des Gewerkschaftsvorstandes einfach zustimmen und zur Tagesordnung übergehen, oder sollte man noch einmal den Aufstand proben, eine Lanze für Janßens Politik der Konfrontation gegen Arbeitgeber, Bundesregierung und die sie tragenden Parteien brechen. Man ging unentschlossen in die nun notwenige Nachwahl.

Mayr mahnt zur Mäßigung

Die Niederlage Janßens kam nicht von ungefähr. Er hatte sich schon mit seinem Rechenschaftsbericht am Montag auf einen Kampf gegen den künftigen ersten Vorsitzenden Steinkühler eingelassen, den er nur mit einer sehr geschlossenen und zahlenmäßigen Hausmacht hätte gewinnen können. Es war eine Herausforderung an den von ihm seit Jahren bekämpften Steinkühler, aber es war auch eine Brüskierung des gesamten Vorstandes. Denn Steinkühler war der einzige Kandidat für die Nachfolge des aus Altersgründen ausscheidenden Hans Mayr. Und er war der Kandidat des Vorstands. Janßen hätte diese Kandidatur also mittragen müssen, statt durch Gedankenspiele um Betriebsbesetzungen und Attakken auf angebliches Eingehen Steinkühlers auf die Arbeitgeberpläne zur Arbeitszeit-Flexibilisierung ein Klima der Konfrontation zu schaffen.

Janßen ließ sich vom stürmischen Beifall täuschen und wohl auch von der „angedeuteten Kritik“, wie es Hans Mayr formulierte, an Steinkühlers Aussagen zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit. Meist wurde ohnehin nur undeutlich Kritik an Steinkühlers Äußerungen geübt, daß er sich auch eine für Arbeitnehmer positive flexible Gestaltung von Arbeitszeit vorstellen könne.

Ob die Meinungsbildung auf den geselligen Abenden der Bezirke am Dienstag geschah oder erst am Mittwoch morgen, als Hans Mayr in einer letzten großen Rede vor dem Gewerkschaftstag zur Mäßigung mahnte und die Kritik an seinem designierten Nachfolger mit einigen wenigen prägnanten Sätzen wegnahm – niemand wußte es in Hamburg zu sagen. Fest stand das Ergebnis: Ein Vorsitzender, der künftig nicht mehr mit dem Schreckgespenst der internen Opposition rechnen mußte.

In NRW neue Hindernisse für den Privatfunk

breu./DW. Düsseldorf

Der seit einigen Wochen vorliegenden Entwurf eines nordrhein-westfälischen Landesrundfunkgesetzes ist bei einer Kabinettssitzung unter der Leitung von Ministerpräsident Rau am späten Dienstagabend überraschend geändert worden. Gestrichen wurde – offenbar auf Druck von Arbeitsminister Heinemann – die Regelung, daß längere Programme, wie etwa Spielfilme, nach 60 Minuten für Werbung unterbrochen werden können.

Medienexperten sind nun der Ansicht, daß es in Nordrhein-Westfalen nicht zur Gründung einer privaten Fernsehgesellschaft kommen wird. Kommerzielle Programmanbieter dürften aufgrund des nun manifestierten Wettbewerbsnachteils gegenüber anderen Bundesländern kein großes Interesse am Medienstandort Nordrhein-Westfalen mehr haben. Auch die SPD-Landtagsfraktion zeigte sich zurückhaltend. Befürchtet wird, daß Hamburg und München nun ihre Position als Verlags- und Rundfunkzentren weiter ausbauen.

Die nordrhein-westfälische CDU, die FDP, Zeitungsverleger, andere Interessengruppen und der linke Interessenverein „Gemeinnütziger Rundfunk“, ein Zusammenschluß freier „Radiomacher“, kritisieren den Gesetzentwurf, der am 13. November im Landtag in erster Lesung beraten werden soll, aus unterschiedlichen Gründen. Die Oppositionsparteien und die Zeitungsverleger lehnen vor allen Dingen die Zulassungsbestimmungen ab. Diese erlauben es privaten Interessenten nur, sich entweder an der Betriebsgesellschaft oder an der Veranstaltergemeinschaft zu beteiligen.

Um publizistische Doppelmonopole zu verhindern, hat die SPD es auch durchgesetzt, daß sich ein Bielefelder Verleger beispielsweise bei einem privaten Lokalfunkprogramm in Köln nicht aber beim Programm eines Privatsenders in seiner Heimatstadt engagieren darf. Ministerpräsident Rau, der den Interessengruppen versprochen hatte, dem Privatfunk an Rhein und Ruhr „eine faire Chance“ zu geben, hat bei der Diskussion um die Unterbrecherwerbung im Kabinett keine Position bezogen, hieß es in Regierungskreisen.

Das Trio „Strauß und zwei Grüne“ blieb den Bayern vorenthalten

PETER SCHMALZ, München

Den politischen Usancen entsprechend leitet der an Jahren reichste Abgeordnete als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des Parlaments, assistiert von den beiden jüngsten als Schriftführer, weshalb gestern im Münchner Maximilianeum die Situation hätte eintreten können, daß der 11. bayerische Nachkriegs-Landtag in seiner ersten Stunde von drei Grünen geleitet wird: Von dem 81jährigen August Haußleiter als Alterspräsidenten und zwei grünen Schriftführern. Doch dann erlitt Haußleiter eine Nierenbeckenentzündung und seine bereits zur Hälfte formulierte Rede blieb ungehalten.

Zweitältester im Parlament ist Franz Josef Strauß, was auf einen weiteren parlamentarischen Leckerbissen hoffen ließ: Der CSU-Vorsitzende eröffnet gemeinsam mit zwei Grünen den Landtag. Aber auch dieses Schauspiel fand keine Premiere, Strauß sagte ab und berief sich dabei auf das Prinzip der Gewaltenteilung, wonach es zumindest als unschicklich erscheinen muß, wollte der amtierende Ministerpräsident und Chef der Exekutive wenn auch nur für kurze Zeit Führer der Legislative sein.

Heubl wieder Präsident

So kam der 66jährige Landwirt und CSU-Abgeordnete Josef Heiler mit einer kurzen Eröffnungsrede zum Zug, und das öffentliche Interesse konnte sich voll der Frage widmen, wie die Grünen ihren Parlamentseinzug gestalten. Einen „gebührenden feierlichen Rahmen“ hatten sie dafür bei ihrer ersten, natürlich öffentlichen Fraktionssitzung beschlossen und angekündigt, verstrahltes Heu, das sie bei einem Bauern im Stall fanden, handlich in Kartons und grünes Papier mit Schleifchen verpackt auf die gestern noch leeren Ministerbänke zu stellen. „Wir wollten das Problem buchstäblich auf den Tisch bringen“, meinte ein Sprecher der 15 grünen Abgeordneten gestern. Doch die Landtags-Juristen winkten ab: Die Pakete sind Demonstrationsmittel und somit innerhalb der Bannmeile verboten.

Eine bittere Pille mußte die Grün-Fraktion auch bei der Sitzordnung schlucken. Wollten die fünfzehn ihre Bundestags-Kollegen nachahmen und wie diese fernsehwirksam in der Saalmitte zwischen den 128 CSU- und den 61 SPD-Abgeordneten Platz nehmen, so wurden sie schon vor Tagen von Strauß auf die Bänke linksaußen verwiesen: „Die sollen dort sitzen, wo sie hingehören.“ Und weil über die Sitzordnung die Parlamentsmehrheit entscheidet, wird es dabei bleiben.

Die gestrige Sitzung endete mit der Wahl des neuen Präsidenten, der wie in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden Franz Heubl heißt, und seiner beiden Stellvertreter. Die CSU-Fraktion benannte dafür ihren bisherigen Vize Siegfried Möslein, die SPD-Kollegen ihren Fraktionschef Helmut Rothemund, der dieses Amt nach zehn Jahren tags zuvor an Karl-Heinz Hiersemann übergeben hatte.

Dieser, vor Monaten als Bayerns „neue Kraft“ in den Wahlkampf gestartet und mit der größten Wahlniederlage der SPD seit 1946 zurückgekehrt, steht vor einer wenig beneidenswerten Situation. Die Fraktion ist nicht nur um zehn Köpfe geschrumpft und in ihrem Selbstbewußtsein angeschlagen, sie sieht sich nun auch noch zwischen den Fronten einer trotz des Verlustes von fünf Sitzen mächtigen CSU-Fraktion (die gestern Gerold Tandler zum dritten Mal zu ihrem Vorsitzenden wählte) und den 15 Grünen, von denen neben Polit-Gags auch eine Flut von Anträgen erwartet wird.

SPD vor schweren Zeiten

Diesen Neulingen wird die Neugierde der Medien gelten, und Hiersemann wird aufpassen müssen, daß die Oppositionsarbeit seiner Fraktion nicht im Schatten verborgen bleibt. Schon einmal hatten sich die Sozialdemokraten im Landtag die Schau stehlen lassen – damals von den wenigen FDP-Abgeordneten und deren phantasievollen Geschäftsführer Julian Gyger.

Schon fordert der bayerische SPD-Landesvorsitzende Rudolf Schöfberger in einem offenen Brief eine „solide und knallharte Opposition“, mahnt die Fraktion, „sich von ein paar Grünlingen im Landtag nicht vorführen zu lassen“ und warnt aber zugleich vor „skurrilen Berührungsängsten“. Nun kann es sich Hiersemann aussuchen: Hält er's mal mit den Grünen, schallt von rechts der Ruf „rot-grünes Chaos“, läßt er aber gegen diese stimmen, kommt von links der Spott über die wankelmütigen Sozis. Und so könnte kommen, was Strauß, der heute zum Ministerpräsidenten gewählt wird, voraussagte: Die Opposition wird meistens mit sich selbst beschäftigt sein.

Der Fall Buwitt belastet Diepgen vorerst weiter

Stellungnahme des „Ehrenrates“ erst in einigen Wochen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Der Regierende Bürgermeister und CDU-Landeschef Eberhard Diepgen muß weiterhin darauf warten, endlich wieder freie Hand für sein Staatsamt und wichtige berlinpolitische Entscheidungen wie eine etwaige Teilnahme am „DDR“-Staatsakt 1987 zu gewinnen: Der Fall des CDU-Fraktionschefs Dankward Buwitt, wegen einer unbezahlten Heizungsrechnung in die Defensive geraten, bleibt weiter in der Schwebe.

Zwar hielt die CDU-Fraktion am Dienstag im Prinzip zu ihm, bekräftigte jedoch zugleich Diepgens öffentliche Kritik an Buwitts fragwürdigem Verhalten. Nach einer internen Einschätzung der CDU-Führung tritt zur Zeit ein knappes Drittel der 69 Abgeordneten für Buwitts Rücktritt ein.

Buwitt kam am Dienstag einer möglichen Fraktionsabstimmung zuvor, indem er Parlamentspräsident Peter Rebsch (CDU) um ein Votum des „Ehrenrates“ bat, das als Grundlage neuer Fraktionsberatungen dienen soll. Dieses Gremium war im Sommer 1984, noch auf Betreiben von Richard von Weizsäcker, mit der Benennung von fünf überparteilichen „Wächtern“ über tadelloses Abgeordneten-Verhalten ins Leben gerufen worden. Die Dinge ziehen sich hin: Frühestens in zwei, drei Wochen liegt eine Stellungnahme vor.

In der ausgiebigen Fraktionsdebatte über den Fall Buwitt ergaben sich zwei Flügel: die „Betonriege“, für die der Abgeordnete Manfred Preuss vehement zugunsten Buwitts stritt, und die Anhänger der eher kritisch-distanzierten, über die Folgewirkungen besorgten Diepgen-Anhänger. Diepgen rief zu umfassender Aufklärung aller Skandale auf, um neue Glaubwürdigkeit zu erzielen.

In der CDU wird gerätselt, weshalb CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky die Interims-Führung der Fraktion übernimmt: In der Weizsäcker-Ära focht die CDU strikt dagegen, daß Vorstandmitglieder landeseigener Banken – wie seinerzeit Ex-SPD-Fraktionschef Klaus Riebschläger – eine derartige Position bekleiden. Landowsky versieht zwei entsprechende Vorstandsfunktionen.

In der heutigen Parlamentssitzung drohen „Schlammschlachten“: Die Opposition fragt nach dem Kenntnisstand von Diepgen im Falle des verhafteten Ex-Staatssekretärs Günter Schackow (CDU) und bereitet offenkundig einen Mißtrauensantrag gegen Diepgen vor.

Ausschuß sperrt die Mittel für „Hermes“

HH, Bonn

Ungeachtet der Bemühungen von Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) hat der Haushaltsausschuß gestern dem Vernehmen nach im 87er Entwurf des Forschungsetats 23 Millionen Mark für „Hermes“ qualifiziert gesperrt (WELT v. 22.10.). Riesenhuber hatte unmittelbar zuvor in einem zweiseitigen „Vermerk“ vom 21. Oktober unter anderem auf die schwierigen außenpolitischen Konsequenzen im Verhältnis zu Frankreich mit Blick auf den deutsch-französischen Gipfel am kommenden Montag und Dienstag in Frankfurt hingewiesen.

„Auch die nach dem Gipfeltreffen vorgesehene formelle Erklärung zur Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland am Vorbereitungsprogramm (von „Hermes“, Anm. d.Red.) würde auf große Schwierigkeiten stoßen“, heißt es darin. „Im Hinblick auf diese Sachlage wird der Haushaltsausschuß gebeten, von der Ausbringung einer qualifizierten Sperre abzusehen, um damit zu ermöglichen, daß mit einer Erklärung des Bundeskanzlers auf dem deutsch-französischen Gipfel in Frankfurt die Grundlage für die rechtzeitige Abgabe einer formalen Teilnahmeerklärung am Vorbereitungsprogramm für Hermes geschaffen werden kann.“

PR – Ein Markenzeichen wird 70

Von JÜRGEN WARNKE

Der künftige Lebenslauf schien unproblematisch für den Sohn des Kommerzienrates Philip Rosenthal, der am 23. 10. 1916 geboren wurde: Sohn und Erbe eines erfolgreichen Unternehmers, der aus kleinsten Anfängen im oberfränkischen Selb ein Unternehmen mit Weltruf geschaffen hat. Es kam ganz anders. Der Schulaufenthalt in England geriet in den 30er Jahren zum Exil. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus engagierte der junge Philip Rosenthal sich zunächst in der Fremdenlegion, schließlich – nach mehreren fehlgeschlagenen Fluchtversuchen – in den britischen Streitkräften.

Bei der Rückkehr nach Deutschland wurde Philip Rosenthal die Verantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit des Unternehmens übertragen. PR – die Deckungsgleichheit der Initialen seines Namens mit den Anfangsbuchstaben von Public Relations ist symbolisch. PR liegt Philip Rosenthal im Blut. Mit diesem Pfund wucherte er. Binnen weniger Jahre war er im Vorstand der Rosenthal-AG, kurz darauf Vorsitzender.

Alle entscheidenden Weichenstellungen in der Nachkriegszeit des Unternehmens tragen seine Handschrift: die Konzentration auf ausgewählte Geschäfte des Einzelhandels, die Markentrennung, die Verbindung von hochwertigem modernen Design mit dem Begriff Rosenthal, die Entscheidung, in zukunftsorientierte Bereiche der technischen Keramik zu investieren, ebenso wie die Trennung von diesem Bereich, als die Investitionserfordernisse das überstiegen, was sich ein mittleres Unternehmen zumuten konnte. Personalpolitik – eine weitere Stärke von Philip Rosenthal – ermöglichte es ihm, diese Konzepte mit einer hochqualifizierten Mannschaft zu verwirklichen, heute an der Spitze des Aufsichtsrates sowie seinerzeit an der Spitze des Vorstandes. Er blieb ortsfest.

Selb im oberfränkischen Grenzland ist der Sitz des Unternehmens, dessen Arbeitsplätze in ganz Nordostbayern zur Strukturverbesserung beitragen. Neben die unternehmerische Tätigkeit trat seit den 60er Jahren die Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen. Im kommunalpolitischen Bereich war es das kulturelle Engagement der Firma, in der Gesellschaftspolitik die Vermögensbildung. Philip Rosenthal predigte sie nicht nur, er verwirklichte sie für die Mitarbeiter des eigenen Unternehmens. Die Fortsetzung dieser Arbeit im Mandat des Bundestagsabgeordneten, bald darauf als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft war konsequent.



Philip Rosenthal schuf aus einem Familienbetrieb ein Unternehmen von Weltruf FOTO: WERNER SCHÜRING

Daß der konservative Unternehmer Rosenthal die SPD als seinen politischen Standort wählte, mag ein Ergebnis der Kombination sicheren Gespürs für optimale Wirkungsmöglichkeit und untrüglichen PR-Instinkts gewesen sein. Daneben trat das Engagement im Verbandswesen der deutschen Industrie. Als Präsident des Rates für Formgebung schließlich tritt Philip Rosenthal für die Aufwertung deutscher Fähigkeit zur Gestaltung industrieller Erzeugnisse, insbesondere auch im Bewußtsein des Auslands, ein.

Philip Rosenthal ist ein Mann der langen Strecke. In früheren Jahren bewältigte er sie am Steuerknüppel seines Flugzeuges. Danach trug ihn das Ruderboot von Deutschland bis ins Schwarze Meer, über Adria und Ägäis an die Ufer der Türkei. Wanderungen mit Frau Lavinia haben ihn durch halb Europa gebracht, gelegentlich begleitet von einem oder anderen seiner fünf Kinder.

Der ruhende Pol ist das Schloß in Erkersreuth bei Selb, in dem sein Vater vor über hundert Jahren die Firma gegründet hat. Prominente aus aller Welt sind dort Gäste im Gespräch mit Politik, Wirtschaft, Geistesleben, immer aber auch mit Vertretern der Rosenthal-Belegschaft. Die Vitalität des Geburtstagskindes wird dafür sorgen, daß auch in Zukunft Denkanstöße aus Erkersreuth den Zeitgenossen Gelegenheit geben werden zum Gespräch, zur Auseinandersetzung mit Philip Rosenthal.

Jürgen Warnke, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, war Geschäftsführer des Verbandes der Keramischen Industrie, dem Philip Rosenthal vorstand. 1969 kandidierten Rosenthal als Arbeitgeber für die SPD und Warnke als Arbeitnehmer für die CSU zum Deutschen Bundestag.

Urteil zum Waldsterben: Der Staat haftet nicht

Bauer unterliegt in zweiter Instanz / Revision beim BGH

HARALD GÜNTER, **Stuttgart**

Für Vermögensschäden, die durch Luftverunreinigungen eintreten, kann der Staat prinzipiell nicht haftbar gemacht werden. Zu diesem Schluß kam der erste Zivilsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart in seinem mit Spannung erwarteten Berufungsurteil über die Schadenersatzklage eines Waldbesitzers aus dem Schwarzwald. Das Gericht begründete seine Entscheidung unter anderem damit, daß derartige Ansprüche nur anerkannt werden könnten, „wenn der Kreis der Betroffenen überschaubar ist". Dies sei bei Umweltbeeinträchtigungen durch Luftverschmutzung aber nicht der Fall.

Verweis auf Gesetzgeber

„Wenn das Gericht hier Schadenersatz zusprechen würde", heißt es in der Urteilsbegründung, „würde das die Einführung einer allgemeinen Gefährdungshaftung des Staates bedeuten". Dafür jedoch sei allein der Gesetzgeber zuständig.

Streitgegenstand war ein zu knapp 90 Prozent kranker bis toter Privatwald im Kinzigtal. Der Besitzer, Ernst Killguß, hatte von Bund und Land 108 000 Mark Schadenersatz gefordert, weil der Gesetzgeber keine ausreichenden Maßnahmen gegen die dem Waldsterben zugrunde liegende Luftverschmutzung getroffen habe. *Dem vermochte schon das Landgericht* Stuttgart Ende Januar in erster Instanz nicht zu folgen. Ein Entschädigungsanspruch, so der Urteilstenor damals, sei nicht gegeben, weil die fraglichen Waldschäden nicht unmittelbar auf eine konkrete hoheitliche Maßnahme zurückgeführt werden könnten.

Ähnlich argumentierte nun auch der erste Senat des Oberlandesgerichts. Zugleich verwies er auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach keine Amtspflichtverletzung staatlicher Stellen darin gesehen werden könne, daß nicht schärfere Grenzwerte zur Beschränkung schädlicher Emissionen festgesetzt worden seien. Ansprüche unter dem Gesichtspunkt eines „enteignungsgleichen Eingriffes" ließen die Richter nicht gelten, weil von den Auswirkungen der Luftverunreinigung nicht eine bestimmte Bevölkerungs- oder Berufsgruppe, „sondern praktisch jedermann" betroffen sei. Hier ein neues Haftungsrecht zu begründen, sei nicht Sache der Gerichte, sondern des Gesetzgebers.

Ernst Killguß will nun Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) einlegen. Unterstützt wird er dabei vom Bauernverband Württemberg-Hohenzollern, dessen 28 000 Mitglieder das Prozeßkostenrisiko ihres Kollegen mit einem Solidaritätsbeitrag von je fünf Mark abfedern. Anhängig ist beim BGH in Karlsruhe bereits das Revisionsverfahren gegen ein Urteil des Oberlandesgerichts München. Auch in diesem Fall war eine Schadenersatzklage gegen Bonn zurückgewiesen worden. Eine gleichlautende Entscheidung des Oberlandesgerichts Köln ist bereits rechtskräftig.

Klage gegen Kraftwerk

Über eine ganz anders gelagerte Schadenersatzklage hat unterdessen das Stuttgarter Landgericht zu befinden. Dabei führt eine von der Stadt Schwäbisch Hall getragene Stiftung die Baumerkrankungen in ihrem Wald unmittelbar auf die Emissionen des 35 Kilometer entfernten Kohlekraftwerks Heilbronn zurück. Beklagter ist deshalb der Kraftwerksbetreiber, die Energieversorgung Schwaben (EVS), bei der die Stiftung eine Entschädigung in Höhe von 104 000 Mark einklagen will. Zur Klärung des Sachverhalts hatte die achte Zivilkammer des Landgerichts im Januar 1985 umfangreiche Sachverständigengutachten in Auftrag gegeben. Seitdem ist der Prozeß unterbrochen.

Mehr Chancen für Verlage bei SAT 1

dpa, **Bonn**

Die regionalen Zeitungsverlage in der Bundesrepublik Deutschland sollen bei der Neuorganisation von SAT 1 stärker an der privaten Fernsehgesellschaft beteiligt werden. Wie der Geschäftsführer von SAT 1, Jürgen Doetz, gestern mitteilte, sollen die durch den neuen SAT 1-Gesellschaftervertrag vom 16. Oktober noch nicht vergebenen 13 Prozent des Gesellschaftskapitals „mit Priorität" den Verlagen angeboten werden. Mit der Unterzeichnung sei die Gesellschaft nach dem Austritt namhafter Mitglieder, wie der Verlagshäuser Burda und Bauer sowie der FAZ, wieder konsolidiert worden.

Baugesetz verstärkt Bürgerbeteiligung

dpa, **Bonn**

Wichtigste Errungenschaften des neuen Baugesetzbuches, über das der Bundestag heute endgültig entscheiden will, sind nach Meinung von Bundesbauminister Schneider (CSU) eine größere Souveränität der Gemeinden bei der Bauplanung, beschleunigte Baugenehmigungen, mehr Umweltschutz und eine stärkere Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben. Der Minister hofft, daß der Bundesrat dem Gesetz, daß am 1. Juli 1987 in Kraft treten soll, am 28. November zustimmen wird, obwohl einige Forderungen der Länder an das neue Gesetzeswerk nicht hatten berücksichtigt werden können.

Das kleinste Bundesland sorgt sich um die Entsorgung der Tanker

Jedes Bundesland hat seine ureigensten Probleme mit dem Abfall: Die einen drückt die Müll-Last einer großen Bevölkerung, die anderen müssen mit den gefährlichen Rückständen ganzer Industriezweige fertig werden. In Bremen kommt ein weiteres Problem hinzu: die Müllkippe Nordsee. Wissenschaftliche Untersuchungen des Meeresbodens lesen sich wie ein pharmazeutischer Beipackzettel.



Mit einer modernen Sand-Entölungsanlage will Bremen seine Deponien entlasten

Von W. WESSENDORF

„*Die Ölpest!*" vor diesem Alarmschrei zittern die Küstenbewohner; im vergangenen Juni hörten sie ihn zum letzten Mal. Nach einem technischen Defekt war das panamesische Containerschiff „Westwood Merrit" aus dem Ruder gelaufen und hatte die Bremerhavener Stromkaje gerammt. 43 Tonnen schweres Bunkeröl flossen ans Weserufer, obwohl drei Ölauffangsschiffe einen Großteil der klebrig-schwarzen Brühe abgesaugt hatten.

Ölverschmutztes Erdreich hinterläßt verheerende Folgen und ihre Beseitigung bereitete bislang große Schwierigkeiten. Jetzt können diese Probleme offenbar gelöst werden. Das meinen jedenfalls die Hersteller einer mobilen Sand-Entölungsanlage: Sie biete eine Alternative zu der noch üblichen Lagerung auf Sonder- und Hausmülldeponien sowie zur Verbrennung aufwendige teure und umweltschädliche Verfahren.

Die fortschrittliche Maschine „SSC 20 A" befreit dagegen vor Ort den Sand vom Öl und auch anderen chemischen Schmutz. Auch die Bremer Umweltbehörde hält sehr viel von ihr, setzte sie in der vergangenen Woche zur Beseitigung der Schäden des Unfalls der „Westwood Merrit" erfolgreich ein. Dabei wurde der verschmutzte Sand mit Hilfe eines demulgierenden Reinigers, dem das Umweltbundesamt in Berlin das Prädikat „abwasserentlastender Kaltreiniger" verlieh, in einem Wasserbad von anhaftendem Öl befreit. Je nach Verschmutzungsgrad schafft diese Anlage 10-15 cbm Sand pro Stunde; laut Herstellergarantie wird das Öl zu 98 Prozent aus dem Sand herausgewaschen. Die TBSG-Industrievertretungen GmbH, Bremen, ein Unternehmen der Sloman Neptun Schiffahrt-AG, vereinbarte dabei mit dem Hansestadt-Bremisches-Amt, daß der Boden nach der Wäsche nur noch maximal 300 Milligramm Öl je Kilogramm trockenen Sand enthalten darf. „Natürlich", sagt Betriebsleiter Uwe Peterson, „entspricht die Qualität nicht der von Blumenerde, aber eines Tages wollen wir doch Tomaten darauf züchten können".

In Bremerhaven wurde der gesäuberte Sand auf Spülfelder verteilt. Das restliche Öl und die Trennmittelrückstände werden durch Bakterien abgebaut. Die Bremerhavener zahlten dafür den „Freundschaftspreis" von 20 000 Mark; es handelte sich um 130 cbm abgetragenen Ufersandes. Im Vergleich hätten Transport und Lagerung des ölverseuchten Sandes auf eine Sonderdeponie rund 170 000 Mark gekostet.

„Die Qualität des Meerwassers in der Deutschen Bucht hat sich meßbar verändert", schlagen die Bremerhavener Meeresforscher Alarm. Zur fortschreitenden Verschmutzung tragen insbesonders Schwermetalle und Chemikalien bei, die auch nicht durch vollbiologische Kläranlagen zurückgehalten werden. Sie verwandeln die Nordsee zunehmend in ein *Auffangbecken für wasserlöslichen* Sondermüll.

Was die Chemiker des Instituts für Meeresforschung in Ablagerungen vor Helgoland fanden, liest sich wie ein pharmazeutischer Beipackzettel: PCB, HCP Pentachlorbenzol, DBP, DEHP, DDT und Dieldrin. Insgesamt schwappern über 60 Inhaltsstoffe aus Weichmachern Pestiziden und technischen Syntheseprodukten durch die Nordsee. Indes warnen die Wissenschaftler, nur gegenüber einigen der Schadstoffen besitze das Meer Selbstreinigungskräfte.

Müllkippe Nordsee? Auch die Schiffe tragen dazu bei, daß die Verschmutzung der Nordsee in alarmierender Weise fortschreitet. Öl- und Chemikalienabfälle landen in den Fluten – unvorstellbare Mengen, wenn man bedenkt, daß allein jährlich 100 000 Schiffe die deutsche Bucht passieren. „Husch über Bord" ist der kostenkünstigste Weg, sich der Abfälle zu entledigen. Außerdem spart es auch noch Zeit. Es leuchtet auch einer Landratte ein, daß die Entsorgung in den Häfen die Liegezeiten verlängert.

Deshalb fordern die Umweltminister und -senatoren jetzt eine kostenlose Entsorgung der Schiffahrt von Altöl, Abfall und Chemikalien. Sie wollen damit den bestmöglichen Schutz des Meeres erreichen und zugleich Wettbewerbsverzerrungen vermeiden. „Dies ist ein wichtiger Fortschritt", meint die Bremer Senatorin für Umweltschutz, Eva-Maria Lemke (SPD).

Nach vorsichtigen Schätzungen, rechnete Frau Lemke vor, wird die *Umsetzung dieses Plans 14 Millionen* Mark kosten. Bund und Länder sollen das Vorhaben gemeinsam zur Hälfte finanzieren. Das Hauptaugenmerk gilt dabei zunächst der Beseitigung von Ölabfällen, wie sie schon im Internationalen Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der Meere durch Schiffe (Marpol) 1973 festgeschrieben worden ist. Die Entsorgung der ebenfalls giftigen Chemieabfälle steht zur Zeit noch in den Sternen. Zwar treten hierfür am 1. Juni 1987 entsprechende Marpol-Regelungen in Kraft, jedoch räumen sie den Ländern zur Realisierung eine Schonfrist bis 1994 ein.

„Wir wollen mit der Entsorgung des Öls schon am Anfang des nächsten Jahres beginnen", drängt die Bremer Umweltschutzsenatorin zusammen mit ihren Kollegen aus den anderen Küstenländern. Damit die Reeder und ihre Kapitäne sich auch daran halten, soll die Entsorgung als unentgeltlicher Service in allen Häfen angeboten werden. Die norddeutschen Länder kostet der Betrieb allein jährlich mehrere Millionen Mark. Alles hängt jetzt nur noch davon ab, ob der Bund mitmacht. Er soll außerdem laut Beschluß der norddeutschen Umweltminister und -senatoren die Gewährung von Schiffbauhilfen davon abhängig machen, daß technische Vorkehrungen an Bord zur getrennten Aufnahme, Lagerung und Abgase verwertbarer und nicht wieder verwendbarer ölhaltiger Slops eingebaut werden.

Dabei haben die Bremer Vulkan *AG und Sloman Neptun schon einen* schwimmenden Marpol-Entsorger entwickelt. Er kann nicht nur Seehafenreviere, sondern auch Binnenschiffwege befahren. Der schwimmende Entsorger sammelt Abfälle von Schiffen, um Stoffe dem Recycling zuzuführen. Außerdem verfügt er über eine Hochtemperatur-Verbrennungsanlage, damit können der Schiffsmüll, Fäkalien und Slops umweltfreundlich vernichtet werden.

„Müllanalyse tut not!" sagen die Bremer seit einiger Zeit. Die Hanseaten tüfteln derzeit an einem neuen Konzept zur Beseitigung ihres Hausmülls. Der neue Grundsatz lautet: „Von der Abfallbeseitigung zur Abfallwirtschaft". Er zielt darauf ab, die stadtbremische Müllmenge von täglich 1000 Tonnen insgesamt zu vermindern, den Abfall zu verwerten und Problemmüll vom übrigen Abfall konsequent zu trennen.

Untersuchungen haben ergeben, daß die Bürger bereit sind, den Abfall in den Haushalten getrennt zu sammeln. Bei einem Versuch landeten bis zu 80 Prozent an Glas, Papier, Pappe und Dosen nicht mehr im Hausmüll, der verbrannt wird. Bei einem anderen Pilotprojekt werden erstmals auch organische Küchenabfälle getrennt, die unter Amtsaufsicht kompostiert werden. Mit Sammelbehältern für Batterien bietet Bremen zudem flächendeckend einen weiteren Service zur Sammlung von schadstoffhaltigen Abfällen.

Daten und Fakten auf einen Blick

1. **Gesamtmüllaufkommen in Bremen Stadt 1985:** 240 000 Tonnen Hausmüll und 50 000 Tonnen hausmüllähnlicher Gewerbemüll.
2. **Müllexport:** 20 000 Tonnen in die „DDR"-Deponie Schöneberg.
3. **Müllimport:** Keiner.
4. **Deponiekapazitäten:** Betrieb einer Kompostierungsanlage nach dem Mähn-Römerhof-Verfahren auf dem Gelände der Blocklanddeponie, 10 000 Tonnen Verarbeitungskapazität.

Für 265 Millionen kauft Hessen die NH-Südwest

gur. **Wiesbaden**

Das Land Hessen will die Neue Heimat Südwest mit 30 000 Wohnungen zum Preis von 235 Millionen Mark kaufen. Außerdem will es einen Ausgleich von 30 Millionen Mark für eine „werterhöhende Zuführung" der Gewerkschaftsholding BGAG zahlen. Die Kaufsumme ist nach Angaben von Finanzminister Hans Krollmann (SPD) in einem Nachtragshaushalt für 1986 veranschlagt, der im November dem Landtag vorgelegt werden soll. Der Neue-Heimat-Aufkäufer Schiesser hatte die Wohnungen zuvor mit dem Gesamtkonzern Neue Heimat für den Kaufpreis von einer Mark erworben. Die BGAG hat sich jedoch gegenüber dem DGB und Schiesser verpflichtet, die Regionalgesellschaften Südwest und Nordrhein-Westfalen für 300 Millionen Mark bis zum Jahresende zurückzukaufen.

Der Aushandlung des Kaufpreises ist offenbar ein „Deal" der hessischen SPD mit den Grünen vorausgegangen. So gab Minister Krollmann gleichzeitig bekannt, daß nach einem Beschluß des rot-grünen Kabinetts Maßnahmen zur sparsamen und umweltverträglichen Energienutzung im Haushalt des grünen Umweltministers Fischer „spürbar" verstärkt werden sollen, nämlich von 68,1 Millionen Mark um 60 auf 128,1 Millionen Mark. Außerdem beschloß das Kabinett laut Krollmann Verpflichtungsermächtigungen von 30 Millionen Mark für rationelle Energienutzung in landeseigenen und kommunalen Gebäuden. Die Grünen erklärten, sie könnten den Nachtragshaushalt „so mittragen". Demgegenüber kam von den Oppositionsparteien heftige Kritik.

10. Folge: Wie stellte der Bundesnachrichtendienst Funk-Kontakt zu seinem Agenten im „DDR“-Spionagezentrum her?

Zum ersten Mal in der Geschichte der Spionage im geteilten Deutschland wird am Fall Stiller das technische Zusammenspiel des Bundesnachrichtendienstes mit seinem Agenten im Zentrum des „DDR“-Staatssicherheitsdienstes geschildert. Der BND stellte sogar eine Funkverbindung in die „Höhle des Löwen“ nach Ost-Berlin her. Beim Treffen mit einem „DDR“-Spion in Zagreb nahm Stiller unter den Augen seines Vorgesetzten mit dem BND persönlich Kontakt auf. Aus dem Ministerium für Staatssicherheit flossen Informationen über den Geheimdienst nach Pullach.

Die Leute aus Pullach face en face mit dem BND



Aus Ost-Berlin nach Zagreb zum Treff mit dem „DDR“-Spion vor der Markuskirche. Der BND wartete im Hotel.
FOTO: ULLSTEIN

Ende April 1976 kam ich endlich in Verbindung mit dem BND. Es trat ein, was ich schon seit dem Treffen mit Küsters Freund in Leipzig, noch vor meiner Einstellung beim MfS, als eventuelle Möglichkeit erwogen und oft herbeigewünscht, manchmal auch wieder verworfen oder von irgendeiner späteren Situation abhängig gemacht hatte. Seit mehr als anderthalb Jahren hatte ich mich bereits fest dafür entschieden, meinen Diensteifer im MfS eines Tages für die „andere Seite“ nutzbar zu machen. Trotzdem fiel es mir doch nicht so leicht, das nunmehr viel größer gewordene Risiko der Entdeckung und das dann sichere Todesurteil einzukalkulieren. Die Täuschung meiner Umgebung gewann eine neue Qualität. Das „echte“ Doppelleben, das mir nun bevorstand, würde mich vielleicht für immer psychisch zeichnen. Vom Tage der Entscheidung an würde ich mit der Angst, der Ungewißheit und mit dem Gedanken leben müssen, daß man mir möglicherweise auf der Spur sei. Ich ahnte, daß daraus ein Syndrom übersteigerten Argwohns erwachsen würde – die Empfindung, daß an jeder Ecke und hinter jedem Baum eine Gefahr lauert, die Wahrnehmung aller Ereignisse nur mehr unter dem einen Gesichtspunkt: Bin ich noch unentdeckt? Obwohl ich mich schließlich auch an diese Lebensweise gewöhnte, war mir fortan immer klar, daß ich sie nur eine begrenzte Zeit durchhalten könnte und die nervliche Belastung irgendwann nicht mehr würde tragen können.

Ich hatte mich auch für die weitere Perspektive zu entscheiden, meinen nunmehr gefährlich gewordenen Posten über kurz oder lang zu verlassen und mich in den sicheren Westen zurückzuziehen. Was aber bedeutete dabei schon „sicherer“ Westen? Präzedenz-Fälle, über die in Kollegenkreisen hinter vorgehaltener Hand geflüstert wurde, hatten bewiesen, daß das Rachebedürfnis der Herrschenden im Osten unermeßlich ist. Sie können keine Niederlage des Systems ertragen. Deshalb jagen sie die „Abtrünnigen“ auch dann noch, wenn sie ihrem unmittelbaren Zugriff entkommen sind. Mein Leben würde nie das eines normalen Bürgers sein können. Das alles wußte ich und habe es bei meiner Entscheidung in Rechnung gestellt.

BND-Briefkasten auf dem „Mont Klamott“

Ich muß es mir hier versagen, in allen Einzelheiten darzustellen, wie die endgültige Verbindung mit dem BND zustande kam. Ich würde damit immer noch die Sicherheit beteiligter Personen aufs Spiel setzen sowie Methoden preisgeben und für die Zukunft unbrauchbar machen, die sich noch weiter bewähren können. Das „Totem“ hat beim ersten Signalaustausch eine Rolle gespielt und den Weg für die ersten Botschaften „von drüben“ an mich ermöglicht. Doch bestand damit für keine Seite schon volles wechselseitiges Vertrauen. Noch immer mußte ich eine besonders raffinierte Falle des MfS – gegebenenfalls schon seit den Gesprächen von Leipzig vor vier Jahren – für möglich halten, und der BND seinerseits durfte sich fragen, ob ich noch derselbe war wie damals, das heißt dieselben Anschauungen vertrat wie seinerzeit gegenüber Küster und seinem Freund, oder jetzt vielleicht ein Doppelspiel im Auftrag des MfS betrieb. Beide Seiten mußten zunächst mit dieser Ungewißheit leben, was natürlich in erster Linie meine Nerven strapazierte.

Die erste Nachricht, die ich aus München erhalten hatte, bestand aus der genauen Lagebeschreibung eines toten Briefkastens in meiner Nähe. Man teilte mir mit, dort werde ich alles vorerst Notwendige finden. Ich hatte zwar meine Entscheidung grundsätzlich getroffen; mit der Annahme des Inhalts im toten Briefkasten aber würde der Tatbestand des Verrats praktisch erfüllt sein.

Der Ort war geschickt gewählt. Am nächsten Tag ging ich in den Stadtpark Friedrichshain. Die Anweisung aus Pullach führte mich auf die Spitze des dort nach dem Krieg angelegten Trümmerberges, von den Berlinern „Mont Klamott“ genannt. Eine Steinmauer begrenzte die Aussichtsplattform, von der aus man gut zu den Hochhäusern des Alexanderplatzes hinüber sehen konnte. Ich blickte mich noch einmal kontrollierend um, entdeckte aber weit und breit niemanden. Dann löste ich den beschriebenen Stein und fand darunter das wasserdicht verschlossene Päckchen.

Rasterfahndung gegen „DDR“-Spione

Die Tarnung war gut gemacht. Ich schob den Stein in seine alte Lage zurück und fuhr in meine konspirative Wohnung. Dort öffnete ich das Behältnis. Es enthielt mehrere eng beschriebene Plastikfolien, ferner einige harmlose Brieftexte an einen Onkel in Hamburg und schließlich ein einfaches weißes Blatt. Ich nahm mir die Folien mit den Mitteilungen vor.

Die erste Seite steckte, neben einem Willkommensgruß an mich als neuen Informanten, den Rahmen für die Zusammenarbeit in der folgenden Zeit ab. Klar und deutlich gab die Botschaft zu erkennen, daß die BND-Zentrale meiner noch nicht sicher war. Die nächsten zwei Seiten enthielten einen geschickt formulierten Katalog mit mehreren umfassenden Hauptfragen, in Unterfragen aufgeschlüsselt, wobei nur letztere – und zwar einfach mit Ja oder Nein – beantwortet zu werden brauchten. Die Fragen verrieten nicht, wieviel die Verfasser über das MfS wußten, zwangen aber zu klaren Stellungnahmen, die Kenntnis von HVA-Interna voraussetzten. Auf der vierten Seite war die Handhabung des weißen Blattes beschrieben. Es handelte sich um ein mit Geheimschreibmittel imprägniertes Papier. Ich hatte damit keine Schwierigkeiten, denn ähnliche Verfahren kannte ich aus der eigenen Praxis, nur schien dieses weitaus perfekter zu sein. Schließlich war eine Deckadresse angegeben, auf die auch die beigefügten Onkel-Briefe zugeschnitten und als Tarntexte zu verwenden waren.

Im Frühsommer des Jahres 1976 kam die HVA in große Turbulenz. Es trat ein, was der Genosse Markus Wolf und seine Abteilungsleiter schon seit einiger Zeit befürchtet haben mochten: Die Abteilung Spionageabwehr im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz machte einen gewaltigen Fang. Mehr als 30 MfS-Agenten flogen auf, unter ihnen auch das im Verteidigungsministerium spionierende Quartett der Ehepaare Lutze/Wiegel. Die Abwehrexperten im BfV waren der Standardmethode des MfS auf die Spur gekommen, Agenten aus der DDR als „zurückkehrende Auswanderer“ in die BRD zu übersiedeln. Nach der Aufdeckung einiger Einzelfälle hatte man in Köln mit Hilfe von Computern nach einem Rasterverfahren die Fälle solcher angeblicher Rückkehrer überprüft und war fündig geworden. „Aktion Anmeldung“ nannte man im BfV die Verhaftungswelle, weil der kritische Punkt in der polizeilichen Anmeldung der vorgeblich aus Australien, Kanada oder anderen Ländern wiedergekehrten Personen lag. Die Bezeichnung „Aktion Anmeldung“ wurde auch in der HVA übernommen und die Operation als ganz schwarzes Kapitel der DDR-Spionage verbucht.

Der Schaden für die DDR-Spionage war in der Tat immens. Neben den 30 Verhafteten fielen weitere 120 Agenten aus, die nach derselben Methode vor einigen Jahren in der Bundesrepublik untergetaucht waren und inzwischen erfolgreich als Quellen oder Residenten arbeiteten. Sie wurden sämtlich Hals über Kopf in die DDR zurückbeordert, denn die Verantwortlichen im MfS sahen es nur als eine Frage der Zeit an, bis ihr Gegenspieler Hellenbroich, der damalige Leiter der Spionageabwehr im BfV, und seine Leute auch den übrigen auf die Schliche kommen würden. Viele schalteten sich selbst ab, weil sie das Vertrauen in den DDR-Nachrichtendienst verloren hatten. Fest geplante Werbungen gingen in die Brüche, selbst längst bewährte Leute stellten peinliche Fragen.

Im Zentrum der Spionage

Auch ich blieb schließlich von dem allgemeinen Tief in der DDR-Spionage nicht verschont: „Fellow“ (Deckname des Göttinger Professors Hauffe – die Red.) kam zwar im Juli zum Treff nach Ost-Berlin, doch er war derartig verunsichert, daß ich mir Sorgen um ihn machte.

Am 20. Januar 1979 wurde Professor Hauffe von Beamten des Bundeskriminalamtes in seiner Wohnung verhaftet. Ich war höchst erstaunt über das, was in seinen Vernehmungen aufgedeckt wurde. Seine plötzliche Zurückhaltung mir gegenüber war keinesfalls eine Folge von Angst vor den Spürnasen des BfV gewesen, sondern ganz andere Leute hatten ihm geraten, die Verhaftungswelle von 1976 zum Vorwand für eine Distanzierung vom MfS zu nutzen – nämlich die „Freunde“ vom KGB, genauer gesagt Dr. Markianow, dessen Namen „Fellow“ kurz beim Treff im Juli 1976 erwähnt hatte. Dieser Markianow war niemand anderer als mein „Konkurrent“, der Führungsoffizier des Professors beim KGB, und „Fellow“ seit einiger Zeit schon Doppelagent gewesen. Er hatte zwei Herren gedient, wenn auch aus dem gleichen Lager. Sein nachrichtendienstliches Aufkommen für das MfS war offenbar deshalb „dünner“ geworden, weil die „Freunde“ entweder besser zahlten oder ältere Rechte geltend machten, wenn nicht beides. Nachdem es mir entgegen allen Erwartungen gelungen war, ihren früheren Agenten wieder für Spionage zu gewinnen, ist auch der KGB wieder an ihn herangetreten.

Der alte KGB-Gefolgsmann Professor Rompe hat sicher dabei geholfen. Sobald der Professor von uns geworben war, dürfte Rompe seinen früheren Genossen in Moskau oder Karlshorst – der KGB-Zentrale in der DDR – Meldung erstattet haben. Vermutlich wollte sich „Fellow“, als er mich beiläufig fragte, ob ich einen Dr. Markianow kenne, nur vergewissern, daß der KGB und das MfS ihm gegenüber nicht unter einer Decke steckten. Die Russen dürften dennoch mitbekommen haben, daß er auch an uns lieferte, und die völlige Einstellung seiner Arbeit für das MfS gefordert haben. Ich weiß nicht, warum er dann doch ein Jahr später noch einmal nach Ost-Berlin kam. Vielleicht wollte er wieder zum Doppelverdiener im Spionagegeschäft werden. Seine Geldgier hat ihn vielleicht noch zu weiteren einschlägigen Aktivitäten veranlaßt.

Während der Zeit unserer Zusammenarbeit war er verschiedentlich nach Bukarest gereist, um sich dort, wie er mir erzählt hatte, mit einem befreundeten Wissenschaftler, einem gewissen Professor Murgelescu, zu treffen. Die Vermutung liegt nahe, daß er auch dem rumänischen Geheimdienst zu Diensten stand und bei diesem Kasse gemacht hat.

Ende Juni 1976 traf erneut die Beschreibung eines toten Briefkastens vom BND ein. Der Gegenstand, den ich finden sollte und auch fand, war ein unter einem Busch verborgener, unscheinbarer, wenn auch ziemlich voluminöser Steinbrocken. Ich steckte ihn in den mitgebrachten Einkaufsbeutel und fuhr damit in meine „Burg“.

Funkverbindung Pullach–MfS

Der Anweisung zufolge mußte der Brocken ein winziges Loch in der Oberfläche haben. Auch dieses fand ich bald, führte eine Nadel ein und nach einem kurzen Druck zerfiel das scheinbar kompakte Stück in zwei Teile. Ein kleines Kofferradio, dem Aussehen nach gebraucht und aus DDR-Produktion, kam zum Vorschein. Neugierig – noch ehe ich die beiliegenden Instruktionen gelesen hatte – stellte ich den Apparat an und drehte am Sucher. Außer einem Rauschen war nichts zu hören. Das Gerät schien defekt zu sein. Erst die Instruktionen verrieten mir den Dreh. Kein Uneingeweihter würde mit dem Ding etwas anfangen können. Er könnte es sogar getrost zu einem hiesigen Fachmann tragen, so wurde in der Anleitung versichert; der hätte nur feststellen können, daß das Gerät auch im Innern nur aus originalen DDR-Teilen zusammengesetzt, defekt sei, sich jedoch eine Reparatur wegen der hohen Kosten nicht mehr lohne.

Der Gebrauchsanweisung zufolge ließ sich jedoch durchaus noch ein Sender empfangen, der des BND. Ab jetzt sollte ich an bestimmten Tagen und zu bestimmten Zeiten eine sichere Stelle aufsuchen, das Gerät einschalten und lange Zahlenreihen abhören. Falls die mir zugeteilte Kenn-Nummer aufgerufen würde, enthielten die anschließenden Reihen eine Botschaft für mich. Dechiffrierunterlagen und meine Kenn-Nummer waren beigefügt. Um einen sicheren Empfang zu gewährleisten, würde jeder Spruch unter Wechsel der Kenn-Nummern und auf anderer Wellenlänge mehrfach in einem bestimmten Zeitabstand wiederholt werden.

Die Leute vom BND gingen systematisch vor. Ich schrieb sogleich den verschlüsselten Antwortbrief. Dann zerstörte ich den hohlen Steinbrocken nach Anweisung bis zur Unkenntlichkeit, vernichtete den Verschlußmechanismus und warf die Trümmer auf einen Schutthaufen.

Eine Woche später saß ich zur angegebenen Zeit zum ersten Mal vor dem eingeschalteten Radio. Pünktlich um 18 Uhr erklang die angekündigte auf- und abschwellende Tonfolge – „Wessel-Hymne“ nannte man in Pullach die Melodie nach dem Nachfolger Gehlens als Präsident des BND, wie ich später erfuhr. Dann kam die emotionslose Stimme: Es liegen Mitteilung vor für ...

Inzwischen war es „offiziell“ geworden, daß Werner Heintze das Referat Ende August 1976 verlassen sollte. Wie erwartet, hatte ich einen der wertvollsten Vorgänge des Referates von ihm zu übernehmen. „Du weißt es noch nicht“, erklärte Christian bei der Übergabe, „aber der Mann sitzt in deinem Objekt in Karlsruhe“. Er ahnte nicht, daß ich es nicht nur schon lange wußte, sondern daß auch der BND schon seit mehr als einem Monat im Bilde war ... Schwärmerisch fuhr Christian indessen fort: „Wenn jemand in der Lage ist, uns über mögliche Bonner Atomwaffenpläne aufzuklären, dann ist es dieser Mann. Er sitzt nämlich in der Wiederaufarbeitungsanlage, der vorerst einzigen in der BRD und kann dort den Fluß der radioaktiven Materialien kontrollieren. Dabei ist er nur Finanzbuchhalter, aber manchmal sieht man den Positionen von außen gar nicht an, was sie für einen Informationswert haben.“ Ich konnte nur zustimmen.

Reiner Fülle arbeitete schon seit zwölf Jahren für den DDR-Geheimdienst. Ich vertiefte mich in seine Lebensgeschichte. Wie unser „Sturm“ stammte er aus dem Erzgebirge, und zwar aus der Industriestadt Aue. Nach einer technischen Berufsausbildung ging er in den Westen, wahrscheinlich aus Abenteuerlust, jedenfalls kaum aus politischen Gründen. In Westdeutschland schlug er sich durch, so gut er konnte, nahm hier und da vorübergehend Arbeit an und besuchte Abendkurse, bis er eine feste Stellung in Karlsruhe fand. Die noch im Aufbau begriffene Kernforschungsanlage suchte gerade Leute; seine Bewerbung kam so zum rechten Zeitpunkt. Seine Herkunft aus Mitteldeutschland störte niemanden. Fülle qualifizierte sich zum Finanzbuchhalter und kam nach seiner Einarbeitung in der Wiederaufarbeitungsanlage unter. Dort werden die ausgebrannten Brennstäbe aus den Kernreaktoren der Bundesrepublik mit Hilfe komplizierter chemischer Prozesse in ihre Bestandteile zerlegt, wobei nicht verbrauchter Kernbrennstoff, nutzloser, radioaktiver „Müll“ sowie das für Kernwaffen unerläßliche Plutonium anfallen.

Uran-Stollen im Erzgebirge

In unregelmäßigen Abständen, abhängig von der politischen Großwetterlage, wurden Pressekampagnen gegen alles, was an Kernforschung in der Bundesrepublik vor sich ging, gestartet, daneben die Anlage in Karlsruhe zu einem der wichtigsten Zielobjekte der DDR-Spionage erhoben. De facto diente dieser Großeinsatz des MfS gar nicht der Erkundung von in den Bereich der Fabel zu verweisenden Absichten der Bundesregierungen, ein eigenes Kernwaffenpotential zu erwerben, sondern der Beschaffung technischer Erkenntnisse zum Nutzen der atomaren Aufrüstung der Sowjetunion. Deshalb erhielt alles, was mit dem Kernforschungszentrum in Karlsruhe zu tun hatte, für den DDR-Geheimdienst absolute Priorität, und deshalb wurde jeder in die DDR Einreisende aus dieser Einrichtung zum Ziel von Agentenwerbungsversuchen. Zwei Referate hatten sich hierauf spezialisiert: in der Zentrale unseres und ein weiteres in Karl-Marx-Stadt, dem früheren Chemnitz, zugehörig der sogenannten Objektverwaltung „Wismut“ des MfS.

Die „Wismut“ ist seit Kriegsende ein Pfeiler des sowjetischen Kernwaffen-Programms und der wirtschaftlich-industriellen Nutzung der Kernenergie. Schon während des Krieges und vermehrt danach durch ideologisch für Spionage zugunsten der Sowjetunion motivierte Wissenschaftler wie Klaus Fuchs und zahlreiche andere Forscher kontinuierlich im Bilde über die bahnbrechenden amerikanischen Entwicklungen und Erfolge, arbeiteten in der Sowjetunion bedeutende Gelehrte wie der von Lord Rutherford geförderte Pjotr Kapitza. Ohne weitere Umschweife erklärte Moskau das ganze Revier am sächsischen Abhang des Erzgebirges und jedes Gramm geförderten Uran-Erzes zum sowjetischen Eigentum.

Zu diesem Zwecke wurde die „Wismut“ als sogenannte Sowjetische Aktiengesellschaft („SAG“) gegründet, die fortan in der Gegend von Zwickau und Aue fieberhaft zu graben begann. Man trieb die Uranstollen im Erzgebirge immer tiefer. Ohne Pause rollten die Transporte aus Sachsen zu den Produktionsstätten im fernen Sibirien. Erst Mitte der fünfziger Jahre hielten die Nachfolger Stalins eine Konzession gegenüber der jungen DDR für angebracht: Die SAG wurde zur SDAG – Sowjetisch-Deutsche-Aktiengesellschaft – umgegründet. War schon die Geschäftsform einer kapitalistischen Aktiengesellschaft durch die sozialistische Sowjetunion merkwürdig, so mußte auch diese „Neuerung“ als eine Farce erscheinen. Die Sowjets behielten die „Aktienmajorität“ und stellten natürlich den Generaldirektor. Jedes geförderte Gramm Uran rollte weiter exklusiv nach Sibirien – „bezahlt“ wurde dafür mit der Stationierung russischer Soldaten auf dem Gebiet der DDR. Diese hatte jetzt nur die Hauptverantwortung für das Liefersoll und für die Sicherheit der Förderung zu übernehmen. Deshalb schuf das Staatssicherheitsministerium nunmehr eine Unterorganisation, die „Objektverwaltung Wismut“, mit Sitz in Karl-Marx-Stadt.

In dieser „OVW“ gab es bald auch ein „Referat XV“, das sich die Ausforschung von Atomgeheimnissen im Westen zum Ziel setzte und besonders Einreisende in die Erzgebirgszone abzuklären suchte, die dafür in Frage kamen. Auf diese Weise ist auch Reiner Fülle bei einem Besuch in der alten Heimat angeworben worden.

Von Heintze, der Resident des MfS an der DDR-Botschaft in der Schweiz wurde, übernahm ich auch noch eine weitere Schlüsselfigur, über die das MfS schon seit vielen Jahren großen Einfluß ausübte, den Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen in der Akademie der Wissenschaften, Dr. Heinz Hillmann. Mit ihm stärkte sich auch ganz entscheidend meine persönliche Machtstellung. Hillmann oblag die formale Genehmigung von Westreisen aller Angehöriger der Akademie. Über ihn konnte ich, wenn ich wollte, Westreisen von Wissenschaftlern der Akademie verhindern, eigene Agenten, „legal getarnt“, als Dienstreisende der Akademie in den Westen schicken, vor allem aber erfahren, wer von den DDR-Akademikern aller Fakultäten zum sogenannten Reisekaderstamm gehörte und welche von ihnen im Dienst des MfS standen. Fast alle von ihnen erfüllten neben dem Besuch von Tagungen oder bei wissenschaftlichen Institutionen im gesamten westlichen Ausland noch Nebenaufträge für den DDR-Geheimdienst. Die lange Liste, die ich dem BND später übergeben konnte, war für die Staatsschutzbehörden der Bundesrepublik Deutschland von höchstem Interesse. Meine neuen Partner erfuhren nicht nur, wer vom MfS in den Westen geschickt wurde, sondern auch die Diensteinheit, welche den Akademiker führte und damit auch die Art seines Auftrages.

Im Zusammenhang damit gewann ich noch eine weitere wichtige Position; 1976 konnte ich den für die Naturwissenschaften verantwortlichen Mitarbeiter im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Dr. Bernhard Müller, für die Zusammenarbeit mit dem MfS werben und über diesen praktisch entscheiden, wer auf Berufungslisten gesetzt oder wem die Aussicht, Professor oder Dozent zu werden, verbaut werden sollte. Der Einfluß, den ich auf diese Weise nehmen konnte, erstreckte sich letztlich auf alle Universitäten und Hochschulen der DDR.

Beim nächsten Austausch-Treff mit einem Agenten („Sperber“) wollte ich versuchen, die für mich zuständigen Beamten – oder waren es Soldaten? – im BND, die ich ja noch nie gesehen hatte, zu treffen. Ich beauftragte den Instrukteur, den Haupt-Treff vorbehaltlich einer Planänderung für den 30. September im kroatischen Zagreb zu verabreden – 12 Uhr an der St.-Markus-Kirche. Auch dem BND deutete ich per Geheimbrief eine eventuelle Treffmöglichkeit in Jugoslawien an. Ich schrieb dem BND einen verschlüsselten Brief und gab an, daß ich beim Betreten des Hotels eine Ausgabe der DDR-Zeitschrift „Wissenschaft und Fortschritt“ sichtbar in der Hand halten wolle.

Würde im Hotel in Zagreb jemand auf mich warten, und wie würde dann eine Verständigung möglich sein? Fest umklammerte ich die zusammengerollte „Wissenschaft und Fortschritt“, als wir vorfuhren. Ein livrierter Diener übernahm die Koffer. In der Halle hielten sich nur wenige Personen auf. Auf den ersten Blick sah niemand „wie vom BND“ aus: Einige ältere Damen und ein jüngeres Paar in einer angeregten Unterhaltung, das von der Umgebung keinerlei Notiz zu nehmen schien. Ich war enttäuscht und auch von neuem beklommen. Hoffentlich würde nicht jemand aus Pullach später versuchen, mich etwa über die Rezeption ausfindig zu machen. Das konnte gefährlich werden.

Zigarettenmarke ‚Club‘ mit Geheimverpackung

Ich rollte die Zeitschrift so auf, daß der Titel gut zu sehen war und suchte, während sich Christian dem Empfangspult zuwandte, die Toilette auf. Vorsichtshalber hatte ich diesen notwendigen Gang schon im Taxi angekündigt. Wenn jemand aus München da war, dann mußte er die Gelegenheit jetzt wahrnehmen.

Kaum hatte ich die Tür hinter mir geschlossen, als sie sich wieder öffnete und die männliche Hälfte des Paares eintrat, das mir in der Empfangshalle aufgefallen war. Er lächelte mir zu, streckte die Hand aus: „Grüß Gott, Herr Stiller, ich freue mich, Sie zu sehen.“

Etwas verdattert antwortete ich mit ähnlichen Worten, atmete jedoch gleichzeitig erleichtert auf. Dann zog ich einen der Umschläge aus der Tasche und drückte ihn dem Mann in die Hand.

„Eine kleine Aufmerksamkeit“, fügte ich hinzu, „wir müssen uns beeilen, ich weiß nicht, ob mein Vorgesetzter nicht vielleicht auch ein Bedürfnis verspürt.“

„Seien Sie ohne Sorge“, sagte mein Gesprächspartner, „wenn er sich vom Empfang wegbewegt, dann werde ich das wissen.“

„Sie können mich zu jeder Zeit erreichen“, sagte er, „aber seien Sie vorsichtig und nehmen Sie kein unnötiges Risiko auf sich. Wir werden bald bessere Möglichkeiten zur Verbindung haben. Falls wir uns nicht sehen können, lesen Sie den Inhalt zu Hause“, er übergab mir eine Zigarettenschachtel der DDR-Marke „Club“; „die Nachricht ist in der Vorderseite. Seien Sie vorsichtig beim Öffnen.“

Dann ertönte ein seltsamer Piepton, und er sagte:

„Sie müssen gehen, Ihr Referatsleiter ist an der Rezeption fertig.“ Seine Begleiterin hatte Christian inzwischen beobachtet und mit einem elektronischen Gerät ein Signal gegeben.

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

Morgen in der WELT:
Der letzte Tag vor dem Absprung

Gorbatschows Härte für den Hausgebrauch

Das Moskauer Spiel mit Diplomaten und Journalisten

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, fuhr laut „Prawda" nach Reykjavik, um das „Eis des kalten Krieges aufzutauen". Das ist die Version für den Westen. Nach innen jedoch herrscht, um im meteorologischen Bild zu bleiben, weiterhin Eiseskälte. Gorbatschow demonstriert Härte. So müssen die fünf ausgewiesenen US-Diplomaten Moskau und Leningrad bis zum 31. Oktober verlassen. Ihnen wird Spionage vorgeworfen.

Diese Maßnahme ist die Replik auf die Ausweisung von 25 sowjetischen UNO-Diplomaten durch die Regierung in Washington. Nach der Ausweisung von 55 weiteren sowjetischen Diplomaten Anfang der Woche könnte eine ähnlich harte Reaktion erfolgen. Denn Gorbatschow handelt, aus innenpolitischen Gründen, nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit.

Das Prinzip der spiegelbildlichen Vergeltung ist für Gorbatschow nicht neu. So wurden auch unter seiner Herrschaft schon Ausweisungen von Sowjetspionen aus Frankreich und Großbritannien mit gleichen Maßnahmen gegen diplomatische Vertreter beantwortet, und wenn diese nicht in ausreichender Zahl vorhanden waren, kamen noch einige Journalisten hinzu. Auch harte Worte wie jetzt gegenüber dem dänischen Regierungschef Schlüter verfolgen bisweilen den Zweck, intern Stärke zu demonstrieren.

Warnung vor Westkontakt

Verweise für Auslandskorrespondenten gehören zur Tagesordnung in Moskau. Kaum war die Daniloff-Affäre bereinigt, da wurde bereits wieder ein kanadischer Journalist vom sowjetischen Geheimdienst KGB provoziert. Damit werden Auslandskorrespondenten gemahnt, sich bei Recherchen an die vorgegebenen amtlichen Bahnen zu halten. Gleichzeitig dienen solche Provokationen und Maßnahmen aber auch zur Warnung an den einfachen Sowjetmenschen, sich nicht auf Westkontakte einzulassen.

Immer wieder werden für diese Verhaltensweise Moskaus Erklärungen gesucht, um Parteichef Gorbatschow zu entlasten. Dieser sei im Grunde genommen liberal und kompromißbereit. Dabei wird jedoch häufig vergessen, daß Gorbatschow seinen Aufstieg im wesentlichen dem KGB- und späteren Parteichef Andropow sowie dem starren Chefideologen Suslow verdankt.

Die Dossiers des KGB

Gemeinsam mit dem heutigen KGB-Chef Tschebrikow, der zum engsten Kreis um Gorbatschow zählt und als dessen erster Verbündeter im Politbüro gilt, werden solche Aktionen geplant und beschlossen. Sie dienen der Machtdemonstration gegenüber den innenpolitischen Gegnern.

Daß Gorbatschow solche Gegner hat und mit seinem Reformkurs auf starken Widerstand stößt, brachte er erst kürzlich in seiner Rede über den Zustand der Ideologie zum Ausdruck. Darin Gorbatschow wörtlich: „Offensichtlich findet eine nicht immer offene, aber dafür kompromißlose Auseinandersetzung statt zwischen Ideen, psychologischen Einstellungen, Mentalitäten und Verhaltensweisen, wenn es darum geht, unser Leben zu verändern und zu erneuern." Seine eigene kompromißlose Härte gegenüber westlichen Diplomaten und Journalisten zeigt den Widersachern des Parteichefs, wie er zu reagieren vermag, wenn es darauf ankommt. Denn für politische Not- und Ernstfälle, verfügt Gorbatschow sicher über genügend Mittel und Wissen – man denke nur an die Dossiers des KGB –, um etliche Widersacher in die Knie zu zwingen.

Die unermüdliche Arbeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (I) / WELT-Gespräch mit Präsident Alexandre Hay

„Mit der islamischen Welt werden wir noch große Probleme bekommen"

Staatspräsidenten, Könige und Minister, aber auch Diktatoren und andere Potentaten waren Alexandre Hays Gesprächspartner während seines Wirkens als oberster Hüter der Rotkreuz-Idee. Die jahrelange Konfrontation mit Krieg und Gewalt, Gefangenen und Gefolterten, Hunger und Elend haben sein Antlitz gezeichnet: Tiefe Furchen ziehen sich durch das Gesicht, das Haar ist schlohweiß.

„Mit der islamischen Welt werden wir angesichts ihrer völlig anders gearteten Denkweise noch große Probleme bekommen", sagt der 67jährige Präsident offen und freimütig auf die Frage nach seinen Gefühlen und Empfindungen angesichts des bevorstehenden Abschieds nach über zehnjähriger Präsidentschaft und nach der Art seiner Ratschläge an den bereits gewählten und ab Frühjahr 1987 amtierenden Nachfolger Cornelio Sommaruga. „Iran beispielsweise hat ein völlig anderes Verständnis von Humanität als die westliche Welt. Die Machthaber in Teheran sagten mir ganz offen, daß sie die Genfer Konvention von 1949 nicht unterschrieben hätten, versprachen aber gleichzeitig, den Beitritt ihres Landes zu den Unterzeichner-Staaten nicht rückgängig zu machen."

Alexandre Hay wurde 1976 erstmals zum IKRK-Präsidenten gewählt. 1980 und 1984 stellte sich der Hausherr im IKRK-Hauptquartier an der Genfer Rue de la Paix der Wiederwahl. Ein Jahr vor dem Ende seiner dritten Amtsperiode aber will er sich zurückziehen. „Das war vorher schon so geplant", wehrt er Fragen nach etwaiger Resignation und Enttäuschung über die weltweit beschworene Ohnmacht seiner Organisation gegenüber der Zunahme von Gewalt und bewaffneten Konflikten ab. „Ich bin nicht enttäuscht, und von Resignation kann keine Rede sein. Die Bilanz meines Wirkens ist positiv. Außerdem verfüge ich über eine Elite von Mitarbeitern. Doch ein Wechsel an der Spitze tut dem IKRK gut. Ich habe zwar keine gesundheitlichen Probleme, bin aber immerhin 67 Jahre alt. Und zehn Jahre Präsidentschaft beim IKRK reichen."

Zu den größten Erfolgen des IKRK in den letzten Jahren – die Hauptaufgabe des IKRK besteht darin, den Opfern bewaffneter Konflikte, Verwundeten, Kriegsgefangenen, Zivilinternierten, Menschen in besetzten Gebieten, Vertriebenen und politischen Häftlingen, Hilfe und Schutz zu gewähren –, zählt Hay Hilfsaktionen in Kambodscha und Thailand sowie in Äthiopien. Im Fernen Osten gelang es vor zwei Jahren, eine Viertelmillion kambodschanischer Flüchtlinge und Vertriebener aus den kambodschanischen Auffanglagern entlang der Grenze in Lager auf thailändischem Boden zu evakuieren. Ein Spendenaufruf des IKRK für diesen speziellen Zweck erbrachte eine Summe von 25 Millionen Mark. In Äthiopien löste das IKRK bereits sechs Monate vor dem dramatischen BBC-Bericht die größte Hilfsaktion seiner Geschichte aus, die schließlich Millionen Menschen vor dem Hungertod bewahrte.



IKRK-Präsident Alexandre Hay
FOTO: CAMERA PRESS

Der in Genf geborene frühere Anwalt, Rechts- und Finanzexperte im Innenministerium und Angehörige des Auswärtigen Dienstes seines Landes sowie spätere Generaldirektor der Schweizerischen Nationalbank verschweigt jedoch auch Mißerfolge nicht. „Unsere Bemühungen, Zugang zu den türkischen Gefängnissen zu erhalten, wo Tausende auf unsere Hilfe warteten, sind gescheitert", stellt Hay ohne Umschweife fest. „Vielleicht haben wir zu wenig Druck gemacht, zu lasch verhandelt, zu wenig Ideen entwickelt."

Bei der Frage nach der finanziellen Situation des IKRK geht der Blick seines Präsidenten durch die hohen Fenster seines einfachen Dienstzimmers hinaus in die Ferne. „Das IKRK hat Finanzierungs- und Liquiditätsprobleme. Ausgaben und Belastungen erreichten 1985 einschließlich Sach- und Dienstleistungen 555 Millionen Franken, das sind über 690 Millionen Mark. Dank der Spendenfreudigkeit vieler Menschen mußten bisher jedoch keine Programme wegen Geldmangel eingeschränkt werden. Aber Änderungen im finanziellen Bereich tun not. Da und dort sollten Regierungen ihre Beiträge erhöhen, andere sich endlich auch an unseren Kosten beteiligen. Die Sowjetunion beispielsweise gibt uns bis heute keinen Rappen."

Licht und Schatten registriert Alexandre Hay auch auf dem politischen Sektor: Das IKRK schaffte bis heute den Zugang zu den Gefangenen des Westsahara-Konflikts nicht, und die Kriegsgefangenen vom Ogaden konnten ihre Lager noch immer nicht verlassen, dafür klingen die Nachrichten aus Afghanistan optimistischer, dessen Machthaber dem IKRK vor vier Jahren die Tür wiesen.

„Die Regierung in Kabul versprach unserer Sondierungs-Delegation, dem IKRK in absehbarer Zeit die Gefängnisse wieder zu öffnen, erklärte sich vorerst aber nur mit einem medizinischen Programm einverstanden", verrät der Präsident. „Weiterer Druck, zusätzliche Verhandlungen und Unterstützung durch Moskau sind notwendig. Es besteht jedoch Gefahr, daß Kabul der Versuchung erliegt, das IKRK als Schutzschild zu mißbrauchen ... Ein bißchen medizinische Hilfe aber ist nicht das, was wir leisten wollen. Medizinische Hilfsprogramme aufziehen können viele andere auch. Wir wollen Schutzarbeit leisten und die Opfer des afghanischen Konflikts besuchen und ihnen helfen. Wenn sich in einigen Monaten auf diesem Sektor nichts tut, ziehen wir die Konsequenzen."

Hay ist, was Afghanistan betrifft, zur Zeit noch optimistisch, verhehlt jedoch nicht, daß man beim IKRK auf keinen Fall gewillt ist, aus Gründen der Diskretion den eigenen Grundsätzen untreu zu werden. „Wir wollen uns nicht zu Komplizen eines Regimes machen lassen", grollt er. „Wenn wir feststellen, daß sich in einem Land und IKRK-Einsatzfeld nichts ändert, dann müssen wir passen, gehen und öffentlich erklären, warum. Diese Handlungsweise ist eine Waffe, die wir nicht gerne einsetzen, doch zweimal war es in der Vergangenheit nahe daran. Die Namen der Staaten aber nenne ich nicht. Diskretion ist beim IKRK die Regel – neben den sieben Grundsätzen, auf die sich die Organisation stützt: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität."

WALTER H. RUEB

Weggefährte Maos gestorben

AP, Peking

Der chinesische Marschall Ye Jianying, Weggefährte Maos und militärischer Führer der kommunistischen Rebellen während des langen Marsches, ist im Alter von 90 Jahren gestorben. Ye hatte sein letztes politisches Amt als Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KP Chinas 1985 abgegeben.

Ye, der in seiner langen Karriere unter anderem Oberbürgermeister von Peking und Kanton, Vorsitzender des militärischen Kontrollausschusses und Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und damit praktisch Staatsoberhaupt Chinas war, galt als Drahtzieher der Kampagne gegen die sogenannte Viererbande.

Kernenergie: Wien über Bonn verärgert

AP, Wien

Die zwischen Bundeskanzler Kohl und dem österreichischen Regierungschef Vranitzky im Sommer verabredeten Verhandlungen über einen Informations- und Sicherheitsvertrag über Kernanlagen verzögern sich. Der Sprecher des Außenministeriums in Wien, Kovar, nannte die Haltung Bonns „verwunderlich". Er wies darauf hin, daß ursprünglich ein Verhandlungstermin im Oktober ins Auge gefaßt worden war, und nun habe Bonn ein zweites Mal den Termin „hinausgeschoben". Außenminister Jankowitsch sagte der „Kronenzeitung": „Ich kann die deutschen Freunde nur warnen, keine Politisierung des Verhandlungstermins eintreten zu lassen".

ÖVP droht Israel jetzt mit diplomatischen Schritten

Abzug des Botschafters Österreichs wegen Waldheim-Streit?

cgs. Wien

Der Vorsitzende der christlich-demokratischen Opposition in Österreich, Alois Mock, hat wegen des Verhaltens der Jerusalemer Regierung im Falle Waldheim scharfe Kritik an Israel geübt. Die Entscheidung des neuen israelischen Ministerpräsidenten Schamir, wegen Waldheim keinen neuen israelischen Botschafter nach Wien zu entsenden, nannte der Chef der ÖVP, der nach den Wahlen vom 23. November entweder Bundeskanzler oder Außenminister der neuen Wiener Regierung werden dürfte, „empörend und ungeheuerlich".

Er, Mock, habe lange zu dieser Entwicklung geschwiegen, aber so gehe es nicht weiter. Österreich brauche sich von Israel – einem Staat, den es international immer unterstützt habe – nichts vorschreiben zu lassen. Mock vertrat die Ansicht, Österreich müsse angesichts des israelischen Verhaltens in Erwägung ziehen, ob es nicht auch auf einen Botschafter in Jerusalem beziehungsweise Tel Aviv verzichten solle. Waldheim sei der demokratisch gewählte Bundespräsident aller Österreicher.

Auch die neue Kampagne des Jüdischen Weltkongresses gegen Waldheim wird von führenden ÖVP-Politikern scharf verurteilt. In Kreisen der Opposition wird erwogen, ob eine künftige Wiener Regierung, in der die Volkspartei vertreten sein wird, nicht Schritte gegen die Urheber der Anti-Waldheim-Kampagne vor amerikanischen Gerichten einleiten solle. Inzwischen hat auch der Außenminister der amtierenden Regierung, Peter Jankowitsch (SPÖ), zu verstehen gegeben, daß diplomatische Beziehungen zwischen zwei Staaten auf Gegenseitigkeit beruhen müßten und daß folglich ein österreichischer Botschafter in Israel nur amtieren könne, wenn auch Israel durch einen Botschafter in Wien vertreten sei.

In dem Wiener Massenblatt „Kronenzeitung" wurde bereits die Frage gestellt, ob Österreich sich angesichts der feindseligen israelischen Haltung gegen Waldheim weiterhin um die jüdischen Auswanderer aus der Sowjetunion bemühen solle, die bisher über Wien den Weg in die Freiheit und nach Israel finden.

*

hav, Jerusalem

Den Israelis geht es nicht um die Anwesenheit eines Botschafters in Wien, sondern um die Beglaubigung – eine Zeremonie, bei der der Botschafter dem Bundespräsidenten sein Ernennungsschreiben überreichen und mit ihm einen Händedruck tauschen muß. Eine Verweigerung dieser Geste wäre eine unverzeihliche Beleidigung des österreichischen Volkes, nicht bloß des Präsidenten. Doch gerade die emotionelle und symbolische Bedeutung dieses Staatsaktes macht ihn für Israel derzeit unmöglich.

Zwar ist keines der Präsident Waldheim vorgeworfenen Kriegsverbrechen bewiesen. Auch die Ermittlungen des israelischen Justizministeriums im Auftrag des vorigen Premierministers Peres sind im Sand verlaufen. Aber was den Zweiten Weltkrieg betrifft, kann Israel nicht die strikten Maßstäbe eines Gerichtshofes anlegen. Hinzu kommt der Druck, den der Jüdische Weltkongreß auf Israel ausübt.

Der israelischen Botschaft in Wien steht seit einem Monat nur ein Geschäftsträger vor. Der Botschafter selbst, Michael Elizur, ist in Jerusalem und erwartet seine Pensionierung. Er hat die Bitte seines Ministeriums abgewiesen, seinen Abgang um mehrere Jahre aufzuschieben. Dies hätte diplomatische Schwierigkeiten vermieden.

Daß Österreich gerade auf einem israelischen Botschafter besteht, erhellt – so wird hier vermutet – die diplomatische Isolation, in der Bundespräsident Waldheim steckt. Bisher ist es ihm nicht gelungen, einen Auslandsbesuch abzustatten. Die Entsendung eines israelischen Botschafters nach Wien würde dieses Klima ändern.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Alle 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

„Grenzen der Kontroverse"

„Ein trauriges Bild": WELT vom 17. Oktober

Mit äußerst großem Befremden habe ich zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Leiter der Polizeiabteilung im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Schreiber, die Vorgänge um die Demonstrationen vom 8. 6. 1986 und 7. 10. 1986 in Hamburg zum Anlaß nimmt, die Politik der inneren Sicherheit eines Bundeslandes zu diffamieren.

Wegen dieses Vorfalls habe ich Bundesinnenminister Zimmermann in einem Brief an das erinnert, was die Innenminister sich nach den Krefelder Ereignissen an gegenseitiger Zurückhaltung vorgenommen haben. Gerade er hatte nach seinen Äußerungen zu den Krawallen in Krefeld anläßlich des Bush-Besuches leidvolle Erfahrungen gemacht.

Die Politik der inneren Sicherheit kann kontrovers diskutiert werden, aber diese Auseinandersetzung hat ihre Grenzen dort, wo sie der Sicherheit selbst schadet. Auf Kosten des empfindlichen Bereichs Sicherheit darf nicht durch falsche und verfälschende Darstellungen Entlastung für drängende Fragen im eigenen Bereich geübt werden.

Für Kontroversen, die aus begründbaren Positionen heraus geführt werden, habe ich Verständnis, auf keinen Fall aber für verfälschende Darstellungen von Besprechungen der Innenminister, wie sich Herr Schreiber sie erlaubt: Das Projekt Distanzwaffen ist für alle Bundesländer zur Zeit in die Sackgasse geraten, Hamburg hat nur gleich gewußt, daß es dort landen würde.

Ich habe Bundesinnenminister Zimmermann gebeten, seinem Mitarbeiter deutlich zu machen, daß Wahlkampfbeiträge den Politikern vorbehalten bleiben sollten und der angesprochene Vorgang einmalig bleibt.

Alfons Pawelczyk

Alfons Pawelczyk,
Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

„Gefühle eines Landwirtes"

„Jagd – ein Hobby zum Töten"; WELT vom 10. Oktober

Wildschäden müssen in erträglichem Rahmen gehalten werden. Nur Zyniker des Naturschutzes können sich über die Gefühle eines Landwirtes hinwegsetzen, der vor seinem umgewühlten Kartoffelacker steht. EG-Mittel (Sie, liebe WELT-Leser zahlen dafür) können den materiellen Schaden kompensieren, aber nichts reparieren.

Es bleibt also nur die Jagd übrig („Nachstellen, Erlegen und Zueignen von Wild"). Streiten könnte man sich höchstens darüber, wer sie ausüben soll. Als Dienstaufgabe für Förster oder neu zu schaffender Staatsjäger bedeutete sie einen erheblichen Personalaufwand, für den letztlich der Steuerzahler aufzukommen hätte. Es ist auch fraglich, ob das damit staatlich, d. h. lustlos getötete Wild lustvoller stirbt. Warum kann es da nicht bei den 0,5 Prozent Freiwilligen bleiben, die sogar noch in die Kassen von Bodeneigentümern und Fiskus (15 Prozent Jagdsteuer in manchen Bundesländern) dafür Geld fließen lassen, daß sie die Jagd übernehmen?

Wir bräuchten nach nordamerikanischem Muster ein staatliches Game-Management, das von Wildbiologen, die auch Jäger sind, getragen wird. Leider gibt es bei uns nur beschränkte universitäre Ausbildungsmöglichkeiten, zudem nur für Forststudenten, deren Berufsziel die Holzwirtschaft ist. Hier sollten die Jagdverbände erheblich mehr Druck ausüben. Eine Selbstdarstellung als Idealistengemeinschaft genügt nicht.

Peter Ihm, Dautphetal-Buchenau

Arbeit bei RBU

„IG Chemie gegen die hessischen Stillegungs-Pläne"; WELT vom 17. Oktober

Die wohl von der IG Chemie selbst verbreitete Nachricht kann nicht unwidersprochen bleiben.

Auf der Betriebsversammlung am 16. Oktober war zwar der verbale Versuch des Herrn Schultze gemacht worden, etwas zugunsten des Erhaltes der Arbeitsplätze bei der Reaktor-Brennelemente-Union (RBU) zu sagen. Vielmehr warb er aber auch um Verständnis für die Ausstiegspläne des DGB. Seine Äußerungen gipfelten in der Feststellung, daß kein Arbeitsplatz „ewig dauert"!

Bei der IG Chemie handelt es sich um eine Minderheitengewerkschaft bei RBU. Mittlerweile dürfte ein Gleichstand zur CGBCE erreicht sein. Da die CGBCE die einzige Gewerkschaft ist, die nicht aus der Kernenergie aussteigen will, halten uns viele Arbeitnehmer bei RBU für kompetent, ihre Interessen zu vertreten.

Detlef Lutz,
stellv. Bundesvorsitzender, Christliche Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Essen

Streitfragen

„Schmude: Kirche kein Vehikel der deutschen Politik"; WELT vom 15. Oktober

Herr Schmude muß sich fragen lassen, warum er sich nicht von der bis heute umstrittenen hochpolitischen EKD-Denkschrift zu den deutschen Ostgebieten distanziert hat, mit der seinerzeit die Brandtsche Ostpolitik propagandistisch vorbereitet worden ist. Interessant wäre auch, zu erfahren, wie Herr Schmude dazu steht, daß fachlich inkompetente Pfarrer unter Mißbrauch ihrer Amtsautorität ständig in Streitfragen der Tagespolitik eingreifen.

Prof. Dr. W. Stenzel, Wilhelmshaven

Wort des Tages

„Reichtum macht das Herz schneller hart als kochendes Wasser ein Ei."

Ludwig Börne, deutscher Autor (1786–1837)

Wahlenthaltung

Die 30 Prozent Bayern, die dem Wahllokal fernblieben, haben auch gewählt! Sie bekundeten ihre Abneigung, einer der etablierten Parteien ihr Vertrauen zu schenken. Es wäre an der Zeit, die Stimmenauszählungsarithmetik zu ändern, um die Öffentlichkeit nicht weiter über den tatsächlichen Willen der gesamten Wählerschaft zu täuschen.

Daß die „Nichtwähler" durchaus auch als „Wähler" gelten, wird von allen Parteien anerkannt. Stimmenauszählungen sollten die Wahlenthaltungen in die Verteilung der Prozente einbeziehen. Erst dann spiegeln sie echten Wählerwillen. Die bisher übliche Methode täuscht die Ergebnisse (absichtsvoll?) nur vor.

Hermann Schütz, Jesteburg

DKP und SPD

„Kommunisten loben die ‚Veränderung' in der SPD"; WELT vom 30. September

Mit großer Freude registriert Willy Brandt, daß bei den Wahlen in einigen Bundesländern Stimmenzuwachs zu verzeichnen ist und die CDU Stimmen verloren hat. Grundsätzlich wäre das schon für die SPD ein Erfolg, wenn aufgrund ihrer Politik der Wähler dieses honoriert. Aber leider erfährt man aus der WELT, daß die DKP aufgerufen hat, der SPD oder den Grünen die Stimme zu geben. Der DKP-Vorsitzende Herbert Mies hält beide Parteien gegenwärtig für wählbar.

Auch seine Stellvertreterin, Weber, sagte auf einer Sitzung ihrer Partei in Düsseldorf unter anderem: „Für uns und für die politischen Prozesse in unserem Land ist es so wichtig wie nie zuvor, daß wir die positiven Veränderungen in der SPD zur Kenntnis nehmen." Wenn dein Gegner dich lobt, dann hast du einen Fehler gemacht! Gemeinsamkeiten mit Kommunisten kann es für Sozialdemokraten nicht geben. Auch nicht in sogenannten Friedensgesellschaften.

SPD-Kandidaten müssen den Wählern zeigen, daß sie antikommunistisch sind und nicht nur nicht-kommunistisch. Die vielen Opfer der SPD, die im kommunistischen Machtbereich verfolgt und inhaftiert wurden und teilweise nicht lebend die Haftanstalten verlassen haben, mahnen!

Ha.-Jo. Helwig-Wilson,
stellv. Bundesvorsitzender des SPD-Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge und Vorsitzender des AK, Berlin

Personen

BERUFUNG

Der bisherige Direktor der Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel, Dr. **Wolfgang Dittrich**, ist von Niedersachsens Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. **Johann-Tönjes Cassens**, zum neuen Leiter der Niedersächsischen Landesbibliothek in Hannover berufen worden. Dr. Dittrich (48), gebürtig aus Breslau, war von 1967 bis 1978 im höheren Bibliotheksdienst bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin und seit Januar 1979 Bibliotheksdirektor in Wolfenbüttel. Er tritt die Nachfolge von Professor **Wilhelm Totok** an, der in den Ruhestand gegangen ist.

VERANSTALTUNG

„Frau im Mittelstand – Chance und Herausforderung" heißt das Thema beim dritten Frauen-Fachkongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. In drei verschiedenen Arbeitskreisen werden Frauen aus Politik und Wirtschaft heute die Themen „Bildung und Weiterbildung", „Mehr Chancengleichheit der Frau im Rechts-, Steuer- und Sozialsystem" und „Frauen in der mittelständischen Wirtschaft" behandeln. Zu den Gästen und Referentinnen gehören Familienministerin Professor **Rita Süssmuth**, der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung Professor **Gerhard Zeitel** und **Erika Cebulla**, die im Vorstand der Europäischen Mittelstandsvereinigung tätig ist. Aus verschiedensten Berufszweigen kommen die Referentinnen: **Juliane von Heereman** ist Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Landfrauenverbandes, **Monika Kruse-Becker** ist Richterin, die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion führt Professor **Ursula Männle** (CSU) an, die CDU-Bundestagsabgeordnete **Waltraud Will-Feld** ist Steuerberaterin, **Luise Joppe** ist leitende Verwaltungsdirektorin bei der Bundesanstalt für Arbeit.

MEDIEN

Klaus Remmerskirchen (43), bisher Redakteur im ZDF-Studio Bonn, ist von Intendant **Dieter Stolte** für die kommenden zwei Jahre als Korrespondent für Südafrika berufen worden. Nach Mitteilung des ZDF will man mit der Entsendung eines Zeitkorrespondenten nach Johannesburg bessere Voraussetzungen für eine ständige und ausführliche Berichterstattung über Südafrika schaffen. Bisher hätten die dortigen Behörden Reporter des ZDF jeweils nur für wenige Wochen oder Monate für die Berichterstattung im Land zugelassen.

EHRUNGEN

Der Raiffeisen-Kulturpreis 1986 ist posthum dem Begründer der SOS-Kinderdörfer, **Hermann Gmeiner**, verliehen worden. Bayerns stellvertretender Ministerpräsident, Innenminister **Karl Hillermeier**, würdigte in München den im April dieses Jahres im Alter von 66 Jahren gestorbenen Gmeiner als einen „großen Menschen, Europäer und Kosmopoliten". Keine noch so ausgefeilte pädagogische Theorie und kein noch so aufwendiges Sozialsystem könne Kindern menschliche Nähe ersetzen. Gmeiners große Idee sei es gewesen, Kinder nicht mit ihren Nöten allein zu lassen oder mit einem Minimum an sozialer Unterstützung abzuspeisen, sondern ihnen ein neues familiäres Umfeld zu schaffen. Die SOS-Kinderdörfer sind eine weltweite Einrichtung geworden, sie gibt es auf allen Kontinenten und in den verschiedensten politischen Systemen, sagte Hillermeier. Zielsetzung und konkrete Aufgabe der Kinderdörfer ist die Menschenbildung.

Hermann Gmeiner

*

Der Professor für Öffentliches Recht und Direktor des Juristischen Seminars der Universität Bonn, Professor Dr. **Josef Isensee**, erhält in diesem Jahr den mit 25 000 Mark dotierten Karl-Voßler-Preis des Freistaats Bayern. Die Auszeichnung „für deutsche Wissenschaftssprache" im Namen des bekannten Romanisten Karl Voßler würdigt wissenschaftliche Leistungen von literarischem Rang. Die Jury begründete ihre Entscheidung damit, daß Professor Isensee zu den „großen Formulierern in der Rechtswissenschaft" gehöre. Der sachlichen Strenge juristischer Untersuchungen gewinne er eine Eleganz ab, die Stoffbeherrschung und sprachliche Meisterschaft „glücklich verbindet". Professor Isensee nimmt den Preis morgen in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München entgegen.

STIFTUNG

Mit einem Festakt am 10. November in Ladenburg wird die Gründung der „Gottlieb-Daimler- und Karl-Benz-Stiftung" aus der Taufe gehoben. Die Gründung einer solchen Stiftung, deren Zweck es sein soll, „Wissenschaft und Forschung zu fördern zwecks Klärung der Wechselbeziehungen zwischen Mensch, Technik und Umwelt", war aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums des Automobils beschlossen worden. Bei dem Festakt im Ladenburger Rathaus werden Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzender Professor **Werner Breitschwerdt**, Bonns Forschungsminister **Heinz Riesenhuber** und **Martin Herzog**, Stuttgarts Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, sprechen. Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung ist Professor Dr. **Gisbert Freiherr zu Putlitz**, Rektor der Universität Heidelberg. Die Stiftung wird mit 50 Millionen Mark ausgestattet. Stipendiaten, Habilitationen und wissenschaftliche Tagungen sollen unter anderem aus ihren Geldern finanziert werden.

WAHL

Der Ministerialrat **Hans-Jürgen Pokall** aus dem niedersächsischen Kultusministerium ist neuer Vorsitzender des Katholikenausschusses für den Großraum Hannover, ein Gebiet so groß wie das Saarland, in dem rund 180 000 Katholiken leben. Ministerialrat Pokall tritt die Nachfolge von Ministerialrat **Wilhelm Grote** an.

Lufthansa heute:

Was sich ab 1. November 1986 bei Lufthansa ändert. Und was nicht.



Was sich ändert:

1. Lufthansa bietet dem Geschäftsreisenden in Europa neben der First Class die neue Business Class.

2. Lufthansa reserviert in der Business Class auf grenzüberschreitenden Flügen zum Normaltarif Ihren bevorzugten Sitzplatz schon bei der Buchung.

3. Sie fliegen Business Class und sitzen in neuen, komfortableren Sitzen und genießen nunmehr 86 cm Beinfreiheit.

4. Auf allen internationalen Flügen erwartet Sie ein erweitertes gastronomisches Angebot: komplette Mahlzeiten zu jeder Tageszeit. Ab 2 Stunden Flugzeit ein warmes Menü.

Was unverändert gilt:

Nach wie vor haben Sie mit uns beste Verbindungen in alle Welt. Nach wie vor sind wir pünktlich und zuverlässig, damit Sie pünktlich und zuverlässig sind.

Und nach wie vor fliegen Sie bei Lufthansa mit einer der modernsten Flotten der Welt. Willkommen an Bord.





Ratgeber „up to date“

Mehr als 20 000 Menschen auf der ganzen Welt sind bislang an der Immunschwächekrankheit Aids erkrankt, die Hälfte ist inzwischen daran verstorben. Die weltweite Problematik dieser Krankheit erfordert eine sorgfältige und übersichtliche Information über den aktuellen Wissensstand. Dieser kann jetzt aus einer Loseblattsammlung gewonnen werden, welche die medizinischen, psychosozialen und rechtlichen Probleme der Krankheit behandelt. Ihre rasante Ausbreitung und die ständig wachsende Flut der Veröffentlichungen zum Thema erfordern eine ständig zu aktualisierende Sammlung virologischer und immunologischer Zusammenhänge. Unter verschiedenen Stichworten (Historische Entwicklung, Klinik, Diagnose, Therapie, Seuchenwesen) bietet die Sammlung Auskunft über alle Fragen zu Aids. Der Band enthält Originalbeiträge in deutscher Sprache aus der im gleichen Verlag erscheinenden Monatszeitschrift „Aids-Forschung“. Die internationale Literatur wurde in Kurzform mit ausführlichen Quellenangaben abgedruckt. Kü.

„AIDS-Aktuell“, von Frank-Detlef Goebel und Peter Gauweiler. Loseblattsammlung. Verlag R.S. Schulz. Percha 1986, 960 S., 58.-DM.

Baedeker für Organisatoren

Wer bereits einmal mit der ehrenvollen Aufgabe betraut war, eine wissenschaftliche Tagung zu organisieren, weiß um die tausend Kleinigkeiten, die es bedenken gilt, damit die Veranstaltung reibungslos abläuft. Der Autor, Leiter der Forschungsstelle Neurochemie am Max-Planck-Institut für Experimentelle Medizin in Göttingen, hat seine in 20 Jahren gesammelten Erfahrungen mit wissenschaftlicher Akrebie und einer gehörigen Prise Humor – durch eigene Erlebnisse angereichert – zu Papier gebracht.

Der angehende Organisator, so Eduard Pestel in seinem Geleitwort, brauche nach der Lektüre des Buches nicht mehr den Satz zu fürchten: „Planung ist die Ersetzung des Zufalls durch den Irrtum.“ Stichworte wie Omnibusservice und Begrüßungsabend, Kongreßmappe und Hilfstruppen helfen dem in diesen Dingen Unerfahrenen ebenso auf die Sprünge wie ein kleiner Kongreß-Knigge („Jede wissenschaftliche Tagung ist auch ein gesellschaftliches Ereignis“). Selbst für den seltenen Fall eines verbleibenden finanziellen Überschusses gibt es Empfehlungen für dessen sinnvolle Verwendung. D.T.

„Der Kongreß – Vorbereitung und Durchführung wissenschaftlicher Tagungen“, von Volker Neuhoff, VCH Verlagsgesellschaft, Weinheim 1986, 233 S., 58,- DM.





Nicht nur Fluggeräusche beeinträchtigen die Lebensqualität erheblich FOTO: CAMERA PRESS

Wo der Verkehr die Nerven plagt

Der Lärm in den Städten ist zu einer ernsthaften Belastung der Bewohner geworden

Von MARTIN BOECKH

Stadtbewohner klagen häufiger über Lärmbelästigungen als über die Verschmutzung der Luft. Auch die Flucht aufs Land bietet heute keine Garantie mehr für ungestörte Erholung. Lärm ist nach Ansicht von Dr. Alfons Nolle vom Berliner Umweltbundesamt in den letzten Jahren zu einer ernsthaften Belastung unserer Bevölkerung geworden. Auf dem Kolloquium „Umweltschutz in großen Städten“, das vom Verband Deutscher Ingenieure veranstaltet wurde, wies er darauf hin, daß Schutz vor Lärm gesundheitlich und volkswirtschaftlich an Bedeutung gewonnen habe.

Lärm beeinträchtigt Schlaf und Erholung, erzeugt Kopfschmerzen und schafft Aggressionen. Lärm behindert die Kommunikation, vermindert die geistige Leistungsfähigkeit und erzwingt Änderungen im Wohn- und Freizeitverhalten. Lärm macht krank – das ist inzwischen medizinisch nachgewiesen.

Bei einem Schallpegel von über 65 dB(A) steigen Herz- und Atemfrequenz, die Aktivität des Gehirns und die Durchblutung werden gestört und Streßhormone werden ausgeschüttet. Dadurch weiten sich die Pupillen, und der Blutdruck steigt an.

Lärm ist ein auslösender Faktor für Bluthochdruck

Die Zahl der Hypertoniekranken ist bei diesem Schallpegelbereich doppelt so hoch wie in Gebieten mit niedrigerer Lärmbelastung. Dies ist möglicherweise die Ursache dafür, daß über 16 Prozent der Bevölkerung in Großstädten an einem zu hohen Blutdruck leiden.

Im Gegensatz zum Schall kann Lärm physikalisch nicht gemessen werden, sondern wird subjektiv auf verschiedenen Ebenen wahrgenommen. Der sogenannte Schalldruckpegel wird dabei in Dezibel A [dB(A)] angegeben, wobei der Zusatz (A) die Tatsache berücksichtigt, daß das menschliche Gehör unterschiedliche Frequenzen (Tonhöhen) unterschiedlich laut wahrnimmt. Geräusche zwischen 0 und 20 dB(A) sind kaum wahrnehmbar. Eine normale Unterhaltung bringt es auf 40 bis 60 dB(A) und bei starkem Stadtverkehr werden 80 dB(A) erreicht. Diskotheken können über 100 dB(A) erzeugen und der Lärm eines Düsenjets erreicht in einer Entfernung von 100 Meter mit 130 dB(A) die Schmerzgrenze des menschlichen Ohrs.

Um Geräuschbelastung vergleichen zu können, wird der „Mittelungspegel“ bestimmt, der die Belastung über einen bestimmten Zeitraum angibt. Rein rechnerisch können Pegel von 65 dB(A) von 2000 Pkw erzeugt werden, die pro Stunde mit 50 km/h eine Straße entlang fahren, oder von einem einzelnen D-Zug, der einmal pro Stunde mit 160 km/h vorbeifährt. Die Wirkung auf Psyche und Gesundheit ist in diesen Fällen aber sehr unterschiedlich.

Dr. J. Kastka zeigte auf der Münchener Tagung einige Zusammenhänge zwischen Lärm und subjektiv empfundener Belästigung auf: Bei gleichem Schallpegel spielt die Art der Geräuschquelle neben der Dauer der akustischen Belastung eine große Rolle. Bei Versuchen wurde ein dröhnender Lkw-Motor auch dann noch als störend empfunden, nachdem ein Schallschutzfenster den Schall um einige Dezibel reduziert hatte. Auch stark reduzierter Schall vermittelte noch die Information eines lärmenden und geruchverbreitenden Lkw.

Für den Lärmschutz muß dies Konsequenzen haben: Nicht nur die Ebene der akustischen Wahrnehmung, sondern auch alle anderen damit verknüpften Ebenen müssen berücksichtigt werden. Nicht nur eine Lärmdämmung, sondern die Veränderung der gesamten Verkehrssituation ist erforderlich. Aus verkehrsberuhigten Zonen weiß man, daß nach dem Abklingen des Verkehres die subjektive Störung der Anwohner durch Lärm wesentlich geringer war, als die physikalisch meßbare Geräuschminderung hätte ausmachen dürfen.

Ausführliche Befragungen, Messungen und Computermodelle des Frankfurter Battelle Institutes ergaben für die Bundesrepublik ein alarmierendes Bild: 60 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung fühlen sich vor allem durch Straßenverkehrslärm belästigt, ein Drittel davon sogar erheblich.

Jeder zweite leidet unter einer doppelten Belastung

An zweiter Stelle folgt der Flugverkehr. Schon jeder zweite beklagt sich über Fluglärm. Propellermaschinen und Düsenjets fallen durch technische Verbesserungen und schärfere Gesetze inzwischen weniger ins Gewicht als tieffliegende Militärmaschinen. Besonders haben die Mehrfachbelasteten zu leiden, deren Anteil schon auf 50 Prozent gewachsen ist: Zum Straßen- und Flugverkehrslärm gesellen sich oft noch Geräuschemissionen von Schienenverkehr, Bauwirtschaft und Industrie. Selbst die Erholung in der Nacht ist oft durch lärmende Nachbarschaft gefährdet, die an dritter Stelle auf der Liste der Ruhestörer steht.

Lärmminderungs- und Lärmschutzpläne sind nach Meinung der Kongreßteilnehmer ein Schritt auf dem Weg zu einer geräuscharmeren Umgebung. Vorhandene „Altlasten“ aus einer verfehlten Verkehrspolitik lassen sich aber nach wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht mit Lärmschutzfenstern und Lärmwällen wirksam eindämmen. Verkehrsberuhigung und rücksichtsvolleres Verhalten könnten dagegen helfen, den Lärm schon an der Quelle zu unterbinden.

Einem Paradies wird das Wasser abgegraben

Deutsche Naturschützer helfen bei der Rettung der Save-Auen

Von LUDWIG KÜRTEN

Naturparadiese sind in der Bundesrepublik selten geworden. Bedrohten Tier- und Pflanzenarten stehen nur noch wenige Reservate zur Verfügung, die zumeist nur kleine Flächen besitzen und weit auseinanderliegen. In anderen Ländern Europas ist dieser Trend noch nicht so weit fortgeschritten, doch macht auch hier die Industrialisierung nicht Halt vor bislang unberührten Naturinseln, auf die sich Flora und Fauna zurückgezogen haben.

Ein aktuelles Beispiel sind die Save-Auen im nordwestlichen Jugoslawien, wo noch unzählige Tierarten leben, die hierzulande sehr selten geworden sind. Doch auch dieses Gebiet ist durch die Intensivierung der Landwirtschaft und durch Industrieansiedlungen bedroht. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) startete deshalb jetzt zum ersten Mal ein internationales Projekt, um das Savegebiet zu erhalten.

Die Save ist der längste Fluß auf jugoslawischem Gebiet, sie entspringt in den Ostalpen und mündet bei Belgrad in die Donau. In den Niederungen südöstlich von Zagreb strömt der Fluß in weiten Schleifen und bildet zahlreiche Nebenarme. Wenn im Frühjahr das Schmelzwasser aus den Alpen abfließt, werden große Flächen an seinem Ufer überschwemmt. Hier bildeten sich Sümpfe und Auenwälder, die heute als Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten dienen.

In dieser Landschaft brüten große Kolonien von Stelzvögeln. So zählt man noch 50 Paare des in ganz Europa seltenen Schwarzstorches. Hinzukommen viele Weißstörche, verschiedene Reiherarten, Löffler sowie unzählige kleine Vogelarten von Dommeln bis zu Rohrsängern. Schrei- und Seeadler sind hier ebenso heimisch wie Wildkatze, Fischotter oder Dachs. Der fast 100 000 Hektar große Bestand an uralten Stieleichen dürfte in Europa wohl ebenfalls einmalig sein.

Bis vor wenigen Jahren war das ganze Gebiet weitgehend naturbelassen. An der mittleren Save, der kroatischen „Posavina“, hatte sich eine eigenständige bäuerliche Kultur entwickelt, die an die ökologischen Verhältnisse dieses Auengebietes gut angepaßt war. Doch neuerdings hält auch hier der Fortschritt Einzug. Flüsse werden begradigt oder Fluren bereinigt. Die Sümpfe werden entwässert, die regelmäßig überschwemmten Auen durch Regulierungsmaßnahmen trockengelegt. Neben einer zunehmenden intensiven Bewirtschaftung der Region werden auch mehr und mehr Industrien angesiedelt. Durch Abwässer sind bereits Teile des Savelaufs verschmutzt.



In den Save-Auen lebt auch der Löffler, einer der seltensten Schreitvögel Europas FOTO: LANDVOGT

In jüngster Zeit wurde in dem Gebiet zwischen Sisak und Brod ein Landgewinnungsprogramm gestartet, das zu einer erheblichen Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge führen soll. Diese Zerstörungen dehnen sich immer weiter entlang der Save flußabwärts aus und engen das Naturgebiet zunehmend ein.

Schon jetzt ist klar, daß das Gebiet als Ganzes nicht zu retten ist, man kann nur versuchen, das Schlimmste zu verhüten. Zusammen mit jugoslawischen Naturschützern und Behörden will der BUND nun dafür sorgen, daß gezielte Artenschutzmaßnahmen durchgeführt und Ersatzbiotope für zerstörte Gebiet angelegt werden. So will man erreichen, daß die großen Rückhaltebecken, mit denen die jährlichen Hochwassermengen reguliert werden sollen, zu neuen Lebensräumen für Tiere und Pflanzen ausgebaut werden.

Für die Eichenwälder in den Save-Auen will man ein Konzept entwickeln, daß sowohl den Lebensraum für seltene Tiere erhält, als auch berücksichtigt, daß der Wald einen wirtschaftlich bedeutenden Faktor darstellt. Gebiete, die nicht in die Regulierung und Flurbereinigung aufgenommen worden sind, sollen durch eine Begrenzung der Jagdmöglichkeiten geschützt werden, ehemalige Teichwirtschaften könnten zu Schutzgebieten umfunktioniert werden.

Mit rechtzeitigen Maßnahmen kann der Save-Region vielleicht das traurige Schicksal erspart werden, das die Auenlandschaft in der Bundesrepublik, etwa am Oberrhein, in den letzten Jahrzehnten erlitten haben. Sind die Gebiete erst einmal zerstört, ist es fast unmöglich, sie wiederherzustellen.

NOTIZEN

Paul-Ehrlich-Preis

Frankfurt (DW.) – Die Paul-Ehrlich-Gesellschaft für Chemotherapie hat ihren Wissenschaftspreis an den Diplom-Biologen Wolfgang Beck aus Radolfszell verliehen. Die mit 10 000 Mark verbundene Auszeichnung wurde für die beste Arbeit auf dem Gebiet der klinischen und experimentellen Chemotherapie verliehen. Der zum ersten Mal vergebene Preis wird künftig alle zwei Jahre von der Hoechst AG gestiftet. Beck arbeitet am Institut für Medizinische Mikrobiologie an der Universität Zürich.

Aids-Aktionswoche

Berlin (dpa) – Unter dem Motto „Vorbeugen mit Vernunft“ will die Deutsche Aids-Hilfe (Berlin) Ende November eine bundesweite Aktionswoche für wirksame Prävention veranstalten. Die Organisation wandte sich erneut gegen „Zwangstests“ und regelmäßige Untersuchungen, mit denen zum Beispiel Drogenabhängige, Insassen von Justizvollzugsanstalten oder Prostituierte auf Antikörper gegen das Aids-Virus getestet werden sollen.

Waldschäden in Bayern

München (dpa) – In Bayern haben 1986 erstmals die Schäden an Laubbäumen stark zugenommen. Für Nadelhölzer stellt der jüngste Schadensbericht dagegen in einigen Gebieten sogar „erhebliche Verbesserungen“ fest. Dennoch ist der Zustand der Wälder nach Ansicht von Landwirtschaftsminister Hans Eisemann „besorgniserregend“. In den Alpen sei nur noch jeder fünfte Baum ganz ohne Krankheitszeichen.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

Die neueste bahnbrechende Erfindung des Physik-Nobelpreisträgers Gerd Binnig stellt Arno Nöldechen vor.

*

Was bei Schockzuständen in den Zellen des Körpers abläuft, wird jetzt intensiv erforscht. Von Vera Zylka.

*

„Frühreife Lebensspuren“ – In Australien wurde das älteste Erdöl der Welt entdeckt. Von Harold Steinert.

Mittelmeerkongreß

Palma/Mallorca (AP) – Den Zustand des Mittelmeeres diskutieren fast 700 Wissenschaftler aus 50 Ländern auf dem 30. Kongreß der Internationalen Kommission für die Wissenschaftliche Ausbeutung des Mittelmeeres auf Mallorca. Die Teilnehmer erörtern neue Erkenntnisse über die Verschmutzung des Meeres. Weiterhin werden Entdeckungen in den Bereichen Biologie, Ozeanographie, Chemie und Physik vorgestellt. Thema ist auch der effektivere Einsatz von meeresspezifischen Meßdaten, die über Satelliten gesammelt werden.

NACHRICHTEN

Drei ausgeschlossen

Indianapolis (sid) – *Drei amerikanische* Leichtathleten sind wegen Dopings aus dem amerikanischen Verband ausgeschlossen worden. Bei den Sportlern handelt es sich um den 41 Jahre alten Diskuswerfer Art Swarts sowie dem Kugelstoßer Darren Crawford und dem Speerwerfer Tom Jawdin.

Protest gegen Military

Amsterdam (sid) – In Holland vestärkt sich der Widerstand gegen das Vielseitigkeits-Reiten, nachdem in diesem Jahr bereits drei Pferde eingingen. Aufgrund der Demonstrationen *wurde schon am Wochenende* der Kurs in Boekelo radikal entschärft. Ein weiterer tödlicher Unfall hätte für Jahre ein Verbot von Military-Veranstaltungen in Holland zur Folge gehabt.

Nykänen droht Anklage

Oberstdorf (sid) – Finnlands Weltmeister und Olympiasieger Matty Nykänen droht eine Anklage wegen Räuberei und schwerer Sachbeschädigung. Der Skispringer soll im Sommer *im Sportzentrum Vuokatti mit* zwei Kameraden im angetrunkenen Zustand randaliert und dabei erheblichen Schaden angerichtet haben.

Beckenbauer zieht Lose

Frankfurt (sid) – Teamchef Franz Beckenbauer wird am Sonntag kurz vor dem Abflug der Nationalmannschaft zum Länderspiel gegen Österreich nach Wien im Frankfurter Waldstadion die Lose für die dritte Runde im DFB-Vereinspokal ziehen. Die Auslosung ist innerhalb der ARD-Sportschau (ab 18.00 Uhr) zu sehen.

Schmider bleibt Präsident

Karlsruhe (sid) – Roland Schmider, seit 1974 Präsident des Karlsruher SC, ist auf der Jahreshauptversammlung des Fußball-Zweitligaklubs für drei weitere Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Die Bilanz des Klubs weist Verbindlichkeiten in Höhe von rund 3,7 Millionen Mark aus.

Niederlage für Hübner

Tilburg (dpa) – Schach-Großmeister Robert Hübner (Köln/Porz) verlor beim Turnier in Tilburg (Holland) gegen Viktor Kortschnoi (Schweiz). Hübner gelang zuvor ein überraschender Erfolg über Alexander Beljawski (UdSSR).

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Tokio, 1. Runde: Becker (Bundesrepublik *Deutschland) – Anger (USA) 6:3, 6:4*, Lendl (CSSR) – Matsuoka (Japan) 6:1, 6:1. – Doppel, erste Runde: Becker/Jelen (Bundesrepublik Deutschland) – Bates/Derlin (Großbritannien) 7:6, 6:1. – **Damen-Turnier** in Brighton, 1. Runde: Graf (Bundesrepublik Deutschland) – Jolissaint (Schweiz) 6:0, 6:2, Sukova (CSSR) – Goles (Jugoslawien) 6:2, 6:1, Kohde (Bundesrepublik Deutschland) – Thompson (Australien) 6:2, 6:2. – **Herren-Turnier** in Wien, 1. Runde: Osterthun (Bundesrepublik Deutsch*land) – Wilkison (USA) 7:5, 6:1, Gilbert* (USA) – Kühnen (Bundesrepublik Deutschland) 6:4, 6:0.

FUSSBALL

Länderspiel „U-17"-Junioren in Breidenbach: Deutschland – Israel 0:0.

RINGEN

Weltmeisterschaften in Budapest, Freistil, bis 82 kg: 1. Modoszjan (UdSSR), 2. Nanev (Bulgarien), 3. Lohnya (CSSR), 4. Trik (Bundesrepublik Deutschland).

BASKETBALL

Bundesliga, Damen, 3. Spieltag: Düsseldorf – Oberhausen 87:52.

RAD

Berliner Sechstagerennen, Endstand: 1. Clarke/Doyle (Australien/England) 386, eine Rd. zur.: 2. Freuler/Pijnen (Schweiz/Holland) 422, zwei Rd. zur.: 3. Tourne/de Wilde (Belgien) 347, fünf Rd. zur.: 4. Thurau/Schlaphoff (Bundesrepublik Deutschland) 221, acht Rd. zur.: 5. *Diehl/Hermann* (Bundesrepublik Deutschland/Liechtenstein) 157.

FUSSBALL / Bundesliga-Fan-Projekte in Gefahr

„Die Anhänger werden kriminalisiert", aber der DFB hilft nicht

sid, **Hannover/Düsseldorf**

39 Tote im Brüsseler Heysel-Stadion rüttelten die Verantwortlichen wach, Politiker forderten in der Stunde *der Katastrophe Projekte zur so*zialpädagogischen Betreuung von Fußball-Fans, Wissenschaftler stellten Untersuchungen vor. Das war im Mai 1985. Im Oktober 1986, keine zwei Jahre nach der Tragödie von Brüssel, scheint von den Plänen nicht mehr viel übrig zu bleiben. Die Hilfe für die *Projekte bröckelt* – Kassel und Bielefeld mußten die Segel streichen, Berlin und Frankfurt stehen im Frühjahr 1987 vor der Aufgabe.

Gunter A. Pilz, Wissenschaftlicher Leiter des Fan-Projekts in Hannover, hat außer verstärktem Polizei-Einsatz in den Stadien keine Auswirkungen *von Brüssel festgestellt.* Das Landeskriminalamt Hannover warnt Eltern in einer Informationsbroschüre vor dem „Tatort Stadion". Pilz: „Fans werden kriminalisiert, der Fan gilt in der Öffentlichkeit als Synonym für Randale und Gewalttätigkeit. Dabei sind die potentiellen Gewalttäter nur *eine verschwindend kleine Gruppe.*" Der Hannoveraner Soziologe weiter: „Der verstärkte Ordnungsdienst zeitigt kurzfristig Erfolge, behebt aber langfristig das Problem nicht. Wir brauchen Fan-Projekte."

Nur in der Hansestadt Hamburg kann Projektleiter Bernd Lange in eine sichere Zukunft blicken. Eine weitere Sozialpädagogenstelle ist eingerichtet. Lange: „Nur mit festem Ansprechpartner sind die Fans zu erreichen, läßt sich Vertrauen aufbauen. Das ist ein langer *Prozeß.*" Langfristigkeit aber hat ihren Preis.

Außer in Hamburg, das seinen Etat durch den Hamburger Fußball-Verband, die Deutsche Sportjugend *(DSJ) und aus öffentlichen Mitteln* finanziert, wird die sozialpädagogische Betreuung mit Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen sichergestellt. Diese Anstellungen sind auf ein Jahr befristet, können um ein Jahr verlängert werden, dann fällt die Bezugsperson für den Fan aber weg.

Manfred Ratzmann, einer von fünf Sozialarbeitern in Hannover, hält die ständige Fluktuation für ein kaum zu meisterndes *Manko:* „Es dauert mindestens sechs bis acht Monate, bis man von den Fans anerkannt wird." Das Vordringen zum harten Kern der Fans, meist neonazistische Skinhead-Gruppen, wird unmöglich.

Daß die Kontaktaufnahme zu den gewalttätigen Skinheads scheiterte, wird den Sozialarbeitern vorgeworfen. In Hannover suchen die Mitarbeiter den Kontakt nun über den Rechtsbeistand für in Haft geratene Fans. Lange glaubt, das Problem im Griff zu haben: „In unserem Betreuungskreis sind auch Fans aus dem rechtsradikalen Bereich."

Die Fan-Projekte wollen nun für eine solidere Finanzierung in die Offensive gehen und suchen den Weg in die Öffentlichkeit. Erste Erfolge gibt es in Köln und in Karlsruhe, wo seit *kurzer Zeit Projekte arbeiten. Im* Dezember sollen in Paris in einem trilateralen Kongreß der Fan-Projekte aus England (auf der Insel nahmen die Gewaltakte in jüngster Zeit wieder zu), Frankreich und Deutschland Erfahrungen ausgetauscht werden.

Vier Wochen vor Beginn der Europameisterschaft *1988* in Deutschland soll ein internationaler Kongreß im Ruhrgebiet oder in Köln stattfinden. Neben der Sportjugend, dem Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) *in Köln und den Fan-Projek*ten sollen an diesem Kongreß auch Vertreter des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) teilnehmen.

Der Sportausschuß des Deutschen *Bundestages fordert seit langem die* Beteiligung des DFB an der finanziellen Absicherung der Projekte. Ohne Erfolg.

STAND ● PUNKT / *Ein Fußball-Bund im Abseits*

Es ist nicht nur an die Katastrophe vom *Brüsseler Heysel-Stadion* beim Europapokal-Finale im Mai 1985 zu erinnern, um festzustellen, daß Fanatismus dem Fußballsport Schaden zufügen kann. Brüssel mit seinen 39 Toten war ein Extremfall. Aber auch in den Bundesligastadien hat es schon schlimme Gewalttätigkeiten gegeben. So wurde in Hamburg ein Anhänger von Werder Bremen von HSV-Fanatikern mit Stein*würfen erschlagen.*

Niemand bestreitet, daß die Gewalttäter nur eine kleine Minderheit darstellen. Aber es gibt sie halt, und die Vereine tun sich schwer dabei, sie in den Griff zu bekommen. Die Polizei kann das Problem auch nicht lösen. So wurden denn Fan-Projektgruppen ins Leben gerufen, die nach dem *Motto* arbeiten: *Hilfe* durch Selbsthilfe. Ideelle Unterstützung wurde den Sozialpädagogen und Wissenschaftlern, die versuchten, die Probleme durch eine gezielte Betreuung abzubauen, reichlich gewährt.

Finanzielle Unterstützung blieb jedoch fast aus. Vor allem der Deutsche Fußball-Bund steht im Abseits. Sein Argument: Gewalttätigkeiten in den Stadien ist in erster Linie ein gesellschaftliches und kein Fußball-spezifisches Problem.

Dr. Gunther A. Pilz, Leiter eines Fan-Projektes in Hannover, findet eine solche Argumentation „skandalös" und bezeichnet sie als „von Borniertheit getragen". Gegenüber der WELT hat der Wissenschaftler begründet, warum er solch scharfes Geschütz *auffährt. Warum der DFB fi*nanzielle Hilfe leisten müsse. Weil zum einen der Sportausschuß des Deutschen Bundestages klar festgestellt habe, daß es einen Zusammenhang zwischen dem Fußball und der Gewalt gibt, und weil zum anderen den meisten Fan-Projektgruppen, die nachweislich Abhilfe geschafft hätten, die Gelder ausgingen. Viele von ihnen seien so in Not, daß sie *ihre Arbeit einstellen müßten.*

Es ist unverständlich und deprimierend zugleich, daß nur zwei Profi-Klubs, Werder Bremen und der HSV, die offizielle DFB-Haltung unterlaufen haben und die Fan-Betreuung unterstützen. Mit gerade 20 000 Mark pro Jahr.

BERND WEBER

SPORTPOLITIK

Ehrung für Meyer

sid, **Darmstadt**

Mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse wurde gestern der Leitende Direktor des Bundesausschusses Leistungssport (BA-L), Helmut Meyer, ausgezeichnet. Der Abteilungsleiter Sport im Bundesinnenministerium, Erich Schaible, überreichte die Auszeichnung im Rahmen eines gemeinsamen Empfanges von Deutschem Sportbund (DSB), Nationalem Olympischen Komitee (NOK) und der Stiftung Deutsche Sporthilfe (DSH) *zu Meyers 60.* Geburtstag.

Die Feierstunde wurde zu einer Demonstration des „breiten Konsenses aller Institutionen des Sports" mit dem Jubilar, so jedenfalls formulierte es *Roland Mader, der Vorsitzende* der Ständigen Konferenz der Deutschen Spitzenverbände. In ihren Grußworten würdigten DSB-Präsident Hans Hansen, NOK-Präsident Willi Daume und Josef Neckermann, der Vorsitzende der Stiftung Deutsche Sporthilfe, das unermüdliche Engagement des Jubilars für den Spitzensport.

Für die Aktiven gratulierte Olympiasieger Uli Eicke, der auf Meyers Engagement für die Athleten hinwies: „Wer ihn richtig kennenlernen will, muß mit den Aktiven reden."

SIXDAYS/Berlin

Mal wieder mit Gewinn

sid, **Berlin**

Das Berliner Sechstage-Rennen kündigte für die zuletzt bedeckte Großwetterlage auf den deutschen Winterbahnen eine leichte Klimaverbesserung an. Von den (Bier-)seligen Zeiten alter Sportpalast-Veranstaltungen war die 82. Auflage des Klassikers *zwar noch entfernt, doch* die Veranstalter konnten zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder einen Gewinn bilanzieren. Der Saisonauftakt in der Deutschlandhalle soll für die gesamte Szene die Wende signalisieren.

„Das Image der Winterbahn-Veranstaltungen hat sich geändert", notierte der Bremer Hallenchef Hans Seesing, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Radrenn-Veranstalter. „Heutzutage muß man sich auch wieder im guten Anzug sehen lassen." Seesing kennt die Szene: Neben München ist sein Spektakel in der Bremer Stadthalle mit über 100 000 Radsport-Fans Krösus in Deutschland.

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen durfte sich vor Ort aus dem Munde des Veranstalters, der senatseigenen Messegesellschaft AMK, von rund 100 000 Mark Gewinn unterrichten lassen.

FALL ANGERER

Proteste gegen Sperre

sid, **Oberstdorf**

Der Doping-Fall Angerer ist noch längst nicht vom Tisch. Das relativ geringe Strafmaß für den Olympiasieger Peter Angerer, der bei der WM 1986 in Oslo der Einnahme von Testosteron überführt worden war, hat jetzt zu Protesten beim Weltverband *UIPMB geführt. Norwegen, Finn*land, „DDR" und Österreich wollen wissen, warum die Affäre erst mehrere Monate nach den Titelkämpfen am Holmenkollen bekanntgeworden sei und nach welchen Kriterien UIPMB-Präsident Sven Thofelt (Schweden) das Strafmaß festgesetzt hat. Offenbar ist das Urteil gefällt worden, ohne daß vorher in den Gremien des Weltverbandes die Doping-Affäre offengelegt worden ist.

Angerer ist bis zum 31. Januar 1987 international gesperrt, kann aber an der Biathlon-WM 1987 im Februar in Lake Placid teilnehmen. In der UIPMB, in der auch die Modernen Fünfkämpfer organisiert sind, hat der Fall Angerer für Wirbel gesorgt, nachdem bei der WM im Modernen Fünfkampf Athleten des Dopings überführt worden sind und jetzt auf das geringe Strafmaß für Angerer verweisen.

TENNIS

Becker: Trotz Verletzung gewonnen

dpa, **Tokio**

Schrecksekunde für Boris Becker: Beim Grand-Prix-Turnier von Tokio *verletzte* sich der *Wimbledonsieger* gestern in seinem Erstrundenspiel gegen Matt Anger am Knöchel. Trotzdem bezwang er den Amerikaner sicher mit 6:3, 6:4. Becker trifft heute im Achtelfinale auf den Peruaner Jaime Yzaga, der an diesem Tag 19 Jahre alt wird.

Das Mißgeschick kam im siebten Spiel des ersten Satzes: Plötzlich humpelte Becker. Sein Knöchel mußte von Masseur Todd Snyder vereist und verbunden werden. „Beim Training und beim Einspielen habe ich keine Schmerzen gehabt", berichtete Becker nach dem Match, „erst im *siebten Spiel habe ich ihn plötzlich* gespürt. Wahrscheinlich bin ich falsch aufgetreten." Der Leimener versuchte anschließend mit halber Kraft zu spielen, „aber das geht nicht bei einem so gut besetzten Turnier". Dann habe er sich wieder zusammengerissen und „voll gespielt".

Gegen den 61. der Weltrangliste reichte es trotz der körperlichen Probleme zum Sieg. Der erste Satz ging bereits nach 31 Minuten an den 18jährigen. Im zweiten Durchgang *zog der fünf Jahre ältere Amerikaner* allerdings auf 4:1 davon, wobei beide Spieler in rascher Folge gleich mehrmals ihren Aufschlag verloren. Becker aber war „nicht besonders beunruhigt", denn „ich war mir sicher, daß ich ihm den Aufschlag abnehmen kann". Genau das tat Becker dann gegen den munter angreifenden Anger im siebten Spiel, wobei er erstmals auch mit den vorher relativ schwachen Rückhand-Passierschlägen zum Erfolg kam. Nachdem er Anger zum 5:4 nochmals das Service abgenommen hatte, beendete Becker das Match nach 1:11 Stunden standesgemäß mit einem As.

Nach dem Match wurde er von einem *japanischen* Arzt mit *Akupressur* behandelt, hatte aber keine Sorgen, bei diesem Turnier von der Verletzung weiter behindert zu werden, die sich als Knochenhautreizung herausstellte.

FUSSBALL / Österreicher will in die Bundesliga

Toni Polster: „FC Bayern ist mein Wunschverein"

sid, **München**

Als einer der wenigen österreichischen Fußballspieler hat Toni Polster schon einmal das Gefühl eines Sieges über den *Erzrivalen Deutschland* genießen dürfen – jedoch nur bei den Junioren. Das war am 23. Mai 1982 bei der Europameisterschaft in Finnland. Damals steuerte er zwei Treffer zum *4:1 gegen die DFB-Auswahl* bei.

In Windeseile schaffte der Wiener den Sprung in die erste Mannschaft der Austria, debütierte als drittjüngster Spieler der Alpenrepublik in der *Nationalmannschaft und erzielte* dabei gegen die Türkei prompt sein erstes Länderspieltor. Toni Polster, geliebt und gehätschelt, genoß den Ruhm der frühen Jahre. Er zog nach *Alt-Erlaa, einem Wiener Hochhaus*viertel, und lebte fortan Tür an Tür mit seinem großen Vorbild Hans Krankl.

„Du bist mein Nachfolger. Alle, die *sagen, du mußt mehr laufen,* sind Trottel", sagte Krankl, und Polster beherzigte den Rat nur allzu getreu. Bewegung verschaffte sich Polster nicht auf dem grünen Rasen, sondern auf den Tanzböden der Wiener Diskotheken. Die Folge: keine Tore in der Meisterschaft, keine Berufungen mehr ins Nationalteam und erst recht keine Auslandsangebote.

Ein Talent drohte zu versumpfen. Die Wende vom Wiener Disco-King zum österreichischen Torschützenkönig wurde durch Herbert Prohaska beeinflußt. Der Italien-Rückkehrer nahm sich des heruntergekommenen Goalgetters an, entwickelte sich zum schärfsten Kritiker Polsters, war aber immer fair und positiv. Just zu jener Zeit lernte Polster auch seine heutige Braut, die blonde Lisi, kennen und lieben. Bei einer Teenager-Wahl tröstete Polster das Mädchen. Seither ist das Paar unzertrennlich.

Auf Vermittlung von Prohaska kümmerte sich nun auch Skender Fani, der als Manager nicht nur maßgeb*lich an „Schneckerls" Auslandskar*riere beteiligt war, sondern auch Hans Krankl und Walter Schachner lukrative Verträge im Ausland verschaffte, um Polster. Im Sommer wäre der *heute* 22jährige *fast* in Italien gelandet.

Doch Polster, der in Wien bei der Austria blieb, machte nie ein Geheimnis aus seiner stillen Liebe. „Bayern *München ist mein Traumverein"*, gestand der Torjäger, der vor einem Jahr Bayern-Torwart Jean-Marie Pfaff im Europacup-Duell gleich drei Treffer verpaßte. Kurz vor der WM in *Mexiko wäre es fast soweit gewesen.* Bayern-Manager Uli Hoeneß streckte seine Fühler aus. Doch die Wahl von Trainer Udo Lattek fiel nicht auf Polster, die Bayern verpflichteten statt dessen den Dänen Lars Lunde. „Das war wie eine Watschn ins Gesicht", sagte Polster.

RINGEN / Ein vierter und ein fünfter Rang waren noch die besten Plätze bei der WM in Budapest

Trainieren die deutschen Ringer einfach zu wenig?

dpa, **Budapest**

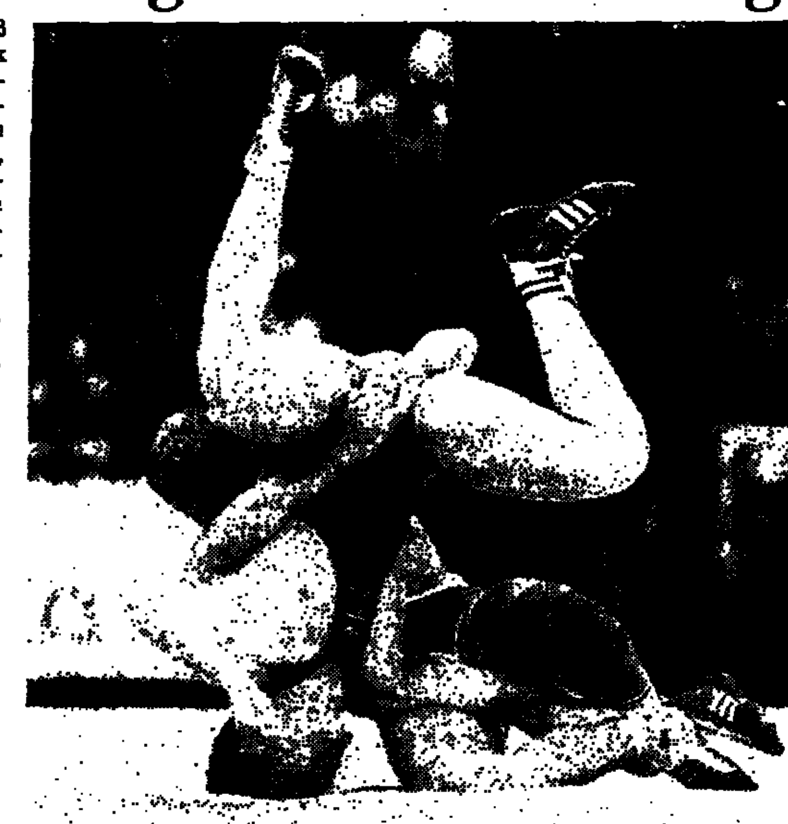
Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres trafen sich die weltbesten Freistilringer in Budapest – und in *den vergangenen zwölf Monaten hat* sich im Prinzip fast nichts geändert. Die UdSSR wird mit neun Medaillen so erfolgreich wie meist in den Jahren zuvor sein. Schärfste Verfolger bleiben Bulgarien und die USA sowie in den unteren Gewichtsklassen die Koreaner (meist aus dem Norden) und Japaner. Außenseiter: Kubaner, Mongolen und die übrigen Ostblockverbände. Der Deutsche Ringer-Bund (DRB) ist dieser Spitze insgesamt nicht nähergekommen – aber auch nicht zurückgefallen.

Man kann sich aber auch irren: „Wilfried ist für die Klasse bis 100 kg zu leicht, dort ist für ihn nie ein Blumentopf zu gewinnen." So schrieb vor einem *Jahr* der *Vizepräsident* des Deutschen Ringer-Bundes, Helmuth Pauli (Tuttlingen), über Schwergewichtler Wilfried Colling (Aldenhoven). In diesem Jahr wurde Colling *Fünfter, nach Mittelgewichtler* Reiner Trik (Winzeln) zweitbester der sechs Starter des DRB. Viert- oder fünftbester Athlet der Welt zu sein – das ist für DRB-Starter im Ringen allemal ein Erfolg.

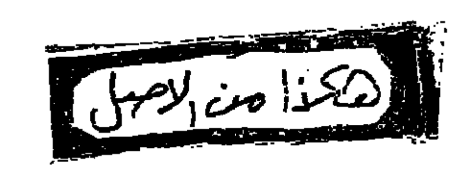
Nochmals Pauli 1985: „Die Dominanz der Ostblockathleten, der Asiaten und der USA ist so groß, daß eine Nation wie die Bundesrepublik mit ihren bescheidenen Möglichkeiten im Trainingsbereich – Spitzenathleten der *obengenannten* Nationen trainieren um 1500 Stunden im Jahr, während unsere Athleten im Höchstfall 250 Stunden erreichen – Erfolge auf breiter Front nicht mehr erreichen kann." Gemessen an dieser Aussage ist das Abschneiden erfreulich.

Andererseits: 250 Stunden Training im Jahr, das bedeutet bei zwei Stunden Training täglich und einer Fünf-Tage-Woche: Trainiert wird 25 Wochen im Jahr – dazu kommen Wettkämpfe und Erholungszeiten. In anderen Sportarten wird teilweise in zwei Tagen soviel trainiert wie bei *den Ringern in einer Woche. Im Zuge* der angestrebten „Optimalförderung" gibt es auch für Ringer Möglichkeiten zu intensivem Training.

Bundestrainer Detlev Schmengler (Krefeld), seit diesem Jahr für die Freistilringer verantwortlich, hat *schon Fortschritte erzielt: Er vermag* die Ringer gut auf ihre Gegner einzustellen, ihnen auch psychologisch zu helfen. Daneben hat zum Beispiel Reiner Trik gelernt, auch höhere Wertungen zu erzielen. Er hat seine Möglichkeiten sowohl im Standkampf als auch am Boden verbessert.



Aussichtslose Lage: Reiner Trick hatte gegen Joszef Lohyna (CSSR) beim Kampf um Bronze keine Chance. FOTO: DPA



Indien: Premier Gandhi stärkt sein Kabinett

Die. Neu-Delhi

Indiens Premierminister Gandhi hat gestern, wie seit langem erwartet, sein Kabinett umgebildet. Besonders bemerkenswert ist dabei die Entlassung des Staatsministers im Innenministerium, Arun Nehru. Nehru, ein Vetter des Premierministers, war für die innere Sicherheit zuständig und damit in letzter Instanz auch mitverantwortlich für das Versagen der Sicherheitskräfte beim Mordanschlag auf Rajhiv Gandhi.

Insgesamt hat der indische Premier fünf Minister ihrer Ämter enthoben, unter ihnen Außenminister Shiv Shankar, der jetzt neuer Handelsminister ist. Neuer Außenminister wurde der bisherige Industrieminister Tiwari, ein Pragmatiker, aber politisch bisher völlig unbekannt.

Arjun Singh, ein enger Vertrauter Gandhis wurde wie erwartet neuer Minister für Kommunikation. Aufsehen hat dagegen die Ernennung des früheren Chef-Ministers im Bundesstaat Haryana, Bhajan Lal, zum Umweltminister hervorgerufen, denn der Politiker war in der Vergangenheit durch zahlreiche Korruptionsaffären in die Schlagzeilen geraten.

Es war die sechste Kabinettsumbildung des indischen Premierministers seit seinem Amtsantritt am 1. November 1984.

Jenninger fordert ein Gesetz über die Untersuchungsausschüsse

Aktuelle Stunde zum Fall Lappas / Vogel: Eine Kampagne gegen die Gewerkschaften

DIETHART GOOS, Bonn

Gegenseitige Schuldzuweisungen und heftige Rededuelle zwischen Koalition und SPD-Opposition sowie Ordnungsrufe des Präsidenten bestimmten gestern nachmittag die fünfte Aktuelle Stunde des Bundestages zum Thema Neue Heimat. Die CDU/CSU hatte diese Debatte unter dem Motto „Angriffe auf Bundestag und Justiz im Zusammenhang mit der Aussageverweigerung des BGAG-Vorstandsvorsitzenden Alfons Lappas vor dem Untersuchungsausschuß" beantragt.

Bundestagspräsident Philipp Jenninger nutzte die Gelegenheit, um den Untersuchungsausschuß und seine Beschlüsse gegen massive Angriffe der Gewerkschaften zu verteidigen. „Als Präsident habe ich diese Angriffe auf die Würde des Hauses mit äußerster Entschiedenheit zurückzuweisen." Zugleich forderte Jenninger, möglichst umgehend ein Gesetz über die Einsetzung und Verfahrensweise von Untersuchungsausschüssen zu verabschieden. An Koalition und Opposition richtete der Bundestagspräsident die Aufforderung, den demokratischen Grundkonsens und die freiheitliche Verfassung nicht zu gefährden.

Entschieden wandte sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger gegen das Verhalten des DGB-Managers Lappas. „Von der Aussagepflicht kann sich niemand selber befreien. Was für den Bundeskanzler gilt, gilt auch für Alfons Lappas." Dieser sei nicht einem Komplott zum Opfer gefallen, wie die Gewerkschaften behaupteten, sondern seiner eigenen Selbstgefälligkeit und Arroganz. Mit allem Nachdruck verwahrte sich Dregger gegen Äußerungen des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Schröder, der die Verhaftung von Lappas mit NS-Methoden in Zusammenhang brachte. Dies sei eine skandalöse Beleidigung des Bundestages, der Justiz und der Polizei.

Oppositionsführer Vogel warf der Union Skrupellosigkeit bei der Inanspruchnahme des juristischen Mittels der Beugehaft vor. „Dies ist die Fortsetzung Ihrer Kampagne gegen die deutschen Gewerkschaften und eine grobe Verletzung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit." Die Verhaftung von Lappas auf dem IG Metall Kongreß seine eine gewollte Provokation gewesen.

In direkter Erwiderung sagte der FDP-Abgeordnete Detlef Kleinert, für den früheren Justizminister Vogel wäre es eine gute Gelegenheit gewesen, in dieser Debatte auf eine Fülle schwierigster Rechtsfragen einzugehen. Das habe er aber mit äußerster Sorgfalt vermieden.

Der frühere Geschäftsführer der Neuen Heimat, Harro Iden, verweigerte gestern vor dem Untersuchungsausschuß wie Lappas jegliche Aussage. Er berief sich dabei auf ein von der Hamburger Staatsanwalt gegen ihn eingeleitetes umfangreiches Ermittlungsverfahren wegen Betrugverdachts und zahlreicher anderer Wirtschaftsstraftatbestände. Der Ausschuß billigte ihm dieses Zeugnisverweigerungsrecht zu. Der CDU-Abgeordnete Johannes Gerster verwahrte sich gegen Vorwürfe der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit", er sei als Aufsichtsratsmitglied einer Abschreibungsgesellschaft seinen Kontrollpflichten nicht nachgekommen.

Oppositionelle in Polen verwarnt

dpa. Warschau

Polnische Unterzeichner einer gemeinsamen Erklärung von Oppositionellen aus mehreren osteuropäischen Staaten zum 30. Jahrestag des ungarischen Aufstandes von 1956 sind gestern von örtlichen Polizeibehörden verwarnt worden. Der Bürgerrechtler Jacek Kuron teilte mit, ihm sei erklärt worden, er könne sich durch seine politische Aktivität strafbar machen. Verwarnt wurden unter anderem auch die Pazifisten Jacek Czaputowicz und Jacek Szymanderski. In der Erklärung war für Demokratie und die Überwindung der Teilung Europas plädiert worden.

Tass: US-Agent hingerichtet

AFP. Moskau

Ein sowjetischer Staatsbürger, der vom sowjetischen Geheimdienst KGB der Spionage für die Vereinigten Staaten beschuldigt worden war, ist nach einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Die Agentur gab den Namen des Sowjetbürgers mit A. D. Tolkatschow an. Der Mann, der an einem wissenschaftlichen Forschungsinstitut in Moskau gearbeitet habe, hätte nach Überzeugung des Militärgerichts beim Obersten Gerichtshof der Sowjetunion „Landesverrat in Form von Spionage" begangen.

„Von Anfang an über SDI geredet"

DW. Moskau

Die SDI-Problematik stand beim sowjetisch-amerikanischen Gipfel in Reykjavik nach Angaben von Kreml-Chef Gorbatschow von Beginn an zur Debatte und war Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten gewesen. Das erklärte der KPDSU-Generalsekretär gegenüber dem dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter, der zur Zeit in der UdSSR einen Staatsbesuch absolviert. Gorbatschow fügte hinzu: „Das Thema SDI ist nicht erst am Ende des Treffens aufgetaucht, wie jetzt behauptet wurde". Die sowjetischen Vorschläge seien kompromißfähig gewesen.

Schröder spricht jetzt von einem Mißverständnis

dpa. Düsseldorf

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Günter Schröder, hat seinen Hinweis auf die Nazi-Zeit bei der Verhaftung des Gewerkschaftsmanagers Alfons Lappes am Sonntag auf dem IG-Metall-Kongreß bedauert. In einer gestern veröffentlichten Erklärung nach einer „kritischen Auseinandersetzung" im geschäftsführenden Vorstand der Polizeigewerkschaft sprach er von „Mißverständnissen".

In der Erklärung stellt Schröder fest, daß „eine Festnahme im Jahre 1986 nicht zu vergleichen ist mit Festnahmen im Jahre 1933". Dies deshalb, „weil eine demokratische Rechtsordnung, starke Gewerkschaften und eine rechtsstaatlich handelnde Polizei keine Vergleiche mit Vorgängen im damaligen totalitären Regime zulassen". Dies gelte gleichermaßen für die Justiz. „Auch steht für mich fest: Weder die Gewerkschaften, noch ihre Gewerkschaftstage stellen einen rechtsfreien Raum im juristischen Sinne dar."

Seine Wortmeldung auf dem IG-Metall-Kongreß sei nur der Versuch gewesen, so Schröder, „die aufgeheizte Stimmung, auch gegen die Polizei, zu mildern". Dies sei dort auch gelungen. „Leider haben meine Bemerkungen einen Sturm der Entrüstung außerhalb des Kongresses hervorgerufen." Der GdP-Chef bedauerte, daß seine Ausführungen „verkürzt zitiert und falsch interpretiert" worden seien, „und ich füge hinzu: auch falsch verstanden werden konnten".

Gemeinsam mit den Landesvorsitzenden der GdP hatte sich der Gewerkschaftsvorstand am Dienstag in Hilden bei Düsseldorf mit der Verhaftung von Lappas und den Äußerungen Schröders befaßt. Die „totale Aussageverweigerung" des BGAG-Vorsitzenden vor dem Untersuchungsausssschuß wurde von der GdP „scharf verurteilt." Das „rechtmäßige und besonnene Verhalten" der bei der Verhaftung von Lappas eingesetzten Polizisten wurde ausdrücklich „gewürdigt".

Die schwere Krise im Kabinett von Frau Aquino

Juan Enrile fordert schärferes Vorgehen gegen Rebellen

JOCHEN HEHN, Manila

Der philippinische Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile bleibt weiter in Amt und Würden, nachdem das Kabinett Aquino gestern eine Diskussion um seine Person erst einmal auf einen späteren Zeitpunkt verschoben hat. Der Konflikt um Enrile war ausgebrochen, nachdem vier Minister im Kabinett Aquino die Loyalität des 62 Jahre alten Politikers offen in Frage gestellt hatten und deshalb seinen Rücktritt forderten. Mit der Vertagung des Problems ist die Krise, in der sich die philippinische Regierung derzeit befindet, allerdings nicht gelöst.

Doch nicht nur vier Kabinettskollegen haben sich gegen Enrile gestellt, sondern auch Staatspräsidentin Corazon Aquino selbst steht im offenen Gegensatz zu ihrem Verteidigungsminister, der ihr noch im Februar dieses Jahres durch eine Revolte gegen Marcos den Weg in den Malacanang-Palast geebnet hatte.

Verteidigungsminister Juan Enrile FOTO: AP

Der Verteidigungsminister selbst lieferte den Grund für die Kritik an seiner Person, nachdem er permanent in der Öffentlichkeit die offizielle Regierungspolitik gegenüber den Rebellen im Lande kritisiert hatte. Enrile verwies in diesem Zusammenhang beinahe täglich auf die Kampfhandlungen zwischen Soldaten der philippinischen Armee und kommunistischen Guerrillas. Trotz zahlreicher Appelle von Corazon Aquino, alle Waffen niederzulegen, haben die Kämpfe seit Februar rund 2000 Tote gefordert.

Angesichts dieser Lage fordert Enrile eine militärische Lösung des Problems und bezeichnete in diesem Zusammenhang die Verhandlungen der Regierung mit den Kommunisten als „selbstmörderisch". „Wenn wir nicht unverzüglich handeln, muß das philippinische Volk schon bald einen blutigen Preis zahlen."

Die neue Volksarmee, der militärische Arm der Kommunistischen Partei, habe die Zeit der Verhandlungen genutzt, um ihre kämpfenden Einheiten neu zu gruppieren und die Ausrüstung zu verbessern. Mittlerweile operierten die Guerrillas in 63 der insgesamt 73 philippinischen Provinzen. Selbst in die Hauptstadt des Landes sei eine Rebelleneinheit eingeschleust worden und warte nur noch auf den richtigen Augenblick, um zuzuschlagen.

Enrile sieht sich in einer starken Position. Tatsächlich scheint die Mehrheit der Armee hinter ihm zu stehen. Selbst Generalstabschef Fidel Ramos, der mit ihm die Revolte gegen Marcos im Februar angeführt hatte, scheint die Kritik des Verteidigungsministers in gewissen Punkten zu teilen, wird aber zur Zeit noch zu den Gefolgsleuten der Staatspräsidentin gezählt.

Ramos hatte in den vergangenen Tagen zusammen mit Vizepräsident Salvador Laurel mehrmals zwischen Enrile und Frau Aquino versucht zu vermitteln. Laurel, der auch Außenminister ist, sagte deswegen kurzfristig seine Teilnahme an einem gemeinsamen Ministertreffen der EG und Asean in Jakarta ab.

Salvador Laurel hatte im Wahlkampf gegen Ferdinand Marcos seine Ambitionen auf das Präsidentenamt nur mit großer Überwindung zugunsten Corazon Aquinos zurückgestellt und gilt seitdem nicht gerade als die zuverlässigste Stütze der Präsidentin.

Sehr zum Ärger der übrigen Kabinettsmitglieder streicht Verteidigungsminister Enrile ständig seine besondere Stellung in der Regierung heraus. „Mein einziger Arbeitgeber ist das philippinische Volk." Hinweise, seine Entlassung stehe unmittelbar bevor, konterte er mit der Bemerkung: „Diese Regierung ist eine Koalition", ein „Triumvirat", bestehend aus Frau Aquino, General Ramos und ihm selbst. Wenn einer dieser Partner gehe oder gehen müsse, bedeute dies das „Ende der Koalition."

Verteidigungsminister Enrile gibt auch zu verstehen, wie er sich die politische Zukunft vorstelle. Das philippinische Volk, so betonte er, erhoffe sich frühere Wahlen für das oberste Regierungsamt als vorgesehen.



„Kronzeuge" auf Zeit

Anti-Terror-Gesetze / FDP räumt Vermittlungsprobleme ein

PETER PHILIPPS, Bonn

In der von Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble geleiteten Arbeitsgruppe, die über Maßnahmen zur Intensivierung der Terrorismus-Bekämpfung beraten hat, hat sich die Koalition erwartungsgemäß auf ein Gesetzespaket geeinigt. Die Novellen sollen in dieser Woche eingebracht und noch vor dem Jahresende in Kraft gesetzt werden:

st ● Analog zu den Regelungen des Paragraphen 153e StPO wird ein auf zwei Jahre begrenztes Kronzeugen-Gesetz eingeführt. In Abstimmung mit dem Ermittlungsrichter soll der Generalbundesanwalt Terroristen Straffreiheit oder Strafminderung in Aussicht stellen können, wenn sie geständig sind und als Zeugen gegen Mittäter zur Verfügung stehen.

● Der Paragraph 129a StGB (Kriminelle Vereinigung) wird ergänzt um Delikte gegen den Bahn-, See- und Luftverkehr, zur Störung öffentlicher Betriebe sowie um Brandanschläge.

● Der Generalbundesanwalt erhält zusätzlich die Zuständigkeit für grenzüberschreitende Delikte.

● Unter „Zähneknirschen" der FDP (Bundestagsabgeordneter Kleinert) werden die Paragraphen 88a und 130a als neuer Paragraph 130a (Anleitung und Anstiftung zu bestimmten Straftaten) wieder eingeführt.

Zwar haben die Freien Demokraten alle diese Entscheidungen mitgetragen, doch befinden sie sich auf dem Feld der inneren Sicherheit seit Beginn dieser Koalition in einer schwierigen Lage. Präsidiumsmitglied Otto Graf Lambsdorff kleidete dies in den Satz: „Wir sind in das Bild gekommen, daß für uns die Verhinderung von Gesetzen ein größeres Gewicht als die konstruktive Mitarbeit hat." Er unterstrich zwar, daß er „in der Sache" meistens einer Meinung etwa mit seinem Fraktionskollegen Hirsch sei, doch: „Es ist uns bisher kaum gelungen, unsere Haltung unseren Wählern deutlich zu machen." Auch die FDP müsse die angesichts der jüngsten Anschläge wachsende Angst der Bürger *aufnehmen. In der* Fraktion wie in der Parteiführung zeige sich, daß es eine deutliche Tendenz auch zu „inhaltlichen Veränderungen" in der FDP gebe.

Pfarrer sollen weniger Trübsinn verkündigen

DW. Bonn

Die Bundesrepublik ist nach Ansicht eines führenden Vertreters der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wieder zum „Missionsland" geworden. Der Präsident des Kirchenamtes der EKD, Walter Hammer, begründet diese Einschätzung in einem Interview mit dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) mit der hohen Zahl der Kirchenaustritte und der fortschreitenden Säkularisierung.

Zu der in einer EKD-Studie vorausgesagten Entwicklung, wonach die evangelische Kirche in 45 Jahren nur noch ein Viertel der Bevölkerung in der Bundesrepublik stellt, wird es nach Hammers Überzeugung allerdings nicht kommen. Die Studie wolle nicht zur Resignation beitragen, sondern vielmehr dazu aufrufen, „sich bewußt zu machen, was passiert, wenn sich nichts ändert".

Als Gegenmaßnahme schlug Hammer vor, das Evangelium „neu und aggressiv zu verkündigen". Unter anderem tritt er dafür ein, wieder mehr Hausbesuche zu machen. Vor allem aber müsse „mehr Freude verkündigt werden und weniger Trübsinn". Von den Pfarrern wünsche er sich „mehr Barmherzigkeit in der Verkündigung, besonders gegenüber denen, die eine andere politische Auffassung haben".

Zu der Kritik an einseitigen politischen Stellungnahmen der evangelischen Kirche sagte der Präsident des Kirchenamtes: „Wir machen keine Politik. Wir haben uns nur zu politischen Sachverhalten möglichst abgewogen geäußert." Interessant sei, daß immer die Partei um Ruhe bitte, deren Stellung gerade vorher kritisch angesprochen worden sei.

Den Pfarrern riet Hammer, sich in ihrem Amt politisch so zurückzuhalten, daß sie für alle Gemeindemitglieder „gesprächsfähig" blieben. Wenn ein Geistlicher beispielsweise in Anzeigen ein politisches Bekenntnis abgebe, solle er dies als Privatmann, ohne seinen Titel, tun.

Den Gemeinden machte er den Vorwurf, an den Pfarrer heute zu viele *Anforderungen zu stellen. In den* Gemeindezentren könne man heute Tischtennis spielen oder basteln, Gymnastik treiben oder eine Beatmesse hören. Dadurch komme die „eigentliche theologische Arbeit des Pastors nicht zum Zuge".

Nahrungsmittelpreise EG 1986*

Veränderungen jeweils zum Vorjahreszeitraum in %

Niederlande −0,6
BR Deutschland +0,5
Dänemark +1,8
Belgien +1,9
Großbritannien +2,8
Frankreich +3,4
Luxemburg +3,5
Irland +5,2
Italien +6,5
Spanien +8,6
Portugal +9,2
Griechenland +23,0

*1 Halbjahr

Quelle: BMELF

Im ersten Halbjahr 1986 sind die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel in den meisten EG-Ländern weniger gestiegen als im Vorjahr. In den Niederlanden gingen sie sogar zurück. QUELLE: IMU

FÜR DEN ANLEGER

American Eagle: Die neue Goldmünze ist in den USA auf eine unerwartet große in- und ausländische Nachfrage gestoßen. Sie kann in der Bundesrepublik demnächst an den Bankschaltern der Deutschen Bank, Dresdner Bank und Commerzbank erworben werden. (S. 14)

Zins: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau erhöht für alle Eigenmittelkredite ihre Zinssätze um 0,25 Prozent.

Börse Tokio: Die Kurse sind gestern den achten Tag hintereinander deutlich gefallen. Der Nikkei-Index ging um 386,22 auf 15 819,55 Punkte zurück. Damit wurden die aufsehenerregenden Verluste des Vortags von 317,60 Punkten noch übertroffen.

Bundesbank: Im Auftrag des Bundesfinanzministeriums werden im Wege des Tenderverfahrens Kassenobligationen mit drei (Nominalverzinsung 5,25 Prozent), vier (5,50 Prozent) und fünf Jahren Laufzeit (5,75 Prozent) angeboten. Die Gebote müssen bis heute elf Uhr eingegangen sein.

Frankreich: Die Saint-Gobain-Gruppe soll als erstes zu verstaatlichendes Unternehmen vom 24. November bis zum 15. Dezember den Investoren angeboten werden. In Paris heißt es, die Deutsche Bank werde etwa sieben Prozent des Kapitals am deutschen Markt placieren.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 264,71 (266,15); Chemie: 156,25 (156,99); Elektro: 333,38 (331,99); Auto: 694,55 (700,88); Maschinenbau: 145,32 (145,06); Versorgung: 159,64 (160,62); Banken: 385,53 (389,78); Warenhäuser: 178,55 (179,60); Bauwirtschaft: 542,38 (540,59); Konsumgüter: 174,87 (173,93); Versicherung: 1315,87 (1329,13); Stahl: 145,92 (144,26).

Kursgewinner:	DM	+ %
IFI Inh. Vz.	48,00	9,09
Philips Komm.	1195,0	7,56
Mitsui Osk-Line	2,90	7,41
Binding Brauerei	380,00	4,97
Nichii Co. Ltd.	21,20	4,95

Kursverlierer:	DM	− %
Nikko Sec.	15,70	4,85
Leifheit	505,00	4,54
Mauser	90,50	4,54
Magd. Feuer	765,00	4,38
Mitsui & Co.Zert.	6,70	4,29

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Behauptet

MÄRKTE & POLITIK

Konjunktur: Die Aufwärtstendenz hält nach Auffassung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie an, obwohl die Ausfuhren in realer Rechnugn stagnierten.

Bekleidung: Nach Ansicht des Einzelhandels wären die deutschen Hersteller auch ohne das Welt-Textilabkommen lebensfähig. (S. 16)

Esch-Prozeß: Im Prozeß gegen den Gründer des Mainzer Baumaschinenkonzerns IBH wurden auf Antrag der Staatsanwaltschaft mehrere Anklagepunkte, darunter die der Steuerhinterziehung und Untreue, fallen gelassen. (S. 14)

Cognac: Der allgemeine Spirituosenkonsum nimmt ab, doch Nachfrage nach der französischen Edelspirituose steigt.(S. 15)

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Unternehmensberatung: „In guten Zeiten sind die Firmen eher bereit, in Management-Beratung zu investieren." So begründet Roland Berger den Boom, den die Branche gegenwärtig erlebt. (S. 16)

Pirelli: Die Neuordnung der deutschen Aktivitäten wird zum 1. Januar wirksam. Sie beinhaltet unter anderem die Änderung des Namens in „Pirelli Deutschland AG" und eine Kapitalaufstockung um 15 auf 51 Mill. DM.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	21. 10. 86	20. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	165,00	165,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	66,00	65,75	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	120,75	119,50	104,00	226,00	84,00

WELTWIRTSCHAFT

USA: Das Bruttosozialprodukt ist im dritten Quartal 1986 nach vorläufigen Angaben um 2,4 Prozent gestiegen; nach 3,8 Prozent im ersten und 0,6 Prozent im zweiten Quartal. In den ersten neun Monaten ergab sich damit ein Plus von 2,2 Prozent.

Südafrika: Im Gegensatz zur amerikanischen Konkurrenz denken größere deutsche Unternehmen nicht an einen Rückzug aus dem Kap-Staat. Rund 300 deutsche Firmen haben eine Niederlassung in Südafrika. Sie beschäftigen insgesamt 45 000 Arbeitnehmer. (S. 14)

Stahl: Die Unternehmensleitung des größten amerikanischen Stahlkonzerns, USX Corp., versucht durch noch in dieser Woche vorgelegte Restrukturierungspläne eine Übernahme durch den Großindustriellen Carl Icahn abzuwehren. (S. 15)

Italien: Der von dem Industriellen Carlo de Benedetti geführte Mischkonzern und die Ferruzzi-Gruppe in Ravenna werden in Zukunft eng zusammenarbeiten. Die neue Allianz wird voraussichtlich vor allem den Bereich der Ernährungsgüter betreffen. (S. 14)

NAMEN



OECD: Die wichtige Rolle der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bei der Koordination der internationalen Wirtschaftspolitik hat Staatssekretär Hans Tietmeyer vom Bundesfinanzministerium gestern zum 25. Jahrestag der Organisation in Paris unterstrichen. Neue Aufgaben könnten vor allem im Technologiebereich erwachsen, erklärte Tietmeyer gegenüber der WELT. (S. 14)

BMW: Der ehemalige Vorstandsvorsitzende, Gerhard Wilcke, ist – wie erst jetzt bekannt wurde – am 17. Oktober im Alter von 79 Jahren gestorben. Wilcke wurde 1960 erstmals Mitglied im Aufsichtsrat und war von 1965 bis 1969 Vorstandschef.

WER SAGT'S DENN?

Es gibt keinen vernünftigen Grund für die Annahme, daß Arbeiten unangenehmer sein muß als Nichtarbeiten.

Prof. John Kenneth Galbraith

Bundesbank soll das zu starke Geldmengenwachstum drosseln

Sparerschützer warnen vor einer trügerischen Ruhe an der Inflationsfront

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Bundesbank muß das zu starke Geldmengenwachstum wieder drosseln, damit die bisherigen Stabilisierungserfolge nicht gefährdet werden, fordert die Gemeinschaft zum Schutz der Sparer. Ihr Vorsitzender Detlef Bierbaum, hauptberuflich Vorstandsmitglied der Norderstern Versicherungs-Aktiengesellschaften, rät (anders als dieser Tage die Konjunkturforschungsinstitute) der Bundesbank, den in diesem Jahr zugelassenen „Geldüberhang" bei der Festlegung des Geldmengenziels für 1987 wieder einzufangen.

Wenn die Frankfurter Währungshüter bei einer unveränderten Zuwachsrate von drei bis fünf Prozent bleiben, sollten sie dieses Ziel mit dem Zusatz versehen, daß sie die untere Hälfte des Korridors ansteuern. Für zu blauäugig hält Bierbaum die von den Konjunkturinstituten vorgeschlagene Strategie, das monetäre Inflationspotential durch eine zurückhaltende Lohnpolitik nicht virulent werden zu lassen. Damit wäre die Tarifpolitik überfordert.

Die Sparerschützer sind sich darüber klar, daß eine Politik vorsichtigerer Geldversorgung konjunkturpolitische Bedenken, eine verstärkte Tendenz zur Mark-Aufwertung mit Spannungen im Europäischen Währungssystem (EWS) und Kritik aus dem Ausland hervorrufen wird.

Doch das müsse in Kauf genommen werden, weil die Fernwirkungen einer unvermindert kräftigen Geldmengenexpansion weitaus gravierender seien: Ein Wiederaufleben der Inflation und Inflationserwartungen mit Folgen für Löhne, Gewinne, Beschäftigung und dem Risiko einer nachfolgenden Stabilisierungskrise. Eine Zerreißprobe für das EWS, so Bierbaum, könnte durch eine rechtzeitige Wechselkurskorrektur verhindert werden.

Die derzeitige Ruhe an der Preisfront könnte sich als trügerisch erweisen, fürchten die Sparerschützer. Denn gerade bei niedrigen Inflationserwartungen, wie sie jetzt in einem Klima des Vertrauens zum Geldwert bestehen, sei die „Inkubationszeit" der Inflation länger als in Zeiten, in denen das inflationäre Schwungrad in voller Bewegung sei. Bierbaum warnte allerdings vor einer Beunruhigung, wenn bei Wegfall der Sondereffekte (Rückgang der Rohstoffpreise und Mark-Aufwertung) im nächsten Jahr die Preissteigerungsate wieder auf die aktuelle „hausgemachte" Rate von etwa zwei Prozent anzieht. Gefahr sei allerdings im Verzug, wenn 1987 wieder so hohe Reallohnsteigerungen wie in diesem Jahr angestrebt und Preissteigerungen zum Anlaß für entsprechend höhere Tarifabschlüsse genommen würden.

Lob zollen die Sparerschützer der deutschen Wirtschaftspolitik, daß sie den ausländischen Forderungen nach einer expansionistischen Geld-und Fiskalpolitik widerstanden hat. Die Bundesbank sei bereits bis an die Grenze des Vertretbaren gegangen. Schließlich drohe nicht ein deflationärer Crash, sondern eher die Gefahr, daß eine neue Inflationsrunde provoziert wird.

Zur Lösung von Anpassungs- und Wachstumsproblemen sei die Geldpolitik ungeeignet, betont die Sparerschutzgemeinschaft. Eine weitere Verbesserung der Wachstumsbedingungen müsse von der Ordnungs- und Finanzpolitik ausgehen. In diesem Zusammenhang plädierte Bierbaum für eine zügigere Beratung der Steuerreform und ein Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerentlastung. Im Interesse einer weiteren Rückführung der Staatsquote könne eine vorübergehend Verlangsamung des Tempos der Haushaltskonsolidierung hingenommen werden.

2,2 Billionen Mark an Geldvermögen

Beim Kauf eines Autos werden im Schnitt 60 Prozent aus Ersparnissen finanziert

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Trotz einer in diesem Jahr von 12,8 auf 13,1 Prozent steigenden Sparquote und einer privaten Gesamtersparnis von 164 (152,7) Milliarden DM festigt das private Sparen den wirtschaftlichen Aufschwung. Ende dieses Jahres dürfte das Geldvermögen der privaten Haushalte rund 2,2 Billionen DM erreichen. Diese Entwicklung sieht der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), Helmut Geiger, unter gegenwärtigen Konjunkturaspekten als durchaus erwünscht und nicht etwa als schädlich an.

Anläßlich des bevorstehenden Weltspartags (31.10.) sagte Geiger, daß ein Teil der Ersparnisbildung stets in einer späteren Periode zur Anschaffung langlebiger Gebrauchsgüter führe. Eine vom DSGV in Auftrag gegebene Emnid-Umfrage habe ergeben, daß über 80 Prozent der Autokäufer für den Pkw-Erwerb auf Ersparnisse zurückgegriffen haben und ein Drittel dafür speziell gespart habe. Vom durchschnittlichen Kaufpreis eines Pkw wurden 60 Prozent aus Ersparnissen finanziert. Bei der Finanzierung eines selbstgenutzten Eigenheims wurden Ersparnisse von 15 bis 20 Prozent der Gesamtkosten eingesetzt.

Geiger warnte bei der Wertung der Zahlen des privaten Geldvermögens davor, auf den Reichtum des einzelnen Menschen zu schließen. Auch wenn man zu einem Durschnittsvermögen der Haushalte von 82 000 DM oder auf ein Pro Kopf-Vermögen von 34 000 DM kommt, „gibt es keinen Anhaltspunkt dafür, ob die Menschen bei uns generell wohlhabend sind". Nach offiziellen statistischen Angaben besitzen 13 Prozent aller Haushalte überhaupt kein Geldvermögen oder haben mehr Konsumentenkredite als Geldvermögen.

Aus diesem Grund sei auch die These nicht haltbar, daß wegen der hohen Ersparnisse die staatliche Vermögensbildung nicht mehr so notwendig sei. Sicher sei jedoch, daß die vorgesehene Förderung der Vermögensbildung in Produktivkapital für diesen Sparerkreis uninteressant ist.

Gegenwärtig beträgt das nach dem 624/932 DM-Gesetz geförderte private Gesamtvermögen um die 50 Mrd. DM. Davon seien 20 Prozent bei Versicherungen, 30 Prozent bei Bausparkassen und 50 Prozent bei Kreditinstituten angelegt. Bei den Banken entfielen 40 Prozent auf das Kontensparen und 10 Prozent auf Wertpapiere aller Art.

In den ersten 9 Monaten dieses Jahres betrug das Mittelaufkommen der Kunden bei den deutschen Sparkassen 12,6 Mrd. DM und lag damit um 80 Prozent über dem Vorjahr. Diese Entwicklung wurde vor allem von den Spareinlagen getragen, deren Zuwachs mit 4,3 (2,8) Mrd. DM auf fast 327 Mrd. DM wesentlich war. Auch die sparkasseneigenen Papiere lagen um 1 Mrd. DM höher. Beim Kreditgeschäft war die Hauptstütze die Wohnungsbaufinanzierung, die etwa 40 Prozent der Kreditausweitung um 10,5 auf 475 Mrd. DM ausmachte.

EG setzt Rahmen für die Forschung

Ha. Brüssel

Gute Chancen für eine rechtzeitige Verabschiedung des Rahmenprogramms der EG für Forschung (1987–91) haben die Beratungen der zuständigen Minister in Luxemburg eröffnet. Allerdings werden noch harte Verhandlungen nötig sein, um die unterschiedlichen Wünsche und Interessen auf einen Nenner zu bringen.

Die großen EG-Länder, die über eine bedeutende nationale Forschungsinfrastruktur verfügen, wollen der Gemeinschaft vorwiegend Aufgaben im Bereich der Spitzentechnologie übertragen, während die kleineren an eine Vielzahl unterschiedlicher Programme denken, um mit der allgemeinen Foschung Schritt halten zu können.

Entsprechend sind die kleineren Staaten an einem möglichst großen Budget interessiert. Sie setzen auf die durch Gemeinschaftsprogramme gesicherte Übertragung der Forschungserkenntnisse und machen sie zur Bedingung für die Öffnung ihrer öffentlichen Beschaffungsmärkte. Bonn tritt für ein Programm von sechs bis sieben Mrd. Mark ein (verglichen mit Ansätzen der Kommission von über 15 Mrd. Mark), will jedoch bis zu drei Mrd. drauflegen.

AUF EIN WORT

„Es geht mir darum, auf die alte Industriepolitik möglichst zu verzichten und die neue erst gar nicht einzuführen."

Dr. Rudolf Scheid, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI), Frankfurt. FOTO: MUCKE

Bauindustrie spürt jetzt den Aufschwung

dpa/VWD, **Bonn**

Der Aufschwung in der deutschen Wirtschaft belebt auch die Bautätigkeit. Nach Angaben des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Wiesbaden, stiegen die Aufträge an das Bauhauptgewerbe in den ersten sieben Monaten 1986 auf 13,9 Milliarden DM. Das waren preisbereinigt 12,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Baufirmen erwarten, daß diese positive Entwicklung zumindest bis in das Jahr 1987 hinein anhält. Wie optimistisch sie sind, zeigt auch eine Zunahme der Baumaschinenbestellungen gegenüber dem Vorjahr um 35 Prozent.

Im öffentlichen Bau und Verkehrsbau stiegen die Aufträge real um durchschnittlich 8,5 Prozent. Dabei gab es jeodch für den Straßenbau nur eine geringfügige Zunahme. Schlußlicht blieb der Wohnungbau, auf den noch immer die Hälfte des gesamten Bauvolumens entfällt. Hier gingen die Aufträge wegen eines Rückgangs der Baugenehmigungen für Mehrfamilienhäuser um 32,2 Prozent erneut um 2,7 (Vorjahr minus 22,3) Prozent zurück. Für Ein- und Zweifamilienhäuser wurden dagegen 3,9 Prozent mehr Genehmigungen erteilt.

China fehlen 1,2 Millionen Betriebswirte

JOACHIM WEBER, **Berlin**

„Werfen Sie Ihr Herz doch einmal über die Hürde", forderte Heinrich Weiss, Vorstandschef der Schloemann-Siemag AG, sehr bildhaft seine Kollegen auf dem Betriebswirtschaftlertag in Berlin auf. Die Ermunterung gilt dem Engagement deutscher Firmen in Gemeinschaftsunternehmen in der Volksrepublik China: „Die Deutschen sind da zu vorsichtig – sie legen allzu gerne deutsche Verzinsungsmaßstäbe an".

Mit nur sechs Joint-Ventures in China liege die Bundesrepublik bereits deutlich hinter anderen Partnerländern der Chinesen zurück. Weiss, selbst im Anlagenexport nach China aktiv, berichtet, daß deutsche Unternehmen auf Grund dieses Defizits auch im Handel zurückfallen könnten. Derzeit rangiert die Bundesrepublik unter den chinesischen Außenhandelspartnern auf dem 3. Platz hinter Japan und den USA.

Durch eine allzu kurzfristige Betrachtungsweise, so fürchtet Weiss, könnten sich seine deutschen Kollegen ihre eigentlich sehr großen Chancen im Reich der Mitte langfristig verbauen. Gerade in den letzten Jahren hat der chinesische Markt im Gefolge der Privatisierung von Produktionsmitteln deutlich an Dynamik gewonnen, wie Prof.Dr. Willy Kraus (Universität Bochum) in Berlin unterstrich.

Noch ist die Entwicklung zu mehr Markt und Preis an Stelle zentralistischer Lenkung, zur Neuordnung der Kompetenzen in Betrieb und Verwaltung, zur Rehabilitierung privaten Unternehmertums und – nicht zuletzt – zu stabilen Rechtsverhältnissen längst nicht abgeschlossen: Nicht nur, weil eine solche Kehrtwendung ihre Akzeptanzprobleme in sich birgt. Auch am Personal, das mit den neuen Entscheidungsfreiräumen fertig werden könnte, mangelt es.

Zhang Wei, Professor an der Quing Hua-Universität in Peking, illustriert das am Beispiel der Betriebswirte. Für die Organisation der Arbeit von rund 120 Millionen Werktätigen, so rechnet er, benötige das Land rund 1,2 Millionen Betriebswirte. Die Kapazität der chinesischen Universitäten aber erlaubt allenfalls die Ausbildung von 10 000 Betriebswirten pro Jahr.

Doch auch ohne wissenschaftliche Unterstützung hat China schon deutliche Fortschritte gemacht. So konnte es sein Nationaleinkommen in den letzten sieben Jahren rundweg verdoppeln, sich vom Baumwollimporteur zum Exporteur entwickeln und auch schon Getreideüberschüsse erwirtschaften. Auch das Außenhandelsvolumen hat sich seit 1979 auf 60 Milliarden Dollar verdoppelt.

Grünes Licht für Ölpreis?

Bm. – Nach fast dreiwöchigem Ringen einigte sich die Opec über eine Förder- und Preispolitik für Öl bis zum Jahresende. Wer erwartet hatte, daß man den internen Streit um Förderquoten mit einer Heraufsetzung der Menge vom April (16,8 Millionen Faß pro Tag) aus der Welt geschafft hätte, der wurde enttäuscht. Die 13 Opec-Förderländer gingen diesen Weg nicht, obwohl er sich angesichts der guten Wirtschaftsentwicklung in der Welt angeboten hätte. Die Menge bleibt gegenüber dem September-Kompromiß mit rund 15 Millionen Faß – ohne Produktion des Irak – nahezu unverändert.

Die Addition aus steigender Nachfrage und stagnierendem Angebot soll die Preise für Rohöl möglichst schnell von zur Zeit 15 auf 18 Dollar je Faß bringen, denn die Defizite in den Handelsbilanzen der Opec-Länder schreien nach Tilgung. Die Opec-Öleinnahmen sind von rund 300 Milliarden Dollar 1985 auf heute unter 100 Milliarden Dollar gefallen.

Doch der Kompromiß von Genf ist ein Vabanque-Spiel. Die Opec trägt nur noch mit 15 Millionen Faß zum Weltbedarf von 45 Millionen Faß pro Tag bei. Mit der Reduzierung der Opec-Quote in der Hoffnung auf steigende Preise werden Nicht-Opec-Anbieter geradezu aufgefordert, bei gegenwärtigen Preisen in die Bresche zu springen – was erst recht gilt, wenn die Preise anziehen sollten. Geht der Opec aber auf diese Weise weiterer Markt verloren, dann sind in Genf nur die Schwerter für den nächsten Preiskrieg geschliffen worden.

Abgabe zur Unzeit

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Diejenigen, die sich der Idee des liberalen Welthandels verschrieben haben, müssen aufpassen, daß sie nicht ihren Kredit verspielen. Jedenfalls können sie die jetzt in den USA beschlossene Importabgabe von 0,22 Prozent nicht einfach als Niedlichkeit abtun.

Sicher, eine solche Maßnahme wird für sich allein kaum zu einer Verzerrung der Handelsströme führen. Immerhin hat sich der Außenwert des Dollar gegenüber den Währungen der anderen Industriestaaten seit dem Frühjahr 1985 um rund ein Drittel verringert. Aber die Abgabe verstößt gegen die Prinzipien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt).

Und, was in seiner Wirkung viel fataler ist, zu ihr wurde wenige Tage vor dem Beginn der Arbeiten an einer neuen Liberalisierungsrunde für den Welthandel gegriffen. Denn am Montag soll sich in Genf der Verhandlungsausschuß für die neue Gatt-Runde konstituieren. Dort wird es zwar zunächst vor allem um prozedurale Fragen gehen. Aber eine solche Maßnahme, wie sie in den Vereinigten Staaten eingeführt wird, wirkt belastend, zumal da diese Runde in einer Zeit beginnt, in der sich der Welthandel nicht gerade sehr dynamisch entwickelt.

Die US-Importabgabe, obwohl nur 0,22 Prozent, belastet die neue Liberalisierungsrunde für den Welthandel, die in der nächsten Woche in Genf beginnt. Sie schwächt die Vorreiterrolle der USA.

Er hat im ersten Halbjahr real nur um 3,5 Prozent zugelegt, eine Rate, die auch für das gesamte Jahr 1986 erwartet wird. Das ist zwar mehr, als für den Anstieg des Sozialprodukts in den westlichen Industriestaaten prognostiziert wird. Aber die Diskrepanz von einem Prozentpunkt ist geringer als das, was in den fünfziger und sechziger Jahren registriert wurde, als Weltwirtschaft, Welthandel und weltweiter Wohlstand besonders florierten.

Auch für 1987 wird nur mit einer Zunahme des Warenaustausches um rund vier Prozent gerechnet. Und das auch nur, weil Westeuropa und Japan wegen der Aufwertung ihrer Währungen mehr importieren werden. Dagegen dürften die Einfuhren der Vereinigten Staaten sinken.

Die Handelspartner der Vereinigten Staaten halten sich mit ihrer Kritik zurück, weil sie im Vorfeld der Gatt-Runde das Klima nicht noch weiter belasten wollen. So hat beispielsweise die EG bei der Absprache zwischen den USA und Japan über den Handel mit Halbleitern nur auf Konsultationen im Rahmen des Gatt gedrungen, die auch in der nächsten Woche in Genf stattfinden sollen. Es wird auch das Argument benutzt, die Abgabe sei so niedrig, daß sie kaum der Rede wert sei. Das überzeugt am wenigsten. Zum einen können sich Unternehmen gegen einen solchen Eingriff im Gegensatz zu Wechselkursschwankungen nicht absichern. Zum anderen bleibt doch die Frage, von welcher Höhe an beginnt der Sündenfall. Gewürdigt wird, daß es angesichts des protektionistischen Drucks in den USA auch noch hätte schlimmer kommen können. Die Administration hat sich unter dem Strich nach dem Urteil deutscher Handelspolitiker noch ganz wehrhaft gezeigt.

Wenn dem so ist, dann wirft das aber ein ganz anderes Problem auf: In allen bisherigen sieben Liberalisierungsrunden, selbst wenn sie nicht den Namen amerikanischer Politiker trugen, haben die Vereinigten Staaten die Vorreiterrolle übernommen, sie haben die Verhandlungen vorangetrieben, sie haben mit ihren Konzessionen wesentlich zum Gelingen beigetragen. Und wer übernimmt die Aufgabe in der Uruguay-Runde, die Mitte September in Punta del Este eingeläutet wurde?

Von ihrem Gewicht für den Welthandel her wäre dazu die Europäische Gemeinschaft in der Lage. Sie kann es nicht, weil sich die zwölf Mitglieder untereinander kaum auf einen liberalen Kurs verständigen können. Überdies sitzt die EG wegen ihrer Agrarpolitik, dem Dollpunkt der nächsten Runde, auf der Anklagebank. Japan taucht ohnehin weg, will bei solchen Verhandlungsrunden möglichst nicht auffallen, damit niemand auf den Gedanken kommt, etwas gegen einen der Störenfriede des Welthandels zu unternehmen.

Bleiben also doch nur die Vereinigten Staaten. Sie haben die jetzt beginnende Runde durchgesetzt. Und nun? Das, was sich seit der Gatt-Konferenz in Punta del Este abgespielt hat, wirkt nicht gerade überzeugend. Es ist Munition für die Protektionisten in anderen Ländern. All das schürt nicht gerade die Hoffnung jener Handelspolitiker, die auf Fortschritte, auf mehr Liberalität gesetzt haben.

American Eagle auf Höhenflug

Die neuen Goldmünzen gehen weg wie warme Semmeln

SAD, New York

Die in- und ausländische Nachfrage nach den ersten amerikanischen Goldmünzen seit 50 Jahren ist so unerwartet groß, daß die gesamte erste Tranche von 800 000 Münzen im Nennwert von 5 bis 50 Dollar binnen zwei Tagen ausverkauft war. Wie Donna Pope, Direktorin der Münzprägeanstalt in West Point bei New York, mitteilte, mußte der Verkauf der American Eagles eingestellt werden, „weil keine mehr da sind, und die Nachfrage unsere kühnsten Erwartungen übertroffen hat". Die Prägeanstalt muß jetzt Sonderschichten fahren, um bis Montag weitere 152 000 Unzen Gold zu Münzen zu verarbeiten. Für die schnell ausverkaufte erste Tranche wurden 558 000 Unzen benötigt. Der Feingehalt der vier verschieden großen Münzen zu 5, 10, 25 und 50 Dollar beträgt eine zehntel, eine fünftel, eine halbe und eine volle Unze Gold. Bei Fortdauer der großen Nachfrage würden laut Donna Pope in einem Jahr fünf Millionen Unzen Gold benötigt. Bislang hatte man erwartet, die Nachfrage des ersten Jahres mit 2,2 Millionen Unzen befriedigen zu können. Anders als bei Gedenkmünzen ist die Zahl der Golden Eagles, die West Point prägen darf, unbegrenzt. Die Prägeanstalt tritt nicht selber als Endverkäufer auf, sondern läßt die Goldmünzen durch 25 Vertragshändler weltweit vertreiben. Der Preis der Münzen richtet sich nach dem jeweiligen Goldpreis. In den USA lag der Preis für das 50-Dollar-Stück an den beiden Vortagen bei 450,50 Dollar.

Amerikanischer Rückzug aus Südafrika

Nach General Motors und IBM stellt jetzt auch Honeywell das Geschäft am Kap ein

M. GERMANI/DW. Johannesburg

Die Zahl insbesondere amerikanischer Unternehmen, die sich aus Südafrika zurückziehen oder ihr dortiges Engangement erheblich reduzieren, nimmt in letzter Zeit auffallend zu. Nachdem zu Beginn dieser Woche bereits der Automobilkonzern General Motors und der Computerriese IBM mitteilten, ihre südafrikanischen Töchter aufzugeben, hat nun auch die US-Elektronik-Firma Honeywell ihren Rückzug aus Südafrika beschlossen. Die Niederlassung in Johannisburg wird verkauft.

Im abgelaufenen Jahr haben schon 28 in Südafrika vertretene US-Unternehmen ihre Zelte in der Kap-Republik abgebrochen. Das sind mehr als doppelt so viele wie in den beiden vorangegangenen Jahren zusammengenommen. Die Gründe für den Rückzug müssen allerdings nicht nur in dem wachsenden Druck Apartheid-feindlicher Gruppen gesucht werden, sondern ganz wesentlich auch in der schwachen Konjunktur Südafrikas und im teilweise erfolglosen Abschneiden amerikanischer Unternehmenstöchter.

Auf dem weiten südafrikanischen Automarkt, dessen Angebots-Vielfalt in keinem Verhältnis zur Zahl derer steht, die sich ein Auto leisten kann, gehörte GM zu den großen Verlierern. Der GM-Marktanteil war in den letzten fünf Jahren allein von etwas über zwölf auf knapp fünf Prozent gesunken, seit 1981 wurden keine Gewinne mehr erzielt. Auf dem Markt für kommerzielle Fahrzeuge betrug die Einbuße im gleichen Zeitraum von 16 auf weniger als zehn Prozent. Dazu kommt, daß aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Verfall des Rand-Kurses, der sich auf den Automarkt besonders negativ ausgewirkt hat, GM seine Verkaufszahlen nur mit dem deutschen Markennamen Opel halten konnte. Hier handelt es sich um einen Schrumpfungsprozeß, der nur die Stärksten auf dem angeschlagenen Markt überleben läßt. Die Löwenanteile gehören mit weitem Abstand den Japanern, vor allem Toyota und Nissan, aber auch den deutschen Erzeugern BMW, Mercedes und Volkswagen. VW-Südafrika-Direktor Peter Searle sagte in diesem Zusammenhang: „Auf Weltniveau umgesetzt, kann der südafrikanische Markt eigentlich nur einen Hersteller tragen."

Die Ankündigung von IBM kam nicht überraschend. Südafrika-Generaldirektor Jack Clarke gab auf einer Pressekonferenz bekannt, IBM werde seine südafrikanische Niederlassung an eine neue Firma verkaufen, die von den Mitarbeitern betrieben wird. Der Plan soll ab 1. März kommenden Jahres in Kraft treten. Offenbar werden alle Anteile der IBM Südafrika in einen Trust eingebracht, und die rund 1400 Beschäftigten sollen die Profite teilen. IBM will sein soziales Programm weiterführen. Im vergangenen Jahr hatte die Firma 37,5 Millionen Rand für die Erziehung und Ausbildung von Schwarzen sowie zur Förderung schwarzer Geschäftsleute zur Verfügung gestellt. Beobachter weisen auf die Möglichkeit hin, daß künftig US-Niederlassungen in südafrikanisches Eigentum übergehen werden, wie es bei Coca-Cola der Fall ist. Dieser Prozeß könne auch von anderen Firmen angewandt werden, die sich vom südafrikanischen Markt zurückziehen.

Allianz Ferruzzi–De Benedetti

Wird der Großindustrielle nach Aktientausch Vizepräsident?

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Ferruzzi-Gruppe in Ravenna und der von dem Industriellen Carlo De Benedetti geführte Mischkonzern werden künftig eng zusammenarbeiten. Die neue Allianz wurde durch einen Aktientausch besiegelt, mit dem die De Benedetti Holding Sabaudia Finanziaria ihre 3,5-Prozent-Beteiligung an dem Chemiekonzern Montedison an Ferruzzi abtrat, während Sabaudia dafür an den Ferruzzi Holdings Silos und Agricola Finanziaria eine Beteiligung von zehn beziehungsweise fünf Prozent erhält. In beiden Fällen wird Carlo De Benedetti nach der Familie Ferruzzi der zweitgrößte Gesellschafter und erhält dadurch Einfluß auf die Geschäftsführung. In Mailänder Finanzkreisen wird erwartet, daß im Fall Agricola Finanziaria Carlo De Benedetti künftig als Vizepräsident neben Ferruzzi-Chef Raul Gardini fungieren wird.

Die neue Allianz wird Beobachtern zufolge vor allem den Ernährungsgüterbereich betreffen, in dem sowohl die Ferruzzi-Gruppe als auch der De Benetti-Konzern maßgeblich engagiert sind. Agricola Finanziaria ist die Muttergesellschaft von Italiens größtem Zuckerhersteller, Eridania in Genua. Über diese Holding steuert Ferruzzi auch die Interessen in Frankreich (Beghin-Say) und England (Berisford-British Sugar). Zu dem Mischkonzern von Carlo De Benedetti gehört dagegen eines der größten italienischen Nahrungsmittelunternehmen, die Firma Buitoni. Zwischen beiden sind in Zukunft Berührungspunkte denkbar.

Was den Chemiekonzern Montedison in Mailand anbelangt, so ist durch die Übernahme des von der De Benedetti-Gruppe unterhaltenen Anteils die Kapitalquote von Ferruzzi jetzt auf rund 22 Prozent gestiegen. Zusammen mit den Firmen Varasi (zehn Prozent), Inghirami und Maltauro (jeweils drei Prozent Kapitalanteil) verfügen die vier neuen Kontrollaktionäre des Chemiekonzerns über einen Anteil von 38 Prozent, der sie vor allen Überraschungen sichert. Die von den vier Kontrollaktionären gehaltene Kapitalquote wird in Zukunft von einer Finanzholding verwaltet werden, an der die Ferruzzi-Gruppe über die Holding Silos mit 51 Prozent beteiligt sein wird. Indirekt wird damit Carlo De Benedetti, obwohl selbst nicht mehr Montedison-Aktionär, einen gewissen Einfluß auf die Geschehnisse des Chemiekonzerns ausüben können.

Die Verzahnung der Ferruzzi-De Benedetti-Interessen wird von Beobachtern der italienischen Finanz- und Industrieszene ausgesprochen positiv bewertet. Dabei wird darauf hingewiesen, daß jetzt zwei Konzerne die Basis zur Koorperation gelegt haben, die nicht nur nach Größe, sondern auch nach Dynamik in letzter Zeit in die Spitzengruppe der italienischen Industrie vorgestoßen sind. So wird die Benedetti-Gruppe dieses Jahr einen Umsatz von über 8000 Mrd. Lire erreichen.

Pax Leben verbessert Überschuß

Schweizer Versicherer mit hohem Zuwachs im Neugeschäft

Py. Düsseldorf

Die deutsche Niederlassung der Pax Schweizerische Lebensversicherung in München erwartet nach dem hohen Neugeschäftszuwachs des letzten Jahres auch für 1986 einen Zugang, der deutlich über dem Vorjahr liegt. Auch bei den Prämien sagt der Hauptbevollmächtigte in der Bundesrepublik, Hermann Jauch, eine Steigerung um gut 30 Prozent voraus.

1985 wurde ein Neugeschäft von 35 (26) Mill. DM erzielt, wobei die Einzelkapitalversicherung einen Anteil von 58 Prozent besitzt. Stark erhöht hat sich auch der Neuzugang an selbständigen Berufsunfähigkeits- Versicherungen. Die durchschnittliche Versicherungssumme liegt im Neugeschäft mit 73 000 DM mehr als doppelt so hoch wie in der Branche. Der Bestand erreichte 272 (252) Mill. DM Versicherungssumme.

Die 1876 in Basel gegründete Gesellschaft, die in der Bundesrepublik ihre Angebote über Makler und Mehrfachagenten vertreibt, hat 1985 dank der günstigen Erträge aus Kapitalanlagen (Durchschnittsrendite 7,52 Prozent) den Gesamtüberschuß weiter verbessert. Insgesamt wurden 4,3 (4) Mill. DM, das sind 36 Prozent der Beiträge, für die Versicherten zurückgestellt. Die Pax bietet in Deutschland auch auf Schweizer Franken lautende Kapital- und Rentenversicherungen an.

Die Muttergesellschaft erzielte 1985 einen Neuzugang von 2,82 (1,12) Mrd. Franken. Mit einem Versicherungsbestand von 8,49 (7,52) Mrd. Franken zählt die Pax zu den größeren Lebensversicherern in der Schweiz. Der Überschuß stieg auf 40 (37) Mill. Franken. Vom Gesamtprämienaufkommen von 289 (240) Mill. Franken stammen 4,2 Prozent aus dem deutschen Geschäft.

Internationale Finanzen

Bond Brewing: Eine US-Anleihe in Höhe von 500 Mill. Dollar will die Bond Brewing Holdings Ltd. auflegen. Geplant ist eine Laufzeit bis 1. Dezember 2001. Die weiteren Konditionen sind noch nicht bekannt.

Zürich: Mit einem Kupon von 5,25 Prozent ist die 100-Mill.-sfr-Anleihe ausgestattet, die die Chrysler Financial Corp. mit Laufzeit 26. November 1996 auflegt. Der Ausgabekurs liegt bei 100,625 Prozent.

Optionsanleihen: Mit einem Kupon von 3,75 Prozent ist die Optionsanleihe über 50 Mill. Dollar der Suzuki Motor Co. Ltd. ausgestattet. Fälligkeit ist der 12. November 1991. Der Ausübungskurs beträgt 549 Yen. Der Wechselkurs wurde auf 155,75 Yen/Dollar festgelegt. Emissionstermin ist der 12. November 1986.

Die Optionsanleihe über 100 Mill. hfl und Fälligkeit 15. November 1991 wurde von der Suzuki Motor Co Ltd. mit einem Kupon über 1,875 Prozent ausgestattet. Der Optionskurs wurde auf 549 Yen je Aktie festgesetzt. Der festgelegte Wechselkurs liegt bei 69,48 Yen/hfl. Auch für diese Anleihe ist der Augabetermin auf den 12. November terminiert.

Bando Chemical: Erstmalig geht die Bando Chemical mit einer Anleihe mit Warrants zum Bezug von Stammaktien über 60 Mill. DM an den internationalen Kapitalmarkt. Die Teilschuldverschreibungen haben eine Laufzeit von fünf Jahren und werden mit einem Kupon von etwa 2,25 Prozent ausgestattet. Jeder Teilschuldverschreibung im Nennbetrag von 5000 DM ist ein Optionsschein beigefügt. Optionsscheininhaber sind berechtigt, zwischen 2. Februar 1987 und 31. Oktober 1991 Bando Chemical Stammaktien zu beziehen. Der Optionspreis wird am 28. Oktober festgelegt.

Eurobonds: 6,25prozentige Eurobonds über 300 Mill. sfr begibt die Creditanstalt-Bankverein. Jeder 10 000 sfr-Bond ist ausgestattet mit einem siebenjährigen Warrant. Zu einem Kurs von 2 060 sfr je Aktie (dies entspricht einem Aufgeld von drei Pozent gegenüber dem jetzigen Kurs) berechtigt er zum Kauf von nicht stimmberechtigten Aktien der Bank. Die Optionsscheine sind Teil einer Emission von 300 000 nicht stimmberechtigten Aktien der österreichischen Bank im Wert von 45 Mill. sfr, die für Schweizer Anleger vorgesehen ist. Weitere 150 000 sind über eine identische Bondsemission in Österreich erhältlich.

Yen-Anleihe: Eine Anleihe über 40 Mrd. Yen mit Laufzeit 11. November 1991 legt Neuseeland auf. Sie ist mit einem Kupon von 5,75 Prozent ausgestattet, der Ausgabekurs liegt bei 101,5 Prozent.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

24stündiger Aktienhandel

Tokio/New York (VWD) – Ein Informationsnetz, das die USA, Europa und Japan miteinander verbindet, will die Merrill Lynch, Pierce Fenner and Smith Inc. schaffen. Wie Nihon Keizai berichtet, sollen über dieses Netz Finanz- und Wirtschaftsinformationen im Hinblick auf einen 24stündigen Aktienhandel angeboten werden. Merrill Lynch wird in der Zentrale in New York sowie in den Niederlassungen in Tokio und London Host-Computer der International Business Machines Corp. (IBM) sowie Tandem-Nonstop-Computer installieren.

400 Aufträge für A-320

Paris (AP) – Das europäische Zivilflugzeugunternehmen Airbus Industries rechnet mit 400 Aufträgen oder Optionen für das neue Kurz- und Mittelstreckenflugzeug A-320 noch vor dessen Jungfernflug. Es liegen bereits jetzt 367 feste Aufträge oder Optionen vor. Der Jungfernflug wird vor dem 20. März kommenden Jahres stattfinden.

Höhere Mindestlöhne

Mexiko (VWD) – Zum dritten Mal in diesem Jahr erhöht Mexiko die Mindestlöhne. Die Aufschläge betragen rund 20 Prozent. Der neue Mindestsatz von 2065 Peso/täglich ist in Mexiko-Stadt seit gestern wirksam. Die neuen Mindestlöhne gelten bis zum Jahresende. Im Januar waren sie um 33 Prozent und im Juni um 25 Prozent erhöht worden. Die Gewerkschaften hatten Lohnsteigerungen um 60 Prozent als nötig bezeichnet, um die Inflation ausgleichen zu können.

Kapitalertragsteuer 1987

Tokio (VWD) – Das japanische Finanzministerium will mit Beginn des Fiskaljahres 1987 eine Steuer auf Kapitalgewinne einführen, berichtet Yomiuri. Nach den Vorstellungen des Ministeriums sollen künftig auch alle Transaktionen von mehr als 10 000 Aktien erfaßt werden. Auf den nach Abzug der Kosten erzielten Gewinn soll ein Steuersatz von einem Prozent angewendet werden. Daraus erhoffe sich das Finanzministerium zusätzliche Jahreseinnahmen von 120 Mrd. Yen. Derzeit werden nur Transaktionen von mehr als 200 000 Aktien besteuert.

Bonn gibt Syrien Kredit

Bonn/Damaskus (dpa/VWD) – Die Bundesregierung hat Syrien vor dem Hintergrund einer Verbesserung der deutsch-syrischen Beziehungen, mit einem möglichen Bonn-Besuch des syrischen Außenministers Faruk Sharaa, einen Kredit in Höhe von 55,9 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Ein entsprechendes Abkommen wurde in Damaskus unterzeichnet.

Teheran kauft Supertanker

London (AFP) – Iran führt gegenwärtig auf dem Gebrauchtschiffsmarkt Verhandlungen über den Kauf von zwei Supertankern für über 21 Mill. Dollar. Dies meldete die „Lloyd's List". Teheran hatte bereits vor sechs Wochen den 254 891-BRT-Gebrauchttanker „Burmpac Bahamas" für 9,5 Mill. Dollar erworben. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen geht es um den Kauf des 1973 gebauten Supertankers „Mississippi" (284 299 BRT), der 10,7 Mill. Dollar kosten soll und den fast gleich großen Supertanker „Chase Venture", für den 11 Mill. Dollar gefordert werden.

Joint-ventures mit Moskau

Berlin (VWD) – Bonn und Moskau wollen bessere Voraussetzungen für Joint-ventures in der UdSSR schaffen. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann kündigte diese Absicht in einem Gespräch mit dem Club Berliner Wirtschaftsjournalisten unter Hinweis auf das zunehmende Interesse der UdSSR und Chinas an solchen Gemeinschaftsunternehmen an.

Urteil gegen Esch nächste Woche?

rtr. Koblenz

Im Prozeß gegen den ehemaligen IBH-Chef Horst-Dieter Esch hat die Staatsanwaltschaft am Mittwoch der Einstellung des Verfahrens in den meisten der 22 Anklagepunkte zugestimmt. Nach Eschs Geständnis, Scheich Saleh A. Kamel bei dessen Kapitalbeteiligungen in Höhe von 190 Millionen DM an dem Baumaschinenkonzern betrogen und den Konkurs der IBH Holding um dreieinhalb Monate bis November 1983 verzögert zu haben, sollen diese Woche die Plädoyers von Anklage und Verteidigung gehalten werden. Ein Urteil werde für Mittwoch kommender Woche erwartet, erklärte der Sprecher des Koblenzer Landgerichts.

Die Anklage hat damit die Vorwürfe der Untreue, Steuerhinterziehung und verschiedener Verstöße gegen das Aktiengesetz fallengelassen. Die Staatsanwälte führten dafür ausschließlich prozeßökonomische Gründe an. Bei einer möglichen Verurteilung wegen Betruges „in einem besonders schweren Fall" sei sehr schnell die „Schallgrenze beim Strafmaß" erreicht. Bei einer Verurteilung müsse auch Eschs erste Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren mindestens zur Hälfte angerechnet werden.

Nicht alles über die Wechselkurse regeln

Tietmeyer in einem Gespräch mit der WELT anläßlich des 25jährigen OECD-Jubiläums

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Für eine verstärkte internationale Wirtschaftszusammenarbeit haben sich die führenden Vertreter der westlichen Industriestaaten in Paris auf einem zweitägigen Symposium aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der OECD ausgesprochen. Sie gingen dabei übereinstimmend von der Feststellung aus, daß die Interdependenz zwischen den nationalen Volkswirtschaften immer größer wird. Das führe zu einer „wachsenden Komplexität" ihrer Beziehungen, die nicht ohne Risiken sei. Aber allgemein zeigte man sich eher optimistisch.

Die Frage, welche Rolle die OECD in den nächsten 25 Jahren spielen kann, wurde allerdings unterschiedlich beantwortet. Wie Staatssekretär Tietmeyer (Bundesfinanzministerium) am Rande der Veranstaltung gegenüber der WELT erklärte, hat sich schon in den letzten Jahren eine gewisse Verlagerung von OECD-Kompetenzen auf andere internationale Institutionen, insbesondere den IWF angebahnt. In Währungsfragen würden heute die wichtigsten Entscheidungen letztlich auf trilateraler Ebene (USA, Bundesrepublik und Japan) fallen.

Andererseits sind die Zeiten der amerikanischen Hegemonie beendet. In den letzten 25 Jahren ist der US-Anteil am Bruttosozialprodukt der OECD-Zone fast kontinuierlich zurückgegangen, während der europäische, insbesondere deutsche, vor allem aber der japanische Anteil stark gewachsen ist. Ob diese Entwicklung *mehr Chancen oder mehr Probleme* mit sich bringt, wagt Tietmeyer nicht zu beantworten. Die internationale Kooperation dürfe jedenfalls nicht zur Vernachlässigung der „wohlverstandenen" nationalen Interessen führen.

Aus deutscher Sicht kommt es vor allem auf die politische Harmonisierung an. „Man kann nicht alles über die Wechselkurse regeln", sagte Tietmeyer. Deshalb ließe sich das Europäische Währungssystem (EWS) auch nicht internationalisieren (ein Harvard-Professor hatte sich auf dem Symposium für eine gemeinsame OECD-Währung ausgesprochen). Denn in Europa funktioniere das EWS vor allem deshalb weil es hier wegen des sehr starken Außenhandels für alle beteiligten Länder von Vorteil ist – und weil es hier nur eine Reservewährung (die D-Mark) gibt.

Aber es gäbe keine ideale Welt, die automatisch funktioniere und auch keine Patentrezepte zur Verwirklichung des OECD-Ziels, eines inflationsfreien kontinuierlichen Wirtschaftswachstums, wurde von allen Rednern eingeräumt. Deshalb käme der OECD als ständiges Koordinierungsgremium der 24 westlichen Industriestaaten eine eher wachsende Bedeutung zu. Neue Aufgaben könnten der Organisation vor allem im Technologiebereich erwachsen.

Aber ihre vordringlichste Aufgabe, so hieß es, besteht wohl darin, den protektionistischen Tendenzen energischer entgegenzuwirken. Denn der Anpassungsprozeß an die veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnisse sei noch längst nicht beendet und verstärkt den Druck der davon betroffenen Unternehmen auf ihre Regierungen. Andererseits muß sich der Staat auch wegen der notwendigen Sanierung seiner Finanzen weiter aus der Wirtschaft zurückziehen.

Ein weiteres Problem, welches die OECD noch auf Jahre hinaus beschäftigen dürfte, ist die Arbeitslosigkeit. Sie ist zunehmend strukturell bedingt. Ob sie allein durch eine größere Flexibilität der Arbeitszeit gelöst werden kann, wurde auf dem Symposium bezweifelt. Hinzu kommen müßte eine flexiblere Sozialpolitik mit dem Ziel, den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu fördern. Das Verständnis der Gewerkschaften für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten lasse aber immer noch zu wünschen übrig.

Die zentrale Frage dieses Symposiums, wie den künftigen Herausforderungen zu begegnen ist, blieb allerdings weitgehend offen. Die diversen volkswirtschaftlichen Modelle, die von verschiedenen Rednern dargeboten wurden, verblaßten letztlich vor der Feststellung der Praktiker, darunter auch der frühere französische Premierminister Raymond Barre, daß nur über eine offene Diskussion (im Rahmen der OECD) und mit gesundem Menschenverstand die Probleme gelöst werden könnten.

Spaniens Euphorie verflogen

Einführung der Mehrwertsteuer nach EG-Beitritt belastet

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Die Euphorie des Frühsommers, die Hoffnung der Spanier, die Einführung der Mehrwertsteuer beim EG-Beitritt am 1. Januar 1986 rasch und ziemlich schmerzlos überwinden zu können, entsprach nicht den Tatsachen, wie sich jetzt im Herbst zeigt. Tatsächlich blieben die Preise im Juni hinter der Entwicklung des Vorjahres zunächst zurück. Dann aber zogen sie vehement an. Und damit sank die optimistische Einschätzung der Konjunktur trotz der erwarteten Steigerung des Bruttosozialproduktes.

Mindestens um 2,5 Prozentpunkte, das ergaben jüngste Berechnungen, schraubt die Mehrwertsteuer die Inflation nach oben. Statt der erhofften acht Prozent oder gar sechs Prozent von denen die Regierung ursprünglich ausging, muß Spanien jetzt mit einer Inflationsrate von mindestens neun, wahrscheilich aber zehn Prozent rechnen. Das allgemeine Preisniveau stieg bereits jetzt um etwa neun Prozent. An diesem Bild dürfte die zur Zeit diskutierte Senkung der Benzin- und Dieselpreise um etwa 20 Prozent wenig ändern.

Teure Bürokratie

Einen wesentlichen Anteil an dem Preisanstieg trugen die Agrarpreise die andererseits wiederum die Landwirtschaft, die wie vor 20 Jahren wieder mit einer ausgeglichenen Agrarbilanz aufwarten kann, stabilisierte. Die Verringerung der Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten um 175 000 – das sind etwa zehn Prozent – bedeutet zwar eine Steigerung der Produktivität auf dem Lande, sorgt andererseits aber wieder für eine Belastung des Haushaltes bei der Bewältigung der Arbeitslosenprobleme.

Dabei muß der Staat in Zukunft einen erheblich höheren Anteil an der Sozialversicherung leisten als bisher. Wie der Arbeitgeber-Dachverband CEOE betont, erscheint der Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung in Höhe von 70 Prozent ganz oben auf der Liste jener Belastungen, die den Wettbewerb mit der europäischen Konkurrenz erschweren.

Einer anderen Sorge der spanischen Unternehmer, die bürokratische und damit teure Führung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen die unter anderem allein über 60 Prozent der Schwerindustrie kontrollieren, tritt die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung entschlossen entgegen. Wie die staatlichen Automobilwerke Seat so sollen auch andere Staatsbetriebe durch Aktienverkauf an der Börse dem Wettbewerb angepaßt werden.

„Noch flexibler werden“

Zum drittenmal mahnte jetzt der Initiator dieser für eine sozialistische Regierung erstaunlich liberalen Wirtschaftspolitik, der frühere Wirtschafts- und Finanzminister und jetzt Präsident der halbstaatlichen Banco Exterrior, Miguel Boyer, an diesem Kurs festzuhalten. Gegenüber dem Drängen des linken Regierungsflügels beschwor er die Verantwortlichen: „Um der Krise zu entgehen, muß die Wirtschaft noch flexibler geführt werden – auch auf dem Arbeitsmarkt“. In den Jahren zwischen 1974 und 1982 sei die Arbeitslosigkeit mehr angestiegen als sonst in Europa. Die Arbeitskosten für die Produktionseinheit kletterten zwischen 1970 und 1982 um das Sechsfache von 100 auf 612 Punkte. Das ist mehr als das Doppelte als in den sieben großen Industrienationen.

Angesichts dieser negativen Entwicklung muß die schweigende Duldung der wachsenden Schattenwirtschaft als eine, wenn auch bedenkliche, Logik erscheinen. Wie der Finanz- und Wirtschaftsminister Carlos Solchaga vor dem Parlament berichtete, beträgt die effektive Arbeitslosenquote nicht 2,9 Millionen – wie es in den Statistiken nachzulesen ist – sondern 700 000 weniger und damit nur 15 Prozent. Die Unternehmer sehen hierin die Bestätigung einer fehlgelenkten Entwicklung der Arbeits- und Arbeitsnebenkosten. (SAD)

Was will Icahn mit dem USX-Konzern?

Der amerikanische Stahlriese ist gegen eine Übernahme – Restrukturierung geplant

G. BRÜGGEMANN, **Washington**

Noch bis zum 8. Juli dieses Jahres hieß Amerikas größtes Stahlunternehmen US Steel Corporation. Aber dann nahm es einen Namenswechsel vor und nennt sich jetzt USX Corporation. Es will damit dokumentieren, daß nach zwei Jahrzehnten des ständigen Niederganges Stahl nicht mehr länger im Mittelpunkt des Unternehmensgeschehens steht. Zwar bleibt auch die USX Corporation der größte Stahlhersteller der Vereinigten Staaten, aber mit einem Anteil von etwa 33 Prozent ist der Stahl an die zweite Stelle hinter Öl und Gas gerückt, die runde 54 Prozent zum Umsatz beitragen, der für 1985 auf 21 Mrd. Dollar geschätzt wird.

Die Diversifikation ins Ölgeschäft, die erst in den letzten Jahren vorgenommen wurde, brachte der USX Corporation freilich nicht die erhofften Gewinne. Zwar steht das Unternehmen seither auf einer breiteren Basis, aber der weltweite Verfall der Ölpreise verhinderte bisher eine nachhaltige Gesundung. Für den Erwerb der Marathon Oil Co. im Jahre 1982 mußte USX Corporation 6,5 Mrd. Dollar und für den Kauf der an sich hoch profitablen Texas Oil und Gas Corporation im vergangenen Jahr weitere 4,3 Mrd. Dollar aufwenden, die sich erst noch amortisieren müssen.

Die Sorgen allerdings, von denen das USX-Management im amerikanischen Stahlzentrum Pittsburgh seit einigen Wochen bedrängt wird, haben wenig mit den großen Akquisitionen zu tun. Sie kommen vielmehr von außen. Bei dem einen handelt es sich um einen Streik von 44 000 Stahlarbeitern, die seit dem 1. August dieses Jahres im Ausstand sind und dem Unternehmen einen monatlichen Umsatzausfall in der Größenordnung von 100 bis 150 Mill. Dollar zufügen. Zwar wurden die Gespräche zwischen Geschäftsleitung und Gewerkschaft in dieser Woche wieder aufgenommen, aber nicht, weil etwa die Einsicht in die Unsinnigkeit des Unterfangens gewachsen wäre, sondern weil das USX-Management seine ganze Kraft benötigt, um ein Übernahmeangebot abzuwehren, das sie mit Schrecken erfüllt.

Am 6. Oktober hatte Carl Icahn, Wall-Street-Geschäftsmann und seit Ende der 70er Jahre erfolgreicher Übernahmestratege, erklärt, er besitze 11,4 Prozent der USX-Aktien und wolle das gesamte Unternehmen für 31 Dollar pro Aktie, die damals 26 Dollar pro Stück kosteten, übernehmen. Da Icahn glaubhaft machen konnte, daß er die für die Transaktion erforderlichen 8 Mrd. Dollar zu finanzieren in der Lage sei, mußte USX seine Ankündigung ernst nehmen.



Carl Icahn FOTO: AP

Icahn ist in der amerikanischen Geschäftwelt ein umstrittener Mann. Dem 50jährigen New Yorker wird von seinen Kritikern vorgeworfen, es gehe ihm nicht darum, Unternehmen zu übernehmen und zu managen, er wolle durch seine Übernahmeangebote nur schnell Geld machen. So bestreitet Icahn nicht, daß ihm das Geldverdienen Spaß macht. Sein Vermögen wird auf 180 bis 200 Mill. Dollar geschätzt. Aber er will auch als Unternehmer betrachtet werden und verweist auf das Beispiel der angeschlagenen Fluggesellschaft TWA, die er im vergangenen Jahr nach einer harten Übernahmeschlacht kaufte und durch eine drastische Kostensenkung in der Größenordnung von 600 Mill. Dollar aus der Verlustzone führte.

Dennoch bleiben Zweifel, was Icahn bei USX wirklich will. Er könnte seine USX-Aktien, die er im Laufe der letzten Monate für einen Durchschnittspreis von 21 Dollar pro Stück erwarb, mit schönem Gewinn weiterverkaufen. Aber er selbst erklärt, er wolle das ganze Unternehmen. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „News Week“ sagte er, man könne dann am besten kaufen, wenn die Dinge ganz besonders schlecht stehen. Bei USX ständen sie besonders schlecht. „Um es höflich zu sagen“, so Icahn, „sie haben eine Reihe von Fehlern gemacht und gehören sicher nicht zu den Besten.“ Das ist ein Urteil, dem auch Kritiker von Icahn zustimmen.

USX-Chairman David Broderick ist denn bisher auch nichts Besseres eingefallen, als einen Restrukturierungsplan anzukündigen, der in dieser Woche bekanntgegeben werden soll. Möglichkeiten ergeben sich, indem verschiedene Bereiche ausgegliedert oder verkauft werden. Schon in der vergangenen Woche hat die USX seine Chemieaktivitäten zu Geld gemacht. Die Manövrierfähigkeiten des USX-Managements zur Abwehr von Icahns Angebot sind indes begrenzt. An der Stahlfront läßt sich angesichts der schlechten Marktlage kaum etwas bewegen. Für die Ölinteressen dürfte es zwar Käufer geben, aber was dann von USX nachbliebe, erscheint wenig attraktiv.

Es scheint deswegen im Augenblick, als habe Icahn die besseren Karten. Dann allerdings müßte er beweisen, daß er wirklich ein Unternehmen solcher Größenordnung aus sehr schwieriger Lage herausführen kann – es sei denn, er täte was seine Gegner ihm unterstellen, und zerschlüge das Unternehmen, um es stückweise zu verkaufen.

Ältere Qualitäten bevorzugt

Cognac-Brenner sind mit dem deutschen Markt zufrieden

JAN BRECH, **Hamburg**

Cognac schwimmt auf dem deutschen Markt gegen den Strom. Während der allgemeine Spirituosenkonsum zurückgeht, ist die Nachfrage nach der französischen Edelspirituose steigend. Wie Gerard Sturm vom Bureau National Interprofessionnel du Cognac in Hamburg mitteilte, sind die Exporte nach Deutschland in dem Geschäftsjahr 1985/86 um 5,2 Prozent auf 11,36 Millionen Flaschen gestiegen. Moderate Preiserhöhungen von durchschnittlich vier Prozent habe der Markt akzeptiert.

Besonders ermutigend finden die französischen Brenner, daß der deutsche Markt überdurchschnittlich hohe Qualitäten nachfragt. Die Dreisterne-Kategorie, die weltweit mehr als 60 Prozent des Cognacs-Verbrauchs ausmacht, verliert in der Bundesrepublik kontinuierlich an Marktanteil, während die VSOP- und noch ältere Qualitäten an Boden gewinnen. Vom gesamten deutschen Cognac-Verbrauch sind nur noch 53 Prozent Dreisterne-Qualitäten, 47 Prozent entfallen auf höhere Qualitäten. Besonders die jüngere Generation, so meint Sturm, ließe sich mehr von Qualität denn von Preisen beeindrucken.

Eine dominierende Stellung haben am deutschen Markt fünf große Marken, die knapp 70 Prozent halten. Mit weniger als 20 Prozent ist der Anteil von Handelsmarken dagegen gering. Dieser Cognac wird überwiegend in Fässern bezogen und in Deutschland abgefüllt. Der Anteil von lose exportiertem Cognac ist in den letzten zehn Jahren stark zurückgegangen. Sturm hält die heutigen 25 Prozent allerdings noch immer für zu hoch.

Das Cognac-Angebot in Deutschland umfaßt rund 50 Marken, während die Franzosen unter 243 Marken auswählen können. Die fünf großen, den deutschen und auch den Weltmarkt beherrschenden Marken spielen im Mutterland des Cognacs denn auch nicht die überragende Rolle. Ihr Anteil erreicht lediglich 30 Prozent.

Weltweit haben die französischen Brenner im Geschäftsjahr 1985/86 einen Absatzrückgang um 3,7 Prozent auf 130,4 Millionen Flaschen erlitten. In den verschiedenen Regionen gibt es Licht und Schatten. Beruhigt nehmen die Winzer die Stabilisierung des Absatzes in Frankreich zur Kenntnis. Trotz hoher Steuerlast und rigoroser Anti-Alkohol-Kampagnen ist der Absatz unverändert geblieben. Auf dem heimischen Markt ist es offenbar gelungen, das Image der Spirituose zu verjüngen und Cognac als Bestandteil von Longdrinks zu etablieren.

Insgesamt erlösten die Franzosen mit dem Cognac 5,4 Mrd. Franc. Die Erfolgsmeldungen des Jahres liefert der Balkan. Die Türkei führte mit 143 000 Flaschen stolze 544 Prozent mehr ein. Mühsam aber stetig kommt Cognac auch in Albanien voran. Die Skipetaren nahmen statt 36 nun schon 46 Flaschen ab.

„DDR“ forciert Innovationen

Der internationale Wettbewerb zwingt zur Modernisierung

dpa/VWD, **Berlin**

In der „DDR“ rollt eine Modernisierungswelle. Durch straffe Kontrolle und Gewährung finanzieller Spielräume versucht die Wirtschaftsführung der „DDR“ in den verschachtelten Großkombinaten, das international diktierte Innovationstempo durchzusetzen. In einer bemerkenswert klaren Entscheidung haben sich die Planer zur Wirtschaftsphilosphie „qualitativen Wachstums“ durchgerungen.

Ein heftiger Anstoß dazu kam aus Moskau. Lange waren östliche Märkte praktisch unbegrenzt aufnahmebereit. Die „DDR“ konnte mit einer gespaltenen Exportstruktur für Ost und West operieren. Die UdSSR unter KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow scheint dieses Spiel nicht mehr mitmachen zu wollen. Die „DDR“ sieht sich aus einer Richtung unter Modernisierungsdruck gesetzt, aus der sie ihn am wenigsten erwartete. Moskau fordert unmißverständlich hochwertige Güter und Dienstleistungen für seine Rohstoffe.

Für die „DDR“ ist die Aufgabe gewaltig. Seit Beginn der 80er Jahre werden die Kapazitäten rigoros ausgeschöpft. Es fehlt an Geld und Ersatzinvestitionen, viel bleibt betrieblicher Selbsthilfe überlassen. Scharfe Qualitätskontrolle ist neuerdings angesagt und automatische Überwachungssysteme sind entsprechend gefragt. Fachleute drängen unter Hinweis auf das hoch angesehene Japan auf vorbeugende Instandhaltung, exakte technische Diagnosen, „Antihavarietraining“ und bessere Ausbildung.

Die Technokraten an der Spitze fasziniert die Vorstellung, durch Installierung eines Computernetzes, das von der Plankommission über die Branchenministerien in die Kombinate reicht, den Planvollzug im Alltag beeinflussen zu können. Hier zeichnet sich ein Führungsstil ab, der der ebenfalls gewünschten Eigenmotivierung der Betriebe durch wirksamere finanzielle Anreize eigentlich zuwiderläuft.

Propagierung und Honorierung des individuellen Leistungsprinzips haben in der „DDR“ ein noch vor wenigen Jahren für gänzlich undenkbar gehaltenes Ausmaß erreicht. Daß für die eigene Währung im deutschen Sozialismus vieles, was das Leben angenehmer macht, nicht zu kaufen ist, stellt dabei wiederum ein beachtliches Handikap dar. Höhere Serviceanforderungen stellen Bildschirmarbeitsplätze, Steuerautomaten und durch Chips geregelte Haushaltsgeräte. Wenn der Eindruck nicht täuscht, entsteht dadurch derzeit eine weitere Nische für das private Handwerk. In Ost-Berlin hat sich ein solcher Reparaturbetrieb einen so hervorragenden Ruf geschaffen, daß ihm sogar Wartungsverträge für exportierte Anlagen angeboten worden sind.

Da privat weit besser verdient wird als im staatlichen Bereich und Geldvermögen heranwachsen, wundert es nicht, daß diese Entwicklung von offizieller Seite nicht ohne eine gewisse Sorge verfolgt wird. Noch ermuntert man Handwerker zum Sprung in die Selbständigkeit. Nahezu die gesamte Wirtschaft beruhe immerhin auf „sozialistischem Eigentum“. Die für die „DDR“ ideologisch brisanten Fragen, die ein solcher florierender privater Handwerkerstand aufwirft, werden bisher nicht angesprochen.

Frankreich: Neue Entlassungsregeln

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Nachdem die französische Regierung den behördlichen Genehmigungszwang für Kollektiventlassungen grundsätzlich aufgehoben hat, will sie noch vor Jahresende neue gesetzliche Entlassungsregeln festlegen. Das soll aufgrund der zwischen den Sozialpartnern ausgehandelten Abmachungen geschehen. Ein erstes Abkommen dieser Art wurde zwischen der CFDT, der zweitgrößten Gewerkschaft des Landes, und dem Unternehmerverband CNPF unterzeichnet.

Es geht von dem Prinzip aus, daß es nicht Aufgabe der Behörden sein kann, aus eigenem Ermessen Entlassungsanträge zu billigen oder abzulehnen. Jedoch dürfen die Unternehmer ihre neue Freiheit auch nicht mißbrauchen. Bei Entlassungen bis zu 10 Arbeitnehmern sollen sie die vorzeitige Pensionierung oder die Umschulung anbieten. Eine behördliche Kontrolle dazu wird aber nicht verlangt.

Für darüber hinausgehende Entlassungen müssen dem Abkommen zufolge innerbetriebliche Sozialverträge aufgestellt werden, die vom Betriebsrat zu genehmigen sind. Das dabei zu beachtende Verfahren wird von den Behörden überprüft. Werden Formfehler festgestellt, dann können die Entlassungen untersagt werden.

Man erwartet, daß auch die drittgrößte Gewerkschaft FO ein ähnliches Abkommen unterzeichnet. Die kommunistische CGT als größte Gewerkschaft lehnt aber jede vertragliche Bindung ab. Dies würde die Regierung allerdings nicht daran hindern, die arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu ändern.

AOK gegen Bundeszuschuß für Rentner

Für eine Anhebung des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner auf den durchschnittlichen Beitragssatz der Aktiven haben sich die Ortskrankenkassen ausgesprochen. Ab 1. Juli 1987 müssen die Rentner einen zusätzlichen Krankenversicherungsbeitrag von 0,7 Prozentpunkten und damit insgesamt 5,9 Prozent ihrer Rente für die Krankenversicherung zahlen. Zusammen mit den Zahlungen der Rentenversicherung in gleicher Höhe beträgt der Satz der Krankenversicherung für Rentner dann 11,8 Prozent. Der durchschnittliche Satz aller Krankenkassen liegt jedoch heute schon bei 12,17 Prozent.

Die Differenz macht nach Angaben des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden des AOK-Bundesverbandes, Detlef Balzer, jährlich rund 700 Mill. DM an zusätzlichen Einnahmen für die Gesetzliche Krankenversicherung aus. Die darüber hinaus notwendigen Zahlungen der Aktiven für die Krankenversicherung der Rentner (KVdR) – im Jahr 1985 mußten die Allgemeinversicherten bereits 56 Prozent der KVdR-Leistungsausgaben mitfinanzieren – will die AOK nicht zur Diskussion stellen.

Die finanziellen Probleme der Rentnerkrankenversicherung sind laut AOK jedoch nicht durch einen Bundeszuschuß – wie ihn die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) gefordert hat – aus der Welt zu schaffen. Dadurch würde man sich durch staatliche Subventionierung dem Problem der Kostensteuerung einfach entziehen. „Gerade die großen explodierenden Ausgabenbereiche der Krankenhauspflege und der Arzneiversorgung



haben große Anteile in der Rentnerkrankenversicherung“, erklärte der stellvertretende Geschäftsführer des Verbandes, Ernst Picard, in Bad Neuenahr.

Zudem fürchten die Ortskrankenkassen, daß ein Bundeszuschuß mit Sicherheit auch eine entsprechende Einflußnahme der Bundesregierung auf die Ausgaben – und damit auf die Freiheit der Vertragsgestaltung – zur Folge haben. Picard: „Das kann von der KBV eigentlich nicht gewollt sein.“

Ein Bundeszuschuß würde nach Meinung der AOK das Beitagsprinzip aushöhlen. Wenn eine staatliche Subventionierung erforderlich sei, solle sie dorthin fließen, wo die Beitragspflicht entstehe, wo die Probleme der finanziellen Sicherung der Renter zu lösen seien und wo Bundeszuschüsse in das Finanzierungsystem passen: An die Rentenversicherung.

Im Rahmen der Diskussion um eine Strukturreform im Gesundheitswesen wenden sich die Ortskrankenkassen entschieden gegen die Einführung völliger Wahlfreiheit der Versicherten und die Vorstellung, mehr Wettbewerb der Kassenarten könne zu sinkenden Beiträgen führen.

Kostendämpfung versprechen sich die Ortskrankenkassen von der jetzt verabschiedeten Preisvergleichsliste. Die angekündigten zwei Klagen von Pharmaunternehmen könnten die Substanz der Liste nicht gefährden. Als begleitende Maßnahme schlägt der AOK-Bundesverband vor, daß der Arzt auf den Verordnungsscheinen die Möglichkeit erhalten soll, nur den für die Therapie notwendigen Wirkstoff zu verschreiben. Der Apotheker soll dann das kostengünstigste Medikament mit diesem Wirkstoff auswählen. THOMAS LINKE

Investmentfonds: Mittelzufluß mit Schönheitsfehlern

VWD, **Frankfurt**

Den im *Bundesverband Deutscher* Investment-Gesellschaften (BVI) zusammengeschlossenen 142 Publikumsfonds sind im dritten Quartal 1986 – wie schon im Vorquartal – rund 3,1 Mrd. DM an neuen Mitteln zugeflossen. Nach BVI-Angaben hat der Mittelzufluß mit netto 9,8 Mrd. DM in den ersten neun Monaten bereits das Gesamtergebnis des Jahres 1985 von 8,2 Mrd. DM deutlich übertroffen.

Das gesamte Fondsvermögen ist dabei innerhalb von Jahresfrist um 16,6 Prozent auf 67,9 Mrd. DM gestiegen. Dennoch ist die Fonds-Statistik nach Darstellung des Verbands nicht ohne Schönheitsfehler. Zwar habe sich das Mittelaufkommen der Rentenfonds und offenen Immobilienfonds auf hohem Niveau stabilisiert, gegenüber den Aktienfonds seien die Anleger aber weiter zurückhaltend.

Eindeutig auf der Gewinnerseite sieht der BVI die 55 Rentenfonds, bei denen die seit Mai herrschende Unsicherheit über die Zinsentwicklung das Anlegerverhalten nicht negativ beeinflußt habe. Per Saldo beliefen sich die Mittelzuflüsse der Rentenfonds in den ersten neun Monaten auf 9,14 Mrd. DM gegenüber 5,70 Mrd. DM im Vorjahr. Die von den Rentenfonds verwalteten Vermögen stiegen in den letzten zwölf Monaten von 34,9 auf 44,9 Mrd. DM.

Dagegen haben bei den deutschen Aktienfonds nach BVI-Angaben auch die seit Jahren guten Wertsteigerungen den Investmentsparer nicht zu stärkeren Engagements veranlaßt. Insgesamt verzeichneten die 57 Aktienfonds Mittelrückflüsse von netto 652,1 Mill. DM in den ersten neun Monaten. Die verwalteten Fondsvermögen lagen Ende September mit 10,96 Mrd. DM aber ebenfalls über dem Vorjahresstand (9,74 Mrd. DM).

„Auslandsfertigung sichert heimische Arbeitsplätze"

Bekleidungskongreß diskutierte Liberalisierung der Märkte – Frage der Importe entzweit Hersteller und Handel

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Hersteller von Bekleidung und der Handel haben selten größere Meinungsunterschiede in der Diskussion als in Fragen der Importe. Der Handel möchte die Importe – fast ohne Rücksicht auf die Folgen für die Industrie – ganz liberalisieren, die Produzenten sehen in zügellosen Einfuhren aus Billigpreisländern eine latente Gefahr für Unternehmen und Beschäftigte. Auf dem Bekleidungs-Kongreß 1986 des Bundesverbands der Bekleidungsindustrie stießen die Meinungen beider Seiten aufeinander.

Drei Streitpunkte werden immer wieder diskutiert. Die Frage des Passiven Lohnveredelungsverkehrs (PV-Verkehr), die Herkunftsbezeichnungen für diese in Drittländern produzierte Ware mit deutschen Zutaten sowie der Schutzartikel 115 des EG-Vertrags. Punkte, von denen die Produzenten behaupten, sie sicherten zumindest in Grenzen ihr Überleben, während der Handel sie als Mittel ansieht, den Gedanken des liberalen Welthandels auszuhebeln.

In einer Podiumsdiskussion vertrat Helmut Hopp, Außenwirtschaftssprecher des Bundesverbandes, die Herstellerposition, Gerd C. Kade, Präsident der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE), die Handelsinteressen. Auf sie konzentrierte sich auch die Diskussion mit den Tagungsteilnehmern. Wer sich vom stellvertretenden Generaldirektor in der Direktion Auswärtige Beziehungen der EG-Kommission, Paul Luyten, und vom Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium, Elmar Becker, Hinweise auf mögliche Auswege erwartete, sah sich enttäuscht.

Weder in Brüssel noch in Bonn versteht man so recht den Gang der Bekleidungshersteller nach Nordafrika, Südostasien und in verschiedene Ostblockstaaten. Daß dieser Weg beschritten wurde, um über niedrigere Lohnkosten dort, hierzulande über eine Art Mischkalkulation die ohnehin geschrumpfte Industrie aufrechtzuerhalten, sieht man weniger als die Kritik und den Neid der EG-Nachbarn.

Nach Brüsseler Meinung soll der Nählohn das Kriterium für die Ursprungsbestimmung sein, obwohl er beim PV-Verkehr unter 20 Prozent des Wertes liegt. Helmut Hopp kritisierte das seiner Meinung nach wirklichkeitsfremde EG-Kriterium. Schließlich habe das Nähen wegen der geringen Lohnkosten nur 15 Prozent der gesamten Wertschöpfung. Alles andere seien Kosten für die kreative Leistung, für die Zutaten und den Vertrieb. Für ihn ist klar, daß sich die Kriterien für den Urspung an der Wertschöpfung orientieren müssen.

Ebenso gravierend für die Produzenten sind *die „Nacht- und Nebelaktionen"* einzelner EG-Mitglieder, Waren aus dem PV-Verkehr nicht mehr ins Land zu lassen. Hier werden Lieferanten und Abnehmer in große Schwierigkeiten gebracht.

Kade erinnerte daran, daß ungefähr 50 Prozent des Bekleidungsumsatzes aus dem Import stammen. Der deutsche Einzelhandel sei daran nur mit 25 Prozent beteiligt, der Import- und Großhandel mit um 50 Prozent, die Industrie selbst mit 25 bis 30 Prozent.

Direkteinfuhren gingen im Verhältnis zur Entwicklung des Bekleidungshandels zurück, was der Industrie zugute komme. Kade: „Die Bekleidungshersteller wären noch erfolgreicher, wenn es das Welt-Textilabkommen nicht gäbe." Freilich, auch er unterstützte die Forderung nach dem Abbau von Hochschutzzöllen der Exportländer und nach Öffnung der Märkte von Schwellen- und *Entwicklungsländern*. Aber dieses Problem solle nicht auf Textilien und Bekleidung beschränkt werden.

Comsat-Notierung aufgeschoben

US-Unternehmen will Fusion mit Contel abwarten

adh. **Frankfurt**

Die Communications Satellite Coporation (Comsat), Washington, will ihre Aktien nach wie vor an der Frankfurter Wertpapierbörse notiert wissen. Die für Mittwoch geplante erste Notierung der Stammaktien in Frankfurt wurde freilich erst einmal aufgeschoben. Zunächst soll die vor kurzem angekündigte Fusion mit der Contel Corporation, Atlanta, vollzogen werden. An der New Yorker Börse wurden die Papiere der beiden Kommunikationsunternehmen zuletzt mit 30 Dollar (Comsat) und 29 7/8 Dollar (Contel) notiert.

Hintergrund für die geplante Fusion, der erst noch die Aktionäre beider Unternehmen und die amerikanische Regierung zustimmen müssen, ist eine angestrebte Neupositionierung in einem sich ändernden Markt, wie ein Comsat-Sprecher vor Analysten *in Frankfurt betonte. Comsat*, bisher vor allem in staatlich regulierten Bereichen der Satelliten-Telekommunikation stark, möchte auch in anderen Feldern kräftig wachsen. Contel dagegen, mit 2,6 Mrd. Dollar *Umsatz* (1985) und lokalen Telefongesellschaften in 30 US-Staaten das weitaus größere der beiden Unternehmen, will stärker in den Satelliten-Bereich. Das Zusammengehen macht also durchaus Sinn.

Comsat vertritt die Interessen der USA bei Intelsat und hält in diesem Zusammenschluß von 110 Ländern zur Nutzung der Satelliten-Kommunikation mit knapp einem Viertel den größten Anteil. Das gilt mit knapp 29 Prozent Anteil auch für Inmarsat *(Verbindung via Satellit zu Schiffen)*. Neben Dienstleistungen bei der Nachrichtenübertragung über Satelliten verkauft Comsat Ausrüstungen für das Nachrichtenwesen.

Bei 459 Mill. Dollar Umsatz wies Comsat für 1985 einen Verlust von 41,5 Mill. Dollar aus; in den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden 37,8 Mill. DM Nettogewinn erzielt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Rudolf Schmitz Hamburger Schlachterei GmbH u. Co.; **Duisburg:** Video Promotion Propaganda- und Warenvertriebs GmbH i. L., Oberhausen; Nachl. d. Paula Johanna Vieth geb. Peltzer; **Essen:** Linda-Helene Meyer; **Kleve:** Wolf Kleve Signal GmbH; Ingenwepelt-Kunststoffelemente GmbH, Straelen; **Kiel:** Nachl. d. Bernd Burchardt; **Hamburg:** Baugesellschaft Theis mbH; Petro Lloyd Reederei Aktienges.; Nachl. d. Gernot Volkmer Döring; **Schwelm:** Otto Meyer GmbH & Co. KG, Präzisionswerk, Ennepetal; Meyer-Clausius GmbH, Ennepetal-Voerde; **Tübingen:** Wolfgang Fritz, Kaufmann, Tübingen-Bühl; **Wolfenbüttel:** Cornelia Ronicke, Inh. v. „Conny's Boutique", Groß Wahlberg.

Vergleich beantragt: Bingen: Bretz GmbH & Co. KG, Gensingen; **Stadthagen:** Rode GmbH Sitzmöbel, Hülsede OT Schmarrie.

PERSONALIEN

Monika **Schwarzenbeck**, geschäftsführende Gesellschafterin der Monika Schwarzenbeck Bauträger GmbH & Co. KG, Gars/Inn, ist in das Amt des Vorsitzenden der Wirtschaftsjunioren Bayern gewählt worden. Sie ist Nachfolgerin von Dr. **Christian Heinrich Sandler**.

Dr. **Robert Koschade**, stellvertretender Geschäftsführer der Druckfarbenfabrik Gebr. Schmidt GmbH, Frankfurt, wurde zum neuen ersten Vorsitzenden des Verbandes der Druckfarbenindustrie, Frankfurt, gewählt.

Wolfgang Ebinger (49) wurde zum neuen Marketingleiter für Deutschland und Österreich der Concom Systems GmbH + Co. oHG, Frankfurt, gewählt. Er war zwei Jahre lang bei Wang für Kundenberatung in Baden-Württemberg zuständig, davor bereits schon einmal bei Concom als Geschäftsstellenleiter in Stuttgart tätig.

Wilfried Herkrath wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1986 zum neuen Vertriebsleiter der Vacuumschmelze GmbH (VAC), Hanau, berufen. Er gehört der VAC seit 30 Jahren an, seit 1982 als Prokurist, seit 1983 als stellvertretender Vertriebsleiter.

Dr. **Hans-Joachim Rieken** wurde zum Landesobmann und **Theodor Groß** zum stellvertretenden Landesobmann der badischen Sparkassenverbände bestellt.

Autounfall und Werbungskosten

Kl. **München**

Führt der Unfall eines Arbeitnehmers auf der Fahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zu einer Rückstufung in der Schadensfreiheitsklasse der Kfz-Versicherung, so dürfen die Erhöhungsbeträge zur Haftpflicht- und Kaskoversicherung nicht zusätzlich zur Kilometerpauschale als Werbungskosten geltend gemacht werden.

Der Bundesfinanzhof begründete diese im Fall eines Hamburger Steuerzahlers ergangene Entscheidung (Az.: VI R 39/83) mit dem auf Verwaltungsvereinfachung gerichteten Zweck der Kilometerpauschale. Bei Benutzung des eigenen Pkw für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte würden mit der Pauschale sämtliche Kosten abgegolten, die mit der laufenden Nutzung des Pkw typischerweise zusammenhängen. Hierbei wären auch die Beiträge zur Haftpflicht- und Kaskoversicherung be*rücksichtigt*.

„Blue Nun" auf deutschem Markt

Nea. **Hochheim**

Der deutsche Weinmarkt gerät immer stärker in Bewegung. Zum ersten Mal tritt die bisher mit mehr als 20 Mill. Flaschen pro Jahr in 80 verschiedenen Ländern ausschließlich im Export vertretene deutsche Weinmarke „Blue Nun" der Kellerei H. Sichel Söhne, Alzey, auch auf dem Inlandsmarkt an. Den Vertrieb ausschließlich über den Fachgroßhandel übernimmt die seit Ende 1985 zur Unternehmensgruppe Staatl. Fachingen gehörende Sektkellerei Carl Graeger, Hochheim.

„Blue Nun" – der weltweit eingeführte englische Markenname wird bewußt nicht eingedeutscht, da man sich Nachfrage gerade bei den jüngeren Jahrgängen erhofft – wird genau wie im Ausland als Marken-Qualitätswein des Anbaugebiets Rheinpfalz aus den Rebsorten Riesling, Silvaner, Müller-Thurgau, teilweise auch Kerner, mit Jahrgangsbezeichnung in der Geschmacksrichtung zwischen „halbtrocken" und „lieblich" zu einem Endverbraucherpreis um 6 DM angeboten.

Man will damit vor allem Weinkunden ansprechen, die sich im komplizierten deutschen Weinrecht nicht auskennen und eine gleichbleibende, einwandfreie Qualität und Geschmacksrichtung wünschen. Auf die Bezeichnung „Liebfraumilch", unter der „Blue Nun" im Export verkauft wird, soll im Inland verzichtet werden, da dieser Name einen zu schlechten Ruf habe.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Noch keine Entscheidung

Berlin (dpa/vwd) – Die Entscheidung über die Aufstockung der Beteiligung der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, an der Ruhrkohle AG von rund 22 auf etwa 30 Prozent ist vertagt. Der erste Kartellsenat des Berliner Kammergerichtes hat am Mittwoch einen umfangreichen Auflagenbeschluß an beide Seiten – das Bundeskartellamt und die VEW – verkündet.

Sanierungs-Konzept

Berlin (tb.) – Die Geschäftsführung der Berliner Efha-Werke Fleischwarenfabrik GmbH ist zuversichtlich, daß der Sanierungsvergleich reibungslos über die Bühne gehen wird. Das Unternehmen hatte Ende August Antrag auf Vergleich gestellt, dem Anfang Oktober stattgegeben wurde. Vergleichstermin ist der 3. November. Nach Angaben des neuen Geschäftsführers Peter Gottberg sieht *das Sanierungskonzept* einen Personalabbau von 180 auf 100 Mitarbeiter bis zum Frühjahr 1987 vor. Im übrigen seien Kunden und Lieferanten „bei der Stange" gehalten worden. Für 1986 erwartet Gottberg 36 Mill. DM Umsatz nach 55 Mill. DM in 1985.

MTU auf Wachstumskurs

Friedrichshafen (VWD) – Die Daimler-Benz-Tochter MTU Motoren- und Turbinen-Union GmbH, München/Friedrichshafen, erwartet für 1986 ein weiteres Umsatzwachstum. Wie Hans Dinger, Vorsitzender der Geschäftsführung, in Friedrichshafen sagte, werde der nichtkonsolidierte Gruppenumsatz in diesem Jahr 3,15 Mrd. DM erreichen. Dies entspricht einer Steigerung von knapp 7 Prozent. Die weiteren Geschäftsaussichten von MTU für die nächsten Jahre bezeichnete Dinger mit „auf hohem Niveau stabil."

Draht Erlau: 7 Mark

Aalen (VWD) – Die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von sieben DM je 50-DM-Aktie für das Geschäftsjahr 1985/86 (30.4.) schlägt die Verwaltung der Eisen- und Drahtwerk Erlau AG, Aalen, vor. Wie aus der Tagesordnung zur Hauptversammlung am 28. November hervorgeht, steht dazu ein Bilanzgewinn von wieder 0,45 Mill. DM zur Verfügung. Am unveränderten Aktienkapital von 3,125 Mill. DM ist die Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart, mit über 25 Prozent beteiligt.

Lebhaftes Hypo-Geschäft

Frankfurt (cd.) – Die Rheinische Hypothekenbank berichtet für die ersten neun Monate 1986 über eine Steigerung der Zusagen im Hypothekengeschäft um 4,6 Prozent auf 1,8 Mrd.DM und um 15,8 Prozent auf 2,5 Mrd.DM im Kommunaldarlehnsgeschäft. Einschließlich Prolongationen summierte sich das Geschäft auf 5,2 (4,9) Mrd.DM. Ausgezahlt wurden 4,2 (3,8) Mrd.DM, und zur Refinanzierung wurden 5,0 (5,1) Mrd.DM aufgenommen. Der Gesamtzinsüberschuß erhöhte sich gegenüber 3/4 des '85er Ergebnisses um 8,7 Prozent auf 170 Mill.DM.

Brinkmann übernimmt

Herford (hdt.) – Die Bekleidungsgruppe Brinkmann, Herford, hat aus der Konkursmasse der zusammengebrochenen Wappen-Kleidung GmbH, Rheda-Wiedenbrück, deren Lagerbestände, den Maschinenpark und nahezu die gesamte Belegschaft übernommen. Unter dem Dach einer neuen Tochtergesellschaft sollen die Blusen und Hemden mit dem Markenzeichen „Wappen" weiter produziert werden. Wappen, bis 1982 zum Oetker-*Konzern gehörend*, war zusammen mit der Rawe-Rheda GmbH in den Konkurs der Muttergesellschaft R+A-Becker, Stuttgart, geraten. Die Brinkmann-Gruppe konnte 1985 ihren Umsatz um 12,8 Prozent auf 269 Mill. DM erhöhen und erwartet auch für das laufende Jahr ein reales Wachstum. Beschäftigt werden knapp 2000 Mitarbeiter im Inland sowie etwa die gleiche Zahl in eigenen Betrieben und in der Lohnfertigung.

Mehr Zwiebeln angebaut

Münster (hdt.) – Der Zwiebelkonsum in der Bundesrepublik hat sich seit einigen Jahren auf rund 400 000 Tonnen eingependelt, und auch für die nächste Zukunft werden keine Zuwachsraten mehr erwartet, obwohl der Pro-Kopf-Verbrauch mit 6,8 kg unter dem EG-Durchschnitt liegt. Gestiegen ist dagegen der Grad der Eigenversorung. Dieser war bis Mitte der siebziger Jahre auf nur noch drei Prozent abgesunken. Inzwischen erreicht der Eigenanbau bereits wieder ein Produktionsvolumen von 100 000 Tonnen und somit 25 Prozent des Gesamtbedarfs.

Franchise-Computer

Nürnberg (dpa/VWD) – Die PKI Philips Kommunikations Industrie AG, Nürnberg, wird noch in diesem Jahr fünf Fachgeschäfte unter dem Namen ProBit – Professionelle Büro- und Informationstechnik eröffnen. Nach dem Franchisekonzept werden bisherige Philips-Vertriebspartner bei der Einrichtung von Fachgeschäften unterstützt, die Philips-Personal Computer professionell vermarkten sollen. Den ProBit-Händlern werden Preisvorteile eingeräumt.

Hoher Beratungsbedarf im Mittelstand

Roland Berger: Firmen nehmen aufgeschobene Strukturveränderungen jetzt in Angriff

DANKWARD SEITZ, **München**

Einen regelrechten Boom hat die gute Konjunktur bislang den Unternehmensberatern in der Bundesrepublik beschert. Nachdem die Branche bereits 1985 ein zweistelliges Wachstum ihres Honorarumsatzes auf über 2,5 Mrd. DM verzeichnen konnte, wird zumindest 1986 noch einmal ein *Plus von etwa* 20 Prozent *auf rund* 3 Mrd. DM bringen, bevor es dann 1987 zu einer leichten Abflachung kommen dürfte.

Getragen wird diese Entwicklung nach Erkenntnissen der Münchner Unternehmensberatungsgesellschaft Roland Berger & Partner davon, daß zum einen die Firmen in guten Zeiten eher bereit sind, in Management-Beratung zu investieren. Zum anderen habe sich aber auch ein erheblicher Strukturveränderungsbedarf im Hinblick auf Technologie, Produktivität, Internationalisierung und moderner Organisationsformen aufgestaut, die man jetzt mit hoher Investitions- und Veränderungsbereitschaft angehe.

Zu einer überdurchschnittlich starken Nachfrage hätten aber auch, wie der geschäftsführende Gesellschafter Roland Berger erläuterte, die neuen Technologien im Bereich Datenverarbeitungs- und Softwareberatung geführt. Dieses Marktsegment (1985: etwa 1 Mrd. DM) dürfte selbst dann noch gute Wachstumschancen haben, wenn ab 1988 die Konjunktur nicht mehr so gut laufen sollte und dann in der „klassischen" Unternehmensberatung (1985: 800 Mill. DM), der Personalberatung (160 Mill. DM) sowie in der Marktforschung (550 Mill. DM) mit größeren Rückgängen gerechnet werden müßte.

Gute Wachstumsmöglichkeiten sieht Berger zudem noch insbesondere im Bereich größerer mittelständischer Unternehmen (100 bis 500 Mitarbeiter). Gemessen an ihrer Zahl stellten sie heute erst einen relativ kleinen *Klientenkreis* dar. Dabei könnten ihnen sicherlich schon mit relativ geringem Aufwand und einem Honorar „von einigen 10 000 Mark" erfolgreiche Konzepte und Strategien erarbeitet werden.

*Doch viel eher als von der konjunk*turellen Seite droht den deutschen Unternehmensberatern nach Ansicht von Berger eine andere Gefahr: Nicht ohne Rückwirkungen auf den heimischen Markt dürften da die weltweiten Konzentrationserscheinungen in der Branche bleiben. Die großen ausländischen Unternehmensberater beziehungsweise Beratungsabteilungen von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften mit Umsätzen zwischen 100 Mill. bis weit über 500 Mill. Dollar deckten hierzulande bereits ein Drittel des Marktes ab – unter den zehn größten *deutschen gar* knapp 60 Prozent des Umsatzes.

Auch ihm seien, so Berger, in der Vergangenheit schon des öfteren Übernahmeofferten unterbreitet worden. Doch „auf absehbare Zeit" habe er nicht vor, den eigenen Weg *aufzugeben*. Vielmehr werde man sich bemühen, noch stärker als bisher im Ausland durch eigene Büros, Beteiligungen oder Akquisitionen Fuß zu fassen. In Brasilien, Italien und Spanien ist Roland Berger nach eigenen Angaben bereits Marktführer. Insgesamt erzielte man im Ausland 1985/86 (31. 3.) einen Honorarumsatz von 12,8 Mill. DM (plus 8,8 Prozent).

Roland Berger & Partner bezeichnet sich selbst als „Nummer eins unter den unabhängigen deutschen Top-Managementberatern". Im Geschäftsjahr 1985 wuchs das Unternehmen mit 20,3 (10,1) Prozent auf 69,2 Mill. DM Honorarumsatz erneut wesentlich stärker als die Branche. Das Inlandsgeschäft steuerte dazu 56,4 (45,7) Mill. DM – das ist ein Plus von 23,5 (9,7) Prozent – bei.

Sehr zufrieden äußerte sich Berger über die Ertragslage. Die Umsatzrendite (nach Steuern) liege „um die zehn Prozent".

Die erste Bosch-Zündung für Kraftfahrzeuge in einem de Dion-Bouton des Jahres 1897.

Vom Dreirad zum Drallrad.

Die Geschichte vom ersten Erfolg ist oft typisch für die Erfolge, die später kommen.

Unsere begann mit einem schwierigen Auftrag im Jahre 1897.

In den Motorwagen de Dion-Bouton, ein Dreirad, sollte der neueste Bosch-Niederspannungs-Magnetzünder eingebaut werden. Der Motor des Dreirads schaffte jedoch 1800 Umdrehungen pro Minute. Solchen Drehzahlen war selbst der gerade patentierte Bosch-Zünder nicht gewachsen.

Doch Bosch gab nicht auf. Wenige Monate später war der Zünder noch weiter verbessert, so daß er in dem Dreirad funktionierte. Seitdem gibt es die Bosch-Zündung für das Kraftfahrzeug.

Immer wieder hat sich in unserer Geschichte gezeigt, daß nur das ständige Streben nach besseren Lösungen das Rad der Technik weiterdreht.

So war es auch 1927, als es gelang, mit einer Bosch-Einspritzpumpe zum ersten Mal den Dieselmotor schnell, klein und leicht genug für das Automobil zu machen. Heute ist der Diesel gefragter denn je.

Ein anderes Beispiel ist das Fernsehen. 1929 beteiligte sich Bosch an der Fernseh AG.

Von diesen ersten Versuchen profitiert heute die gesamte Kommunikationstechnik.

Ebenso selbstverständlich wie Fernsehen ist heute das Autoradio. Gebaut wurde das erste von Blaupunkt, seit 1933 ein Tochterunternehmen von Bosch.

Auch die Telenorma, ein anderes Bosch-Tochterunternehmen, machte kürzlich im Bereich der Telekommunikation durch ein programmierbares Terminal-Telefon von sich reden.

Früh schon lernten auch die privaten Haushalte Bosch schätzen.

1933 wurde der erste preiswerte elektrische Kühlschrank vorgestellt. Das war der Anfang moderner Küchengeräte.

Doch zurück zum Auto.

In den fünfziger Jahren entdeckte Bosch die Möglichkeiten der Elektronik für das Automobil.

Diesem Weitblick verdanken wir heute viele Systeme, die das Auto sparsamer, sauberer und sicherer machen.

Zum Beispiel die Einspritz- und Regelsysteme Jetronic und Motronic, das Anti-Blockier-System (ABS) und die Lambda-Regelung.

In den sechziger Jahren dann entwickelten Ingenieure bei Teldix, heute eine Tochtergesellschaft von Bosch, das Drallrad.

Drallrad ist die rechtlich geschützte Bezeichnung für ein Instrument, das Satelliten in ihrer exakten Position hält. Ein Drallrad ermöglicht kabellose Telefonate rund um die Welt, Satellitenübertragungen und Wettermeldungen aus dem Weltraum.

Und was wird es morgen geben? Robert Bosch hatte einen Leitgedanken.

„Immer soll nach Verbesserung des bestehenden Zustandes gestrebt werden, keiner soll mit dem Erreichten sich zufriedengeben, sondern stets danach trachten, seine Sache noch besser zu machen."

100 Jahre Bosch Ideen.





Vom Drallrad in Position gehalten: der Nachrichtensatellit Intelsat V.

Aktien unsicher

Weiterhin Mangel an Kaufaufträgen

DW. – Unter Berücksichtigung der vorangegangenen Schwächen an der New Yorker und an der Tokioter Börse präsentierte sich der deutsche Aktienmarkt am Mittwoch in guter Verfassung. Die vorbörslich höher gesprochenen Notierungen konnten später nicht durchgesetzt werden.

Kennzeichnend für die gegenwärtig labile Börsenverfassung sind vor allem die geringen Umsätze. Bemerkenswert ist dabei, daß die Anlagebereitschaft bei rückläufigen Notierungen wächst. Das Interesse, auch das der Ausländer an deutschen Aktien ist also keineswegs erloschen. Es konzentriert sich aber nur auf wenige Papiere. Dabei stehen immer wieder die Spezialwerte des Elektromarktes, wie am Mittwoch PKI, im Vordergrund. Seit Tagen besteht aber auch eine gewisse Kaufbereitschaft für AEG. Am Bankenmarkt gab es Abschläge, die teilweise über 10 DM hinausgingen. Obwohl die deutschen Autokonzerne einem Produktions- und Absatzrekord entgegensteuern, wurden bei ihnen die Käufe unterbrochen, ohne daß sich jedoch Wesentliches an deren Kurse änderte. Großchemieaktien gaben um ein bis zwei DM nach, Spezialwerte dieses Sektors lagen teilweise gut behauptet. Etwas Nachfrage für Stahlwerte sorgte für Stabilität. Das gilt übrigens auch für Mannesmann. Konsumnahe Werte lagen kaum verändert, im Versicherungsmarkt konnten sich Aachen-Münchener Beteiligung deutlich erholen.

Nachbörse: behauptet

DW-Ak.ind.: 264,71 (266,15)
DW-Ums.ind.: 4059 (2114)
Adv.-decline-Zahl: 98 (127)
38-Tg-Linie: 275,57 (279,69)
200-Tg-Linie: 279,56 (276,14)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Inland

		22.10.	21.10.
H	Aach M Bett. 12,5	2480	2456
H	Aach. M. Vers. 7	2120	2090
D	Aach. Rück. 9	2600	2500
D	Asoag *4	390G	390
M	Ack-Gögg. 8	159bB	159
H	Adca 5	171	175
D	Adler 12+16	295T	295T
F	AEG 0	314	305
D	AEG KABEL 9	399	399
S	Aesculap 9	388	385bG
F	AGAB 5	155	156
D	Agrippina *0	3800T	3700

		22.10.	21.10.
D	dgl. Vz.	650	609
D	Commerzb. 8	304	303,5
D	Cobk.Rosta*0 RM	14,4G	14,4G
D	Conc. Chem. 4,5	268	259
B	Conc. Spinne * 0	590T	590T
D	Contigas 8	343	350
D	Conti Gummi 5	315	311,7
D	Dahlb. St. 7,75	259	260
D	dgl. Vz. 14,75	380G	380
S	Daimler 12+2,5	1205	1210
M	Deckel AG 6	225	225,5bG
D	Dt. Atl. Tel.10	780T	780T
D	Dt. Babcock St. 3	197,5	194
D	dgl. Vz. 3,5	182	184
F	Dt. Bank 12	764,5	773

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Sydney

Oslo

Tokio

Toronto

Wien

Zürich

Aktien-Umsätze

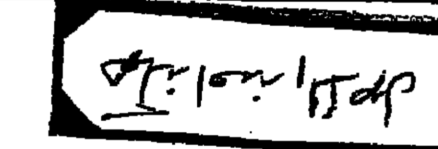
Unnotierte Werte

Genußscheine

Ausland in DM

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr



Auslandszertifikate

Optionshandel

Frankfurt: 22. 10. 1986

Rentenoptionen

Frankfurt: 22. 10. 1986

Junge Aktien

Devisenmärkte

Der freundliche Grundton für den Dollar blieb am 21. Oktober erhalten und strahlte auch auf die anderen Währungen aus. Die Leitwährung erreichte fast die Marke von 2,00, fiel aber später bis 1,9920 zurück. Die Bundesbank wurde weder im Freiverkehr noch zur Notiz von 1,9935 gesehen. Für die Befestigung wurde teilweise die günstige Prognose für das US-Bruttosozialprodukt im dritten Quartal angeführt. Auch die gestrigen Pöhl-Äußerungen zur Situation wurden noch genannt. Das Britische Pfund profitierte auch von etwas anziehenden Rohölpreisen und kam mit 2,859 zur Notiz. Unter den Freiverkehrswährungen wurden der Australische Dollar, der Hongkong-Dollar und der Rand favorisiert. US-Dollar in Amsterdam 2,2530; Brüssel 41,405; Paris 6,5315; Mailand 1379,75; Wien 14,017; Zürich 1,6334; Ir. Pfund/DM 2,727; Pfund/Dollar 1,4342; Pfund/DM 2,859

Devisen und Sorten

22.10.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	5,50	1,9777	1,9857	1,9784	1,93	2,03
London[2]	11,0	2,838	2,852	2,803	2,78	2,95
Dublin[2]	16,5	2,722	2,736	2,665	2,64	2,79
Montreal[1]	8,58	1,421	1,429	1,4135	1,37	1,47
Amsterd.	4,50	88,365	88,585	88,275	87,50	89,25
Zürich	4,00	121,78	121,98	121,89	120,50	123,25
Brüssel	8,00	4,805	4,825	4,781	4,69	4,87
Paris	9,50	30,45	30,61	30,215	29,65	31,30
Kopenh.	7,00	26,50	26,62	26,26	25,50	27,25
Oslo	9,00	27,085	27,205	26,49	26,25	28,00
Stockh.	7,50	28,94	29,10	28,735	28,00	29,75
Mailand[3]**	12,0	1,44	1,45	1,4215	1,40	1,48
Wien	4,00	14,192	14,232	14,171	14,11	14,32
Madrid	8,00	1,492	1,502	1,471	1,44	1,56
Lissabon**	14,5	1,345	1,365	1,319	1,00	1,55
Tokio	3,50	1,275	1,278	1,278	1,24	1,30
Helsinki	8,50	40,74	40,94	40,13	39,75	41,75
Belgrad* **	–	–	–	–	0,20	0,60
Budap.* **	–	–	–	–	2,60	4,10
Athen* **	20,5	1,448	1,502	–	0,85	1,60
Ankara* **	–	–	–	–	0,19	0,38
Sydney*	–	1,2535	1,2725	–	1,20	1,32
Johannbg.*	10,5	0,8655	0,8995	–	0,67	0,92
Hongkong*	–	25,25	25,53	–	23,50	30,00

Alles in Hundert. [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire. [4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet

Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen

FINANZANZEIGEN

Nixdorf Computer Aktiengesellschaft Paderborn

– Wertpapier-Kenn-Nummern 775610 und 775613 –

Bezugsangebot

Aufgrund der in der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 12. Juni 1986 erteilten Ermächtigung haben wir mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital von 480.000.000 DM um 80.000.000 DM auf 560.000.000 DM zu erhöhen. Es sollen

40.000.000 DM
auf den Inhaber lautende Stammaktien
im Nennbetrag von je 50 DM
sowie
40.000.000 DM
auf den Inhaber lautende
Vorzugsaktien ohne Stimmrecht
im Nennbetrag von je 50 DM

ausgegeben werden.

Die neuen Aktien sind mit Gewinnanteilberechtigung erstmals für das Geschäftsjahr 1986 – für dieses Geschäftsjahr zu 1/4 – ausgestattet.

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat die neuen Stamm- und Vorzugsaktien, letztere für Rechnung eines Bankenkonsortiums unter ihrer Führung, mit der Verpflichtung übernommen, die nom. 40.000.000 DM Stammaktien den Stammaktionären und die nom. 40.000.000 DM Vorzugsaktien ohne Stimmrecht den Vorzugsaktionären unserer Gesellschaft im Verhältnis 6:1 zum Preis von 400 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM anzubieten. Das Bezugsrecht der Inhaber von Aktien einer Gattung auf Aktien der anderen Gattung besteht insofern nicht (Bezugsrechtsausschluß).

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister beim Amtsgericht Paderborn eingetragen worden ist, bitten wir hiermit unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 29. Oktober 1986 bis
11. November 1986 einschließlich

gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 4 auszuüben.

Den Vorzugsaktionären stehen die nachfolgend genannten Banken während der üblichen Schalterstunden als Bezugsstellen zur Verfügung:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank AG
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt KGaA
Vereins- und Westbank AG
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG

Es können börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden:

a) **auf je sechs Inhaberstammaktien im Nennbetrag von je 50 DM eine neue Inhaberstammaktie im Nennbetrag von 50 DM**

b) **auf je sechs Inhabervorzugsaktien im Nennbetrag von je 50 DM eine neue Inhabervorzugsaktie im Nennbetrag von 50 DM**

Das Bezugsrecht auf die neuen Vorzugsaktien wird vom 29. Oktober 1986 bis 7. November 1986 einschließlich an allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Der Bezugspreis ist bei der Ausübung des Bezugsrechts, spätestens jedoch am 11. November 1986 zu zahlen. Für den Bezug wird die übliche Provision berechnet; er ist provisionsfrei, sofern er unter Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 4 durch den Bezieher während der üblichen Geschäftsstunden an den Schaltern einer Bezugsstelle vorgenommen wird und weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die neuen Vorzugsaktien sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen zugelassen. Der Handel und die amtliche Notierung der neuen Vorzugsaktien wird voraussichtlich am 14. November 1986 aufgenommen, und zwar bis zur Dividendenangleichung getrennt von den alten Vorzugsaktien unter der Wertpapier-Kenn-Nummer 775614. Neue Inhabervorzugsaktien, denen die Gewinnanteilscheine Nr. 5 bis 20 und ein Erneuerungsschein beigegeben sind, liegen zur Auslieferung bereit. Der Gewinnanteilschein Nr. 5 ist mit dem Aufdruck "1/4" versehen.

Paderborn, im Oktober 1986

Der Vorstand

NIXDORF COMPUTER

Bogenerneuerung

Für nachstehend aufgeführte Schuldverschreibungen werden ab sofort neue Zinsscheinbogen ausgegeben:

7% Hypothekenpfandbriefe Reihe 71 A/O – 237 066 –
7% Hypothekenpfandbriefe Reihe 72 A/O – 237 067 –

Die Bogenerneuerung wird gegen Einreichung der Erneuerungsscheine *mit Stücknummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung* und arithmetischer Reihenfolge durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Hamburg bzw. Berlin sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden.

Hamburg–Berlin, im Oktober 1986

DG HYP Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank — Hypothekenbank der Volksbanken und Raiffeisenbanken

Unser Schutz, Ihre Sicherheit
Wir bieten Ihnen ab 1. 11. 1986 pers. u. geschäftl.
Personenschutz
diskret u. zuverlässig.
Unsere Mitarbeiter verfügen über eine perfekte Ausbildung im Nah- u. Selbstverteidigungskampf sowie Polizeiausbildung.
Ang. unter N 6094 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junge Münchner Werbeagentur, vorhandener Startumsatz DM 2 Mio., sucht zur Finanzierung bestehender Aufträge TDM 100 **KAPITALEINSCHUSS, COOPERATION** oder evtl. stille o. tätige Teilhaber.
Zuschr. erb. u. W 6101 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Chem. Tätowierentfernungsmittel (Paste)
Optimale Entfernung. Verkauft wird das Mischverfahren und das Know-how (Verkauf). Dieses Angebot stößt in eine Marktlücke. Ziehen Sie den Nutzen, und schaffen Sie sich ein sicheres Standbein.
Mischverfahren + Know-how DM 1200,–.
Zuschr. unter Z 5928 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

USA-Telex: Investoren Achtung!!
Super-Gelegenheiten in Texas wegen z. Z. depressiver Ölindustrie. Aus Zwangsversteigerungen, Bankenliquidationen und Notverkäufen: Land, Ranches, Gebäude, Häuser, Ölquellen. Wir sind am Ort und suchen Partner für lukrative Geschäfte.
Angebote u. U 6099 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wahrsagerin Virchow
Tel. 0 62 02 / 1 04 24

Sicherheitsunternehmen
bildet Personenschutz und Sicherheitspersonal aus. Zuschriften unter B 6150 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertretung mit Verdienstgarantie
für den Vertrieb eines neuen Produkts auf Franchise-Basis zu vergeben.
Bei einem Kapitaleinsatz von DM 25 000,- können ca. 8000,- DM monatl. verdient werden. Für DM 4000,- übernehmen wir die Garantie.
Der Mindestkapitaleinsatz beträgt jedoch DM 5000,-.
Telefon 0 64 03 / 7 26 20
Fa. Lando
6300 Gießen, Postf. 11 08 43

Seriöse GmbH-Geschäftsadresse (Bundesrepublik Deutschland)
steht für neutrale Zwischentransaktionen zur Verfügung. Beispiele: Käufe, Verkäufe, Warenlieferungen, Leasinggüter-Verwertungen, Auslagenersatz, Honorare, Vermittlungsprovisionen, Kommissionsgeschäfte, Treuhandschaften, Auszahlungen, Abfindungen, Ausgleichszahlungen usw. Nur legale Vorhaben werden berücksichtigt. Absolute Diskretion wird zugesichert. Kontakt u. T 5482 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Musikproduzent
sucht Medien-Promotor auf Vertrauensbasis gegen Erfolgsbeteiligung.
Zuschr. erb. u. T 6230 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Liquiditätsprobleme???
Suche für finanzstarkes holl. Unternehmen Autohaus (Neuwagenvertretung) sofortige diskrete Barabwicklung jeder Größenordnung. Angebote u. K 6091 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir bieten einem jungen Arzt
die Chance zur eigenen Existenz – Therapiezentrum in der Lüneburger Heide – Kapital VHS. Zuschriften unter C 6129 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bereich Computer
Verdienst 7000,- b. 15 000,- DM monatlich.
Information: Tel. 06 21 / 40 75 71

Brot für die Welt
...daß alle leben
Postscheck Köln 500 500-500

European Manufacturing Base

A substantial UK company involved in manufacturing precision engineering products has spare capacity/space in its operation located in Belgium.

The facilities available include: modern office accomodation, up to date communication systems and staff fully conversant in import/export procedures; factory with machining, assembly and test facilities, together with spacious stores and warehousing. There is easy and immediate access on to the autoroutes into France/Germany/Holland.

We would consider manufacturing a product under licence, a joint venture, or providing warehousing and distribution facilities.

Any company interested in the above possibilities should contact us under V 6100 WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ehemaliger Wirtschaftsmanager
(selbst. Unternehmer und Geschäftsführer im Vorruhestand) auf allen Gebieten versiert und belastbar, hat
mit jüngerem Kompagnon
noch Kapazitäten frei. Repräsentanz für ganz Bayern möglich. Gut eingerichtetes Büro und gegebenenfalls Telex vorhanden.
Zuschr. erb. u. X 6102 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

CAD-Zeichnen mit dem Computer



Wir sind eine erfolgreiche Computer-Vertriebsfirma (PC) und haben für unsere äußerst preiswerte CAD-Komplettlösung mit 2 der besten CAD-Programme für Teile Deutschlands und benachbartes Ausland auf exclusiver Basis
Vertretungen zu vergeben.

DR. MESSNER VERTRIEBS-GMBH
Albert-Schweitzer-Ring 20 · D-2000 Hamburg 70
Telefon (040) 66 00 51 · Telex 2 165 523 drme-d



SIE GEWINNEN

AB 10. NOVEMBER IN DER 123. ÖSTERREICHISCHEN KLASSENLOTTERIE

Warum gilt unter Leuten, die bei minimalem Risiko gerne hoch gewinnen, das Spiel mit österreichischen Klassenlosen als heißer Geheimtip?

Darum: Nur 100.000 Lose! 56.105 Treffer! Steuerfreie Barauszahlung in DM! Strengste Diskretion! Niemand erfährt, daß Sie gewonnen haben!

2 JACKPOTS 'MADE IN AUSTRIA'
DM 2,857.000,—
DM 1,428.500,—

2 × DM 714.250,— 2 × 571.400,— 3 × 428.550,—
10 × DM 285.700,— 36 × 142.850,— 35 × 71.425,—
und noch weitere 56.015 Gewinne bis zu DM 42.855,—

STAATLICH GARANTIERT:
Auf je 2.000 Lose ein Spitzentreffer von 142.850 DM!
Gewinnauszahlung in DM! Ohne jedes Wechselkursrisiko für Sie!
Jeden Montag: Das große Los der Woche in 6 Haupt- und 5 Zwischenklassen!

BESTELL-COUPON

PROKOPP — DAS INTERNAT. GROSSTE GLÜCKSINSTITUT DER ÖSTERR. KLASSENLOTTERIE
Mariahilfer Str. 29, A-1061 Wien

Senden Sie mir zur 1. Klasse ausführliche Information und nachstehende Originallose:

Senden Sie mir für die **1. Klasse** — 10. 11.—1. 12. 86
☐ Stück 1/4 Lose zu DM 50,—
☐ Stück 1/2 Lose zu DM 100,—
☐ Stück 1/1 Lose zu DM 200,—
+ DM 2.— pro Klasse für Porto und Ziehungslisten

Ja, ich spiele mit
☐ und bezahle heute für alle 6 Klassen
☐ für die 1. Klasse (weitere Zahlungen klassenweise)

Senden Sie mir für alle **6 Klassen** — 10. 11. 86—9. 4. 87
☐ Stück 1/4 Lose zu DM 300,—
☐ Stück 1/2 Lose zu DM 600,—
☐ Stück 1/1 Lose zu DM 1200,—
+ DM 12.— Pauschale und Ziehungslisten

Name ______
Anschrift ______ Postleitzahl ______
EINSCHREIBEN! Scheck liegt bei · Barbetrag liegt bei · Postanweisung folgt

HEUTE BESTELLEN ● MORGEN GEWINNEN ● HEUTE BESTELLEN ● MORGEN GEWINNEN

Rentenmarkt stabilisiert

Nachdem sich am Vortag der Anstieg der Renditen bereits verlangsamt hatte, überwogen bei den öffentlichen Anleihen am Mittwoch kleinere Kursgewinne. Schwankungen lagen zwischen plus 0,40 und minus 0,25 Prozentpunkte, überwiegend im Bereich mittlerer Laufzeiten. Die Stabilisierung wird nicht zuletzt auch auf den leichten Zinsrückgang in den USA zurückgeführt. Die letzte 6½prozentige Hamburg-Anleihe wurde um einen halben Punkt unter ihrem Emissionspreis in den amtlichen Handel eingeführt.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

D 8 dgl. Pf 164		105,75G	105,75G
D 7 dgl. RS 162		103,75G	103,75G
D 9½ dgl. RS 172		100G	100G
D 9 dgl. RS 186		111G	111G
D 10 dgl. RS 193		100G	100G
F 7¼ Krd.Wied.aufb.79		101	101
F 8 dgl. 84		109,3	109,3
F 10 dgl. 81		116,5G	116,5G
F 8½ dgl. 82		112G	112G
F 7½ dgl. 83		107G	107G
F 8¼ dgl. 83		110,3G	110,3
F 7¼ dgl. 84		103,7	103,6
F 7½ dgl. 84 I		103,9G	103,9G

Bundesbahn

F 5½ dgl. 86 S.64	/91	98,45bG	98,45
F 7 dgl. 77	2/87	100,65	100,65
F 6 dgl. 77	9/87	101,3	101,3G
F 6 dgl. 78 II	7/88	102,05	102
F 6½ dgl. 77	5/89	103,65	103,6
F 8 dgl. 79 I	7/89	107,25	107,3
F 6 dgl. 78 I	2/90	102,05	102,05
F 8 dgl. 80 II	7/90	108,5	108,5G

Industrieanleihen

F PWA 86/94	106	105,5
F Renow Look 86/91	590	600T
F 5½ Rhythm W. 83/88	1300bG	1300
F dgl. W. 84/89	550	550
F 3½ RWE 86/96	88	89
F Ryobi 83	800	800bG
F Salamander 86/96	156,2	159
F 6½ Schering 83/90	290	295
F 5 Schw. Bankgesell.	2910	2940
F 3½ Sch. Bankver.I	262	763bG
F 2½ dgl. II	150	157
F Schw. Kreditanst.	1525	1575
F Sento 86/91	570T	590
F 7¾ Siemens 83/90	439	446
F dgl. 86/92	191	193

F 3¾ Mitsub. M 84/89	480	
F Mitsui 82 S	260	
F Mövenpick 86/98	230	
F 3½ Nipp. Flour 84/89	3650T	
F 3¾ Nipp. Shin. 85/89	3900	
F Nisho Iwai S 86/89	–	
F Nomura S 86/88	–	
F Norsk Data	–	
F Optec 86/91	1000	
F 3½ Philips'Gl 84/89	259	
F Pirelli 86/93	178bB	
F 8 Preussag 84/91	64	

Optionsscheine

Währungsanleihen

F 5¾ dgl. o. O. 84	80,1	80
F 7¾ dgl. m. O. 86	103	104G
F 7¾ dgl. o. O. 86	77,75G	77,75
F 4 SKA Fin. m. O. 85	127G	127G
F 4 dgl. 85 o. O.	97,4	97,25
F 3 Teijin S. m. O. 85	200G	200G
F 3 dgl. o. O. 85	91T	91,5T
F 3¼ Trio Kenw 85 m. O.	118G	118G
F 3¼ dgl. o. O. 85	94,75G	95T
F 3¾ Tsumura Jas.84 m.O	107T	108T
F 3½ dgl. 84 o. O.	95,3G	95,3
F 4 Veba 85 m. O.	194,5G	194,5G
F 4 dgl. 85 o. O.	88,25	88,5T
F 3 VW 86 m. O.	145	145T
F 3 dgl. 86 o.O.	74,75	74,85

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

9⅝ dgl. 81/91	111,1	111,5G
9⅝ dgl. 82/91	110,25	110,5G
7¾ dgl. 82/92	106	106,5G
6⅞ dgl. 83/93	104T	103,75G
7¾ dgl. 84/96	102,5	101,8
6¾ dgl. 86/96	97,5bB	97,1
6½ Austral IDC 72/87	100G	100G
6½ Autop. C.E. 72/87	101G	101
7½ Avon 85/95	105,25	105,75T
10½ Banxal 82/90	110bB	109T
8½ BNDE 77/87	102G	102G
9¾ dgl. 80/88	103T	102,75bG
5¾ BK. America 78/90	96,5T	96,1bG
7 Bank China 85/92	102G	102G
7¾ Bank Tokyo 83/90	104,75T	105,75T

7¾ Unger. Nat. Bk. 85/95	105	102,5
7 dgl. 85/95	100	100,15
7¾ dgl. 86/96	100,25T	100,75T
6½ Unionbk.Fin.78/88	100,5G	100,5G
4⅝ dgl. 86/96	97,25T	97,25G
7¾ Un.Techn.Corp. 84/91	103,1T	105T
7¾ Un.Techn.Fin. 82/92	106T	105,5bG
6 Venezuela 78/88	99,9bG	99,9bG
6½ dgl. 78/90	99,75bG	99,75bG
9⅝ dgl. 80/90	102T	105T
11½ dgl. 81/91	111bG	111bG

5¾ Tauernaut. 78/95	97,25G	97,25
9¾ dgl. 82/94	115G	115
6 TVO-Kraftw. 78/88	100G	100G
7¾ Union-E.Fenosa 85/92	105,1bG	105,1

Düsseldorf

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kassenobligation, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Warenpreise – Termine

…app behauptet schlossen am Dienstag die …old- und Kupfernotierungen an der New Yorker …mex. Etwas schwächer gingen Silber und Ka…o aus dem Markt. Überwiegend fester notierte …ffee.

…treide/Getreideprodukte

…ZEN Chicago (c/bush)

	21.10.	20.10.
	289,50-289,75	283,25-283,00
	275,00-275,50	271,00-272,00
	259,50-259,00	256,00-256,50

…EN Winnipeg (can.$/t) …at Board cif.

1 CW	197,35	unerh.
Durum	195,11	unerh.

…GEN Winnipeg (can.$/t)

	105,40	102,70
	102,50	100,90
	105,00	103,90

…ER Winnipeg (can. $/t)

	82,30	82,30
	79,50	79,50
	79,30	79,50

…ER Chicago (c/bush)

	128,00-128,25	127,50
	130,25	130,25
	130,00	129,25

…S Chicago (c/bush)

	172,00-171,00	168,00-167,75
	181,75-182,00	178,25-178,00
	187,00	184,50-184,25

…STE Winnipeg (can.$/t)

	84,50	85,00
	81,80	81,70
	83,20	83,00

…nußmittel

…FEE New York (c/lb)

	21.10.	20.10.
	172,50-173,25	168,00-168,50
	171,50-171,90	167,50-167,90
	172,00	172,25

…AO New York ($/t)

	21.10.	20.10.
	1949-1953	1958-1965
	1982-1983	1995-1998
	2013-2018	2030-2035
…atz	2570	1494

…KER New York (c/lb)

1 Jan	6,30-6,36	6,22-6,25
	6,87-6,88	6,73-6,75
	7,05-7,08	6,91-6,93
	7,27-7,37	7,08
	7,30-7,45	7,18
…atz	5799	15592

…reis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	5,72	5,58

…FEE London (£/t) Robusta

	21.10.	20.10.
	2225-2230	2195-2200
	2198-2200	2170-2175
	2140-2145	2115-–
…atz	5586	3430

…AO London (£/t)

	1490-1492	1516-1518
…rz	1530-1531	1552-1554
…i	1552-1553	1572-1575
…satz	2692	966

…KER London ($/t) Nr.6 (fob)

	21.10.	20.10.
	137,20-138,00	137,00-137,60
	150,20-151,00	150,40
	154,80-155,20	155,00-155,20
…atz	1820	–

…FER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

	22.10.	21.10.
…w.spez.	972,50	972,50
…Sarаw.	1390,00	1390,00
…Munt.	1405,00	1405,00

…NGENSAFT New York (c/lb)

	21.10.	20.10.
	115,40	115,85
	117,00	117,45
	117,90	118,00-118,20
	118,40-118,60	118,75
	118,80-118,90	118,90-119,10
…atz	1000	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	21.10.	20.10.
	28,50	28,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	20,50	20,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Okt.	14,55	14,80
Dez.	15,08-15,13	15,37-15,35
Jan.	15,25	15,47-15,52
März	15,48-15,45	15,75-15,76
Mai	15,63	15,90
Juli	15,70-15,75	16,00
Aug.	15,70-15,71	15,95-16,00

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.

	14,50	15,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	17,50	17,50
Choise white hog 4 % fr. F.	10,75-11,00	10,75-11,00

TALG New York (c/lb)

top white	12,00	12,00
fancy	11,50	11,50
bleichf.	11,25	11,25
yellow max. 10% fr F	8,75	8,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Dez.	52,05-52,15	53,00-52,05
Febr.	49,25-49,15	50,15-50,25
April	44,60-44,70	–

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Febr.	67,77-67,77	69,85-69,70
März	66,50	68,60-68,40
Mai	66,37	68,50-68,25

HÄUTE Chicago (c/lb)

	21.10.	20.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	–	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	–

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Nov.	483,0-482,0	480,75-480,0
Jan.	490,75-490,3	488,75-488,5
März	498,0-498,5	497,0
Mai	505,25-506,0	503,0-502,75
Juli	508,75-509,0	507,25
Aug.	508,5-507,5	505,5-506,0
Sept.	499,0	498,5

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Okt.	148,5-149,0	146,5
Dez.	149,8-149,0	147,2-147,0
Jan.	150,0-150,5	148,1-148,2
März	151,0-150,5	149,0-149,2
Mai	152,0	149,8-150,0
Juli	152,2	150,0
Aug.	153,0-153,1	151,0

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	21.10.	20.10.
Okt.	225,50	226,00
Dez.	228,60	228,80-229,00
März	237,00	237,20

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	21.10.	20.10.
	18,00	16,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	22.10.	21.10.
jegl. Herk. cif	590,00	585,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank

	415,00	375,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	297,50	302,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk

	75,00	74,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	400,00	405,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	–	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	21.10.	20.10.
Dez.	47,85-48,00	48,20-48,35
März	48,50-48,55	48,90-48,92
Mai	48,90-49,30	49,40-49,75
Juli	49,40	50,00
Okt.	50,50-50,60	50,80-51,00
Dez.	51,25	51,50-51,60

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

	46,875	46,87

WOLLE London (Neusl. c/kg) - Kreuzz.

	22.10.	21.10.
Okt.	—580	570-580
März	549-551	551-554
Mai	552-555	–
Umsatz	2411	2415

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	22.10.	21.10.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	22.10.	21.10.
Okt	645,00-680,00	646,00-660,00
März	–	–
Mai	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	22.10.	21.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	22.10.	21.10.
Okt.	12006	12001
Nov.	12001	11975

KAUTSCHUK London (p/kg)

	21.10.	20.10.
spot	67,25-70,25	67,25-70,25
RSS 1 Nov.	66,00-67,00	66,00-67,00
RSS 2 Nov	66,00-67,00	65,00-66,00
RSS 3 Nov.	64,00-65,00	64,00-65,00

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	22.10.	21.10.
Nov.	232,50-234,50	233,00-235,00
Dez.	233,00-235,00	233,50-235,50
Nr. 2 Nov	231,00-232,00	231,50-232,50
Nr. 3 Nov.	227,00-228,00	227,50-228,50
Nr. 4 Nov.	223,00-224,00	223,50-224,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	22.10.	21.10.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–). BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	22.10.	21.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	233,15-233,29	234,15-234,44
dritt. M.	236,57-236,72	237,30-237,45
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	87,13-78,27	87,70-87,84
dritt. M.	86,99-87,27	87,27-87,41
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	715,85-717,28	725,10-727,96
dritt. M.	734,39-734,68	742,29-742,58
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	165,42-168,27	167,66-170,53
Prod.-Pr.	182,68	183,77
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

22.10.	21.10.
14,74	14,80

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	22.10.	21.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	268,80-270,80	270,12-272,13
BLEI in Kabeln	94,75-95,75	95,50-96,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	22.10.	21.10.
MS 58, 1 VS	262-264	263-264
MS 58, 2.VS	314-315	315
MS 63	289-294	290-295

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	22.10.	21.10.
Leg. 225	256-258	255-258
Leg. 226	257-260	257-260
Leg. 231	290-292	290-292
Leg. 233	302-305	302-305

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	22.10.	21.10.
PLATIN (DM/g)	39,758	39,758
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	31578	31578
Rückn.-Pr.	26900	26900
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	27840	27960
Rückn.-Pr.	27090	27200
verarbeitet	292008	293308
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27230	27340
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	380,80	381,00
Rückn.-Pr.	369,10	369,30
verarbeitet	397,508	397,708

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	22.10.	21.10.
10.30	426,50	426,80
15.00	425,00	425,10
Zürich mitt.	426,35-426,85	426,70-427,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	89400	89750
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	405,60	405,40
3 Mon.	416,70	414,35
6 Mon.	427,85	425,55
12 Mon.	449,95	445,40
PLATIN (£/Feinunze) London	21.10.	21.10.
fr. Markt	415,95	418,25
PALLADIUM (£/Feinunze) London	21.10.	21.10.
f. Händl.-Pr.	95,60	95,70

New Yorker Metallbörse

	21.10.	20.10.
GOLD H & H Ankauf	425,35	425,25
SILBER H & H Ankauf	579,00	572,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	560,00-564,00	560,00-564,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	133,50-136,00	133,50-136,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Okt.	425,70	426,10
Nov.	426,10	427,10
Dez.	427,80-428,00	428,50-429,30
Febr.	431,40-431,80	432,00-433,00
Apr.	435,00	435,90
Umsatz	27000	28000
SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	577,30	580,30
Dez.	580,50-581,50	582,50-586,00
Jan.	583,90	586,90
März	588,50-589,00	591,00-593,00
Mai	595,40	600,00
Juli	602,00	604,90
Sept.	608,10	611,40
Umsatz	13000	22000

KUPFER (c/lb)

	21.10.	20.10.
Okt.	59,80	59,80
Dez.	60,25-60,30	60,25-60,35
Jan.	60,40	60,45
März	60,65-60,70	60,75-60,80
Mai	61,10	61,20
Juli	61,35	61,70
Sept.	61,60	61,95
Umsatz	5100	2300

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	22.10.	21.10.
mitt. Kasse	817,50-818,00	818,00-818,50
3 Mon.	829,50-830,00	826,50-827,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	305,50-306,00	306,00-307,00
3 Mon.	305,00-306,00	305,00-306,00
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	924,00-924,50	924,00-924,50
3 Monate	948,50-949,00	948,00-948,50
ab. Kasse	–	927,00-928,00
3 Monate	–	951,50-952,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	903,50-904,00	907,00-908,00
3 Monate	929,00-930,00	931,00-931,50
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	609,00-611,00	612,00-613,00
3 Monate	607,50-608,50	608,00-609,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl)	–	140-170
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	40-45

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	21.10.	20.10.
Nov.	42,50-42,85	42,35-42,70
Dez.	44,00-44,35	43,80-44,10
Jan.	45,00-45,35	44,95-45,25
Febr.	45,60-45,90	45,60-46,00

GASÖL – London ($/t)

	21.10.	20.10.
Nov.	126,50-126,75	125,25
Dez.	130,75-131,00	128,50-129,00
Jan.	134,75	131,50-131,75
Febr.	136,00-136,50	133,75-134,00
März	130,00-134,00	129,00
April	–	124,00-126,00
Mai	115,00	124,00-127,75
Juni	115,00	115,00-130,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)

	21.10.	20.10.
Nov.	42,50-42,70	42,65-42,80
Dez.	43,00-43,45	43,30-43,50
Jan.	43,50-43,90	43,65-43,75
Febr.	44,30	43,90-44,00
März	44,50	44,25

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	21.10.	20.10.
Nov.	15,13-15,25	15,10-15,16
Dez.	15,65-15,70	15,50-15,55
Jan.	15,83-15,90	15,70-15,73
Febr.	15,85-15,90	15,72-15,73
März	15,90	15,72-15,75

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	21.10.	20.10.
Arabian Lg.	11,89	11,80
Arabian Hv.	11,54	11,42
Iran Lg.	13,95N	13,95N
Forties	14,10	13,85
North Brent	14,45	13,90N
Bonny Light	13,85N	–

Kartoffeln

London (£/t)

	21.10.	20.10.
Nov.	110,50	111,60
Febr.	121,00	121,50
April	168,50	172,50
Mai	181,00	189,00

New York (c/lb)

	21.10.	20.10.
Nov.	4,70	4,50
März	4,76	4,72
Mai	5,68-5,70	5,66-5,69
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	21.10.	20.10.
Nov.	175,90-175,00	176,20-176,00
Jan.	171,20-170,00	172,50-173,10
März	170,00-169,80	170,30-170,20
Mai	171,40	171,50

Devisenterminmarkt

In einem insgesamt ruhigen Markt gab es am 22. Oktober nur bruchteilige Veränderungen

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,29-0,19	0,80-0,70	1,48-1,78
Pfund/Dollar	0,62-0,60	1,88-1,85	3,50-3,45
Pfund/DM	2,30-0,90	5,30-3,90	9,50-8,10
FF/DM	17-1	39-23	68-52

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22.10.: Tagesgeld 4,35-4,50 Prozent, Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent, Dreimonatsgeld 4,50-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 22.10.: 10 bis 29 Tage 3,05 G-2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G-2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 22.10.: 3,5 Prozent. Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 22.10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	3⅞-3⅝
3 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛
6 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	3⅞-4⅛
12 Monate	6⅛-6⅜	4⅝-4⅞	4-4⅛

Mitgeteilt von Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 22.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50, Verkauf 18,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25, Verkauf 18,75 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 22.10. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM)

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	200,00	256,50	35,78
20 ffr Napoleon	5,8070	153,00	202,92	34,94
20 sfr Vreneli	5,8070	167,00	218,38	37,59
½ Sovereign (Eli)	3,6610	104,00	141,36	38,61
1 Sovereign Neu	7,3220	185,00	239,40	37,70
1 Sovereign Alt	7,3220	190,00	245,10	33,47
100 Kronen Oster	30,4880	785,00	963,30	31,60
20 Kronen Oster	6,0980	156,00	200,64	32,90
10 Kronen Oster	3,0480	80,00	107,16	35,16
4 Dukaten Oster	13,7700	368,00	453,72	32,95
1 Dukaten Oster.	3,4420	82,00	114,00	32,12
10 Rubel Tscherw.	7,7425	199,00	255,36	32,99
Krugerrand 1 Uz	31,1035	829,00	984,96	31,67
Krugerrand ½ Uz	15,5517	436,00	519,84	33,43
2 Rand Sudafrika	7,3220	183,00	237,12	32,38
1 Rand Sudafrika	3,6610	84,00	118,56	32,38
50 C $ Mapl L 1 Uz	31,1035	855,00	1014,60	32,62
5 C $ Mapl 1/10 Uz	3,1105	89,00	112,86	36,29
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1000,00	1288,20	42,31
Nob Platin 1 Uz	31,1035	1210,00	1425,00	45,81
Nob Platin 1/10 Uz	3,1105	125,00	158,46	50,95

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer) Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,55). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent) 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent) Zins 5,75, Kurs 98,50, Rendite 5,60

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 22.10.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,363	6,60
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,25	6,71
Commerzbank	100,00	4.8.00	38,75	7,12
Deutsche Bk. 5	287,00	25.1.95	139,00	9,20
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,40	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,04	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,59	6,70
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	50,95	7,21
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,13	6,50
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,80	7,00
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,67	6,60
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,74	7,10
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,60	7,00
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,23	7,12
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,01	6,90
SGZ-Bank 60	100,00	17.6.95	57,30	6,66
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,55	6,70
WestLB 605	100,00	1.6.01	36,95	7,06
WestLB 606	100,00	1.8.06	25,60	7,14
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,35	4,60
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,85	5,20
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,60	5,56
WestLB 505	143,24	1.9.92	103,40	5,73
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	113,75	6,72
Österreich	294,12	24.5.00	116,00	7,04
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	127,50	8,54
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	127,75	9,17
Prud Realty	$ 100	15.1.99	67,00	8,75
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	78,00	7,79
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	65,25	8,40
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	59,50	10,28
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	64,625	8,56
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	64,50	8,50
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,125	9,37
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,875	9,39
Penney (A–)	100,00	17.2.94	52,75	9,12
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,00	8,98
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,875	8,97
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,875	8,66

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,70)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	5,05 (5,10)	99,90	101,6	103,5	105,3	107,2	109,0
3	5,40 (5,40)	98,66	101,4	104,1	106,8	109,5	112,2
4	5,72 (5,75)	97,15	101,0	104,1	107,6	111,1	114,6
5	5,99 (6,00)	95,40	100,1	103,8	108,1	112,3	116,5
6	6,18 (6,20)	93,75	99,10	103,5	108,4	113,3	119,2
7	6,48 (6,50)	91,35	96,85	102,3	107,8	113,3	118,7
8	6,77 (6,80)	88,80	94,80	101,4	106,8	112,8	118,8
9	6,95 (6,98)	86,65	93,15	100,4	106,2	112,7	119,2
10	6,98 (7,01)	85,45	92,45	100,2	106,5	113,5	120,5
15	7,25 (7,25)	79,05	87,95	96,90	105,8	114,7	123,6

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 112,102 (112,015)
Performance-Rentenindex: 247,829 (247,661)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	20. Okt.	5,819-5,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,775
	60–270 Tage	5,65
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,90
	60 Tage	5,775
	90 Tage	5,75
Certificates of Deposit	1 Monat	5,50
	2 Monate	5,80
	3 Monate	5,80
	6 Monate	5,80
	12 Monate	6,05
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,30
	26 Wochen	5,39
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,64
	30 Jahre	7,91
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	6. Okt	701,3 Mrd. $ (-7,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Dez.	135,80	135,95
März	136,30	136,50

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	21.10.	20.10.
9¾ EEC 90	105	105,75
11¼ dgl. 98	110,75	110,375
10¾ EIB 93	109,375	110
11 dgl. 91	112,5	112,875
11½ dgl. 90	115,625	114,25
11¾ dgl. 93	119,625	120,375
12 dgl. 95	121,5	122,375
12½ dgl. 90	115,875	116,125
12¾ dgl. 93	127,125	127,875
13 dgl. 96	119,625	120,125
10¾ Wld Bk 95	111,5	112,175
10¾ dgl. 88	105,125	105,375
10⅞ dgl. 90	110,125	110,375
10⅞ dgl. 93	114,375	114,875
11 dgl. 92	113,75	114,375
11¼ dgl. 88	108,25	108,375
11¼ dgl. 90	113	113,5
11⅜ dgl. 89	108,875	109,375
11½ dgl. 90	113,25	114,25
12 dgl. 93	121	122,5
12¼ dgl. 94	124,375	125,875
12⅜ dgl. 94	127,625	129,125
6⅝ Sears 91	103,375	103
6⅜ Swed.Ex.91	101,625	101,25
7 TRW 94	101,25	101,75
6⅝ Un.Tech 92	102,375	101,875
6⅜ W.Disn.96	100,25	100
6⅝ World Bk96	101,125	100,75
6⅝ dgl. 90	103,375	103
6⅝ dgl. 94	102,5	102,25
7 dgl. 94	104,5	104,25

Euro-Yen

	21.10.	20.10.
6¾ Al.Corp 91	102,375	101,75
6⅝ All.Sign93	101,5	101
7⅝ ADB 94	107,375	106,875
7 Austria 95	104,375	104
7 BP 92	104,125	104,875
6⅝ Denmark 92	102,875	102,5
7 Denm.Bk. 92	103,75	103,375
7 Dow Chem.94	101,625	101,125
6⅝ EDF 95	103,75	103,125
6½ Eurofima95	101	100,5
6⅝ dgl. 92	102,5	102,25
6⅝ dgl. 93	102,125	101,75
7⅝ dgl. 94	105	104,625
6⅞ Formie 97	103,375	103,125
6⅝ Finl.Rep90	104,375	104,125
6⅝ GMAC 90	101,875	101,125
7⅝ Goodyear95	102,5	102
6⅞ dgl. 94	101,25	100,375
6⅝ ITT 97	101,375	101,75
6½ McDonal.97	102,125	101,75
6⅞ Montreal95	102,375	101,625
6⅝ NordLB 93	101,375	101,375
6 NIB 91	100,5	100,5
7 dgl. 92	104,75	104,875
7 Pac.Gas 94	–	–
6⅝ Penney 92	102,625	102,25
6⅝ Procter 92	102,5	102,125
6⅝ Saffo 92	102,5	102,125

Lux. Franc Bonds

	21.10.	20.10.
9¾ Alcan 87	99,75	99,75
9¾ Acad 89	102	102
6⅝ Asian Dv87	99,5	99,5
10½ BFG Lux90	105,5	105,5
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	107	107
10¾ Ceca 94	106,5	106,5
11 dgl. 92	103,5	103,5
13 dgl. 91	101	101
8⅞ Consoil 95	105	105
12½ dgl. 92	105	105
8 Coptel 88	100,25	100,25
8¼ dgl. 89	100,5	100,5
11 Cr.Lyon.88	102	102
13 dgl. 89	105,25	105,75
7½ Den.Mtg 88	99,75	99,75
8⅜ EEC 95	105	105
8½ Euratom 89	103	103
10¾ dgl. 96	110	110
11 dgl. 93	101,25	101,25
8½ Eurof. 89	102,5	102,5
9 dgl. 95	105,5	105,5
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	105	105
8 EIB 91	100	100
8⅜ dgl. 93	105	105
9½ dgl. 95	107,5	107,5
9¾ dgl. 88	101,5	101,5
9⅞ dgl. 93	106	106
10¾ dgl. 94	112,5	112,5
11½ dgl. 88	101	101
12¾ dgl. 90	106	106
8⅜ Goodyear93	103,25	103,25
9¾ Ind.B.F.95	104,25	104,25
9⅞ Hypo Bk.88	101,5	101,5
11 Krediet.93	104	104
7⅜ dgl. 87	99,75	99,75
12½ dgl. 88	102,5	102,5
10 dgl. 90	104	104
11⅜ dgl. 89	102,5	102,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8½ dgl. 87	99,75	99,75
8⅜ Met.Chim92	103,5	103,5
9 dgl. 95	105,5	105,5
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8½ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	106	106
10¼ Paribas89	103,75	103,75
8 Philips 89	100	100
7¾ Renault 88	99,75	99,75
7⅞ Sogenal 91	100	100
9½ dgl. 92	106	106
10¾ Solvay 87	100,75	100,75
8 Sveriges 88	100,25	100,75
9¾ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,5	103,5
9¼ dgl. 90	103,5	103,5
10½ dgl. 89	103	103

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52832

	21.10.	20.10.
8¼ Cop City91	99	99
12¾ dgl. 92	101	101
8⅞ CCA 91	99,5	99,5
11¼ Ned. G 88	100,5	100,5
9⅞ Queb. 9.94	99,5	99,5
8½ SDR 94	99,5	99,5

ECU

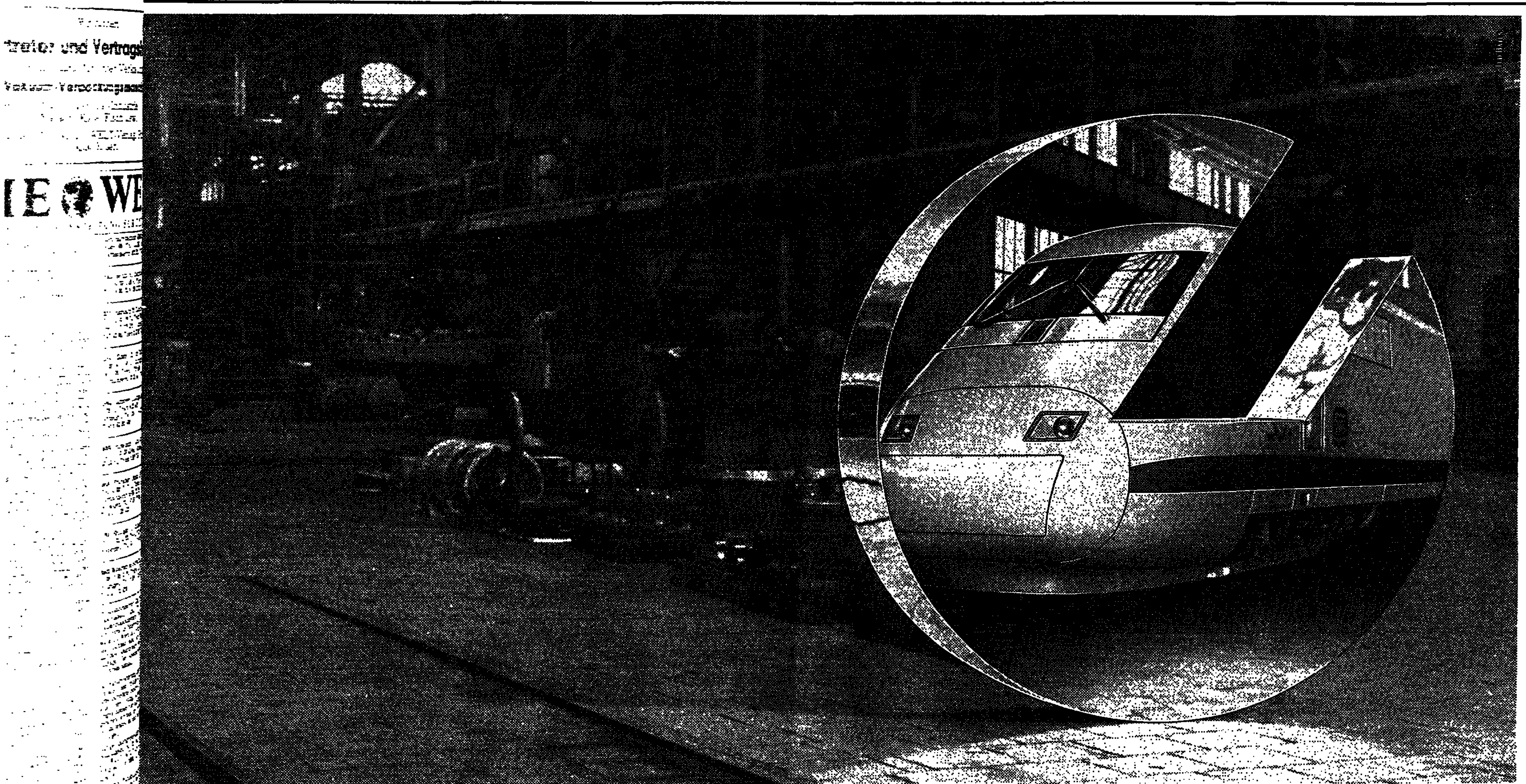
	21.10.	20.10.
7¾ Aegon 95	92,25	92,75
9½ ABN 92	102,875	103,25
All Nippon 95	100,375	101
9¼ ANZ 92	103,625	102,75
10⅜ Austria93	108,75	109,125
10 BNDA 97	102,5	105
8⅜ B.d.Roma93	96,375	96,875
9 M.+Hope 92	107,125	102,125
9 Bk.Hols.96	99,625	100,625
7⅝ BNP 93	95,875	94,25
8½ dgl. 95	101	101,125
8⅝ Bay.Vbk.88	100,125	100,5
8⅝ BFCE 93	99,75	100,25
9¾ dgl. 92	103,875	104,125
9⅞ dgl. 95	103,75	104,25
9⅝ Buti 92	100	100,375
9⅜ CNT 92	103,875	104,175
9⅜ dgl. 95	103,625	104,5
8⅞ Cargill 95	99,5	99,25
10⅜ Ceca 89	105,25	105,375
9 Chrysl. 92	99,5	99,5
9¼ dgl. 94	100	100,875
9 ClubMed 88	101	100,875
9 Colgate 91	99,25	99,5
9 Cop City 95	99,125	99,375
9⅝ CCF 95	101,375	102
9⅝ CrdNord 91	102,5	103,375
11⅛ CrdFonc90	–	–
11¼ dgl. 90	–	–
6⅝ CrdLyon 92	90,625	90,875
8⅜ CrdNat 95	100,375	100,375
10⅜ dgl. 94	108,375	108,875
8⅝ Crdanst.94	101,25	102
9⅞ Credito 92	102,875	103,25
7⅝ Denmark 96	93	94,75
9 EDF 97	101,625	102,125
8⅞ EEC 93	100,25	100,75
8⅜ ELFAqu. 88	100	100
9 Enso Gut 91	100,5	100,5
9⅞ dgl. 93	100,75	100,75
10 Euratom 97	104	104,625
7⅝ dgl. 96	91,75	92,25
9⅞ Eurofima93	101,375	101,375
8⅜ EIB 90	100,5	101,75
8⅜ dgl. 93	101,25	101
8⅞ dgl. 97	100	101,125
9¼ dgl. 95	106	107,125
10⅜ dgl. 94	107,875	109,125
10⅝ dgl. 94	107,125	107,625
10⅞ dgl. 90	108,25	108,125
11⅛ dgl. 92	108,5	109
9 Eutelsat 93	99,5	99,75
6⅞ EDC 96	87,375	88
8⅜ Fiat 90	99,375	99,25
9 IBKFinnl 95	99,5	100
8⅞ Ford C.93	99,625	99,625
7½ Grd. 93	96,25	96,25
7 Gmoz. 95	91,375	92
10½ dgl. 93	108,125	108,675
10 IADB 93	108,375	108,25
8¼ IBM 90	100,125	100,25
6⅞ Iceland 96	89	89
9 Imatran 95	99,625	100,75
9⅝ Italie 89	101,375	101,125
10⅞ dgl. 97	109	109,625
9⅝ Kansall 92	102,25	102,375
9⅝ Kbifima 97	101	101,575
6⅝ KB/Ibl 95	89	89,25
10⅝ Mogal 95	103,25	102,75
8⅝ Miz.Tr 93	99,375	100
9 Moothen.91	100,875	101,25
9⅝ Mol 90	101,5	101,5
8½ Morgan 90	100,375	100,25
8⅜ Motorola92	99,25	99,75
9 Nerso 95	99	99,625
8⅞ N.S.Wal.93	99,25	99,5
9⅝ N.Zeal. 90	102	102
9½ N.Zeal.92	102	102
7½ Nissan 96	91,625	92,125
9 OstLbk. 89	100,875	100,75
8⅜ Olivetti93	101,25	101,125
8⅜ Parbel 89	99,625	99,875
10 Pachn.90	102	102,625
9 Petroc 93	97,5	98,25
9¼ Peugeot 90	100,375	100,625
8½ Probra 96	97,625	98,375
9 Philips 93	101	101
9⅝ Pibo 92	103,75	102,5
10 Prvbk. 92	103,875	103,875
7½ Rabobk. 96	93	93,875
8⅝ Reynolds91	99,5	100
9 SAS 95	101	101,75
9 Sanwa 95	100,75	102
8¼ Secpac 90	99,5	99,625
9 SNCI 95	102,75	102,75
8⅝ Sumitomo92	100,5	101,25
9¼ dgl. 93	103,125	103,75
9 dgl. 95	101,25	101,875
6½ Schweden96	88,375	89,125
9 Unbk.Nor.95	99,5	99,625
8⅞ Vic. 90	99,75	100
8⅝ WaltD 94	99,625	99,625
9⅞ dgl. 95	101,125	101,25
8⅞ Washgt.96	100,5	101,125
9⅝ Westpac92	102,625	102,875
8½ Worldbk.95	99,75	100,5
9⅜ dgl. 93	101,125	101,875
9½ dgl. 92	105	105,625
10¼ dgl. 89	105,125	104,75
10⅝ dgl. 94	108,5	109,375
11 dgl. 93	106,875	107,5
8½ Xerox 90	99,375	100

ECU-Tageswerte

	21.10.	20.10.
Dollar	1,04558	1,04642
Bfr	43,2480	43,2353
DM	2,0828	2,08184
Hfl	2,35413	2,35297
£	0,728884	0,731759
Dkr	7,84188	7,83922
FF	6,82245	6,81949
Lira	1442,12	1440,39
I-£	0,764516	0,765483
Sfr	1,70692	1,70827
öS	14,6518	14,6341
Peseta	138,801	138,545
Skr	7,16957	7,16794
Nkr	7,65733	7,65034
Kan-$	1,45467	1,45640
Esc	153,178	153,300
Fmk	5,09199	5,08244
Yen	162,296	162,098
Drachme	141,070	140,342

SZR-Wert

	21.10.	20.10.
Dollar	1,21620	1,21951
DM	2,42449	2,41317



…neue ICE am Tage des Roll-out



Erschütterndes Protokoll über Danzigs Zerstörung

An einem Frühlingstag

Der Untergang des deutschen Ostens 1945 ist in den letzten Jahren aus dem Bewußtsein der Bundesrepublik scheinbar verschwunden. Es galt nicht mehr als „zeitgemäß", sich mit dem Schicksal der Vertriebenen, mit der Vernichtung von Städten und Landschaften – und von unzähligen Menschen – durch die Rote Armee in den Gebieten östlich von Oder und Neiße zu befassen. Diese Verdrängung einer unbequemen Vergangenheit scheint allerdings in letzter Zeit einem neuen geschichtlichen Bewußtsein zu weichen. Deshalb erscheint der von Peter Poralla herausgegebene Band über die Geschehnisse in Danzig zur rechten Zeit.

Die im Auftrag des „Bundes der Danziger" zusammengestellte Dokumentation gibt einen erschütternden Überblick über die Geschichte



der alten Hansestadt, die schon Eichendorff besungen hat: Über die Zeit, in der sie zwischen den Weltkriegen als Folge des Versailler Vertrags (trotz einer zu 96 Prozent deutschen Bevölkerung) ein vom Deutschen Reich getrennter „Freistaat" war, in dem Polen – das damals einen Zugang zum Meer erhielt – über besondere Privilegien und sogar über eine eigene Garnison verfügte. Der Band erinnert daran, daß Polen vor 1939 zu über einem Drittel (34 Prozent) nichtpolnische Einwohner hatte: darunter 4,5 Millionen Ukrainer, 1,7 Millionen Weißrussen sowie zwei Millionen Deutsche. Die unweit von Danzig gelegene westpreußische Stadt Bromberg (heute Bydgoszcz), die bereits 1919 an Polen abgetreten werden mußte, wird als Beispiel einer rigorosen Polonisierungspolitik bereits lange vor dem Zweiten Weltkrieg angeführt: 1920 habe es in der Stadt 20 Prozent Polen und 80 Prozent Deutsche gegeben – 18 Jahre später hätte sich das Verhältnis umgekehrt.

Mit dem Aufstieg des NS-Regimes geriet das unabhängige, aber immer wieder unter dem Druck der damaligen polnischen Regierung stehende „freie" Danzig in den Sog des Hitler-Reiches. Beim Angriff auf Polen wurde die Stadt wieder einverleibt. Das Ende dieser folgenschweren Episode und damit auch das Ende der jahrhundertealten deutschen Geschichte dieser Hansestadt, die einst als „Venedig des Nordens" gerühmt wurde, kam mit dem Durchbruch der Sowjets durch die deutschen Verteidigungslinien im Januar 1945. Danzig wurde eingekesselt, deutsche Truppen reichten bei weitem nicht aus, um eine wirksame Verteidigung aufzubauen. In zahlreichen Augenzeugenberichten werden im Buch die furchtbaren Ereignisse beim Einmarsch der Roten Armee wieder lebendig: Das Flammeninferno, in dem die alte Stadt mitsamt ihren historischen Bauten unterging (die Polen haben nach dem Krieg eine allerdings nur äußerliche Restauration vorgenommen), und das Schicksal ihrer Bewohner.

Da schreibt eine damals 18jährige: „In aller Frühe des 27. März 1945 – es war ein schöner warmer Frühlingstag – setzte plötzlich eine unheimliche Stille ein. Da sahen wir von der Olivaer-Tor-Brücke russische Soldaten, Gewehr im Anschlag, die Treppe hinunterschleichen. Und dann in deutscher Sprache: ‚Achtung, deutsche Zivilbevölkerung, ergebt Euch! Hängt weiße Tücher raus!' Mein Vater nahm meine Hand und sagte: Jetzt sind sie da, Gott erbarme sich unser!"

Es folgten Raub, Plünderung, Vergewaltigungen – und Massenmord an unschuldigen Zivilisten. Im Troß der sowjetischen Armee kamen dann polnische Zivilisten, welche die überlebenden und nicht geflüchteten Deutschen aus ihren Wohnungen auf die Straße warfen. Wer nicht geflüchtet war, wurde vertrieben. Damit wurde aus Danzig das heute polnische Gdansk. Man kann natürlich zu Recht davon sprechen, daß Hitler an allem schuld hatte, weil er den Krieg gegen Polen und die Sowjetunion begann. Ob dies allein als Rechtfertigung für die Massenmorde und Unmenschlichkeiten der anderen Seite ausreicht, bleibt zu bezweifeln. Dies ist jedenfalls ein Buch, das jeden Leser zutiefst nachdenklich machen muß.

CARL GUSTAF STRÖHM

Peter Poralla (Hrsg.): „Unvergänglicher Schmerz. Ein Protokoll der Geschichte. Danzigs Schicksalsjahr 1945." Verlag Hogast, Freiburg. 400 Seiten. Preis: 38 Mark



Den Körper zu einem schwerstbehinderten Bündel Mensch gemacht: Der Schauspieler Peter Radtke in der Münchner Inszenierung FOTO: THOMAS KOHNLE

Münchner Kammerspiele: Kroetz inszeniert Kafkas „Bericht für eine Akademie"

Anpassung ist der einzige Ausweg

Es wird sich bald nicht mehr umgehen lassen, für das Phänomen des Autors und Schauspielers Dr. Peter Radtke auf der Bühne den Begriff des Star-Behinderten in die deutsche Theatergeschichte einzuführen. Die Glasknochenkrankheit hat seinen Körper zu einem schwerstbehinderten Bündel Mensch gemacht, der sich gleichwohl im Rollstuhl mit Eleganz bewegt und ohne ihn mit einer bewundernswert entwickelten Kriechtechnik Stühle erklimmt, Treppen überwindet und jedenfalls das Erreichbare erreicht.

Im Werkraum der Münchner Kammerspiele hat der Regisseur George Tabori den Schauspieler schon zweimal vorgeführt, als eine faszinierende Methapher für antike und moderne Zerstörung: In „M" (nach „Medea" von Euripides) und als Willie in Becketts „Glückliche Tage". Radtke bewältigt diese Rollen mit einer erstaunlichen Désinvolture. Indes dem Publikum eine augenscheinliche Beklemmung bleibt, aber auch ein stückfernes (oder doch ein -nahes?) Interesse: Wie schafft er das? Wo allein die Fortbewegung zum spannenden Ereignis wird, achtet man auf Stemm- und Schleppbein, auf Stütz- und Schwunghand, auf die Kunst des raupenhaften sich Hocharbeitens ...

So wird natürlich jede Theaterfigur erst einmal zum Sinnbild komplizierter Gebrochenheit, und davon absehen ließe sich auch dann nicht, wenn der Text das Gegenteil behauptet. Allerdings dürfte es dank der unerschrockenen Psycho-Arbeit heutiger Regisseure nur noch wenige Bühnengestalten geben, aus denen nichts Deformiertes, gleichsam Rollstuhlbedürftiges, herauszuholen wäre.

Hilfreich gelenkt von dem einschlägig versierten Franz Xaver Kroetz, der bekanntlich alles andere ist als der Baby Schimmerlos in „Kir Royal", spielt Peter Radtke neuerdings den Affen-Menschen in Franz Kafkas „Bericht für eine Akademie". In einer tierisch durch eine affenähnliche Maske aus dem Rachen hervorgepreßten Sprache ist das der verkörperte Alptraum einer übersprungenen Evolution. Während die Rolle sonst zu artistischer Behendigkeit herausfordert, zur erkennbaren Imitation menschlichen Verhaltens, womöglich im Maßanzug, zeigt Radtke als Schrumpfwesen hinter Gittern, wieviele Millionen Jahre weit es bis dahin noch ist. Kafkas symbolische Geschichte (ein Ausweg aus der Lage ist die Anpassung!) wird in Radtkes rücksichtslosem Körpertheater zu einem fast naturalistischen Bericht über seinen eigenen, hier vom Beifall wie von Ehrensalven begleiteten Erfolgsweg als Behinderter.

Ihm geht es jedoch um noch mehr als die Selbstdarstellung mit Hilfe passender Rollen. Bei Euripides, Beckett und Kafka. „Der Kampf um die Gleichberechtigung Behinderter auf der Bühne hat erst begonnen", sagt er. Und das heißt wohl, daß wir dann in der Schule des Zuschauens noch einiges hinzulernen müssen.

ARMIN EICHHOLZ

Genua spielt Donizettis Oper „L'esùle di Roma"

Was ein Löwe nicht frißt

Am Anfang des Erfolges stand der Wahnsinn. Zumindest für Gaëtano Donizetti, der erst mit seinem Opernopus 26, dem „Verbannten aus Rom", zum Markenzeichen seiner reifen Jahre fand, den Wahnsinnsszenen, und damit zu einem unverkennbaren Stil, einer Dramaturgie des Leidens. Dieses Schlüsselwerk, „L'esule di Roma", wurde nun von der „Opera Giocosa", einem eifrigen, von der Stadt Genua, dem Rundfunk und anderen Institutionen unterstützten Opernunternehmen, ausgegraben und in mehreren Städten an der ligurischen Küste aufgeführt. Die Fernsehaufzeichnungen, die meist obligaten Plattenaufnahmen, sowie die Verpflichtung stilkundiger Sänger lassen diesen Thespiskarren zu einem opulenten Belcantozirkus werden.

Die Titelgestalt ist der aus Rom einer bösen Intrige wegen verbannte Tribun Settimo. Doch nicht dieser fällt, wie anzunehmen wäre, in der Einöde dem Wahnsinn anheim, sondern der Senator Murena, der Anstifter des ganzen Unheils. Murena ist sich nämlich seines Unrechts durchaus bewußt: Vor allem dauert ihn seine Tochter Argelia, Settimos Geliebte, die er hingegen dem siegreich aus dem Krieg zurückkehrenden Publio versprach. Publio, die großmütige Seele, ist sofort bereit, von seinen Ansprüchen zurückzutreten, als ihm Argelia ihre wahre Liebe gesteht. Alles wäre somit in Ordnung, denn heimlich ist auch Settimo nach Rom zurückgekehrt. Doch verbannt ist verbannt: Vor dem grausigen Zirkusakt mit einem hungrigen Löwen können ihn weder der Schwiegervater, dessen Geist sich zusehends verwirrt, noch der milde Publio retten.

Argelia, der er ein Dokument zusteckt, welches die frühere Schurkerei aufdecken würde, fühlt sich durch den Konflikt zwischen Geliebtem und Vater überfordert und zerreißt das Ding. Aber nun kommt eine der tollsten Wendungen, die je einem Librettisten eingefallen ist: In seiner Verbannungs-Einsamkeit hatte Settimo einst einen Löwen von seinen Qualen durch einen eingetretenen Dorn befreit, und eben dieser trottet nun in die Arena! Prompt mag er seinen einstigen Wohltäter nicht auffressen. Settimo wird befreit, Murena wird vergeben.

Die herzige Geschichte von Androklus und dem Löwen, die noch Shaw gefiel, hat Donizettis Dichter Gilardoni mit einem hübschen römischen Hintergrund versehen, de[r] nicht ohne Reiz ist. Daß Wahnsinn sonst Domäne der Koloratursoprane auch im Baßschlüssel etwas für sic[h] hat, beweist Simone Alaimo als Murena. Alaimo balanciert zwar imme[r] noch unentschlossen zwischen Bariton- und Baßlage hin und her, wodurch sich einige Unebenheiten i[n] der Stimmführung ergeben, doch de[r] wuchtige, koloraturentüchtige Gesang besitzt unleugbare Faszination, wenn auch von Rollengestaltung keine Rede sein kann.

Als Argelia knüpft Cecilia Gasdia nach einigen Rückschlägen wiede[r] vorsichtig an ihre delikaten, hingehauchten elegischen Stimmungen an, während Armando Ariostinis Publio mäßig eindrucksvoll wirkt und uns der Tenor Sergio Bertocchi (Settimo) kaum als heutiges Pendant eines Rubini erscheinen mag.

Musikalisch ist das Werk insofern interessant, als es Donizettis bündige Cabalettenkunst im Rohzustand zeigt und die ungeschliffene Dramaturgie durch scharf erfaßte Beispiele kantatenhaft erweiterter Soloszenen kaschiert. Das Finalterzett des ersten Aktes ist von einer ungemein brutalen, nervigen Insistenz, die in späteren Werken feineren Ausdrucksmitteln weicht. Der Dirigent Massimo de Bernart hat eine sichere Hand.

Regisseur Beppe de Tomasi verließ sich ganz auf Ferruccio Villagrossis Sanquirico-Nachbildungen mit ihren spätklassizistischen, romantischen Rom-Veduten. Recht einfältig ist am Ende der Wechsel aus dem antiken Rom in das Rom des Uraufführungsjahres 1828: statt wehender Togen enge bourbonische Uniformen.

Am Vorabend hatte es ein kleines Melodramma giocoso von Cimarosa gegeben, die bereits in Bremen gezeigte „Italiana in Londra", deren Reiz im Vergleich zu Rossinis flotter Patriotin in Algier recht verblichen wirkt. Lediglich die plappernde Eloquenz der ohnehin langen Rezitative, das rollendeckende Ensemble mit Patrizia Orciani (Livia), Maurizio Comenici (Sumers), Armando Ariostini (Milord), Bruno Pratic (Don Polidoro), Maria A. Peters (Madame Brillante) und einen so kammermusikalisch feindosierenden Dirigenten wie Carlo Rizzi dürfte ein solches Werk zum kurzen Leben bringen. Donizettis Wahnsinn wird die „Opera Giocosa" im nächsten Jahr erneut nachspüren: mit dem „Furioso all'isola San Domingo".

ROLF FATH

Packende Dokumentation über Ungarn-Aufstand

Opfer auf Barrikaden für das Leben heute

Einem Mann mit dem Namen Rodriguez sollte der Zuschauer heute abend einen stillen Dank zukommen lassen, ist es doch auch sein Verdienst, daß das ZDF eine der packendsten zeitgeschichtlichen Dokumentationen zeigen kann, die wohl je zu sehen war: Rodriguez war 1956 Leiter der ungarischen Spielfilmproduktion, und als der Aufstand losbrach, schickte er alle Kameraleute auf die Straße.

Wie die verhaßten kommunistischen Symbole aus der Nationalflagge geschnitten werden, wie die Massen demonstrieren, wie die Panzer rollen und die Toten auf der Straße liegen, wie Sanitäter beschossen werden – das alles sehen wir, weil Rodriguez' Leute als Kriegsberichterstatter in Budapest waren.

Und weil mit Guido Knopp (ZDF-Redaktion Zeitgeschichte) und dem 1956 emigirierten André Libik (inzwischen deutscher Staatsbürger) zwei Fernseh-Profis sich des Themas angenommen haben. Anders als am Montag die ARD – Peter Miroschnikoffs Bericht beschränkte sich auf drei Männer, die ihren Frieden mit dem jetzigen System gemacht haben und

Zwölf Tage zwischen Angst und Hoffnung – ZDF, 22.05 Uhr

die für die ARD „offiziell ausgewählt" wurden – zeigt der ZDF-Film auch Deutungen und Tränen von Emigranten, suchte sich dieses Team seine Gesprächspartner selbst: „Wir wurden keinerlei Beschränkungen unterworfen", erzählen Knopp und Libik. Nur die Kaserne, in der Maleter verhandelte, durften sie nicht filmen, weil sie heute noch russische Kaserne ist. Warum unterwirft sich dann die ARD einer „offiziellen" Zuteilung?

Diese Möglichkeit des ZDF, sich frei in Ungarn zu bewegen, mag auch zu Knopps Einschätzung am Ende geführt haben, der Aufstand von 1956 sei „keine Niederlage" gewesen. Seine Hinweise auf den heutigen Gulaschkommunismus und auf heutige für den Ostblock große Freizügigkeit – all dies wäre ohne den Aufstand kaum denkbar – machen diese These verständlich, aber ein bißchen überraschend kommt sie doch.

Denn die Forderungen der Aufständischen werden zuvor aufgezählt: Neutralität, freie Wahlen und freie Presse, Abzug der russischen Besatzung. Gemessen daran, keine Niederlage? Aber auch der ehemalige Polizeipräsident von Budapest, Sandor Kopacsi, der auf die Seite des Aufstandes wechselte und heute in Toronto lebt, sagt im Film: „Es war wie ein Wunder. Daß heute das Leben besser geworden ist in Ungarn, verdanken wir in erster Linie dieser Revolution, den jungen und älteren Menschen, die auf den Barrikaden ihr Leben geopfert haben."

Peinlich wirkt die Aussage des Sowjet-Propagandisten Falin, der die offizielle Sprachregelung des Ostens wiedergibt, Kadar habe Ungarn in den Tagen des Aufstandes nicht verlassen. Knopp belegt: Es war anders.

Aber Falin ist nur einer von vielen, die zu Wort kommen: weit wichtiger sind die Augenzeugen und Entscheidungsträger von damals, Leute, die des Aufstandes wegen zum Tode verurteilt (und später begnadigt) wurden und mit ihren heutigen Erzählungen vor der westlichen Kamera den Spielraum zeigen, den Ungarn jetzt bietet; aber auch Ex-Offiziere, die gegen den Aufstand kämpften. Dicht gedrängt sind sie hintereinander geschnitten. Und immer wieder bewegende Bilder von der aufständischen Masse, die nach der Terror-Diktatur die Möglichkeit wittert, ein freies sozialistisches Paradies sofort erlangen zu können – die Wiedereinsetzung der enteigneten Kapitalisten in ihr Eigentum gehörte nie zu den Forderungen, betont Libik.

Bei aller Sympathie, die diesen Auständischen gebührt, zeigt das ZDF auch die Exzesse, die Gelynchten an den Bäumen. Eine Stunde dauert der Film. Er gibt ein Drama wieder mit den besten Möglichkeiten des Fernsehens. Eben weil er sie beherrscht, kennt Knopp auch die Grenzen: „Wir können nicht so ausführlich sein wie Bücher, wir haben uns auf die zwölf entscheidenden Tage beschränkt; wir können nur Schlaglichter liefern."

DETLEV AHLERS

*

Die ARD strahlt am Montag (23 Uhr) das in Österreich umstrittene Fernsehspiel „Der Aufstand" aus, eine deutsch-österreichische Gemeinschaftproduktion über eine Falschmeldung in der österreichischen KP-Zeitung „Volksstimme". Während des Ungarn-Aufstandes meldete diese Zeitung, die Aufständischen würden von der CIA von Österreich aus mit Waffen versorgt, was die sowjetische „Prawda" am selben Tag zitierte. Kritiker sind der Ansicht, daß in dem Film zu wenig klar wird, wie gefährlich diese Meldung für Österreich hätte werden können – waren doch die Sowjets erst ein Jahr zuvor abgezogen und Österreich zur Neutralität verpflichtet. (dpa)



Ungarn im Herbst 1956. Der Volksaufstand ist gescheitert. Dini (Istvan Znamenak, rechts) verläßt sein Heimatland. Der ungarische Spielfilm (1981) **Die Zeit bleibt stehen** (ZDF, 23.05 Uhr) schildert das Schicksal der Zurückgebliebenen, die unter der Flucht des Vaters leiden. FOTO: RÖHNERT

KRITIK

Wicherts haben keine Nachbarn

Das kann nicht so ganz ohne Zusammenhang sein: Je dürrer die nachbarschaftlichen Beziehungen unter uns werden, desto mehr treten die Kunststoffpuppen des Fernsehens an die Stelle wirklicher Nachbarn. So hat das ZDF jetzt **Die Wicherts von nebenan** auf die graue Bühne gebracht, gewissermaßen bundesweit durchs Schlüsselloch betrachtet. Freilich ist dieser soziologische Ersatz mit großem Geschick angerichtet; die Menschen, die da herumhantieren, sind lieb anzuschauen, allesamt gut zueinander und streng nach Vorschrift modelliert. Kein Wunder, verfertigt doch der Autor Justus Pfaue solche Geschichten schon seit zwei Jahrzehnten. Der Vater ist gut, er liebt die Mutter wie am ersten Tag, die Kinder sind wohlerzogen, die Großmutter ist streng nach dem TV-Schnittmuster gestylt, eigensinnig, aber herzensgut. Das sind Nachbarn!

Apropos Nachbarn: Die Wicherts, die ja in unsere Lebenslücke als Ersatz zu springen haben, ja um dieser Lebenshilfe willen überhaupt ersonnen und per Elektronik in die Haushalte gesprüht werden, diese Wicherts haben fast keine Nachbarn, mit denen sie irgendeinen nennenswerten Kontakt hätten. Zum Glück handelt Frau Wichert im Keller ihrer großen Villa mit Flaschenbier und Limo, so kommt der eine und der andere Anlieger doch mal vor die Kamera – aber streng kommerziell.

Aber das fromme Dictum von der Lebenshilfe, mag mancher einwenden. Wo indes steht geschrieben, daß Lebenshilfe mittels Lebenslüge gehandhabt werden müsse? Gibt es denn, wenn man schon Ersatznachbarn produziert und uns zugesellt, gibt es denn keine, die ein volles Leben leben, mit Liebe und Haß, mit Redlichkeit und Versuchung, mit Übermut, mit Stolz und Demut, mit Sünde und Vergebung, mit Freude und Hinfälligkeit, so daß die schöne Zeile des Matthias Claudius von 1782 sich auf dem Schirm beglaubigte: „... und unsern kranken Nachbarn auch"? Die Wicherts wissen wahrscheinlich gar nicht, ob ihr Nachbar krank ist. VALENTIN POLCUCH

An den Wurzeln

Wenn Ladberger Bürger von den USA reden, dann denken sie zuerst an New Knoxville, ein kleines Dorf in Ohio. Und wenn die Leute von New Knoxville in „Adolph's Restaurant" miteinander plaudern, dann sind sie in Gedanken häufig in Westfalen. In **Besuch aus der Heimat** (West III) wurden die beiden, durch die Auswanderung im letzten Jahrhundert verbundenen Gemeinden vorgestellt.

Das Fernseh-Team war um die Dokumentation dieser Historie bemüht. Die Kamera folgte den Ausführungen ohne Hast. Untermalt wurden Ladberger Dorfansichten, vom Mühlbach bis zur Fachwerkarchitektur, mit deutschen Volksliedern. In New Knoxville unterlegte man die Bilder hingegen mit Country- und Western-Klängen.

Das WDR-Team blieb immer auf Distanz, ohne zu werten. Die Fernsehleute haben sich im Hintergrund gehalten; sie beschränkten sich auf die Rolle des Chronisten. Durch diese Zurückhaltung, die ruhige Kameraführung, kamen Stimmungen besser zum Ausdruck, als wenn durch einen auf Action angelegten Schnitt nach Effekten gehascht worden wäre. Den Fernsehleuten ist eine farbige, sehr ruhige Reportage gelungen, weil sie sich in Zurückhaltung geübt haben.

PETER GRELLA

ARD

9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.05 Fußball-Europapokal
2. Runde – Hinspiele

15.50 Tagesschau
16.00 Immer wenn die Ostsee lockt
„DDR"-Unterhaltungssendung
Alljährlich von Mai bis September lockt die Ostsee rund zwei Millionen Urlauber an, unter ihnen auch zahlreiche junge Pärchen. Eines von ihnen hat das „DDR"-Fernsehen beobachtet.
16.45 Die Kinder vom Mühlental
Eine geheimnisvolle Begegnung
Hamster in der Mühle
17.15 Achtung, Klappe
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Mann für Millionen
Franz Steinkühler
Aus dem Alltag des neuen IG-Metall-Vorsitzenden
Reportage von Petra Lidschreiber
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Wunschkonzert
Moderation: Dagmar Berghoff und Max Schautzer
Übertragung aus der Rhein-Ruhr-Halle in Duisburg
mit Trio Rio, Ingrid Peters, Ernst Mosch, Roberto Blanco
22.30 Tagesthemen
23.00 Treffer
Deutscher Spielfilm (1984)
Von Christoph Fromm
Mit D. Baer, T. Bademsoy, M. Wigger, B. Rudnik, B. Finckh, U. Ochsenknecht
Regie: Dominik Graf
Die Freundschaft von Albi, Franz und Tayfun ist von der Art, die das Erwachsenwerden meist nicht überdauert. Was sie zusammenhält: Ihre Liebe zu Motorrädern.
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken
Büchners Brief an die Familie

ZDF

11.35 Globus
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 heute
16.04 Bühnenzauber
Spezialeffekte auf der Bühne
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Pinnwand
„... wenn ich mal Hilfe brauche"
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 S. Y. Arche Noah
Abschied in der Biskaya
19.00 heute
19.30 Kino-Hitparade
Filme, Facts und Favoriten
Vorgestellt von Sabine Sauer
20.15 Weißblaue Geschichten
Drei Episoden von Michael Baier
Der Amerikaner
Der Erlkönig
Der Gondoliere
Mit Gustl Bayrhammer, Franz Muxeneder, Lotti Krekel, Horst Kummeth
Regie: Alfred Vohrer
21.00 Kontakte
„Ich weiß nicht, wie es passieren konnte" – Von Menschen, die einen Verkehrsunfall verursacht haben. Von Katrin Seybold und Wolf-Rüdiger Schmidt
21.45 heute-journal
22.05 Zwölf Tage zwischen Angst und Hoffnung
Der Ungarn-Aufstand 1956
Film von Guido Knopp und André Libik
23.05 Die Zeit bleibt stehen
Ungarischer Spielfilm (1981)
Mit H. Pauer, S. Söth
Nach dem Volksaufstand verläßt ein Ungar seine Heimat.
Regie: Peter Gothar
0.40 heute

SAT 1

15.35 Indian River
Die Biber
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
Musik wird oft nicht schön gefunden
16.25 Die Waltons
John Boy und die große Stadt
17.10 Lou Grant
Das Komplott
Anschließend: Rock of the eighties
18.00 Josh
Neue amerik. Westernserie
1. Ein explosiver Colt
Anschließend: Goldies
18.30 Blick
18.45 Das Beste aus: Meine Show – Deine Show
Taco und seine Kandidaten
19.45 Seid nett zu Mr. Sloane
Englische Filmkomödie (1969)
Mit P. McEnery, B. Reid, A. Webb
Regie: Douglas Hickox
21.30 Blick
22.15 Lektüre ist angesagt
Senta Berger liest Ilse Aichinger
22.45 Hawaii Fünf-Null
Der Tod hat 24 Karat
23.30 Blick



19.00 Berliner Ansichten
Der Tiergarten
19.45 Götter und Helden der Antike (1)
Die zwölf olympischen Götter
20.00 Tagesschau
20.15 Der Sternsteinhof
Deutscher Spielfilm (1975)
Mit Gustl Bayrhammer
Buch, Regie: Hans W. Geissendörfer
22.15 Die gute Erde
Amerikanischer Spielfilm (1936)
Regie: Sidney Franklin
0.30 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Derrick
Hausmusik
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 The Rose
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Mit Bette Midler, Alan Bates
Regie: Mark Rydell
23.55 Nachrichten



18.15 Starmix / Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Bergerac
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Tragödie einer Leidenschaft
Deutscher Spielfilm (1949)
Mit Joana Maria Gorvin
Regie: Kurt Meisel
Dazwischen: Zeichentrick
22.00 RTL-Spiel
22.05 Die 7-Minuten-Nachrichten
22.12 Popeye
22.15 Neu im Kino
22.45 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die Frau nebenan
Französischer Spielfilm (1981)
Mit G. Depardieu, F. Ardant
Regie: François Truffaut
21.55 Auf dem Rücken der Mieter
Von den Königen der Abschreibungs-Branche
22.25 Ostlust und Computerliebe
Neue deutsche Literatur
23.10 Arbeit mit François Truffaut

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Hexen heute
19.15 Wildnis Ostafrika (1)
20.15 Das große Dinge bei Brinks
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit P. Falk, G. Rowlands, W. Oates
21.55 Bücherjournal
22.45 Ich mag dich gern
Ein Kind findet sich

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.33 Sammler und Gesammeltes
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Ein Mordsschwindel
Amerikanischer Spielfilm (1937)
21.20 Hessen Drei unterwegs
Feuerwehr-Einsätze
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Projekt Atlantis (4)
23.20 Es war 1936
Erfindung des Farbfilms

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schwarzes Theater
18.33 Mad Movies
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau / Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Keine Schonzeit für Blondinen
Ital.-franz. Spielfilm (1957)
21.00 Aktuell / Neues
21.20 Politik / Transparent / Treffpunkt
21.50 Sport unter der Lupe
22.35 So isses

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Eheposse
Amerikanischer Spielfilm (1941)
20.30 Flash Gordon
20.45 Edith Stein (2)
21.30 Rundschau
21.45 Wo die Ideen fliegen
Die Zukunft im All
Film von Matthias Wendt
22.30 Z. E. N.
Monte Lepini
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Vater
Ungarischer Spielfilm (1967)

Schüsse auf Schuchardt

warn. – Der Zeitpunkt der Veröffentlichung hätte nicht besser gewählt sein können. Kurz vor der Hamburger Bürgerschaftswahl erscheint ein Weißbuch, das unter dem Titel „Schwarz ärgern?" die offizielle Hamburger Kulturpolitik der SPD-Regierung scharf unter Beschuß nimmt. Zielscheibe der Attacken: Kultursenatorin Helga Schuchardt, die just gestern die Bilanz ihrer kulturpolitischen Aktivitäten vorgelegt hat. Nun, die fadenscheinig als Pressekonferenz getarnte SPD-Wahlkampf-Veranstaltung dürfte ihr damit gründlich verhagelt sein.

Denn da wird alles gnadenlos aufgelistet: die eklatanten Fehlentscheidungen und Fahrlässigkeiten der Ingenieurs-Senatorin, die sich bei den Intendanten-Wechseln auf geradezu abenteuerliche Weise offenbarten, ihre Inkompetenz in Fragen der Kultur, die konzeptionelle Dürftigkeit ihres Programms. Besonders pikant: Die schärfsten Vorwürfe kommen keineswegs von der oppositionellen CDU, die natürlich auch nicht mit Kritik spart, sondern aus der linken Ecke. Schnelle Neubesetzung des Postens heißt denn auch die Losung. Dabei hatte Frau Schuchardt doch gerade den Linken immer wieder nach dem Munde zu reden und sie mit erklecklichen Summen aus dem Kultur-Etat kirre zu machen versucht.

Dieses Verkleckern der ohnehin knappen Finanzen unter rein ideologischen Aspekten hatte aber gerade die Verantwortlichen der großen Häuser immer wieder auf die Barrikaden gebracht, allen voran die Museumsdirektoren, denen es für spektakuläre Neuanschaffungen und Groß-Ausstellungen an Mitteln und Räumen fehlt. Die Verwirklichung einer „Hamburger Museumsinsel" aber, mit der man den imposanten Museums-Zeilen an Isar, Main und Rhein endlich Paroli bieten könnte, steht weiter in den Sternen. Doch kluge Stadtväter wissen, daß man allein mit glanzvollen und zukunftsweisenden Groß-Projekten einer Metropole dauerhaft Attraktivität verleihen kann. Der Besucher-Ansturm auf den neuen Kölner Museums-Bau müßte manchem ins Kleinkarierte verliebten hanseatischen SPD-Funktionär zu denken geben.

Exemplarisches Künstlerleben: Düsseldorf zeigt das Werk von Bruno Goller

Die Würde der Wirklichkeit

Bruno Goller ist einer von den Stillen im Lande. Er scheut das Rampenlicht und meidet den lauten Kunstbetrieb. Er stellt ungern aus, und Publizität ist ihm unangenehm. Wenn er demnächst 85 wird, werden wir seinen Namen sicher öfter hören oder lesen, als ihm lieb ist; und viele werden fragen: Bruno Goller – wer ist das? Er wird sich nicht verkannt fühlen, und es wird ihn nicht grämen; denn er hat es so gewollt.

Er „gehört zu den unbekannten Berühmtheiten", hieß es in einem Ausstellungskatalog 1969. Daran hat sich nichts geändert. Seine Bilder wurden schon in aller Welt gezeigt, aber Goller ist, so gut wie unbeachtet, in Düsseldorf geblieben – um nicht zu sagen: in Gummersbach, seinem Geburtsort. In dieser Beziehung erinnert er uns an Chagall und James Ensor, mit denen ihn sonst nicht viel verbindet. Auch Chagall trug seine russische Kindheit ein Leben lang, wie er sagte, „als Reisegepäck" mit sich, und wohin es ihn auch verschlug, er blieb doch immer in seinem „Schtetl" zu Hause.

Ähnlich verhält es sich mit Goller. Auch er lebt eingesponnen in die Welt seiner Erinnerungen, die er wieder und wieder malt und nichts anderes. Sein „Schtetl" heißt Gummersbach. Dort wurde er am 5. November 1901 geboren. Als er drei Jahre alt war, starb sein Vater, ein Montageleiter. Die Mutter war Putzmacherin. Im elterlichen Haus befand sich ihr Hutgeschäft, das in dem Knaben Bruno offenbar ähnlich nachhaltige Eindrükke hinterließ wie seinerzeit auf Ensor der Kramladen seiner Eltern in Ostende, in dem neben Souvenirs und exotischem Trödel auch Masken verkauft wurden – Masken, die fortan durch sein ganzes Lebenswerk geistern sollten.

Die Rollen der Ensorschen Masken spielen im Lebenswerk Gollers vornehmlich Damenhüte, obwohl er in jungen Jahren bereits Gummersbach für immer verlassen hat. Er setzte im Alter noch seiner Heimatstadt ein schönes Denkmal mit dem Gemälde „Gummersbach" (1965). Es zeigt im oberen Feld ein jagendes (oder gejagtes) Wild, in der Mitte ein bergisches Fachwerkhaus und darunter ein Damenbildnis, vielleicht die Mutter, umrahmt von abstrakten, „konstruktivistischen" Formen, die möglicherweise auf die verschiedenen technischen Industrien der Kreisstadt hindeuten.

Goller blieb in der Nähe. In Düsseldorf nahm er eine Zeitlang Unterricht bei einem Landschaftsmaler namens Jungheim. Eine regelrechte Ausbildung hat der spätere Akademieprofessor nie gehabt. Er hat Düsseldorf seither nicht mehr verlassen, abgesehen von fünf Jahren Kriegsdienst und zwei Reisen in jungen Jahren nach Italien, die man allerdings nicht unterschätzen sollte. Es gibt eine Lesart, wonach Italien künstlerisch ohne Einfluß auf ihn geblieben sei. Gewiß sind unmittelbare Anregungen schwer zu erkennen; aber es könnte doch sein, daß sich die Begegnung mit römischen und byzantinischen Mosaiken in seinem Unterbewußtsein niedergeschlagen hat, um erst später nachzuwirken. Vieles läßt darauf schließen, nicht zuletzt die ornamentale Rahmung der Bilder in seinen Bildern und ihre mosaikartige Teilung durch Farbgebung, unabhängig vom Gegenstand.

In Düsseldorf kam Goller in Verbindung mit der rheinischen Avantgarde, dem Jungen Rheinland, der Rheinischen Sezession, dem Mutter-Ey-Kreis. Doch diese Verbindungen blieben für den Einzelgänger ohne Belang, bis auf die Tatsache, daß Johanna Ey – als einzige Galerie – seine Bilder verkaufte. Als die Galerie 1934 schließen mußte, kam Goller in arge finanzielle Bedrängnis. Er konnte kein Bild mehr verkaufen, kaum noch eins malen. Sein Atelier wurde im Krieg durch Bomben zerstört.

1949 wurde Goller an die Düsseldorfer Kunstakademie berufen. Er war, wie seine Schüler versichern, ein hervorragender Lehrer. Aber das Lehramt war ihm eine schwere Last, die er aus Pflichtbewußtsein über fünfzehn Jahre lang auf sich nahm. Wieder kam er kaum zum Malen; dabei wünschte er sich nichts anderes, als allein zu sein und zu malen. Mitunter kam nur ein Bild im Jahr zustande. Ohnehin braucht Goller Wochen und Monate, um ein Bild zu vollenden. Volker Kahmen hat den Entstehungsprozeß eines Goller-Gemäldes ausführlich beschrieben.

Im Sommer 1958 machte Werner Schmalenbach, damals Leiter der Kestner-Gesellschaft, mit einer Ausstellung in Hannover erstmals im großen Stil auf Bruno Goller aufmerksam. Heute ist es wieder Schmalenbach, der dem Jubilar in der Düsseldorfer Landesgalerie (Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen) eine große Retrospektive widmet. Ausgestellt sind 71 Gemälde, darunter auch neun Bilder aus dem größtenteils zerstörten Frühwerk. Sie lassen die klare Kontinuität im Schaffen Gollers erkennen, wenngleich sie noch toniger in Farbe und Zeichnung und gegenstandsnäher in der Auffassung waren. Die Technik ist mit der Zeit natürlich ausgefeilter, die Malweise flächiger, härter, strenger, heraldischer geworden. Doch die Bilder sind die gleichen geblieben; nur sollte man sie nicht „Ikonen" nennen, das geht daneben. In ihnen ist unsere Wirklichkeit dargestellt – keineswegs realistisch oder anekdotisch, sondern „verfremdet" zum Ornament, zu archaischer Würde, Erhabenheit und zeitloser Festlichkeit.

Goller gibt dem Banalen und Alltäglichen durch konzise, vereinfachte Formung und scharfe Kontrastierung, durch weitgehende Isolierung und Aufgabe des Räumlichen lapidaren Eigenwert. Es sind immer wieder die gleichen Motive und Gegenstände, die im Neben- und Übereinander seine Bildflächen füllen: Hüte und Schirme, Bänder, Schleifen und allerlei Tand, Kleidungs- und Möbelstükke, Blumen, Katzen, Maschinenteile, Tassen, Draperien, Zahlen und zuletzt immer häufiger auch menschliche Figuren, Köpfe, Akte, Büsten – puppenhafte Mannequins ohne Individualität und Leben.

Es ist ihm nicht um „Ausdruck" im üblichen Sinn zu tun. Der Ausdruck – darin scheint er sich mit Matisse einig zu sein, obwohl die beiden sonst nicht viel gemeinsam haben – ist vielmehr in der ganzen Anordnung der Bilder; „der Raum, den die Körper einnehmen, die leeren Partien um sie, die Proportionen: dies alles hat seinen Teil daran. Die Komposition ist die Kunst, in dekorativer Weise die verschiedenen Elemente anzuordnen, über die der Maler verfügt, um seine Gefühle auszudrücken" (Matisse). Das könnte beinahe wörtlich auch Gollers Maxime sein, der sich selber treu geblieben ist in abstrakten und scheinbar günstigen Pop-Zeiten. Er hat sich um dergleichen nie gekümmert. Freilich stellt sich bei alldem die Frage: Was unterscheidet seine Malerei von L'art pour l'art? Aber wer so fragt, hat natürlich ein Vorurteil, das ihn um die schönsten Freuden und Genüsse bringt. (Bis 9. November; Katalog 30 Mark.)

EO PLUNIEN



Figuren, Bänder und allerlei Tand: Stereotype Motive in Bruno Gollers „Die Hand" (1966) ...



... und Gegenstände des Alltäglichen, mit abstrakten Formen vermischt: „Große Tasse" (1957) FOTOS: KATALOG



JOURNAL

Treffen deutscher und französischer Lyriker

DW. Frankfurt

Ganz im Zeichen der Kultur steht das Gipfeltreffen zwischen den Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik am 27. und 28. Oktober in Frankfurt. Hierzu führt das Institut Français am 25. Oktober eine Rahmenveranstaltung in der Schirn durch mit dem Titel „Poesie – eine Fremdsprache?" Neben der Vorstellung französischer Gegenwartsliteratur lesen und diskutieren Lyriker aus beiden Ländern, u.a. Walter Helmut Fritz und Hans Magnus Enzensberger. Begleitend findet eine Buchausstellung über deutsche und französische Gegenwartslyrik statt (bis 31. Okt.).

Neufassung von Mehrings „Kaufmann von Berlin"

dpa, Heidelberg

Der israelische Autor Joshua Sobol arbeitet an einer Neufassung von Walter Mehrings Drama „Der Kaufmann von Berlin", die im Juni 1987 am Theater der Stadt Heidelberg aufgeführt werden soll. Johann Kresnik und Jean-Claude Kuner werden die Neufassung des „historischen Schauspiels aus der deutschen Inflation" inszenieren, das 1929 von Erwin Piscator in Berlin uraufgeführt worden war. Die Inszenierung ist als offizieller Beitrag des Landes Baden-Württemberg zu den Berliner Festwochen während der 750-Jahr-Feier Berlins eingeladen worden.

Römische Statue in den Alpen gefunden

dpa, Brescia

Archäologen haben im Camonica-Tal in den Alpen der italienischen Region Lombardei eine 1,90 Meter hohe Statue der römischen Göttin Minerva gefunden. Die Skulptur stammt nach Ansicht der Experten aus den Anfangszeiten des römischen Reiches.

Förderpreis für Porzellanplastik

DW. Coburg

Einen Förderpreis Porzellanplastik hat die „Goebel-Galerie" (Postfach 1146, 8633 Rödental) ausgeschrieben. Er steht unter dem Motto „Porzellan und Farbe – Figurative Plastik der Gegenwart". Teilnahmeberechtigt sind alle Bildhauer sowie Studenten in den Abschlußsemestern. Einsendeschluß ist der 1. März 1987. Die Goebel-Gruppe, eines der großen Unternehmen der Porzellanbranche (und u.a. Produzent der Hummel-Figuren), arbeitet bereits seit längerem mit zeitgenössischen Bildhauern zusammen. Seit 1981 organisiert sie die Wanderausstellungen „Bildhauer des 20. Jahrhunderts arbeiten in Porzellan".

„Männer" nimmt am Oscar-Wettbewerb teil

dpa, München

Der Erfolgsfilm „Männer" der Regisseurin Doris Dörrie soll die Bundesrepublik beim diesjährigen Oscar-Wettbewerb vertreten. Die deutsche Auswahlkommission



Regisseurin Doris Dörrie FOTO: DEFD

schlug diese Filmkomödie jetzt für die Teilnahme an dem amerikanischen Wettbewerb in der Sparte des besten fremdsprachigen Spielfilms vor. „Männer" wurde bereits von 6,5 Millionen Zuschauern gesehen und gehört damit zu den erfolgreichsten deutschen Produktionen der letzten Jahre.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Der Titel „Von Debussy bis Henze" und erst recht der Untertitel „Zur Musik unseres Jahrhunderts" hört sich abschreckender an, als er sein soll: Die Kapitel, die der Schweizer Musikwissenschaftler Rolf Urs Ringger zu diesem Thema sammelt, sind im Laufe der Jahre für den Tagesbedarf der Zeitung geschrieben worden und entsprechend informativ, bündig und verständlich geschrieben. Zudem geht es weniger um die Avantgarde als um die Klassiker der Musik des 20. Jahrhunderts, die längst in den Konzertalltag eingezogen sind. Dabei erscheinen auch Komponisten, über die sonst nur schwer Literatur zu finden ist: Schreker, Delius oder Respighi zum Beispiel. ebi.

Rolf Urs Ringger: „Von Debussy bis Henze", Piper, 187 S., 15,80 Mark

ZEITSCHRIFTENKRITIK „Mut" – Von der Wirkung spiritueller Orden

Auf der Spur des „Ewig-Gestrigen"

Auch in Kulturzeitschriften stößt man gelegentlich auf „Ausreißer": Beiträge, die so sehr außerhalb des allgemein akzeptierten thematischen Spektrums stehen, daß man sich unwillkürlich fragt: „Ja, darf man so etwas schreiben?" Ein solcher „Ausreißer" findet sich in der Oktober-Nummer der Zeitschrift „Mut". „Mut" (2811 Asendorf) ist eine Monatsschrift vom Typus des „Reader's Digest". Charakteristisch für „Mut" ist das nachdrückliche Insistieren auf der deutschen Frage. Dieser sind auch in der Oktober-Nummer zwei Beiträge gewidmet.

Der vor kurzem verstorbene Prof. H. Rumpf, lange Jahre der zuständige Referent des Auswärtigen Amtes, behandelt die noch offenen Reparationsansprüche. Prof. W. Seiffert geht auf „das vergessene vierte Essential" ein, nämlich das beim Berliner Mauerbau vor 25 Jahren von Kennedy geopferte Prinzip der freien Kommunikation zwischen beiden Teilen Berlins. Das sind durchaus keine thematischen Ausreißer. Anders steht es jedoch mit dem Beitrag „Alle Macht den Rosenkreuzern?".

Sein Verfasser ist der Essayist Gerd-Klaus Kaltenbrunner, dessen unbefangene Mischung von Nonkonformismus und umfassender Bildung fast schon ein Markenzeichen geworden ist. Kaltenbrunner steht seit jeher den drei Säulen des „Projekts Moderne" – Szientismus, Funktionalismus und Utopismus – reserviert gegenüber. Und er verfügt über ein Gespür für Metapolitik. Er stellt in einem Augenblick die Rosenkreuzer-Tradition zur Debatte, wo eine Welle von Esoterik, Okkultismus und Geheimwissen über uns hinwegbrandet. Kaltenbrunner glaubt, daß „im Zuge progressiver ‚Öffentlichkeit', die kaum einen Lebensbereich mehr zu verschonen gewillt ist, sich eine dialektische Gegenbewegung formiert, die dem Grundsatz der ‚Heimlichkeit', dem was man einst die ‚Arkandisziplin' der Geheimhaltung und Verschwiegenheit nannte", folgt. Nicht die mit modernen PR-Methoden arbeitenden Bewegungen des Reverends Moon oder des Gurus Bhagwan seien daher ein Studium wert, sondern die esoterischen Zirkel, denn „die von außen kaum sichtbare kapillarische Wirkung kleiner und kleinster spiritueller Orden auf das Geistesleben und die Politik wird vielfach unterschätzt".

Das ältere pansophisch-theosophische Rosenkreuzertum war von dem schwäbischen Prediger und Schriftsteller J. V. Andreä (1586–1654) unter Berufung auf den legendären Christian Rosenkreutz propagiert worden. Es stand auch an der Wiege der englischen Freimaurerei. Ende des 18. Jahrhunderts kam es dann zur weiteren Welle eines „Ordens der Gold- und Rosenkreuzer". Schließlich setzte in England 1865 eine dritte noch andauernde Welle rosenkreuzerischer Organisationen ein, mit denen sich Kaltenbrunner eingehend befaßt.

Neben den Einflüssen auf manche Dichter oder Philosophen gibt es auch eine politische Wirkung des Rosenkreuzertums. So stürzten sich die „Gold- und Rosenkreuzer" unter Bruder Farfarus (König Friedrich Wilhelm II. von Preußen) mit dem Wöllnerschen Religionsedikt von 1788 in den Kulturkampf gegen die Aufklärung, während der freimaurerische Illuminaten-Orden gleichzeitig zum Prototyp der Linken wurde. Das alles strömt unterirdisch vielfach fort. „Die Geistesgeschichte", sagt Kaltenbrunner, „ist kein machtvoller Strom, der nach einer einzigen Richtung schicksalhaft fließt." Es gibt so etwas wie „eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Ein Ineinander von Neuestem, Jüngstvergangenem und Urältestem, sozusagen ‚Ewig-Gestrigem'".

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Neu im Kino: „Mein wunderbarer Waschsalon" und „Brief an Breschnew"

Schäbigkeit der schillernden Helden

Seitdem französische Produktionen meist nur noch parfümierte Eleganz verströmen und sich der einst junge deutsche Film nur selten aus der Sackgasse papierner Problemwut befreit, beansprucht England energisch den Spitzenplatz unter Europas Kinonationen. Gewann man das Publikum zunächst mit international gerühmten Meisterwerken wie „Die Stunde des Siegers", so versuchen inzwischen auch hierzulande unbekannte Regisseure mit knappen Budgets geschickt ihr Glück.

Zwei Beispiele dieses jungen kritischen Kinos sind „Mein wunderbarer Waschsalon" von Stephen Frears und „Brief an Breschnew" von Chris Bernard. Obwohl zwischen diesen Arbeiten inhaltliche wie formale Gräben klaffen, haben sie doch Etliches gemeinsam. So zogen beide Regisseure, Frears im Londoner Süden und Bernard in den Slums von Liverpool, in das Elend der einheimischen Metropolen, ohne dabei je in wohlfeile Wehleidigkeit oder besserwisserische Sozialkritik zu verfallen.

Arbeitslosigkeit, Kriminalität und die aufreizende Schäbigkeit prägen zwar die wirtschaftlich maroden Ballungszentren, bieten jedoch zugleich Chancen für die schillernden Helden. Bei Frears sind dies der smarte Pakistani Omar und dessen Partner Johnny, der ausgerechnet aus den Reihen jener rechtsradikalen Radaubrüder stammt, die gern ausländerfeindliche Parolen grölen. Aber mit Humor und Mut, Freundschaft und später gar Liebe wird die vermeintlich unüberwindliche Kluft überbrückt. Als Lohn dieses zähen Kampfs gegen alle Klischees können Omar und Johnny schließlich einen Waschsalon vorweisen, der mit Ledersesseln und klassischer Musik, modernster Technik und bruchlosem Stil jedes andere Etablissement aussticht.

Um Utopien und ihre Verwirklichung geht es auch in Chris Bernards Geschichte. Hier streifen zwei fast schon desillusionierte Mädchen Nacht für Nacht durch häßliche Bars, bis zumindest eine ihren Märchenprinzen findet. Elaine nämlich lernt Pjotr kennen, einen russischen Matrosen, der sanft, verträumt und zärtlich ist. Und der schon am nächsten Tag wieder auf seinem Schiff sein muß. Mit diesem prosaischen Ende der Romanze will sich Elaine allerdings nicht abfinden. Sie schreibt ganz unbefangen ihren Brief an Breschnew – und steht bald darauf vor der schwersten Entscheidung ihres Lebens.

Während Frears die sozialen Kontraste in packenden Actionszenen voll blutig eskalierender Gewalt spiegelt, begnügt sich sein Kollege mit rotzfrechen Dialogen, hinter denen sich Verläßlichkeit und Sehnsucht nach Geborgenheit tarnen. Nur ein bißchen übertreibt Bernard die Sentimentalität, wenn er für die Liebenden einen bestimmten Stern trickreich glitzern und sich widerstandslos ins Fahrwasser maßloser Hollywoodmelodramen abtreiben läßt.

Trotz solcher Schönheitsfehler versöhnt er Traum und Wirklichkeit, Tristesse und bedrohte Schönheit bemerkenswert feinfühlig. So enden beide filmischen Feldzüge gegen die fest verwurzelten Vorurteile mit überzeugenden Siegen. Denn diese Regisseure haben das selbstgefällige Lamento durch die Phantasie ersetzt. Sie reiben sich schmerzhaft an einer Realität, die allein mit Einfallsreichtum, Zivilcourage und großen Gefühlen bezwungen werden kann.

Solche Filme mit ebensoviel Milieugenauigkeit wie spielerischem Überschwang sind gewiß von ästhetischer Makellosigkeit noch meilenweit entfernt. Aber sie vertreten ein Kino der mitreißenden Spontaneität und verblüffenden Ehrlichkeit, das auf dem Kontinent keine Konkurrenz fürchten muß. HARTMUT WILMES

War Beuys ein guter Zeichner? – Aquarelle und Zeichnungen des Künstlers

Mit Wasserfarben zum Klassiker

Kann man sich Beuys noch unbefangen nähern? Die Frage stellen, heißt natürlich sie verneinen. Denn der Name Beuys ist längst zu einem Synonym für die moderne Kunst geworden, daran hat sich auch nach seinem Tode nichts geändert. Allerdings ist es ein recht widersprüchliches Synonym, denn für den einen ist es positiv, für den anderen negativ besetzt. Damit ist Beuys sozusagen in den Status eines Klassikers versetzt. Denn auch bei einem Rembrandt verstellt der berühmte Name zuerst einmal den Zugang zum Werk – das Beispiel des „Mannes mit dem Goldhelm" und die anderen Abschreibungen haben das gerade bewußt gemacht.

Nun kann Joseph Beuys selbstverständlich nicht mit Rembrandt in eine Reihe gestellt werden – die Kanonisierung eines Heiligen steht erst den nachgeborenen Generationen zu. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß der Mechanismus der Einordnung derselbe bleibt.

Der Ruhm, der mit dem Namen verbunden ist, unterstellt, daß jedes Werk rühmenswert ist. Das mag allenfalls für einen Alten Meister gelten, von dem nur die besten Stücke überliefert sind. Doch für einen Zeitgenossen, der mit einer erheblich größeren Materialfülle gegenwärtig ist, trifft das gewiß nicht zu.

Ein reiches Anschauungsmaterial erlaubt jedoch eine Annäherung, die sich um die Rückgewinnung der Unbefangenheit bemüht. Diese Möglichkeit in Sachen Beuys eröffnet die Ausstellung seiner „Wasserfarben", die der Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen in der Düsseldorfer Kunsthalle zeigt.

Die Auswahl umfaßt mit mehr als 330 „Aquarellen und aquarellierten Zeichnungen 1936–1976" etwa die Hälfte des Bestandes der Sammlung van der Grinten. Sie wurde teils chronologisch gehängt, teils fügt sie die gleichen Themen zusammen, wobei Frauen und Akte wie ein Refrain immer wiederkehren.

Der Ausstellungstitel „Wasserfarben" erweist sich dabei als praktisches Ersatzwort. Denn Aquarelle im klassischen Sinne sind es nicht, die Beuys gemalt hat, auch wenn er sich der üblichen Aquarellfarben bediente. Wer beispielsweise an Dürer denkt, selbst an sein „Traumgesicht", an Cézanne, Nolde oder Macke, um nur ein paar Höhepunkte der Aquarellkunst zu nennen, muß angesichts der Blätter von Beuys enttäuscht sein.

Was hier zu sehen ist, sind eher Notate, Formerprobungen auf Zetteln und Zufallspapieren, teilweise mit verblüffenden Kürzeln für Körper oder Tiere. Es sind Zeichnungen, die sich zumeist – im Gegensatz zu den Objekten von Beuys – auch ohne Interpretationszutat mitteilen. So findet sich hier trotz aller Einwände manches Blatt, das dem Auge angenehm ist.

Die Behauptung, die oft zu hören ist, nämlich daß Beuys immerhin ein großer Zeichner gewesen sei, bestätigt sich in der Vielzahl der dicht bei dicht über- und nebeneinandergehängten „Wasserfarben" allerdings nicht. Seien wir ehrlich: Ohne den Namen Beuys wäre dieses Material einer solchen Ausstellung wohl kaum für würdig befunden worden. (Bis 16. Nov.; Katalog 38 Mark.)

PETER DITTMAR

Ein Pop-Barde auf Dichterpfaden: A. Branduardi singt Gedichte von Yeats

Der Fiedler von Dooney spielt auf

Das üppige Lockenhaupt umgibt immer etwas Geheimnisvolles, ein bißchen Magisches, wenn er, auf der Bühne oder im Studio, wie ein italienischer Guignol seine Geige streicht und zu seltsamer Stimme poetische Lieder hervorhaucht.

Angelo Branduardi, der jüngst in deutschen Landen auf Tournee war, ist gewiß so etwas wie ein aus italienischer Art geschlagener Intellektueller der populären Musik, kein Gassendrescher, kein Pop-Opportunist oder sonstiger Modenreiter. Dieser Bauernsohn aus der Lombardei, gelernter Violinist und studierter Philosoph, der immer irgendwie den Geist weltlicher Musik des Mittelalters in unsere Tage herübergerettet zu haben scheint, gehört denn auch – etwa gemeinsam mit dem keltisch ausgerichteten Harfen-Barden Alain Stivell – zu den wichtigen Renaissance-Helfern zeitgenössischer Folklore.

Er ist ein Anti-Typ, nicht nur, weil er so gar nicht dem Bild vom sandpapierrauhen mediterranen Vokalmacho entspricht, sondern sich auch sonst um Banalitäten nicht schert. Da paßt nun auch sein neues Album perfekt hinein, völlig unelektronisch und unelektrisch. Fast nur mit Gitarre, auch mal mit seiner Fiedel, dann zur Baritonviolinе und mal zur Flöte, haucht er mit seinem zuweilen etwas nervenden Dolce-Vibrato Weisen, die man nicht alle Tage bekommt. Seine Frau Luisa Zappa hatte ihm selbst übersetzte Texte von Gedichten des großen irischen Poeten William Butler Yeats – Freund von Eliot, Ezra Pound, Joyce und all den anderen Überwindern der Georgian Poets und des Celtic Twilight – vorgelesen.

Die Wirkung auf ihn war fulminant: „Belli sono gli alberi nel loro autunno", „The trees are in their autumn beauty", so beginnt bei ihr Yeats' berühmtes Gedicht über die „Wild Swans at Coole". Seltsam exotisch wirkt nun der kühle WBY, und es klingt – auch auf der Platte „Branduardi Canta Yeats" (RCA/Ariola 207 783) –, als sei der 1939 in Frankreich verstorbene Literaturnobelpreisträger von 1923 noch vor seinem Tode aus eigenen Stücken umgezogen in das Land, das er ebenso liebte wie seine großen literarischen Zeitgenossen.

Wer Yeats liebt und wer gelernt hat, den Schöpfer der Filmmusik zu „Momo" als durchaus ernsthaften Musikus zu schätzen, wird beim Anhören dieser Platte zwar mit Branduardis immer wie kurz vorm letzten Aushaucher balancierenden, etwas manieristisch anmutenden Stimme hadern, anfangs jedenfalls, dann aber sehr schnell begreifen, daß eine solche intime Hommage an einen der ganz großen Dichter des Jahrhunderts sehr viel angemessener wirkt als, sagen wir, Andrew Lloyd Webbers Katzentänze auf dem Grabe T. S. Eliots.

Die Musik übrigens stammt, bis auf Donovans Vertonung des Yeatsschen „Song of Wandering Aengus", ausnahmslos von Angelo Branduardi selbst. Und die – schließt man die Augen beim Hören und subtrahiert aus den Tönen das Italienische – läßt sich durchaus angenehm vorstellen als eine Musik, die erfüllt ist vom Gesang nördlicherer Winde, vom Spiel des „Fiddler of Dooney" und von der Schönheit der „Lake Isle of Innisfree" ...

ALEXANDER SCHMITZ

Haarshampoo: Viel Schaum um nichts

VERA ZYLKA, Bonn

Auch die am Dienstag abend ausgestrahlte, zweite „Monitor"-Sendung zum Thema Dioxan-Gehalt in Haarshampoos ist bei den dort angesprochenen Herstellern auf scharfe Kritik gestoßen.

Der Sprecher des Berliner Bundesgesundheitsamtes, Hartwig Henning, betonte gegenüber der WELT, daß die Sendung „Monitor" nicht gerade zur Entwirrung des Problems beigetragen habe: „Im Lichte der neuen Darstellung wollen wir alle Dinge, die gesagt worden sind, noch einmal sorgfältig wissenschaftlich prüfen und die Ergebnisse zu gegebener Zeit veröffentlichen."

Der Sprecher des Industrieverbandes für Körperpflege- und Waschmittel, der Chemiker Hans-Jürgen Danzmann hält diese Stillhaltetaktik des BGA für unverständlich: „Tatsache ist, daß Dioxan-Werte von 550 ppm (parts per million), die maximal in deutschen Produkten gemessen worden sind, vollkommen unbedenklich sind." Diese Werte sind Mitte September von einer beim BGA einberufenen wissenschaftlichen Kommission als gesundheitlich unbedenklich eingestuft worden.

Hans-Jürgen Danzmann distanziert sich von den in „Monitor" erhobenen Vorwürfen: „Selbst eine 10 000fache Steigerung der Dioxan-Konzentration führt zu keiner gesundheitlichen Schädigung." Danzmann weiter: „Dioxan ist kein Substrat, das bei der Herstellung von Haarwaschmitteln und Spülungen zusätzlich beigefügt wird. Dieser Sachverhalt wurde auch in einer vorherigen ‚Monitor'-Sendung fälschlich dargestellt. Beim Dioxan handelt es sich vielmehr um eine Verunreinigung in den wichtigsten Wasch-Rohstoffen, den die Hersteller von ihren Zulieferern beziehen."

Zu den in der Fernsehsendung angesprochenen US-Produkten, die das Dioxan gar nicht oder in Konzentrationen bis maximal 50 ppm enthalten, äußerte sich Danzmann gegenüber der WELT: „Bei der Produktion von Haarshampoos halten die deutschen Hersteller Werte ein, die weit unter den als bedenklich angesehenen Grenzen liegen.

Die amerikanischen Hersteller verwenden andere viel aggressivere Rohstoffe, die bei weitem nicht die Kriterien der Hautverträglichkeit erfüllen, wie die Verbraucher dies hierzulande von Pflegemitteln erwarten. Dieser Aspekt ist gerade bei der zunehmenden Entwicklung von Allergien nicht zu vernachlässigen. Die amerikanischen Produkte sind nicht nur qualitativ schlechter, auch ihre Schaumbildung und ihre biologische Abbaufähigkeit entspricht nicht unseren Maßstäben."

Prêt-à-porter: Paris gibt die Linie für den Sommer 1987 vor / Der Rocksaum klettert über's Knie





Lagerfeld für Chanel: bunter Patchwork-Blouson mit breiten Schultern zum gestreiften kessen Mini-Rock

Guy Laroche: verspielte Tageskleider mit Gürtel und Volants an Schultern oder über dem Knie

Yves Saint-Laurent: ganz im Trend mit halblanger Jacke über T-Shirt aus Crepe-Satin und Piratenhosen FOTOS: AP (3)

Piraten und Lolitas – kecke Mode für naive Mädchen

Paris hat einen neuen Frauentyp entdeckt: das naive, verspielte Mädchen. Vergessen ist die androgyne Mode, die Frauen zu „geschlechtslosen Wesen" machte. Vorbei ist auch die aggressive Sex-Welle, die dem Hollywood-Vamp huldigte. Bei den Prêt-à-Porter-Kollektionen für den Sommer 1987 sah man auch kaum Mode mit sportlichen Akzenten. Dafür tauchten auf den Laufstegen eine Menge Baby-Dolls und freche Lolitas auf. Die Modemacher scheinen zu glauben, die moderne berufstätige Frau strebe zurück zu den drei K, zu Kindern, Küche und Kirche, und denke in ihrer Freizeit nur noch an Tanz und Flirt.

Jean-Paul Gaultier, der Modemacher, der den Männerrock erfand, durchbrach als erster die traurige Atmosphäre der Modeschauen in den Zelten des Louvre-Ehrenhofs. Er lud die Modefreaks von Paris und seine Groupies in die große Halle de la Villette, die ehemaligen Schlachthöfe von Paris, und schickte einhundert Frauentypen, die Fellini-Filmen entliehen schienen, eskortiert von Muskelprotzen, auf einen Schlag auf die gigantische Bühne.

Man sah kurze Kleider, die hautnah wie ein Glacé-Lederhandschuh saßen, unter transparenten, vergoldeten Gummi-Blousons, weite Charlie-Chaplin-Hosen unter übergroßen Männer-Blazern, lange T-Shirts zu abstehenden Ringelröcken, kurze Trapez-Kleider und Hosen aus Stretch-Material, die eng sitzen wie Großmutters Korsett.

„Frauen, die schon lange kein Kleid mehr gekauft haben, werden sich im nächsten Sommer auf das hübsche tragbare Tageskleid stürzen", meint Karl Lagerfeld. In seiner „Karl Lagerfeld Kollektion" bot der gebürtige Hamburger kurze Glockenröcke zu blusigen kurzen Spenzerjacken, Princesskleider mit hoher Empire-Taille, schulterfreie Corsagen-Kleider, teils aus Nappaleder. Dazu gehören Mousseline-Blousons. Hüftlange taillierte Jacken, eine Abwandlung von Mozart- oder Offiziersjacken, werden über ausgestellten Röcken in Trompetenform getragen.

In der von Lagerfeld entworfenen Chanel-Kollektion ist von dem klassischen Tweedkostüm dieses Hauses nichts übrig geblieben – mit Ausnahme der Goldkettchen, Goldknöpfe und Borten. Man sah viele bleistiftschmale, kniefreie Kleider unter kurzen Bolerojäckchen, weiße Jeans-Tailleurs mit blauem Denim abgesetzt und Jeanstaschen auf den engen kurzen Röcken, bunte Patchwork-Blousons mit breiten Boxerschultern zu Mini-Röcken und Leder-Corsagenkleidern mit Spitzenvolants. Wenn Lagerfeld auf manchen T-Shirts nicht die „No. 5" (Symbol für das berühmte Chanel-Parfüm) gedruckt hätte, würde man glatt vergessen, daß dies eine Chanel-Kollektion ist.

Mit hochgekämmten Haaren erschienen die Mädchen bei Claude Montana: in kurzen Ballonröcken, Jersey-Wickelblusen in Schokoladenbraun und Schwarz oder Ledercorsagen über abstehenden Gaze-Glockenröcken. Neben engen Seidenstretch-Hosen schöne weite Pyjamahosen wie aus den vierziger Jahren. Ohne Zweifel wird die Industrie Montanas weite Leinenblazer in Lachsrosa, Mauve, Pistaziengrün, Aquamarinblau oder Mangogelb über weiten Leinenhosen und Westen aus dem durchsichtigen Modestoff Organdi kopieren. Bei Sonia Rykiel sahen die Mädchen in Strickanzügen wie Soldaten der US-Navy oder freche Pariser Straßenjungen aus. Oft trippelten die Rykiel-Mädchen in Socken über den Laufsteg. Grund: Die Pariser „Strickkönigin" bringt jetzt auch Söckchen auf den Markt. Charmant sind ihre Jeans-Anzüge aus schwarzem Jersey zu engen, golddurchwirkten Pullis.

Die kessesten Kleinmädchenkleider mit bauschigen Puffärmeln, abstehenden wippenden Röcken, unter denen sich Spitzen-Petticoats bauschen, sah man bei Emanuel Ungaro. „Meine Kollektion ist etwas schizophren", meinte der Couturier, der es wie kein zweiter versteht, bunte Seidenimprimés mit grauem Glencheck oder Pepita zu kombinieren. „Ich liebe die geheimnisvolle, sinnliche Frau, wie Anouk Aimée sie personifiziert. Aber ich habe auch eine Leidenschaft für perverse Lolitas."

Kollege Yves Saint Laurent, ungekrönter König des Understatement, huldigte dem Charme der Frau mit kurzen Wickelröcken, Piratenhosen und kurzen Jäckchen, wie die Seefahrer sie im 18. Jahrhundert trugen.

CONSTANCE KNITTER (SAD)

Kindersegen: Nach Vierlingen jetzt Fünflinge

bd. München

Zwei Tage nach der Geburt von Vierlingen im Münchener Klinikum Großhadern sind am Dienstag abend dort Fünflinge zur Welt gekommen. Die drei Mädchen und zwei Jungen wiegen zwischen 900 und 1280 Gramm. Nach Auskunft der Ärzte verlief die in der 28. Schwangerschaftswoche durchgeführte Kaiserschnitt-Operation ohne Komplikationen. Während der Gesundheitszustand der Mutter zufriedenstellend ist, müssen die Babys wegen ihrer Lungenunreife zunächst maschinell beatmet werden.

Mit Atembeschwerden kämpfen auch noch drei der am Sonntag geborenen Vierlinge. Ihre Mutter (26) konnte bisher lediglich die Erstgeborene Kerstin in die Arme schließen.

Kaltfront mit Regen

dpa, Hamburg

Orkanartige Herbststürme tobten auch gestern über Bayern und richteten in vielen Landesteilen schwere Verwüstungen an. Für den Rest der Woche erwarten die Meteorologen eine Kaltfront mit Regen.

Staatsanwalt abgelöst

dpa, Fulda

Der im Fall der getöteten Kinder Melanie und Karola Weimar ermittelnde Fuldaer Staatsanwalt Raimund Sauter ist wegen einer Erkrankung abgelöst worden. Sauters Vorgehen war öffentlich kritisiert worden, nachdem er zunächst die Mutter und dann den Vater der getöteten sieben- und neunjährigen Mädchen hatte festnehmen lassen. Ein Tatverdacht ließ sich jedoch nicht erhärten.

Schüler gewannen Million

dpa, Münster

Zwei 18jährige Schulkameraden aus dem Ruhrgebiet haben in der Auswahlwette 6 aus 45 rund 1,1 Millionen Mark gewonnen. Die beiden Fußballfans hatten wöchentlich einen Teil ihres Taschengeldes auf ihre Favoriten Schalke 04 und Borussia Dortmund verwettet. Die Fahrt zu Länderspielen sei für sie nun kein Problem mehr, ließen sie wissen.

Vor Mißbrauch gewarnt

dpa, Köln

Christliche Motive wie Krippe, Christkind oder Engel haben in der vorweihnachtlichen Werbung in Schaufenstern oder Geschäftsräumen des Einzelhandels nichts zu suchen, meinte gestern die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Köln. Er warnte eindringlich vor einer Werbung, die religiöse Gefühle verletzt, und nannte in diesem Zusammenhang als „Spitze der Geschmacklosigkeit" die Herstellung christlicher Symbolfiguren aus Gummibärchenmaterial.

WETTER: Unbeständig, kühl

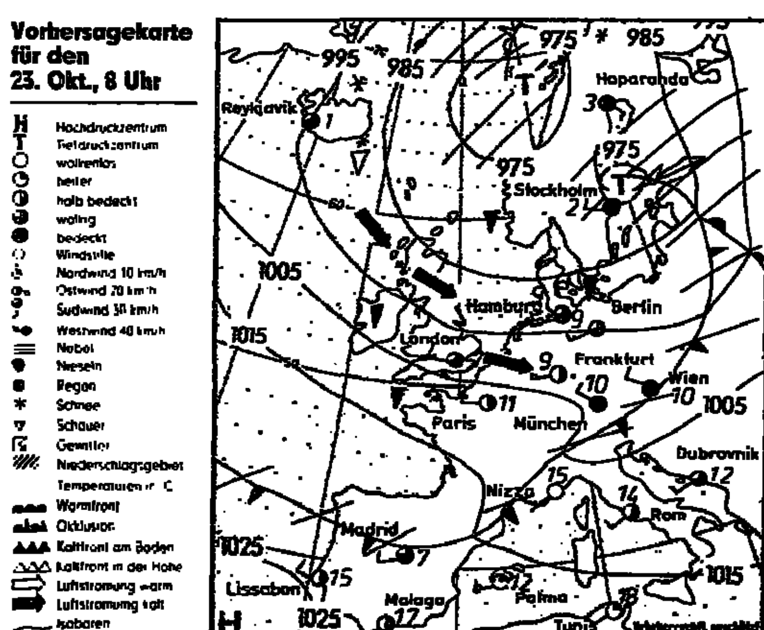
Lage: Auf der Rückseite einer nach Osten abziehenden Kaltfront fließt bei frischem Wind aus Nordwest wolkenreiche Meeresluft nach Mitteleuropa.

Vorhersage für Donnerstag: Wechselnde, gebietsweise starke Bewölkung und schauerartige Regenfälle, in Bayern auch lang andauernd. Kurze Gewitter vereinzelt möglich. Tagestemperaturen 8 bis 12 Grad, Tiefsttemperaturen 8 bis 4 Grad. Frischer bis starker Wind um West, in Norddeutschland besonders in Böen auch stürmisch.

Weitere Aussichten: In Norddeutschland noch vereinzelt Schauer, sonst kurzzeitige Wetterberuhigung.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.01 Uhr*, Untergang: 17.11 Uhr; **Mondaufgang:** 20.56 Uhr, Untergang: 14.05 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 23. Okt., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	12	bd
Bielefeld	11	R
Braunlage	9	R
Bremen	12	bd
Dortmund	11	R
Dresden	15	R
Düsseldorf	12	R
Erfurt	13	R
Essen	11	R
Feldberg/S.	8	R
Flensburg	9	Rs
Frankfurt/M.	16	R
Freiburg	16	R
Garmisch	12	R
Greifswald	10	bd
Hamburg	11	bw
Hannover	11	R
Kahler Asten	7	R
Kassel	12	R
Kempten	14	bw
Kiel	11	bw
Koblenz	17	R
Köln-Bonn	12	R
Konstanz	14	R
Leipzig	13	R
List/Sylt	10	bw
Lübeck	11	bd
Mannheim	17	R
München	16	bw
Münster	11	R
Norderney	12	bw
Nürnberg	15	bd
Oberstdorf	11	R
Passau	14	bd
Saarbrücken	14	R
Stuttgart	16	bw
Trier	15	R
Zugspitze	0	Sr

Ausland:		
Algier	29	wl
Amsterdam	11	bw
Athen	21	he
Barcelona	22	wl
Belgrad	20	he
Bordeaux	18	bw
Bozen	16	bw
Brüssel	10	R
Budapest	11	R
Bukarest	14	he
Casablanca	24	he
Dublin	8	bw
Dubrovnik	20	he
Edinburgh	6	bw
Faro	23	he
Florenz	18	bw
Genf	15	bd
Helsinki	5	Rs
Hongkong	28	bw
Innsbruck	14	Rs
Istanbul	16	he
Kairo	26	he
Klagenfurt	17	he
Konstanza	15	he
Kopenhagen	9	bw
Korfu	23	he
Las Palmas	25	he
Leningrad	7	R
Lissabon	18	he
Locarno	18	he
London	13	bw
Los Angeles	20	he
Luxemburg	14	R
Madrid	18	wl
Mailand	19	wl
Malaga	25	wl
Mallorca	24	he
Moskau	10	R
Neapel	21	bw
New York	–	–
Nizza	22	he
Oslo	4	bw
Ostende	11	R
Palermo	24	he
Paris	16	R
Peking	14	bw
Prag	16	bw
Rhodos	22	he
Rom	22	he
Salzburg	12	R
Singapur	–	–
Split	21	bw
Stockholm	4	R
Straßburg	16	bd
Tel Aviv	26	bw
Tokio	19	Rs
Tunis	25	he
Valencia	26	he
Varna	17	he
Venedig	17	wl
Warschau	9	R
Wien	14	bd
Zürich	15	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Mord und Totschlag im Vorabendprogramm

Mainzer Tage der Fernsehkritik: Appell an die Verantwortlichen / Kinder sollten nicht allein gelassen werden

CHRISTIAN GEYER, Mainz

Wie lassen sich Kinder besser vor Gewalt im Fernsehen schützen? Das war eine der Fragen, die das ZDF auf seinen „Mainzer Tagen der Fernsehkritik" behandelte.

Eine Dokumentation zeigte, wie Kinder auf Gewaltszenen reagieren: Die sechsjährige Ute schlägt die Hände vor dem Gesicht zusammen. Sie rutscht von dem Sessel hinunter: „Ich kann nicht mehr hingucken", ruft sie, dennoch mit aufgerissenen Augen weiter schauend. Der „Werwolf von Washington" verfolgt fauchend eine junge Frau. „Gleich hat er sie", stöhnt Ute und trommelt mit den Händen. „Hoffentlich träume ich heute nacht nicht davon." Dann schreit sie auf: Der Werwolf haut der Frau seine Zähne in den Hals.

Steffis Mutter berichtete über die Folgen des Gruselfilms, noch sechs Wochen später habe ihre Tochter nicht einschlafen können. In Mainz wurden deshalb als Regeln verkündet: Eltern sollten Kinder nicht allein vor dem Fernseher sitzen lassen. Die Kinder müßten die Möglichkeit haben, das Gesehene mit ihren Eltern besprechen zu können. Diese dürften sich nicht ihrer Verantwortung entziehen, für die Kinder eine angemessene Programmauswahl zu treffen.

„Gewalt im Fernsehen wird dort gefährlich, wo sie gerechtfertigt erscheint." So kritisierte der Wiener Konfliktforscher Friedrich Hacker jene Filme, die Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung verherrlichen. „Denn warum sollte man noch nach Alternativen suchen, wenn man mit Gewalt scheinbar alles lösen kann?" „Je simpler die Botschaft ist, desto stärker müssen die äußeren Reize werden", meinte der Wiener Filmregisseur Axel Corti. Er appellierte an den „guten Geschmack" der Fernsehmacher. Sie sollten sich die Fähigkeit bewahren, „sich aufregen zu lassen, betroffen zu werden". Nur so könnten sie der Gefahr entgehen, zynisch zu werden. Zivilcourage sei nötig, um nicht der Versuchung nachzugeben, mit Gewaltdarstellungen „Zuschauermaximierung" zu betreiben.

Wo denn der Maßstab für guten Geschmack liege, wurde zur Gretchenfrage der Mainzer Tage. Eine Faustregel hatte niemand. Statt dessen versuchte Norbert Schneider von der Berliner „Allianz Filmproduktion" die Antwort von Fall zu Fall. Anhand einiger Beispiele belegte er seine These, daß Gewaltszenen nur dort plausibel seien, wo sie für den Handlungsstrang notwendig sind. Alles andere sei „Zucker für den Affen Publikum". Aber soll man soweit gehen nicht zu zeigen? Darüber herrschte Uneinigkeit. Daß die Vergewaltigung und die Selbstjustiz in der „Schwarzwaldklinik" Ausrutscher waren, war hingegen nicht umstritten. Kritisiert wurde auch die zunehmende Gewalt in den Vorabendserien. Bereits früher meinten Sachverständige, es sei skandalös für öffentlich-rechtliche Anstalten, mit Gewalt Zuschauer in der Werbezeit vor 20 Uhr zu ködern.

Auch die Zulässigkeit von Gewalt in Nachrichten und Dokumentationen hänge vom Einzelfall ab, war allgemeine Ansicht. Bestimmte Szenen in den Nachrichtensendungen hätten den Zuschauern besser nicht gezeigt werden sollen. Beispielsweise der bestialische Mord an einer Frau in Südafrika, die wegen ihrer angeblichen Sympathie für die Weißen angezündet und zu Tode getreten wurde. Und das Kind, daß nach dem Erdbeben in Kolumbien langsam ertrank. Die Grenze zwischen berechtigtem Informationsbedürfnis und voyeurhafter Sensationslust ist wohl nur schwer zu finden.

Autobahn nach Holland eröffnet

HELMUT HETZEL, Nimwegen

Als Königin Beatrix der Niederlande und Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern an der deutsch-niederländischen Grenze bei Nimwegen gemeinsam die Grenzbake aufzogen (Foto) und damit ein neues Teilstück im Verlauf der A 57–A 73/77 (E 31) für den Verkehr freigaben, atmeten viele Autofahrer in Holland auf: „Endlich wieder ein neuer ‚Snelweg', eine zusätzliche Möglichkeit, den zahlreichen Staus auszuweichen".

Denn wohl kein Autofahrer in Europa wird zur Zeit mehr vom Stop-and-go-Verkehr und von Verkehrsstaus geplagt als der niederländische – egal, ob er in den Morgenstunden zwischen acht und zehn Uhr von Den Haag in Richtung Rotterdam aufbricht oder ob er nachmittags zwischen 16 und 19 Uhr Amsterdam verlassen und nach Utrecht fahren möchte.

Besonders schlimm ist die Überlastung der Autobahnen in der „Randstad", dem Ballungszentrum zwischen Amsterdam im Norden, Rotterdam im Süden, Den Haag im Westen und Utrecht im Osten. Auf den diese Städte verbindenden Autobahnteilstrecken fluchen stau-gestreßte niederländische Autofahrer am meisten. Das Haager Verkehrsministerium hat daher einen Sonderplan zur Beseitigung der „Nadelöhre" ausgearbeitet. Das im Prinzip dichte Autobahnnetz des Landes soll in den kommenden Jahren vorrangig an den neuralgischen Knotenpunkten erweitert werden.

Daß man nun auch linksrheinisch über Krefeld direkt nach Amsterdam fahren kann, ist daher nicht nur eine neue Reisemöglichkeit für deutsche Holland-Touristen. Die neue Autobahnstrecke eröffnet den Niederländern die Chance, dem „File", wie sie zum Stau sagen, öfter mal ein Schnippchen zu schlagen.

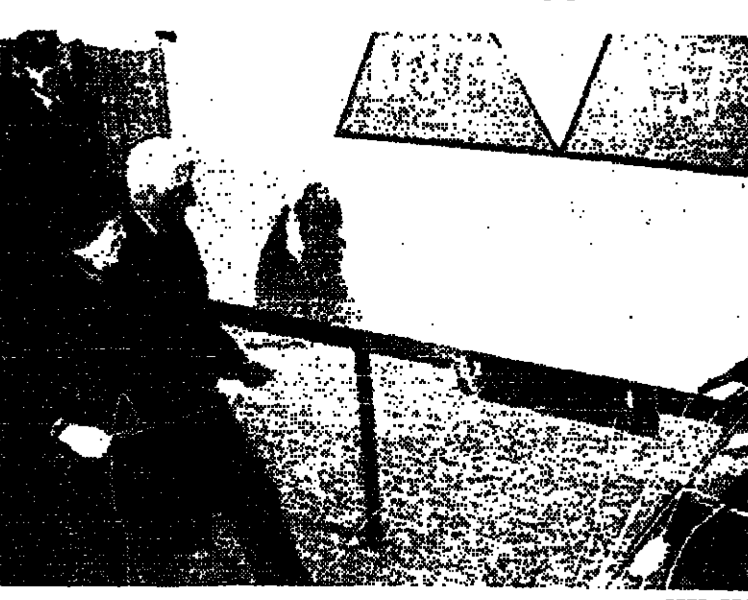


FOTO: DPA

Tiefkühlskandal: Ermittlungen bald abgeschlossen

dpa, Essen

Die Ermittlungen gegen einen Essener Lebensmittelhandel, der bis Anfang 1986 die Haltbarkeit von mehreren Tonnen Tiefkühlkost durch neue Etiketten künstlich verlängert haben soll, stehen vor dem Abschluß. Der Essener Staatsanwalt Udo Hentschel sagte gestern, der Geschäftsführer des Unternehmens habe „Aussagebereitschaft signalisiert".

Nach den bisherigen Ermittlungen hatte die Firma die Haltbarkeitsdaten vor allem von überfälligem Geflügel um bis zu einem Jahr verlängert. Allein im Weihnachtsgeschäft 1985 seien so „mehrere Tonnen" Hähnchen mit einem neuen Datum versehen in die Tiefkühltruhen der Geschäfte gewandert. Eine Verlängerung von bis zu drei Monaten ist nach Rücksprache mit dem Hersteller gesetzlich erlaubt.

Die Behörden waren dem Unternehmen nach Funden in einer Crailsheimer Lagerfiliale auf die Spur gekommen. Eine Durchsuchung ergab auch eine Beteiligung der Essener Geschäftsführung.

Paradies für Spieler

dpa, Essen

Mit mehr als 1000 Spielen starten heute die Internationalen Spieltage in Essen. Die Organisatoren „Spiel '86" erwarten 185 Aussteller aus zehn Ländern und rund 60 000 Besucher in vier Tagen. An allen Ständen kann täglich von zehn bis 21 Uhr gespielt werden.

Probleme mit Altpapier

dpa, Herzberg

Die Papierfabriken können Altpapier aus Müllsortierungen nicht verwerten. Die Verschmutzung dieses Rohstoffes mit Glassplittern und Lebensmittelresten ist in den meisten Fällen so gravierend, daß eine Sortierung nicht sinnvoll ist. Das geht aus einem ersten Erfahrungsbericht des Verbandes Deutscher Papierfabriken zu neuen Wertstofferfassungssystemen hervor, der gestern in Herzberg (Kreis Osterode) vorgelegt wurde.

700 Facharbeiter fehlen

dl. Emden

Remscheider Firmen werden sich morgen in Emden vorstellen, um Facharbeiter anzuwerben. Grund für diese Aktion ist der Mangel an qualifizierten Fachkräften in der 125 000-Einwohner-Stadt. Rund 700 Facharbeiter fehlen dort vor allem in der metallverarbeitenden- und Maschinenbau-Industrie.

Der Trick mit den Ameisen

AP, Berlin

Ein 31jähriger Berliner Polizeibeamter ist wegen Diebstahls und Unterschlagung zu 10 800 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Angeklagte hatte mit einem „Ameisen-Trick" einer 72jährigen Rentnerin 12 000 Mark gestohlen. Unter dem Vorwand „Sie haben Ameisen in Ihrer Wohnung" verschaffte er sich Zutritt in die Wohnung und suchte dabei nach Wertgegenständen. Der inzwischen vom Dienst suspendierte Beamte bestritt die Tat vor Gericht.

ZU GUTER LETZT

Münsters renommierte Karnevalsgesellschaft „Böse Geister" hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in den erlauchten Kreis ihrer „Ehrengeister" aufgenommen. Bei der offiziellen „Taufe" am 28. November wird Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher, Ehrengeist des Jahres 1978, die Laudatio auf seinen FDP-Freund halten.

Politik und Wirtschaft

Die Zukunft der Weltwirtschaft im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft – die Rolle der Unternehmen", so hat der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) sein Weltwirtschaftsforum aus Anlaß seines 125jährigen Jubiläums überschrieben. Eine Problematik, die 1861 in Heidelberg zur Gründung des Handelstags führte. Ging es damals vor allem darum, die Folgen der deutschen Kleinstaaterei zu überwinden, so geht jetzt um die internationalen Rahmenbedingungen, die von den Regierungen gesetzt und innerhalb der sich die Firmen bewegen müssen.

Zwar waren die Bedingungen für die Weltwirtschaft seit langem nicht mehr so günstig wie jetzt. Sinkende Inflationsraten und Zinsen – nur zwei Stichworte, die das verdeutlichen. Und trotzdem: Zunehmender Protektionismus, steigende Subventionen – nur zwei Schlagworte, die zeigen, daß der staatliche Einfluß auf den internationalen Handel eher zu- als abnimmt. Der Technologie-Transfer wird zum Thema der politischen Auseinandersetzung. Bei der Überwindung der Verschuldenskrise sind private Unternehmen und Banken, Regierungen und internationale Organisationen gleichermaßen gefordert.

Der DIHT will jetzt in Berlin, dort wo der Handelstag am längsten seinen Sitz hatte, nach Antworten suchen. Eine notwendige Belebung des Dialogs zwischen Politik und Wirtschaft. Letztlich steht dahinter die Frage: Handelt es sich beim Welthandel um eine Veranstaltung von Unternehmen, richten sich die Warenströme nach komparativen Kostenvorteilen, nach Preisen, nach Verfügbarkeiten, nach Produktinnovationen, oder handelt es sich um einen Konkurrenzkampf von Staaten, geht es um Prestige, finanziert über Subventionen und gelenkt durch Barrieren? Hoffentlich ist der Resonanzboden kräftig genug, um bei den Politikern Eindruck zu schinden. Bisher konnten sich die Ergebnisse des Welthandels immer dann sehen lassen, wenn sich die staatlichen Instanzen zurückhielten.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Der Außenhandel treibt die Entwicklung zügig voran

Fast jeder dritte Arbeitsplatz hängt vom Export ab – Mit ihrer Spezialisierung wird die Wirtschaft immer stärker an den Welthandel gebunden

Die deutsche Wirtschaft wird immer stärker von dem abhängig, was im Ausland passiert. Bereits im vergangenen Jahr hatte die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen einen Anteil von 35 Prozent am Bruttosozialprodukt, eine Quote, die erheblich höher liegt als in den anderen vergleichbaren Industriestaaten. Damit werden Konjunktur und Wachstum, Einkommen und Beschäftigung immer mehr vom Export mitbestimmt.

Nahezu jeder dritte Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt am Außenhandel. Allein das macht bereits verständlich, welches Interesse in der Bundesrepublik an einem störungsfreien Welthandel, an einem funktionierenden Weltwährungssystem und an einer florierenden Weltwirtschaft bestehen muß.

Damit ist auch der politische Stellenwert bestimmt, den der Kampf gegen Protektionismus und gegen erratische Wechselkursschwankungen zukommt. Damit wird aber auch deutlich, welche Hoffnungen aus der *Vollendung des EG-Binnenmarktes* ruhen. Denn in die Gemeinschaft fließt rund die Hälfte der Ausfuhren.

Auch der jüngste Aufschwung wurde bis weit in das vergangene Jahr hinein vor allem vom Export getragen. Der wachsende Auslandsabsatz stimulierte erst 1984 die Investitionen und in den vergangenen Monaten auch den privaten Verbrauch. Ein ähnlicher Konjunkturverlauf wurde in den vergangenen 40 Jahren immer wieder registriert. Läuft der Export, dann springt mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch die Binnennachfrage an. Dieser Prozeß läuft jetzt gerade wieder ab.

Allerdings muß keineswegs mit einem Einbruch im Außenhandel gerechnet werden, auch wenn die Zuwachsraten mit real rund zwei Prozent 1986 hinter denen der Vorjahre zurückbleiben werden. Das liegt nicht am gesunkenen Dollarkurs, jedenfalls nicht in erster Linie. Vielmehr ist die weltwirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Die Konjunktur in den USA läuft schlechter als vorausgesagt worden war. Selbst in Japan wurde die Entwicklung gedrückt. Die Nachfrage aus dem Opec-Raum schrumpft als Folge des Ölpreisverfalls. Die hochverschuldeten Entwicklungsländer können ihre Auslandskäufe auch nur schwach steigern. Das gelte auch für den Ostblock, wo Planungsprobleme noch hinzukommen. Und in Europa ist die Konjunktur noch nicht in dem Maße in Schwung gekommen, wie aufgrund des Ölpreisverfalls gehofft wurde.

Damit dürfte der Exportzuwachs in diesem Jahr hinter der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate leicht zurückbleiben. Dagegen wird die Einfuhr um real sieben bis acht Prozent anziehen. Dazu trägt nicht nur bei, daß die Anbieter aus dem Dollarraum preislich wettbewerbsfähiger geworden sind, sondern die Läger werden auch wieder aufgestockt. Entscheidend ist jedoch die Zunahme der Binnennachfrage. Da die Einfuhrpreise stark gesunken sind, klettert der Handelsbilanzüberschuß auf ein Rekordniveau von rund 100 Milliarden Mark, nachdem bereits 1985 ein Aktivsaldo von 73 Milliarden registriert worden war.

Und daran dürfte sich auch im nächsten Jahr wenig ändern, obwohl die Tendenz anhält, daß die Einfuhren rascher als die Ausfuhren steigen. Dieser Effekt wird durch die Wechselkursverschiebungen allerdings in nominaler Rechnung kompensiert. Und das, obwohl die Importe wohl auch 1987 real um fünf bis sechs Prozent zulegen dürften. Allerdings könnte auch der Anstieg der Exporte mit drei bis vier Prozent wieder leicht die Zunahme des Bruttosozialprodukts übertreffen. Die deutsche Wirtschaft wird damit noch stärker als bisher in die Weltwirtschaft verflochten.

Diese Entwicklung war für die Bundesrepublik von Anbeginn an eine Notwendigkeit. Verglichen mit der Zeit vor dem Kriege stieg bis Ende 1950 vor allem durch den Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen aus Ost- und Mitteldeutschland die Bevölkerung im Bundesgebiet von 43 auf 50,3 Millionen. Ende 1954 waren es bereits 54,3 Millionen.

Ohne einen raschen Aufbau der Industrie hätten die notwendigen Arbeitsplätze nicht geschaffen werden können. Ein entscheidender Impuls ging bereits damals vom Export aus, obwohl die Voraussetzungen gar nicht so günstig waren. Im Osten waren wichtige Absatzgebiete verlorengegangen, der Zugang war gesperrt. Im Westen hatten andere den deutschen Platz eingenommen, vor allem Großbritannien. 1949 war der britische Export mit 6,6 Milliarden Dollar sechsmal so hoch wie der deutsche. Zehn Jahre später hatten die deutschen Firmen den Rückstand wettgemacht.

Zunächst standen die Signale gar nicht so günstig für die Ausfuhr. Die Militärbehörden hatten 1948 den Dollarkurs auf 3,33 Mark festgesetzt. Als kurz darauf einige europäische Währungen gegenüber der Leitwährung abwerteten, zog auch die Mark mit, allerdings lange nicht so kräftig, wie die anderen. Der neue Dollarkurs, der bis zum 5. März 1961 galt, lag bei 4,20 Mark, also just dort, wo er auch 1933 gelegen hatte. Bei der Festsetzung hatte neben ökonomischen und politischen Argumenten eben auch politisch eine wichtige Rolle gespielt. Die Stimulierung der Exporte war nicht das ausschlaggebende Motiv.

Entscheidend für den damaligen Exportboom war der Koreakrieg. Er löste einen weltweiten Nachfragesog aus. Die deutsche Wirtschaft war lieferfähig, weil die Binnenkonjunktur lahmte.

Die Ausfuhr war 1951 um nahezu Dreiviertel höher als im Jahr zuvor. Die Leistungsbilanz wies damals sogar einen leichten Überschuß auf.

Die deutsche Wirtschaft konnte in den folgenden Jahren ihre alte Stellung in der Weltwirtschaft nicht nur zurückerobern, sondern sogar ausbauen. Zwischen 1950 und 1954 lag der deutsche Anteil an den Weltimporten bei 4,6 Prozent. Er kletterte bis zur ersten Hälfte der siebziger Jahre auf 9,1 Prozent. Seitdem ist er leicht auf 7,6 Prozent im vergangenen Jahr gesunken. Ähnlich sieht es auf der Exportseite aus. Zwischen 1950 und 1974 bestritt die deutsche Wirtschaft 4,9 Prozent der Weltausfuhr. 20 Jahre später waren es 11,1 Prozent. Allerdings konnte dieser Anteil nicht gehalten werden. Er ging auf 9,6 Prozent im vergangenen Jahr zurück.

1861 1986 DIHT

Ein Zeichen für die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft? Wohl kaum. Als Indikator reicht dieses nicht, ebensowenig wie der hohe Exportüberschuß ein Zeichen für wachsende Stärke ist. Vielmehr signalisiert der Vergleich das Vordringen neuer Anbieter auf den Weltmärkten. Dazu zählt zwar auch Japan, das sich langsam an das deutsche Exportniveau herangeschoben hat.

Aber vor allem die Schwellenländer in Südostasien und Südamerika konnten sich behaupten. Gegen deren Standardprodukte haben es die etablierten Industrieländer häufig schwer. Allerdings können deutsche Anbieter teilweise deren Vorteil geringerer Lohnkosten und niedriger Steuern dadurch wettmachen, daß sie mehr zu bieten haben – von der Liefersicherheit über gut ausgebautes Kundendienstnetz bis hin zum Service und zur Finanzierung.

Allerdings ist das kein sanftes Ruhekissen. Im Gegenteil. Hinzu kommt, daß der Produktzyklus immer kürzer wird, daß auf eine Neuerung immer rasch eine andere folgt. Die deutsche Wirtschaft muß mitziehen. Im Strukturwandel kann es keine Atempause geben. Die Investitionen nicht nur in das Sachkapital, sondern gerade auch in die Aus- und Weiterbildung müssen ständig erweitert werden. Das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer ist das Pfund, mit dem eine so hohe rohstoffarme Wirtschaft wie die deutsche wuchern kann.

Auch diese Vorteile werden sich nur auszahlen, wenn sich der Warenaustausch verhältnismäßig frei entwickeln kann. Der Protektionismus verhindert den Fortschritt. An welchem Markt sollen sich die Firmen orientieren? Am kleineren heimischen Markt, der relativ sicher ist, oder am Weltmarkt? Für die Aktivitäten ist das ganz entscheidend.

Freihandel kann allerdings keine Einbahnstraße sein. Importe gehören dazu, auch wenn selbst in der Bundesrepublik dafür teilweise die Einsicht fehlt, vor allem wenn Anbieter im Wettbewerb nicht mehr mithalten können und durch Einfuhren verdrängt werden. Die Spezialisierung geht aber weiter. Damit wird die deutsche Wirtschaft immer stärker in die Weltwirtschaft verwoben. Seit Beginn der fünfziger Jahre ist der Anteil der Ausfuhren am Bruttosozialprodukt von gut elf Prozent auf mehr als das Dreifache gestiegen. Darin liegt sicherlich eine Hauptursache für die Zunahme des Wohlstandes.

Dieser Prozeß ist noch lange nicht zu Ende. Und wächst der Einfluß der Weltwirtschaft auf das, was in der Bundesrepublik geschieht. Unter dem Strich dürfte der Nutzen größer sein als das, was man als Verlust finanzieren muß. Allerdings folgt daraus auch, daß eine Erkältung in den USA beispielsweise leichter zu einem Schnupfen auch bei uns führen kann. Da jedoch die wechselseitigen Beziehungen insgesamt enger werden, muß auch das Interesse in allen Regionen zunehmen, daß der Ausbruch einer neuen Epidemie mit allen Mitteln vermieden wird.

HANS DACHS

Überschüsse – kein Maßstab

Je mehr, desto besser – auf diesen simplen, allzu simplen Nenner wird nach wie vor gern die Diskussion um die Überschüsse in den Außenbilanzen gebracht. Immerhin hat sich die deutsche Leistungsbilanz seit 1980 gewaltig verbessert. Damals wurde ein Rekorddefizit von 28,6 Milliarden Mark registriert. Und im vergangenen Jahr wurde wieder ein Rekord gemeldet, der Aktivsaldo lag bei 38,6 Milliarden Mark. In diesem Jahr könnte er auf das Doppelte ansteigen.

Ein Zeichen für die Leistungskraft? Das wäre zu einfach. Immerhin ist der reale Außenwert der D-Mark bis in das vergangene Jahr hinein gesunken. Das Austauschverhältnis, die Terms of trade, haben sich verschlechtert. Auch der Überschuß in der Handelsbilanz ist von 8,9 Milliarden Mark 1980, wenn auch unter Schwankungen, auf 73,3 Milliarden Mark 1985 geschossen; 1986 dürften es sogar mehr als 100 Milliarden werden. Gleichzeitig sank jedoch der deutsche Anteil an den Weltexporten.

Als sich der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1969 mit seinen Vorschlägen zum Abbau des „Überschußungleichgewichts" zu Wort meldete, lag der Aktivsaldo im Jahr zuvor bei drei Prozent des Bruttosozialprodukts. Im vergangenen Jahr waren es vier, und in diesem dürften es sogar fünf Prozent werden. Trotzdem läuft die Diskussion über die Überschüsse jetzt noch in der Bundesrepublik in anderen Bahnen. Der Hauptgrund: Die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit. Die starke Nachfrage aus dem Ausland gilt in dieser Hinsicht als hilfreich, um mit den Problemen am Arbeitsmarkt fertig zu werden.

Gerade für das Ausland, vor allem für die Vereinigten Staaten, liegt in den hohen deutschen Überschüssen der Stein des Anstoßes. Wegen der Überschüsse in der Leistungsbilanz wird von der Bundesrepublik eine stärkere konjunkturelle Gangart gefordert – niedrigere Zinsen und Ankurbelung der Nachfrage. Da hilft auch nicht der Hinweis, der reale Exportüberschuß werde bereits in diesem Jahr sinken, weil preisbereinigt die Einfuhren erheblich stärker als die Ausfuhren steigen werden. Die Diskussion bleibt, auch die Unsicherheit bei den Wechselkursen. Mk.

Der alte Kontinent ist aufgewacht

Europa mischt wieder vorne mit, und Berlin spielt dabei eine führende Rolle

Von EBERHARD DIEPGEN

Als vor 125 Jahren der Deutsche Handelstag als Vorläufer des Deutschen Industrie- und Handelstages gegründet wurde, war Europa der Kontinent der Innovation und der Industrie, des Handels und des technischen Fortschritts. Konkurrenz gab es weder aus den Vereinigten Staaten noch aus Japan.

Vor 100 Jahren wurde das erste Auto gebaut – von den Europäern Daimler und Benz. Vor 50 Jahren entwickelte der Berliner Konrad Zuse die erste echte Vorläuferin des modernen Computers, eine Großrechenmaschine mit 2200 Relais. Aber schon der von 1898 bis 1905 amtierende amerikanische Außenminister John M. Hay formulierte den Satz: „Das Mittelmeer ist das Meer der Vergangenheit, der Atlantik das Meer der Gegenwart, der Pazifik aber das Meer der Zukunft."

Ich bin überzeugt, daß Hay im Unrecht war. Das Pazifische Becken mag Zukunft haben, aber Europa auch. Der alte Kontinent ist aufgewacht. Und Berlin spielt dabei eine führende Rolle.

Sicher, das Pazifische Becken erwirtschaftete in den 70er Jahren ein fast doppelt so hohes Wachstum wie Europa. Den Marktanteil bei Mikrochips hielten die USA und Japan zu 90 Prozent. Dennoch: Made in Europa und insbesondere Made in Germany sind nicht zu unterschätzen. Nicht allein die produzierten Chips weisen den Weg in die Zukunft. Bei einer breiteren Definition des Begriffs Hochtechnologie ist der Anteil insbesondere der Bundesrepublik Deutschland am Weltmarkt stabil. Allein Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik halten bei Industriegütern 35 Prozent des Weltmarktanteils noch vor den USA mit 30 Prozent und Japan mit 16 Prozent.

Die Breite und Ausgewogenheit der europäischen und insbesondere der deutschen Produktionspalette, ihre marktbezogene Anwendbarkeit und die Fähigkeit, komplexe Systemlösungen aus einzelnen Komponenten anzubieten, können sich sehen lassen. Europa ist gut oder führend im Anlagenbau, bei der Chemie, dem Maschinenbau und der Metallverarbeitung, in der Luftfahrt, der Rohstoffverarbeitung und nicht zuletzt bei der Kommerzialisierung neuer Software-Produkte. Aus dem stärkeren Umweltbewußtsein der Deutschen erarbeiten wir uns Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt von morgen. Die Bundesrepublik Deutschland hat zudem den weltweit höchsten Anteil an Ausgaben für Forschung und Entwicklung – bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – und liegt bei Patentanmeldungen sowohl bei Auslandsanmeldungen allgemein als auch bei Schlüsselpatenten auf dem zweiten Platz.

Und in der Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland liegt Berlin mit 180 wissenschaftlichen Instituten mit vorne. Mit nur drei Prozent der Bevölkerung beschäftigt Berlin elf Prozent aller Mitarbeiter in diesem Bereich in unserem Land.

Die Vorteile einer Strukturpolitik und von Rahmenbedingungen, die verstärkt die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft fördern, schlagen sich in vielen Indikatoren nieder, zum Beispiel:

- 38 000 zusätzliche Arbeitsplätze zwischen Juli 1983 und Juni 1986;
- Großinvestitionen durch Firmen wie IBM, Siemens, Springer, Osram und Nixdorf;

Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen
FOTO: WERNER SCHÜRING

- steigende Exporte – 1985 um 23,6 Prozent höher als im Vorjahr, zwischen Januar und Juni 1986 nochmals um 5,5 Prozent höher;
- und ein verstärktes Engagement auch von amerikanischen Firmen.

Berlins Standortvorteile lassen sich allerdings nicht nur auf die kurzen Wegen zwischen Labor und Produktionsstätte reduzieren. Sie alle hier aufzuführen würde aber den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

In Europa sind der Kulturpessimismus und die Technikfeindlichkeit nahezu überwunden, gerade bei den jungen Menschen. Das heißt allerdings auch, dennoch nüchtern und zuweilen kritisch nach dem wirtschaftlichen, aber auch dem ethischen Wert von bestimmten Techniken zu fragen.

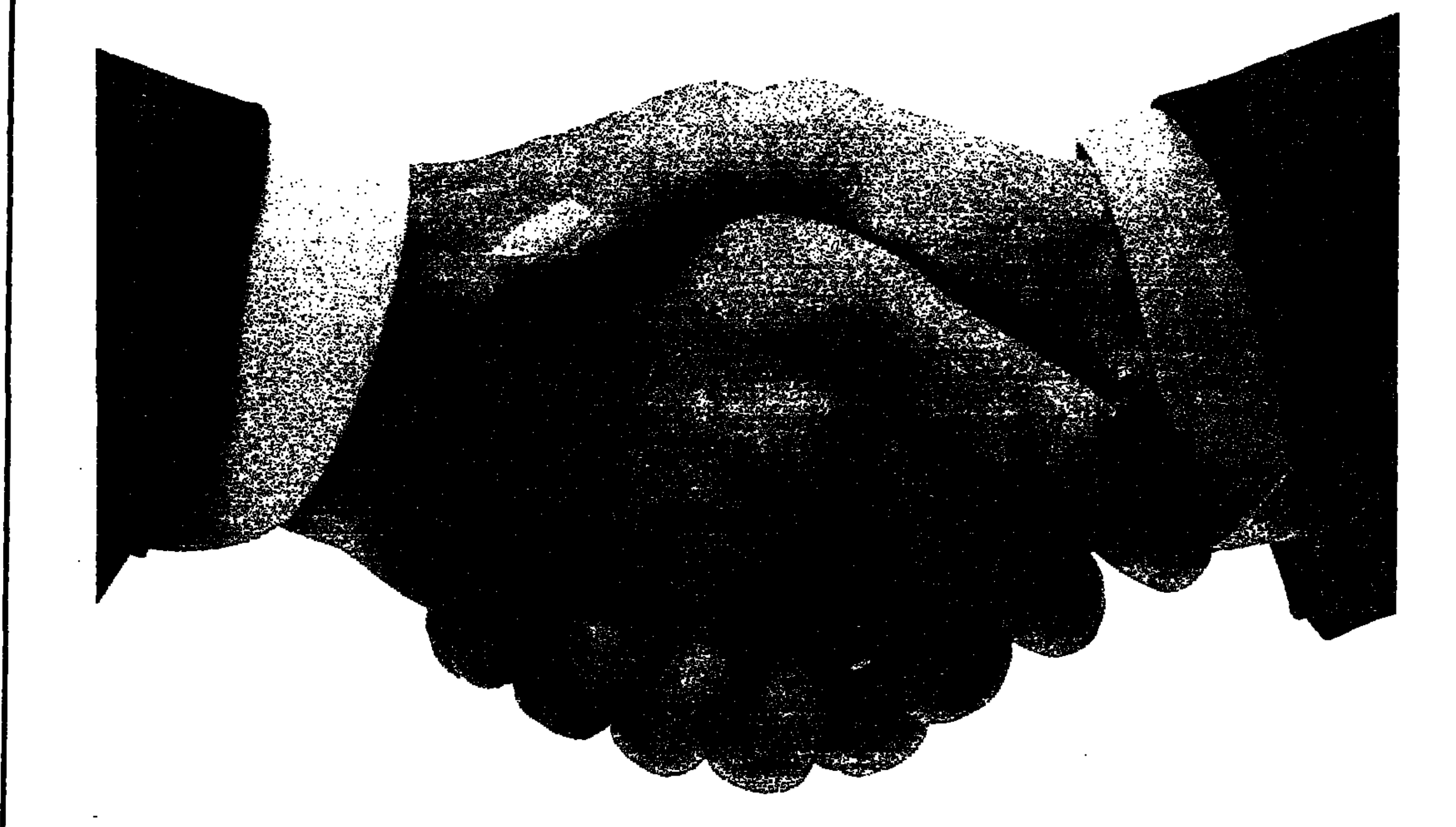
In Europa befindet sich eine weltweit einzigartige Konzentration kraftvoller und stabiler Demokratien. Von den 27 Mitgliedsländern der Weltbank, die das höchste Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt aufweisen, sind 15 – mehr als die Hälfte – europäische Staaten. Die amerikanische Wirtschaft und die politischen Interessen der USA sind mit denen Europas aufs engste verflochten. Wenn die USA wirklich dabei sein sollten, sich wirtschaftlich von Europa hinweg zum Pazifik zu orientieren, so möchte ich zumindest zu bedenken geben, ob sich das wirtschaftlich und politisch auszahlt.

Präsident Reagan hat in seiner Rede in Straßburg vor dem Europäischen Parlament uns Europäer ermuntert: „Europa, du bist größer, als du glaubst. Ein neues Europa an der Schwelle eines neuen Jahrhunderts – eine demokratische Gemeinschaft, die auf vieles stolz sein kann."

Nun hört man neuerdings aber auch andere Töne. Beklagte man früher aus den USA – zu Recht – den Europessimismus, so ist es heute europäische Eigenwilligkeit im Wirtschaftlichen und Schwächlichkeit im Politischen, was man an Europa kritisiert. Manches an dieser Kritik trifft sicher zu.

Wir müssen selbstkritisch anmerken, daß es nicht genügt, von Europa aus kluge Ratschläge zu geben und selbst untätig zu bleiben. Ich denke hier zum Beispiel an die Libyen-Frage. Aber andererseits ist es richtig, was Präsident Reagan an gleicher Stelle in Straßburg gesagt hat: „Wir betrachten ein starkes Europa auch weiterhin nicht als einen Rivalen, sondern als einen um so stärkeren Partner." Mit anderen Worten: Wer ein starkes Europa auch vor dem Hintergrund der Ost-West-Problematik will, das mehr Verantwortung an der Seite der USA übernimmt, der muß – auch in den USA – mit europäischem Selbstbewußtsein leben.

Wer Europa abschreibt, macht einen großen Fehler. „Good old Europe" wird auch im 21. Jahrhundert kein Museum für die gute alte Zeit sein. Wir haben die Kraft, aus Tradition und Geschichte Neues zu entwickeln. Sicher werden wir nicht wie in früheren Jahrhunderten auf allen Gebieten die Nummer eins sein oder bleiben, aber Europa mischt wieder vorne mit. Und Berlin in der Mitte Europas ist dabei.





Ständige Anpassung durch Flexibilität

Berufsausbildung: Die Gestaltungsfreiheit erhalten

Von H. G. BORGMANN

Die Veränderung des Umfeldes für unsere Arbeit geht weiter. Evolutionen in Technik und Wissenschaft machen verstärkte Anstrengungen in der Aus- und Weiterbildung notwendig. Einmal vermittelte Fertigkeiten und Kenntnisse werden nicht für ein ganzes Arbeitsleben ausreichen. Deshalb muß die Befähigung zur Anpassung an sich ständig ändernde Anforderungen am Arbeitsplatz größere Bedeutung erhalten. Dies schließt die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen oder sozialen Fähigkeiten wie Verantwortungsbereitschaft, Kooperationsbereitschaft, Transferfähigkeit, Kritikfähigkeit, Zuverlässigkeit und psychische Belastbarkeit ein. Sie werden fachliche Fertigkeiten und Kenntnisse nicht ersetzen, sie können aber auch nicht losgelöst von der betrieblichen Praxis vermittelt werden. Nur die Ausbildung im Betrieb bietet dafür die Voraussetzungen.

Weder Meldepflicht noch Ausbildungsumlagen

Daher ist es nach unserer Auffassung die vornehmste politische Aufgabe der Berufsbildungspolitik, Bestand und Funktionsfähigkeit der betrieblichen Ausbildung zu sichern. Die Ausbildung des Nachwuchses ist Ausfluß unternehmerischer Tätigkeit, so daß sich die berufliche Ordnungspolitik in diesem Bereich ebenfalls an marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausrichten muß.

Das bedeutet freie Entscheidung über die Ausbildungstätigkeit, also Verzicht auf die Einführung einer Ausbildungspflicht – oder wie neuerlich vom DGB im Rahmen seiner Vorwahlkampagne zur Jugendarbeitslosigkeit wieder gefordert – eine Meldepflicht von Ausbildungsstellen – und zur Festsetzung von Ausbildungsquoten. Auch in Zukunft muß die einzelbetriebliche Finanzierung der Ausbildungskosten als Betriebsausgaben gewährleistet sein. Dies heißt, daß auf Ausbildungsumlagen und Finanzierungsfonds verzichtet wird und nicht erneut – wie dies jüngst die SPD getan hat – untaugliche Gesetzentwürfe zur kollektiven Finanzierung der Berufsausbildung im politischen Raum diskutiert werden.

Wir müssen darauf Wert legen, daß den Betrieben auch in Zukunft Gestaltungsfreiheit bei der Berufsausbildung verbleibt. Dies heißt auch, daß man auf verbindliche Vorgaben bei den Ausbildungsordnungen verzichtet, zum Beispiel auf die Vorgabe von Mitteln und Methoden für die Durchführung der Ausbildung, die über inhaltliche Mindeststandards hinausgehen. Nur eine solche Flexibilität ermöglicht die für die betriebliche Berufsausbildung kennzeichnende ständige Anpassung an den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt, ohne daß es laufend zu einer bürokratisch aufwendigen Veränderung der Ausbildungsordnungen kommen müßte.

Bei der Neuordnung von Ausbildungsberufen darf nicht darüber hinweggegangen werden, daß einzelne Wirtschaftszweige und Tätigkeitsbereiche unterschiedliche Anforderungen an die Ausbildung, insbesondere in kognitiver Hinsicht, stellen. Eine Entsprechung findet diese Feststellung in dem Faktum, daß auch die Begabung der Jugendlichen verschiedenartige Schwerpunkte aufweist. Auch den Jugendlichen mit im Schwerpunkt praktischer Begabung sollte ein qualifiziertes Ausbildungsangebot gemacht werden können.

Der DIHT hat sich kürzlich für eine allmähliche Rückführung von Ausbildungssubventionen ausgesprochen, und zwar bedarfsgerecht, also dem langsamen Nachlassen des Bewerberdruckes angepaßt. Damit nehmen wir auch den Kritikern an der derzeitigen teilweisen „Mischfinanzierung" des betrieblichen Ausbildungssystems den Wind aus den Segeln und legen die finanzielle Verantwortung wieder ausschließlich dorthin zurück, wohin sie für den betrieblichen und auch den überbetrieblich durchgeführten Teil der Ausbildung gehört, nämlich zu den Betrieben selbst. Dies gilt im übrigen auch für die Weiterbildung.

Berufliche Weiterbildung wird, mehr noch als bisher, in Zukunft vom Einzelnen als persönliche Investition für den beruflichen Aufstieg und die Sicherung des sozialen Status betrachtet. Weiterbildungskonzepte der Zukunft sollten von vornherein die wachsende Freizeit und die flexible Arbeitszeit berücksichtigen und damit das Interesse des Einzelnen, sich selbstverantwortlich weiterzubilden. Es sollte auch geklärt werden, ob die Weiterbildung für Berufstätige in Zukunft noch überwiegend nach dem Arbeitsförderungsgesetz gefördert werden muß oder ob nicht neue Formen der Einzelfinanzierung, wie beispielsweise das Bildungssparen, vorzuziehen sind.

Dagegen sind Freistellungsansprüche, wie sie bisher in den Bildungsurlaubsgesetzen einzelner Länder verankert sind, nicht sachgerecht. Soweit Freistellungsansprüche für Weiterbildung überhaupt als notwendig erachtet werden, sollten sie von den Tarifpartnern vereinbart werden.

Die Weiterbildung der Wirtschaft hat zwei Aufgaben: Sie soll einerseits den Absolventen der dualen Berufsausbildung zum beruflichen Aufstieg verhelfen und andererseits die Arbeitnehmer befähigen, Kenntnisse, Fertigkeiten aber auch soziale Fähigkeiten zu erweitern oder zu aktualisieren. Gerade dieser Aspekt wird in den nächsten Jahren eine immer größere Rolle spielen.

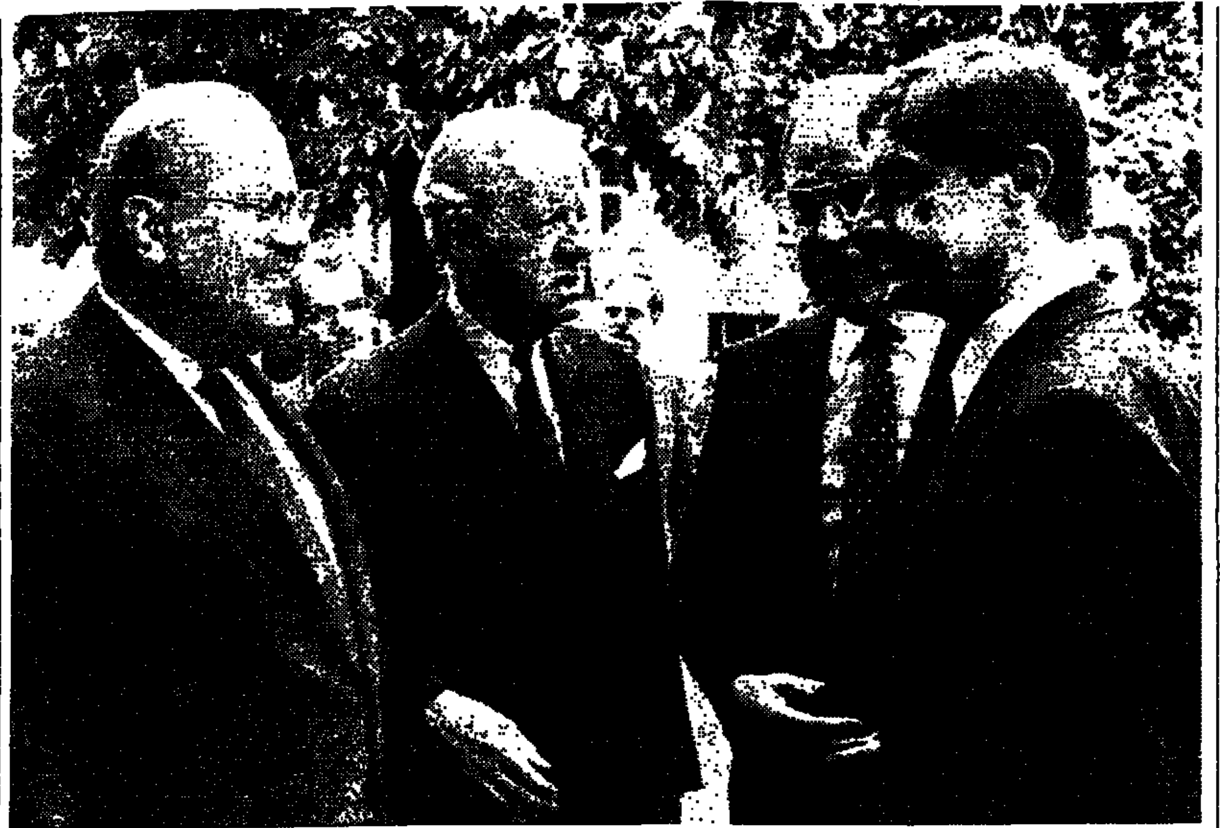
Weiterbildungskonzepte, die diesem Ziel gerecht werden wollen, müssen flexibel und anpassungsfähig sein. Dabei kommt es darauf an, die Vielfalt der Träger als Antwort auf den vielfältigen Bedarf der Unternehmen und der Arbeitnehmer in den verschiedensten Branchen und Regionen zu erhalten und zu stärken.

Das duale System – ein Wettbewerbsvorteil

Die Industrie- und Handelskammern und der DIHT bemühen sich, diesen Ansprüchen mit Konzepten gerecht zu werden, die insbesondere eine Qualifizierungswelle für neue Techniken auslösen sollen. Die Kammerorganisation steht hier in laufender Rückkoppelung mit den Unternehmen und ihren Bedürfnissen.

Die Kammern und der DIHT tragen damit dazu bei, neben dem öffentlichen Bildungssektor einen eigenständigen Bildungsbereich der Wirtschaft auszubauen. Gleichzeitig wird damit die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung gefördert, nämlich dann, wenn Aus- und Weiterbildung in der Wirtschaft bei beruflicher Bewährung auch zu beruflichen Positionen führen können, die bisher von Hochschulabsolventen eingenommen werden. Dann wird das duale System in Verbindung mit der beruflichen Weiterbildung den zukünftigen Wettbewerb mit den staatlichen Bildungswegen angesichts der kleinen Jahrgänge bestehen können.

Der Autor ist Vorsitzender des DIHT-Bildungsausschusses und Präsident der IHK zu Münster



„Kleine Konferenz" von Regierung und Wirtschaft: Wirtschaftsminister Bangemann, DIHT-Präsident Wolff von Amerongen, Bundeskanzler Kohl und DIHT-Hauptgeschäftsführer Schoser (von links nach rechts) FOTO: DIE WELT

Die Quelle des „Lebenselixiers" Freihandel wird wieder sprudeln

Von OTTO WOLFF von AMERONGEN

Unternehmerisches Handeln braucht Freiräume: im eigenen Land und im Welthandel. Wer wüßte das besser als die erfolgreiche exportorientierte deutsche Wirtschaft. Und wissen könnten es auch alle wirtschaftspolitisch Verantwortlichen, wenn sie des prosperierenden Welthandels nach dem Zweiten Weltkrieg gedächten: Das Erfolgsgeheimnis der Marktwirtschaft liegt eben darin, daß belohnt wird, wer länger, härter, kreativer und besser arbeitet als andere, wer die besseren Ideen hat, die preiswerteren Produkte anbietet. Der Eigennutz wird in einem System des Wettbewerbs in den Dienst des Gemeinwohls gestellt. Durch die Phantasie der Unternehmen werden neue Märkte aufgespürt und erschlossen. Das führt zu Wohlstand, wenn sich die Leistungsfähigkeit frei über Grenzen hinweg auf immer größeren Märkten bewähren kann.

Und dennoch sind diese Freiräume immer wieder gefährdet: durch künstliche Handelsbarrieren, Zölle, Kontingente, durch dirigistische Eingriffe des Staates, vielfach verbrämt durch vermeintlich wohlmeinende Absichten. Ein Grund ist, daß Wettbewerb untereinander von den Marktteilnehmern selten als angenehm empfunden wird. Immer wieder werden Versuche unternommen, ihn zu umgehen oder ihn zum Nachteil anderer auszuschalten. Die Wirtschaft war und ist auch heute noch in vielen Fällen auf staatliche Hilfen fixiert, wenn Wettbewerb unangenehm wird, leider in einigen Fällen auch dort, wo Subventionen und Schutz des Marktes nach außen leicht entbehrlich sein können. Und je länger der Druck von Arbeitslosigkeit auf Branchen und damit Regierenden lastet, desto lauter werden die Stimmen derer, die den dynamischen Kräften des Marktes mißtrauen und die nach Eingriffen und Reglementierungen rufen.

In die Schußlinie geraten allerorts zuerst die Waren von außen. Ihnen wird eilfertig die Schuld für heimische Arbeitsmarktmiseren zugeschoben. Nicht die eigene Schwäche, die eigenen Versäumnisse, sondern die Stärke der anderen wird zum Adressaten des Tadels und des Angriffs. Schnell droht der Handel über Landesgrenzen hinweg in einer Flut nationaler Egoismen zu ertrinken. Offensichtlich sitzt den Staaten – entgegen ihren öffentlichen Beteuerungen – das weiche Hemd des Importschutzes näher als der rauhe Rock des freien Warenverkehrs. Die Historie des Marktschutzes ist lang – das Spektrum der Abwehrmaßnahmen groß.

Auch wenn der Freihandel nach dem Zweiten Weltkrieg grosso modo eine Renaissance erlebte, von der vor allem die leistungsstarken Industrieländer profitierten, so wächst doch auch noch täglich die Liste von Industrieprodukten, denen irgendwo auf der Welt der Marktzugang erschwert oder versperrt wird. Nicht nur in Ländern, deren Industrien erst im Aufbau begriffen sind, sondern auch in traditionellen Industrieländern, deren Produktionsstrukturen veraltet sind und sich als Rezeptur verschreiben, für die Übergangszeit der sogenannten „Anpassung" den Weltmarkt auszublenden. Der Streit um Freihandel und Protektionismus ist also so alt wie die Wirtschaft und der Staat. Die Bundesrepublik Deutschland selbst hat in der Nachkriegszeit den marktwirtschaftlichen Weg in die internationale Arbeitsteilung gesucht und ist auch in Krisen selten vom Pfad des Freihandels abgewichen. Das war ihr Erfolgsrezept, darauf basiert ihr großer außenwirtschaftlicher Erfolg. Das Prinzip führt zur Stärke durch Qualität. Es half selbst hohe Handelsbarrieren und Restriktionen auf den Weltmärkten zu überwinden.

Den Anhängern des Freihandels bläst derzeit wieder ein scharfer Gegenwind ins Gesicht. Zwar zeigt eine Skizze der weltwirtschaftlichen Lage hellere Farben als vor einigen Jahren: Die Inflationsraten sind drastisch gesunken, die Wachstumsraten sind höher als in den frühen 80er Jahren, die Zinsen sind stark gefallen, beim Abbau der Arbeitslosigkeit beginnen sich endlich Erfolge einzustellen. Doch ungelöst bleiben immer noch strukturelle Probleme in der Weltwirtschaft: Die Handels- und Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen den großen Wirtschaftsblöcken, die Verschuldung der Entwicklungsländer, Protektionismus mit neuen Spielarten und die noch mangelnde Konsolidierung der Staatshaushalte in so wichtigen Ländern wie Japan, Italien und vor allem den USA mit ihren „Zwillings-Defiziten" Außenhandelsbilanz und Budget. Solange das ungelöst ist, kommt es immer wieder zu für den Welthandel schädlichen Ersatzhandlungen in der Handelspolitik, handelspolitische Drohgebärden lösen sich mit Aufforderungen ab, unter dem Kessel der „Konjunktur-Lokomotive" mehr Feuer zu entfachen.

Ein weiteres leidiges, dirigistisch und subventionistisch geprägtes Feld ist die Landwirtschaft. Inzwischen trägt der landwirtschaftliche Sektor fast überall auf der Welt allzu starke Züge eines mit riesigen Summen betriebenen, das heißt subventionierten Staatshandels. Da trägt auch Europa ein gerüttelt Maß Schuld.

Die Folge ist, daß die europäische Agrarpolitik uns im gewerblichen Bereich handlungsunfähig macht, und zwar sowohl in der Präsentation der Argumente als auch in der Aufbringung der finanziellen Mittel, die schließlich Lasten für alle Bürger und Unternehmen in der Gemeinschaft sind. Europa ist hier dringend reformbedürftig.

Wenn es der neuen Gatt-Runde gelingen sollte, hier entsprechenden Druck auszuüben, um die Lähmung der europäischen Agrarpolitik zu beenden, um so besser. Wenn dieses Thema allerdings dazu herhalten soll, von dem anderen Hauptschauplatz, dem gewerblichen Sektor mit seinen vielfältigen Neoprotektionismen und insbesondere seinen mehr als hundert Selbstbeschränkungsabkommen abzulenken, die mit dem Gatt unvereinbar sind, dann ist das eine falsche Zielrichtung.

Europa für den Weltmarkt als Marktpartner wettbewerbsfähig zu halten, ist eine ständige Aufgabe. Sie bedeutet Offenheit gegenüber den Angeboten aus Drittländern im Waren-, Kapital- und Dienstleistungsbereich; bedeutet zweitens Abbau bürokratischer und abgabepolitischer Lasten der privaten Wirtschaft durch den Staat.

Ich bin überzeugt, daß wir dann Europa, aber auch die Weltwirtschaft auf dem Pfad des Wachstums und des Wohlstandes halten können: Wenn die Quelle des „Lebenselixiers" Freihandel wieder kräftig sprudelt.

Der Autor ist Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Bonn

1861 1986 DIHT

Sinnvolle Kombination aller Technologien

Die internationalen Chancen und Probleme

Von BERTHOLD LEIBINGER

Die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt durch einen Mangel an natürlichen Rohstoff- und Energievorkommen, durch eine starke Kostenbelastung der Wirtschaft (hohe Löhne, Steuern und Abgaben aller Art) sowie durch einen vergleichsweise kleinen Binnenmarkt. Trotz dieser „Standortnachteile" gehört die Bundesrepublik zu den führenden Industrienationen. Ihre starke Position im internationalen Wettbewerb kommt nicht zuletzt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Bundesrepublik rund 30 Prozent ihres Bruttosozialprodukts im Export von Gütern und Dienstleistungen erarbeitet.

Die rohstoff-, kosten- und marktbedingten Nachteile unserer Wirtschaft konnten in der jüngeren Vergangenheit vorwiegend durch die Produktion qualitativ hochwertiger Güter kompensiert werden.

Mit der zunehmenden Industrialisierung bisheriger Schwellenländer – und der damit verbundenen Verschärfung des Wettbewerbs auf den internationalen Märkten – gewinnt dagegen die ständige Weiterentwicklung und die ökonomische Nutzanwendung moderner Hochtechnologien immer mehr an Bedeutung. Nur durch hinreichenden technologischen Vorsprung, nur durch Einsatz von moderner Hochtechnologie, lassen sich bestehende Wettbewerbsnachteile auf Dauer kompensieren.

Technischer Fortschritt durch den Einsatz moderner Hochtechnologie manifestiert sich nicht nur in der Schaffung neuer intelligenter Produkte, sondern führt auch zu einer ständigen Verbesserung der Fertigungstechnik. Dazugehörender Einsatz moderner Mikroelektronik etwa bei der Steuerung von Werkzeugmaschinen und Handhabungssystemen sowie die Zusammenfassung einer Vielzahl verschiedener Bearbeitungsgänge in hochflexiblen Bearbeitungszentren. Darüber hinaus wird im Zuge einer zunehmenden Rationalisierung industrieller Fertigungsprozesse die rechnergestützte Durchführung aller Planungs-, Steuerungs- und Kontrollfunktionen sowie die Vernetzung verschiedener Teilfunktionen – wie etwa der Konstruktion und Fertigung oder der Materialwirtschaft, der Fertigung und des Rechnungswesens – auf Dauer unentbehrlich sein. Ihren vorläufigen Höhepunkt wird diese Entwicklung in der Realisierung eines umfassenden CIM-Konzeptes (Computer Integrated Manufacturing) finden.

Nur die Effizienz ist das Erfolgsbarometer

Der zunehmende Rationalisierungsdruck in der industriellen Fertigung wird aber nicht nur in einer verbesserten und rechnerunterstützten Fertigungsorganisation seinen Niederschlag finden, sondern auch völlig neue Fertigungsverfahren zur Anwendung bringen.

Technischer Fortschritt in der Fertigungstechnik vollzieht sich aber nicht nur durch den Einsatz völlig neuartiger Verfahren, sondern auch durch eine sinnvolle Kombination herkömmlicher und moderner Technologie.

Voraussetzung für die Erhaltung und den Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind intensive Anstrengungen im bereich der Forschung und Entwicklung. Auf lange Frist bedenklich ist in diesem Bereich jedoch eine rein nominale Betrachtungsweise der für die Innovationskraft einer Wirtschaft erforderlichen Höhe der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen. Maßgeblich für den ökonomischen Erfolg von Forschung und Entwicklung ist nicht der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Sozialprodukt, sondern die Effizienz, also die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung. Sie sind nicht nur abhängig von den dafür eingesetzten finanziellen Mitteln, sondern auch vom gesellschaftlichen Umfeld.

Ein wichtiges Kriterium für die Effizienz von Forschungs- und Entwicklungsbemühungen stellt auch deren Flexibilität dar.

Die langfristige Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit eines einzelnen Unternehmens in hochtechnologieorientierten Märkten erfordert gleichzeitig ein innovationsorientiertes Management, hochqualifiziertes Fachpersonal sowie einen bedeutenden Kapitaleinsatz. Während große, international operierende Konzerne in der Regel über die hierfür erforderlichen Ressourcen verfügen, stoßen kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere bei der Frage der Finanzierung und der Personalbeschaffung, oft an die Grenzen ihrer Möglichkeiten.

Die US-Steuerreform kann Vorbild sein

Eine Verbesserung der Finanzstruktur ist deshalb bei vielen Betrieben dringend geboten; sie erfordert keine neuen Subventionen, sondern vielmehr spürbare Steuerentlastungen. Als Vorbild kann hierbei die jüngst in den USA beschlossene Steuerreform dienen.

Zur Überwindung von Engpässen bei qualifiziertem technischem Personal müssen die praxisbezogene Ausbildung und die Weiterbildung intensiviert werden. Daneben lassen sich personelle Engpässe im Entwicklungsbereich der Betriebe durch Kooperation, insbesondere durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, abbauen.

Die konsequente Nutzung von Informationen und Kooperationen ist nicht nur bei marktnahen Entwicklungen kleiner und mittelständischer Unternehmen dringend geboten, sie wird praktisch unumgänglich bei der Bewältigung von Problemen mit gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Hier bietet vor allem die internationale Kooperation im Rahmen von Verbundprojekten zwischen Partnern der Wirtschaft und der Wissenschaft Chancen zur Problemlösung.

Dabei ist jedoch vor Gefahren staatlicher Eingriffe und Restriktionen zu warnen, denn vielfach besteht die Absicht, einen nationalen technologischen Vorsprung durch gezielte Subventionen zu erreichen oder mit protektionistischen Methoden zu erhalten.

Daneben sind Behinderungen im freien Austausch von Informationen und Kooperationen – wie sie neuerdings zu beobachten sind – sowie Beschränkungen des Handels mit technologisch fortschrittlichen Produkten sicher kein Mittel, um auf Dauer einen Vorsprung auf dem Gebiet der Hochtechnologie zu erhalten.

Trotz dieser latent vorhandenen Gefahren kann der weiteren technologischen Entwicklung in der Bundesrepublik und in Europa mit Zuversicht entgegengesehen werden, wenn es gelingt, einen weltoffenen Informations- und Erfahrungsaustausch im wissenschaftlichen und technischen Bereich zu erhalten, Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern und Handelsbeschränkungen abzubauen.

Der Autor ist DIHT-Vizepräsident und Präsident der IHK Mittlerer Neckar, Stuttgart

Das beharrliche Ringen um den Abbau der Grenzen

Der Mensch und die Völker sollten es endlich lernen, zum Wohle der Gesamtheit und damit zum Wohle des Einzelnen die wirtschaftlichen Grenzen zwischen den Ländern einzureißen". Diese Aufforderung – der Präsident der Frankfurter Industrie- und Handelskammer, Alfred Petersen, machte sie 1949 als der wiedergegründete Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) zu seiner ersten Vollversammlung nach dem Kriege in Ludwigshafen zusammenkam – hätte auch 1861 bei der Gründung des Deutschen Handelstages in Heidelberg fallen können.

Zwar gab es seit 1834 im innerdeutschen Handel fast keine Zölle mehr. Nur an der Elbe wurden sie noch erhoben. Aber die Entscheidungsstrukturen im Zollverein waren schwerfällig. Die Kleinstaaterei behinderte die Industrialisierung. Fast jedes Land hatte seine eigene Währung. Maße und Gewichte waren nicht einheitlich. Bereits 1819 hatte der junge Friedrich List die Gründung eines deutschen Handels- und Gewerbevereins vorgeschlagen, um die Interessen der Unternehmen zu bündeln. Er scheiterte damit. Die Handelskammern blieben regional ausgerichtete Institutionen. Nur in Preußen und Baden fanden sich die Kammern gelegentlich zu gemeinsamen Beratungen zusammen.

Von Baden ging auch der Anstoß zum Zusammenschluß aus. Theodor Frey, der Vorstand der Handelsinnung in Eberbach/Neckar, beantragte im Badischen Handelstag die Einberufung eines Deutschen Handelstages, auf dem „sämtliche Staaten des Zollvereins" durch ihre Handelskammern, kaufmännische Korporationen und Handelsvorstände vertreten sein sollten.

Zunächst beteiligten sich auch die österreichischen Kammern an der Arbeit. Am 13. Mai 1861 traf man sich in Heidelberg. David Hansemann wird zum ersten Präsidenten des Deutschen Handelstages gewählt. Hansemann war 1848 preußischer Finanzminister, anschließend Präsident der Preußischen Bank und seit 1861 Inhaber der von ihm gegründeten Disconto Gesellschaft, der späteren Deutschen Bank.

Der Handelstag und die Mehrheit der Kammern forderte damals, auch wenn das wegen der regionalen Interessen nicht immer leicht fiel, die deutsche Einheit. Etwas, was erst zehn Jahre später verwirklicht wurde. Zuvor kam es bereits innerhalb der Kammerorganisation zur Trennung. Wegen des Bekenntnisses zum Freihandel und zum Abschluß eines Handelsabkommens mit Frankreich scherten die wirtschaftlich weniger entwickelten österreichischen Mitglieder aus.

Die Gründung des Deutschen Reiches bringt nicht nur eine einheitliche Wirtschaftsgesetzgebung, eine allgemeingültige Gewerbe- und Handelspolitik, sondern auch ein einheitliches Währungssystem. Im Kern das, wofür der Handelstag bei seiner Gründung eingetreten war. Das Deutsche Reich gliederte sich in die Weltwirtschaft ein. Allerdings läuft diese Zeit beim DHT unter der Überschrift „Vom Liberalismus zum Protektionismus". Bismarcksche Schutzzollpolitik fordert die Kritik der Kammerorganisation heraus. Delegierte von 50 Handelskammern beschließen 1879 in Berlin einstimmig die „Unzulässigkeit der Wiedereinführung des Grundsatzes der Zollpflichtigkeit aller Waren und die unbedingte Unzulässigkeit von Ausfuhrzöllen und Durchgangsabgaben". Bismarck geht gegen die preußischen Kammern vor.

Allerdings sind sich die Kammern untereinander so einig aber auch nicht. Über die Handelspolitik kommt es zur Zerreißprobe, die nicht gemeistert wird. Kammern, in deren Region der Handel und die Konsumgüterindustrie dominieren, plädieren für Freihandel, weil sie an billigen Rohstoffen interessiert sind; dort, wo die Schwerindustrie den Ton angibt, wird die Abschottung vom Ausland gefordert, dem Protektionismus das Wort geredet. 1885 treibt der Konflikt seinem Höhepunkt zu. Zahlreiche Kammern verlassen den Handelstag.

Um die Jahrhundertwende hat sich das Deutsche Reich einen Spitzenplatz im Welthandel erobert. Vor ihm rangieren nur noch die USA und Großbritannien. Die Kammern begrüßen in ihrer Mehrzahl 1904 den Aufruf des Flottenvereins, den überseeischen Schiffsverkehr durch eine stärkere Kriegsflotte zu schützen.

Der Erste Weltkrieg bringt nicht nur das Ende der Golddeckung für die Mark, sondern das Deutsche Reich verabschiedet sich auch zunächst aus der Weltwirtschaft. Anschließend lähmt die Inflation die Wirtschaft. Im November 1923 müssen für einen Dollar 4,2 Billionen Mark gezahlt werden. Nachdem die Zuständigkeit der Kammern auch auf die Industrie erweitert wurde, tritt der Deutsche Industrie- und Handelstag, wie er jetzt heißt, im Oktober 1923 für ein einheitliches, wertbeständiges Notgeld auf Roggenwertgrundlage ein. Die Reparationszahlungen beschäftigen auch den DIHT. Trotz Bedenken stützt er den Dawes- und den Young-Plan.

Die dreißiger Jahre stehen zunächst im Zeichen eines sich weiter ausdehnenden Staatseinflusses. 1933 kontrolliert der Staat allein schon durch das verstaatlichte Verkehrswesen und die Stromerzeugung, durch Preiskontrollen und über Steuern rund 50 Prozent der Volkswirtschaft. Im Dritten Reich verlieren auch die Kammern an Einfluß, sie werden gleichgeschaltet und am 1. April 1943 sogar aufgelöst.

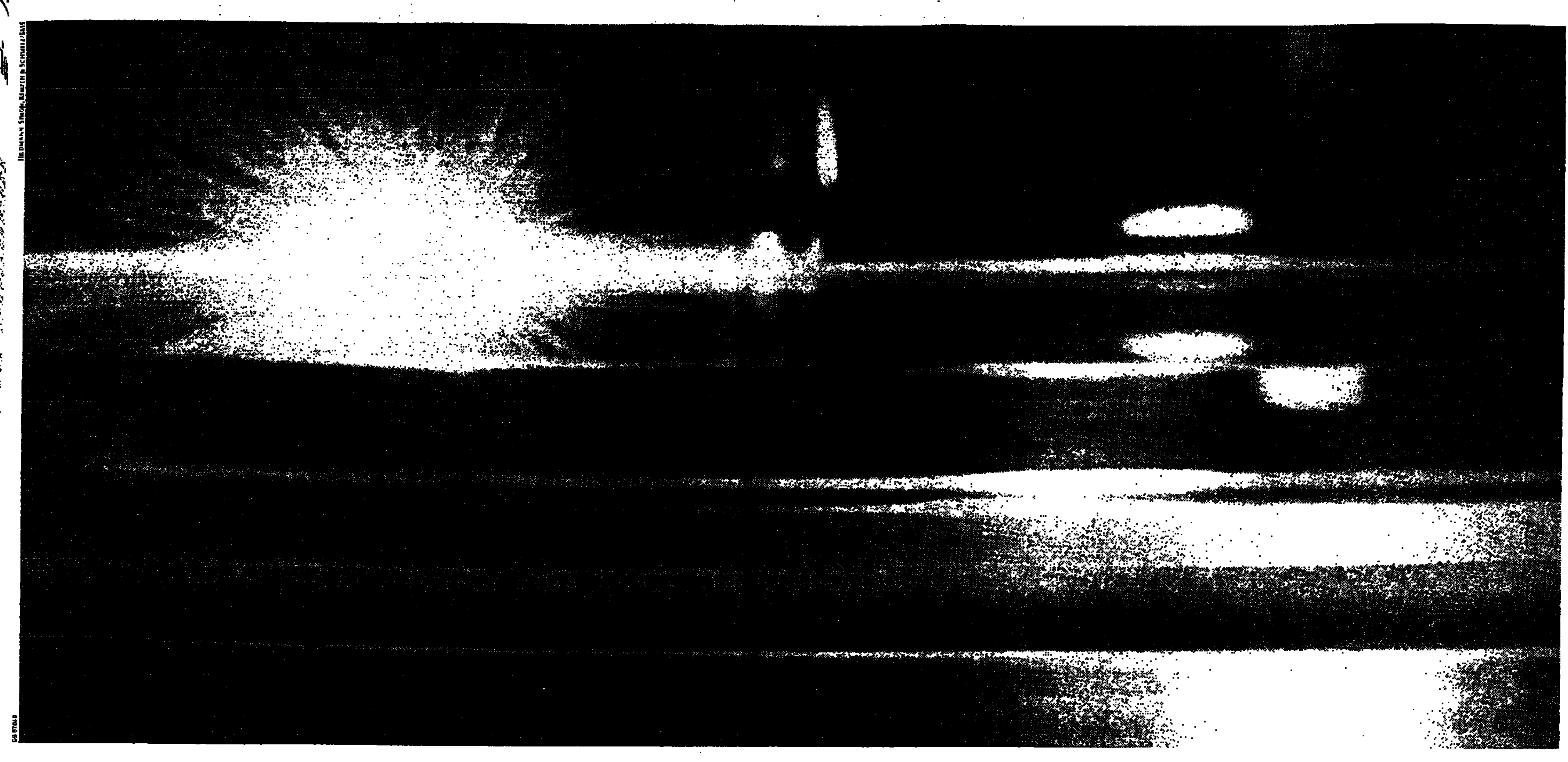
Nach dem Kriege unterstützten die Kammern das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, womit sich Ludwig Erhard 1948 durchsetzen konnte. Damit wird die Basis für das geschaffen, was später als deutsches Wirtschaftswunder bezeichnet wird. Alfred Petersen fordert auf der ersten Vollversammlung des DIHT nach dem Krieg nicht nur die Beseitigung der Grenzen, sondern er plädiert für Marktwirtschaft und Freihandel. Leitideen, die bis heute die Stellungnahmen des DIHT durchziehen.

Getragen wird die wirtschaftliche Entwicklung in den fünfziger Jahren zunächst vom Konsum, der Nachholbedarf muß gedeckt werden. Wenig später übernimmt bereits der Export die Rolle des Konjunkturmotors. Der DIHT kämpft wieder einmal gegen zahlreiche Behinderungen des Außenhandels. „Für freien Welthandel kämpft der DIHT ungeachtet politischer Systeme", heißt es in einer seiner Broschüren. Trotz westlicher Embargo-Politik versucht die Kammerorganisation nach Wegen im Osthandel. 1952 wird der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft von den Spitzenorganisationen gegründet. Die Auslandskammern werden wiederbelebt. Der DIHT setzt sich für die Einigung in Europa ein, warnt jedoch vor einem Auseinanderklaffen in zwei Blöcken.

Und heute? Aus Anlaß seines 125jährigen Jubiläums hat der DIHT im Mai in Heidelberg zur Erneuerung und Stärkung der auf einer funktionierenden Wettbewerbsordnung gründenden sozialen Marktwirtschaft aufgerufen. „Zu dieser Wirtschaftsordnung gibt es keine gleichwertige Alternative. Sie ist die Wirtschaftsordnung auch für die Zukunft", heißt es in dem Heidelberger Manifest. „Wie keine andere Wirtschaftsordnung ermöglicht es die Marktwirtschaft – eingebunden in Demokratie und Föderalismus – über dezentrale Entscheidungen Impulse und Initiativen auszulösen, die zur Leistung und zum Wettbewerb der Ideen und der Güter, der Personen und der Unternehmen herausfordern".

Und zur Außenwirtschaft stellt der DIHT fest: „Die Bundesrepublik braucht in Europa und weltweit freie, offene Märkte. Nur so können sich die Vorteile einer weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und einer weiteren weltwirtschaftlichen Verflechtung entwickeln". Darum müsse der ständigen Bedrohung durch Interventionismus und Protektionismus mit Stetigkeit und Geduld entgegengewirkt werden. Auch die noch regulierten Märkte im Innern müßten Schritt für Schritt geöffnet werden. „Dadurch werden dynamische Wachstumsimpulse freigesetzt, auch für diejenigen Länder, die sich erst nach und nach stärker in die Weltwirtschaft integrieren".

Der DIHT bekennt sich auch zu Europa: „Die weitere Integration der Europäischen Gemeinschaft zu einer politischen Einheit mit offenen und durchlässigen Grenzen im Innern wie gegenüber Drittstaaten bleibt das wichtigste europapolitische Ziel", heißt es im Heidelberger Manifest. Die Integration müsse ihren Anstoß von der Dynamik freier Märkte und nicht von bürokratischen Regelungen und finanziellen Hilfen erhalten. Eine Politik einheitlicher Rahmenbedingungen zur Vergrößerung der unternehmerischen Handlungsspielräume in Europa verspräche trotz der Verschiedenartigkeit der nationalen Volkswirtschaften den größten wirtschafts- und integrationspolitischen Erfolg, ebenso wie die gegenseitige Anerkennung der Vorschrift und ihre Angleichung. Damit wird der DIHT seinem geschichtlichen Auftrag gerecht. mhk



Intelligente Verbindungen werden immer wichtiger.

Die Ansprüche an technische Leistungen werden immer größer, die Grundlagenforschung immer kostspieliger.

Selbst kleinere Fortschritte erfordern heute bei einem hochtechnischen Produkt wie dem Automobil einen Aufwand wie nie zuvor.

Deshalb ist die Nutzung gemeinsamen Know-hows, der freie Austausch von Erfahrung und technischem Wissen in unserem erweiterten Konzern eine wichtige Voraussetzung für unsere zukünftige Entwicklung. Das heißt, daß Erkenntnisse des einen Unternehmens zur Lösung von Aufgaben und Problemen der anderen Unternehmen beitragen.

Den Schwerpunkt unserer Arbeit sehen wir dabei langfristig auf dem Gebiet „intelligenter Technik".

Einer Technik also, die in der Lage ist, Eigenschaften der menschlichen Sinne zu übernehmen. Zum Beispiel in der Wahrnehmung, in der Erfassung und Verarbeitung von Informationen oder in der Reaktion auf bestimmte Impulse.

Nicht um den Menschen zu ersetzen, sondern um ihn zu entlasten und zu schützen.

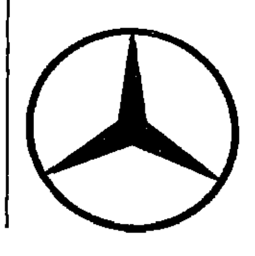
Für das Automobil ergeben sich hier viele neue Perspektiven, die weit über die traditionelle Automobiltechnik hinausgehen.

Unsere hundertjährige Erfahrung auf diesem Gebiet und unser sprichwörtliches Qualitätsbewußtsein sehen wir dabei als gutes Fundament, auf das wir bei der Bewältigung der technologischen Herausforderungen von morgen bauen können.

Vor allem in der intelligenten Verbindung herkömmlicher Technik mit den immer vielseitigeren Möglichkeiten der Mikroelektronik liegen große Chancen für weiteres Wachstum.

Nicht Größe, sondern Innovationskraft und das Streben nach höchster Qualität sind für eine erfolgreiche Entwicklung entscheidend.

Ein Anspruch, der die Unternehmen im Daimler-Benz Konzern in besonderer Weise miteinander verbindet.



Kurzfristiger Vorteil, doch die langfristigen Folgen werden übersehen

Protektionismus: Teuer für jeden – Hohe Anforderungen an den Mittelstand

Von CARL-HEINZ ILLIES

Für die Bundesrepublik Deutschland als zweitstärkstem Exportland spielt der Absatz auf den Auslandsmärkten eine überaus wichtige Rolle. Immerhin wird in der deutschen Wirtschaft heute jede dritte Mark durch die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen verdient. Für uns Deutsche ist deshalb die Forderung nach Freihandel nicht einfach ein standardisierter Glaubenssatz – wie es viele sehen wollten –, sondern *die Freiheit des Marktzugangs* liegt im ureigensten Interesse unserer Volkswirtschaft.

Doch aus politischen Gründen wird der verstärkten Abschirmung wettbewerbsschwacher Sektoren häufig der Vorrang vor vermehrten Anstrengungen um Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gegeben. Länder der Dritten Welt und die Staatshandelsländer greifen vor allem aus Devisenmangel schnell in den Instrumentenkasten des Protektionismus, um die einheimische Produktion zu fördern oder um die Beschäftigungsmöglichkeiten auszuweiten.

Um diese Ziele zu erreichen, werden Importlizenzierungen verschärft, Zollnebenabgaben erhöht und Bardepots für Importgeschäfte eingeführt. Der neue Protektionismus der westlichen Industrieländer ist auf dem Boden zunehmender internationale Konkurrenz und der Beschäftigungsprobleme gewachsen.

Verbraucher und Industrie ohne günstige Importe

Kostenträchtige Registrierungsverfahren, überzogene Sicherheitsvorschriften, abwehrende nationale Normenvorschriften – um nur einige Beispiele zu nennen – werden zu dem Zweck eingeführt, den Marktzugang für Importware zu erschweren.

Eine gefährliche Variante ist auch der sich international beschleunigende Subventions-Protektionismus. Schließlich gewinnt ein gefährlicher Hang zu zweiseitigen Abkommen die Oberhand, wo der Globalisierung der Handelspolitik Vorrang einzuräumen wäre, *um zu verhindern, daß aus dem* Welthandelssystem ein Weltverhandlungssystem wird.

Der Ausweg in den Protektionismus zu Lasten der anderen Handelspartner ist – wegen augenscheinlicher momentaner Vorteile – natürlich sehr verführerisch. Leider werden über kurzfristige Vorteile für einzelne Bereiche die langfristigen Folgen und Kosten des Verlustes an volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit übersehen. Die Antwort auf die Frage, wer für den Protektionismus zahlt, lautet schlicht und einfach: „Wir zahlen alle":

- Protektionismus treibt Preise und Kosten nach oben, weil er den Verbraucher und die Industrie von günstigen Importen abschneidet.
- Protektionismus beeinträchtigt die internationale Arbeitsteilung, beschränkt den Wettbewerb und behindert die Anpassung überholter Strukturen im Inland; er ist damit auf längere Sicht wachstums- und beschäftigungsfeindlich.
- Protektionismus breitet sich wie ein Ölfleck von einem Land in das andere aus, greift von einem Produkt auf das andere über und produziert somit ein wachsendes Maß an Bürokratie.

Fachleute schätzen allein die Kosten *nicht* tarifärer protektionistischer Maßnahmen im Konsumgüterbereich weltweit auf rund 150 Milliarden Mark; für die Konsumenten in der Bundesrepublik Deutschland bedeutet das eine Belastung von etwa 15 Milliarden Mark.

Noch nicht berücksichtigt sind hierbei die volkswirtschaftlichen Kosten durch fehlgeleitete Investitionen und durch unproduktiven Einsatz von Ressourcen sowie die Kosten der Bürokratie. Allein die EG-Verwaltung im Agrarbereich erfordert ein ständiges Studium von Verordnungen, *Reglementierungen, Änderungen*, Urteilen, wie sie den täglich erscheinenden Amtsblättern zu entnehmen sind.

Für die Firmen tritt die Marktkenntnis oftmals vor dem Wissen um Vorschriften in den Hintergrund. Der Mittelstand wird von verwaltungsmäßigen Anforderungen und Kosten besonders getroffen. Eine kleinere Firma kann solche Kosten nicht ohne weiteres auf die Preise überwälzen. Wer führt schon eine Statistik über die Firmen, die unter dem Druck dieser erhöhten Verwaltungskosten aus dem Markt gedrängt werden?

Häufig wird auch eine große Gefahr verkannt: Es liegt in der Natur von protektionistischen Maßnahmen, sich zu „verewigen" und immer perfekter zu werden. Ein treffendes Beispiel für deren Langlebigkeit stellt das Welt-Textilabkommen dar. Vor Jahren wurde es als vorübergehende Regelung eingeführt, seine letzte Verlängerung aber wurde nicht mehr als Verstoß gegen die ursprünglichen, a geblich zeitlich begrenzten Absichten kritisiert, sondern sogar als Erfolg gefeiert – ganz so, als ob inzwischen jedermann eingesehen haben müsse, daß das freie Spiel der Marktkräfte auf dem Textilmarkt fehl am Platze sei.

Innovation schafft neue Strukturen

Im Spiel dieser Marktkräfte war aber die Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren unter dem Druck der Importe nicht nur zum größten Textilimporteur, sondern dank eines erfolgreichen Strukturwandels auch zum größten Textilexporteur der Welt geworden.

Ich meine, daß gerade wir in der Bundesrepublik diese zweite Seite der Medaille nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Es gilt sich der Tatsache bewußt zu werden, daß Protektionismus ebensowenig ein gottgegebenes Schicksal ist wie die Inflation, von der nicht wenige noch vor einigen Jahren annahmen, in modernen Volkswirtschaften müsse man eben mit einer mehr oder weniger hohen Preissteigerungsrate leben.

Sünder gegen die Freiheit des Welthandels sind mit unterschiedlicher Intensität heute nahezu alle Nationen. Um gerade den Entwicklungsländern die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung überzeugend zu vermitteln, sollte nicht zuletzt die EG als wichtigster Welthandelsteilnehmer sich nicht nur zu Anpassung, Strukturwandel und Innovation bekennen, sondern dies auch in der Praxis durchsetzen.

Erinnert sei hier an ein Wort von Gustav Stresemann, der schon 1925 in Hamburg erklärte, ohne den Wettbewerb von draußen verkümmere der technische Fortschritt im Inneren. Auch heute brauchen wir nicht Protektion, die alte Strukturen bewahrt, sondern Innovation, die neue Strukturen schafft.

Der Autor ist DIHT-Vizepräsident und Präses der Handelskammer Hamburg.

Berlin ist das große und „leise" Zentrum im Ost-West-Handel

Die kleinen und mittleren Firmen sind in diesem Geschäft die Stärke der Stadt

Von GÜNTER BRAUN

Berlin ist auf dem besten Weg, seinen führenden Platz im Ost-West-Handel weiter auszubauen. Nach Jahren mancher überzogener Hoffnungen der Politiker auf diesen Handel, denen die Wirtschaft immer wieder mit dem Blick auf das Machbare ernüchternd entgegengetreten ist, nimmt die Stadt heute durch große eigene Anstrengungen und aufgrund ihrer politischen Lage eine wichtige Mittlerrolle für das Ost-West-Geschäft ein.

Seit jeher war es falsch, Berlins *Zukunft in unwirklichen Ideen einer* Drehscheibe zwischen Ost und West zu sehen. Eine langfristige Perspektive besitzt die Stadt allein im Rahmen einer festen Westintegration in die Bundesrepublik Deutschland und in den Gemeinsamen Markt. Auf dieser soliden Existenzgrundlage bieten jedoch Osthandel und Ost-West-Kooperation für eine Industriestadt, die mehr als 2000 Produktionsbetriebe und eine große Zahl von Handelsfirmen beherbergt, interessante zusätzliche Möglichkeiten für die Entfaltung wirtschaftlicher Vitalität.

Der Handlungsspielraum hierzu ist rechtlich exakt geregelt. Die Geschäftsbeziehungen der Berliner Firmen zu ihren Partnern in den Staatshandelsländern wickeln sich im Rahmen der Handels- und Wirtschaftsabkommen ab, die die Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise die Europäischen Gemeinschaften abgeschlossen haben. Im Wirtschaftsaustausch mit der DDR gilt auch für Berliner Unternehmen das Berliner Abkommen aus dem Jahre 1951.

Die Berliner Unternehmer haben sich auf die Eigenheiten des Ostgeschäfts frühzeitig und mit viel Phantasie eingestellt. Dabei konnten sie sich die Standortvorteile der Stadt an der Nahtstelle der Systeme wirkungsvoll zunutze machen, um die Marktpartner zusammenzuführen. Ihre umfassende Mittlerfunktion im Handel zwischen Ost und West übt die Stadt bereits seit langem aus, allerdings oft auf wenig spektakuläre Weise. Zahlreiche Handels- und Dienstleistungsunternehmen in Berlin haben sich auf die besonderen Anforderungen des Ost-West-Geschäftes eingestellt. Auch viele bedeutende Produktionsunternehmen, *die ihren Sitz* außerhalb der Stadt haben, wickeln dieses Geschäft über Berlin ab.

Nicht unmaßgeblich hierfür ist, daß Geschäftsbesuche in West-Berlin für östliche Partner bequem und ohne Valuta-Aufwand möglich sind. Hinzu kommt ein vielseitiges Potential von Forschungseinrichtungen und Dienstleistern, die von Consulting- und Engineering-Firmen über Banken und Versicherungen bis hin zu besonders erfahrenen Speditionsfirmen reichen und sich auf die Geschäftsbeziehungen mit dem Osten spezialisiert haben.

Diese Infrastruktur wird längst über Berlin hinaus von Interessenten in Ost und West genutzt. Berlin verfügt aber auch über eine Reihe angesehener wissenschaftlicher Institutionen und Fortbildungseinrichtungen, die die Entwicklung der Märkte im Osten beobachten, *auswerten und* ihre Erkenntnisse verfügbar machen.

Berlins Wirtschaft ist auch ein interessanter Partner für den Osten. Der Anteil der Staatshandelsländer an der gesamten Berliner Ausfuhr stieg von 3,9 Prozent im Jahre 1984 auf 4,8 Prozent im vergangenen Jahr.



An den Gesamteinfuhren Berlins waren die Staatshandelsländer mit immerhin 9,5 Prozent beteiligt.

Im Warenverkehr mit der DDR nimmt Berlin unter den elf Bundesländern auf der Lieferseite einen guten Mittelplatz ein, während die Stadt bei den Bezügen eindeutig sogar Spitzenreiter ist. Die direkten Lieferungen in die DDR stiegen 1985 wertmäßig auf rund 418 Millionen Verrechnungseinheiten (VE), die direkten Bezüge aus der DDR im gleichen Zeitraum auf rund 2178 Millionen VE. Unbefriedigend ist allerdings noch die Struktur der Warenströme. Nur bei den Berliner Lieferungen dominierten Investitionsgüter; bei den Bezügen aus der DDR schlagen dagegen Grundstoff- und Produktionsgüter, vor allem Mineralöl, Kohle und Baustoffe stark zu Buche. Hier setzen neue Bemühungen der Industrie- und Handelskammer und des Senats von Berlin an, um weitere gegenseitige Liefermöglichkeiten zu erschließen.

Mitunter bestimmen die Schlagzeilen über Großgeschäfte den Ruf eines Handelsplatzes. Berlins Stärke im Geschäft mit der DDR und den anderen europäischen Staatshandelsländern beruht jedoch auf der wichtigen Einbindung zahlreicher kleiner und mittlerer Unternehmen. Nach Ermittlungen der Berliner Absatz-Organisation (BAO) sind in der Stadt fast 500 Spezialunternehmen mit besonderem Know-how in diesem Bereich tätig. Zählt man die Niederlassungen und die Verkaufsbüros in- und ausländischer Industriefirmen hinzu, dann gibt es wohl keine Stadt im Inland und im westlichen Ausland, die in einer solchen Konzentration Fachwissen und Geschäftserfahrung für das Ost-West-Geschäft vereint. Diese Position sichert eine günstige Ausgangslage für die in der Zukunft zwar aussichtsreichen, aber in der Bearbeitung schwieriger werdenden östlichen Märkte. Das gilt gerade für mittlere und kleine Betriebe. Für sie kann nicht selten die *Zusammenarbeit* mit flexiblen Händlern und Maklern den direkten Marktkontakt sinnvoll ergänzen.

Auch der zunehmende Druck auf den Abschluß von Gegengeschäften eröffnet der Zusammenarbeit zwischen Handel und Industrie weitere Chancen. Hier sind immer wieder findige Mittler gefragt. Deshalb überrascht es nicht, daß auch zahlreiche Großabnehmer im Westen Berliner Handelsfirmen beim Einkauf von Produkten aus der DDR oder aus anderen östlichen Staaten einschalten.

Die Geschäftsentwicklung in den kommenden Jahren wird aber vor allem auch von den Plänen und Erfordernissen der anderen Seite geprägt. Die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im RGW zwingen die einzelnen Mitglieder zu verstärkten Exportbemühungen und zu völlig neuen Exportstrategien. Die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür sind inzwischen vielfach geschaffen worden. Das Ziel lautet: mehr Flexibilität, schnellere Reaktion auf Kundenwünsche und hohes Qualitätsniveau. Für die Partner in den RGW-Ländern liegt der Absatzmarkt Berlin unmittelbar vor der Tür. Er ist zugleich ein wichtiger Schlüssel für den Zugang zum Markt der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus der Europäischen Gemeinschaft. Bei wettbewerbsfähigen Angeboten wird eine intensive Marktbearbeitung nicht erfolglos sein, wie Beispiele einzelner sozialistischer Länder auf dem Berliner Markt zeigen.

So kann Berlin zum Testmarkt für die Absatzbemühungen der RGW-Länder werden. Hier sollte man auch im Osten langfristig die besseren Chancen erkennen als in dem immer noch überstrapazierten Instrument der Gegengeschäfte.

Der Autor ist Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Berlin.